

89. Sitzung

Mittwoch, den 09.07.2008

Erfurt, Plenarsaal

**Wahrung der Interessen der
Thüringer Landwirtschaft im
Rahmen der Gemeinsamen
Agrarpolitik**

8978

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 4/4126 -

dazu: Interessen der Thüringer Landwirt-
schaft beim Gesundheits-
check der Gemeinsamen
Agrarpolitik (GAP) sichern
Alternativantrag der Frak-
tion der CDU

- Drucksache 4/4156 -

dazu: Planungssicherheit und
Gerechtigkeit für Thürin-
ger Betriebe bei der Re-
form der Gemeinsamen
Agrarpolitik (GAP) durch-
setzen

Alternativantrag der Frak-
tion DIE LINKE

- Drucksache 4/4245 - Neu-
fassung -

Minister Dr. Sklenar erstattet einen Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der SPD, zu Nummer 1 des Alternativantrags der Fraktion der CDU und zu den Nummern 1 und 2 des Alternativantrags der Fraktion DIE LINKE. Die Erfüllung der Berichtersuchen wird gemäß § 106 Abs. 2 Satz 2 GO festgestellt.

Die Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD wird abgelehnt.

Die Nummer 2 des Alternativantrags der Fraktion der CDU wird angenommen.

**Erklärung des 18. März zum
„Tag der Parlamentarischen
Demokratie“**

8989

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/4131 -

Die beantragte Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten wird abgelehnt.

Der Antrag wird angenommen.

Bericht zur Verbesserung der Qualität frühkindlicher und schulischer Bildung 9009
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 4/4135 -

a) Mehr Ganztagschulen in Thüringen 9009
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/4145 -

b) Weitere Stärkung der Eigenverantwortung an Thüringer Schulen und Verstärkung der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern 9010
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/4143 -

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Antrag der Fraktion der SPD werden jeweils abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der CDU wird angenommen.

Altersarmut vermeiden 9031
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/4146 -

Die Nummer 1 des Antrags wird angenommen, die Nummer 2 des Antrags wird abgelehnt.

Förderung von Menschen mit Behinderungen verbessern - Übergänge auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen und Werkstätten stärken 9038
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/4147 -

Der Antrag wird an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit überwiesen.

Die beantragte Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit wird abgelehnt.

Bündelung von vier Wahlen in Thüringen an zwei Terminen im Jahr 2009 9045
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/4148 -

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung bei 78 abgegebenen Stimmen mit 34 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt (Anlage).

**Bilanz und Ausblick nach dem
4. Thüringer Ehrenamtstag am
18. Mai 2008 in Hildburghausen**

9050

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/4251 -

Ministerin Lieberknecht erstattet einen Sofortbericht. Die Erfüllung des Berichtersuchens wird festgestellt.

**„Für Thüringen in Europa“ -
Weiterentwicklung der euro-
papolitischen Strategie der
Landesregierung**

9058

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/4206 -

Der Antrag wird an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten überwiesen.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Bergemann, Bornkessel, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbl, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Panse, Primas, Reinholz, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Sonntag, Stauche, Tasch, Wackernagel, Walsmann, Wehner, Wetzel, Worm, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Buse, Döllstedt, Enders, Dr. Fuchs, Dr. Hahnemann, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Klaubert, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Nothnagel, Reimann, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Becker, Doht, Döring, Eckardt, Ehrlich-Strathausen, Gentzel, Höhn, Künast, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Lieberknecht, Müller, Reinholz, Scherer, Dr. Sklenar, Walsmann, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	8978, 8983, 8985, 8987, 8988, 8990, 8992, 8993, 8995, 8996, 8997, 8998, 8999, 9000, 9001, 9002, 9003, 9004, 9005, 9006, 9007, 9008, 9009, 9011, 9046, 9047, 9048, 9049, 9052, 9054, 9056, 9057
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	9022, 9023, 9024, 9025, 9028, 9030, 9031, 9034, 9036, 9037, 9039, 9040, 9042, 9043, 9045
Vizepräsidentin Pelke	9013, 9015, 9016, 9019, 9020
Becker (SPD)	8978, 8985
Blehschmidt (DIE LINKE)	9002, 9056, 9057
Carius (CDU)	9045, 9046, 9047
Döring (SPD)	9016
Eckardt (SPD)	9035, 9037
Ehrlich-Strathausen (SPD)	9025
Emde (CDU)	9022, 9024
Fiedler (CDU)	8993, 9003
Günther (CDU)	9038, 9040
Dr. Hahnemann (DIE LINKE)	8989, 8999, 9002, 9003
Hausold (DIE LINKE)	9048
Höhn (SPD)	9046, 9049
Jung (DIE LINKE)	9015
Dr. Klaubert (DIE LINKE)	8996, 9008, 9010, 9013
Kubitzki (DIE LINKE)	9031
Matschie (SPD)	9009, 9047
Meißner (CDU)	9054
Mohring (CDU)	8990, 8997, 8998, 8999
Nothnagel (DIE LINKE)	9039, 9040
Panse (CDU)	9012, 9013, 9015
Pelke (SPD)	8993, 8995, 9008, 9053
Primas (CDU)	8987
Reimann (DIE LINKE)	9019, 9020, 9023, 9030
Dr. Scheringer-Wright (DIE LINKE)	8983
Schwäblein (CDU)	9000, 9001, 9002, 9004, 9005
Sonntag (CDU)	9003
Taubert (SPD)	9042
Worm (CDU)	9031
Prof. Dr. Bauer-Wabnegg, Staatssekretär	9028
Lieberknecht, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit	9036, 9037, 9043, 9050
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt	8979
Walsmann, Justizministerin	9049
Dr. Zeh, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	9005, 9006, 9007, 9008

Die Sitzung wird um 9.02 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen Abgeordneter Eckardt und die Rednerliste führt Abgeordneter Günther.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Frau Abgeordnete Groß, Herr Abgeordneter Gentzel, Herr Abgeordneter Gerstenberger, Herr Abgeordneter Hauboldt und Frau Abgeordnete Dr. Kaschuba.

Wir hatten bei der Feststellung der Tagesordnung am Donnerstag beschlossen, heute keine Mittagspause durchzuführen und nach 16.30 Uhr keinen weiteren Tagesordnungspunkt mehr aufzurufen.

Ich rufe hiermit den **Tagesordnungspunkt 25** auf

Wahrung der Interessen der Thüringer Landwirtschaft im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 4/4126 -

dazu: Interessen der Thüringer Landwirtschaft beim Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sichern
Alternativantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/4156 -

dazu: Planungssicherheit und Gerechtigkeit für Thüringer Betriebe bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) durchsetzen

Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 4/4245 - Neufassung -

Die Fraktion der SPD wünscht das Wort zur Begründung zu ihrem Antrag und ich erteile das Wort Frau Abgeordneten Becker, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die „Wahrung der Interessen der Thüringer Landwirtschaft im Rahmen der

Gemeinsamen Agrarpolitik“, die SPD-Fraktion hat diesen Antrag am 22. Mai 2008 eingebracht, um zu zeigen, dass wir nicht einverstanden sind mit den Vorschlägen, die die EU-Kommission am 20. Mai 2008 gemacht hat. Für die Thüringer Landwirtschaft bedeutet das ab dem Jahr 2012 einen Verlust von jährlich 45 Mio. €. Das ist für die SPD-Fraktion nicht hinnehmbar, deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht und stellen uns damit auf die Seite der Landwirtschaft in Thüringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass wir in der gemeinsamen Diskussion auch eine gemeinsame Stellungnahme des Thüringer Landtags zu diesem Problem, was ja bis Ende des Jahres geklärt sein soll, erreichen können, denn nur gemeinsam können wir die Interessen der Thüringer Landwirtschaft und die Interessen des ländlichen Raums wirklich auf Bundesebene heben. Dann muss ja der Bundesminister, Herr Seehofer, die Verhandlungen auf EU-Ebene führen, was nicht immer ganz einfach ist. Deshalb bitte ich darum, dass wir hier eine gemeinsame Erklärung abgeben. Ansätze dafür sind da. Es gibt Unterschiede, aber auf die werde ich dann in der Diskussion noch eingehen. Diese Kürzung der Einnahmesituation durch die Landwirtschaft von 45 Mio. € bedeutet eine Schwächung des ländlichen Raums. Es würde damit Kaufkraft des ländlichen Raums entzogen. Die Hauptprobleme liegen bei dem Personal. Herr Bauernpräsident Kliem hat eindeutig gesagt, wenn es zu diesen Kürzungen kommen sollte, müssten wir mit Personalabbau in der Landwirtschaft rechnen. Die Landwirtschaft ist aber der entscheidende Faktor im ländlichen Raum, sie ist der Hauptarbeitgeber und deshalb wäre es verheerend, wenn wir ab dem Jahre 2012 mit solchen Einnahmeverlusten der Landwirtschaft rechnen müssten.

(Beifall SPD)

Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich, unserem Antrag zuzustimmen und dann gemeinsam in der Beratung unseren Standpunkt noch einmal zu untermauern und unsere Interessen der Landwirtschaft in Thüringen gemeinsam nach Berlin und dann nach Europa zu geben. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Wünscht die Fraktion der CDU das Wort zur Begründung für ihren Alternativantrag? Das ist nicht der Fall. Wünscht die Fraktion DIE LINKE das Wort zur Begründung? Das wünscht sie ebenfalls nicht.

Die Landesregierung erstattet einen gemeinsamen Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der SPD, zu Nummer 1 des Alternativantrags der Fraktion der CDU und zu den Nummern 1 und 2 des Alternativantrags der Fraktion DIE LINKE. Ich erteile für die Landesregierung das Wort Herrn Minister Dr. Sklenar.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich bin gebeten worden, über die am 20. Mai 2008 vorgelegten Kommissionslegislativvorschläge zum sogenannten Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik zu berichten.

Mein Bericht wird zusammenfassend die Anliegen der drei Landtagsfraktionen aufgreifen, die in ihren Anträgen parallel für eine Sicherung der Interessen der Thüringer Landwirtschaft beim Gesundheitscheck der gemeinsamen Agrarpolitik eintreten. Schwerpunktmäßig möchte ich diesen Bericht nutzen, um Ihnen die Sichtweise der Landesregierung darzulegen.

Die Bewertung der KOM-Vorschläge will ich in zwei Fragenkomplexe einbinden, nämlich zum einen: Wo wollen wir in Thüringen hin, was sind unsere Visionen von Landwirtschaft in den nächsten Jahren? Und zum anderen: Wie passt dies mit den Vorstellungen der KOM zusammen, welche Beurteilungsprämissen sollten wir bezüglich des Gesundheitschecks anlegen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo wollen wir in Thüringen hin? Mein Zukunftsbild für Thüringen beinhaltet starke innovative ländliche Räume, in denen sich die Menschen wohlfühlen, weil Lebensqualität geboten wird und in denen auch neue Arbeitsplätze entstehen. Dazu bedarf es einer Agrar- und Ernährungswirtschaft, die wettbewerbsfähig und nachhaltig, das heißt sowohl ökonomisch als auch ökologisch und sozial tragfähig sein muss, um auf zunehmend liberalisierten Märkten bestehen zu können, die sich den veränderten globalen Bedingungen anzupassen versteht und die aber auch Wertschöpfungspotenziale und damit Arbeitsplatzpotenziale nicht nur erhält, sondern ausbaut. Die Landwirtschaft hat dabei zukünftig drei zentrale Felder zu bedienen: Erstens - und das sage ich mit Blick auf die in jüngster Zeit zum Teil sehr polarisierend geführte Debatte über den Einfluss der Bioenergieerzeugung auf die Nahrungsmittelpreise - die Erzeugung von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln steht auch weiterhin im Mittelpunkt landwirtschaftlicher Tätigkeit. Es geht hier nicht um Tank oder Teller, sondern es geht um Tank und Teller bzw. Teller an erster Stelle und dann das andere.

Natürlich - und das ist das zweite Zukunftsfeld - erlangt die Erschließung neuer Einnahmequellen - und dazu gehört auch die energetische und stoffliche Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen - zunehmend an Bedeutung.

Und als Drittes nicht weniger wichtiges Handlungsfeld sehe ich das landwirtschaftliche Engagement zur Erhaltung der Kulturlandschaft, insbesondere in den Mittelgebirgslagen und grundlandreichen Regionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Abgeordnete, passt dies nun alles auch mit Blick auf die Kommissionsvorschläge? Befördern die zwei Zukunftsbilder oder sind sie eher kontraproduktiv für die weitere Entwicklung der Thüringer Landwirtschaft? Die Vorschläge sollen - und hier zitiere ich die Kommission - „die gemeinsame Agrarpolitik schlagkräftiger machen und die ländlichen Räume attraktiver.“ Weiterhin heißt es aus Brüssel, dass es sich dabei aber nur um eine Feinjustierung der gemeinsamen Agrarpolitik, um eine routinemäßige Kontrolle handelt. Health Check, Gesundheitscheck, Gesundheitsprüfung - all diese Termini lassen es ja auch erwarten. Ich teile diese grundsätzliche Herangehensweise, denn durch die umfassenden Reformen der vergangenen Jahre ist gemeinsame Agrarpolitik bereits modern und leistet wichtige Beiträge zu den Göteborg- und Lissabon-Zielen der Europäischen Union.

Mit dem Gesundheitscheck sollen Antworten auf drei Fragen gefunden werden, nämlich erstens, wie die Direkthilfen effektiver und einfacher werden können; zweitens, wie sich die ursprünglich für sechs Mitgliedstaaten angelegten Marktstützungselemente für die Europäische Union von heute - also auf die 27 Mitgliedstaaten - umgestalten lassen und drittens, wie neue und bestehende Herausforderungen bzw. Risikomanagement, Eindämmung des Klimawandels, effizientere Wasserbewirtschaftung, optimale Nutzung der Bioenergie oder Einhaltung der Artenvielfalt gemeistert werden können.

Keinesfalls will ich jetzt bei diesen drei Themenkomplexen ins Detail gehen, womöglich jeden unterbreiteten Vorschlag der Kommission auch noch kommentieren. Das geht doch gar nicht, weil es laufend neue Versionen gibt, weil es laufend neue Diskussionen dazu gibt. Nein, vielmehr möchte ich mich auf einige ausgewählte Vorschläge konzentrieren, dabei Gemeinsamkeiten herausarbeiten, aber natürlich auch auf unterschiedliche Positionen und Sichtweisen hinweisen. Gerade für die strittigen Positionen gilt es, in den kommenden Monaten auf europäischer Ebene zu werben, das Verständnis der anderen Mitgliedstaaten für die besondere Betroffenheit der deutschen, vor allem aber auch der ostdeutschen Landwirte bei einer möglichen Umsetzung des einen oder anderen Vorschlags zu wecken.

Wo sind nun die Übereinstimmungen, sprich, was ist positiv aus unserer Sicht? Unter dem Themenkomplex „Vereinfachung der Direktzahlung“ bewerte ich beispielsweise den Vorschlag zur weiteren Entkopplung der Direktzahlungen als positiv, weil dies dazu beiträgt, einheitliche Wettbewerbsbedingungen in allen Mitgliedstaaten zu erreichen. Des Weiteren begrüßenswert ist es, wenn allen Mitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben wird, ein Modell der regionalen einheitlichen Hektar-Prämienrechte zu etablieren. Damit würde im gesamten EU-Wirtschaftsraum die eigentliche Funktion dieser Zahlung neben der Honorierung der landwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leistung zum Tragen kommen. Auch teile ich die grundsätzliche Position der Kommission, dass ein Cross-Compliance-System notwendig ist. Es darf keine Abkehr von unseren Verpflichtungen, die Direktzahlung an hohe Standards im Umweltbereich, der Tiergesundheit und der Lebensmittelsicherheit zu binden, geben, weil ansonsten die Zukunft der Direktzahlung gefährdet ist. Aber solch ein System muss funktionieren und dies mit einem vertretbaren Aufwand. Daher unterstütze ich alle Vorschläge und Bemühungen, welche einer stärkeren Zielorientierung dienen und gleichzeitig aber auch, und das liegt mir ganz besonders am Herzen, einer Vereinfachung Rechnung tragen. Wir haben das erst in den letzten Tagen wieder erlebt, als die Kommission einige Kontrollen bei uns durchgeführt hat. Die Kommission hat beispielsweise die Streichung bestimmter Auflagen ohne direkten Landwirtschaftsbezug vorgeschlagen, jedoch sollen, so der Vorschlag der Kommission, im Gegenzug auch neue Standards als Ausgleich für den Wegfall der obligatorischen Flächenstilllegung aufgenommen werden. Hier gilt es jetzt genau zu prüfen, ob diese Änderungsvorschläge wirklich zu einer spürbaren Vereinfachung führen. Ich denke aber, ohne dem abschließenden Urteil vorgehen zu wollen, dass hier Nachbesserungen, sprich weitere konkrete Entlastungsvorschläge, notwendig sind. Hinsichtlich der zukünftigen Marktmaßnahmen besteht Konsens in der Auffassung, den bereits seit 2003 eingeschlagenen Kurs hin zu mehr Markt konsequent fortzusetzen, aber dabei jedoch gleichzeitig den Landwirten die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Daher begrüße ich die Vorschläge beispielsweise zur Getreideinterventionsregelung, also der Abschaffung der Intervention bei Hartweizen, Setzen der Interventionsmenge auf Null bei allen Getreidearten außer Brotweizen, aber auch zur Abschaffung der Flächenstilllegung. Diese agrarpolitischen Instrumentarien haben vor dem Hintergrund der Weltmarktpreisentwicklung an Bedeutung verloren. Letztlich kann deren Wegfall die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe stärken.

Jedoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist mir wichtig an dieser Stelle zu betonen,

darf man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Angesichts der besonderen Risiken, welche landwirtschaftliche Tätigkeiten mit sich bringen, wäre es sicher unklug, auf jegliche Sicherheitsnetze zu verzichten. Daher unterstütze ich den Vorschlag, für Brotweizen ein solches Netz beizubehalten - und die G-8-Staaten haben ja auch darüber beraten, ob es nicht notwendig wäre, in allen Ländern wieder bestimmte Läger anzulegen, um dort letzten Endes Getreide für Notsituationen zu haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo Licht ist, da ist auch Schatten. Sie merken, dass ich überleiten möchte zu den Vorschlägen des Gesundheitschecks, zu denen ich eine dezidierte andere Auffassung habe. Ich hatte in meinen Eingangsbemerkungen angekündigt, Beurteilungskriterien zu benennen, welche mir - und das nicht nur im Rahmen des Gesundheitschecks - besonders wichtig sind. Dazu gehört Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Gerade auch nach den umfassenden GAP-Änderungen in den vergangenen Jahren und den damit verbundenen erheblichen unternehmerischen Anpassungserfordernissen sind beide Prinzipien für mich ganz wichtige Grundsätze dieses Gesundheitschecks. Verlässlichkeit und Planungssicherheit sind gerade für die Landwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung. Sie wissen, wir agieren im freien Raum, wir sind abhängig von der Witterung und eine Kuh, die Mich gibt, der kann ich nicht von heute auf morgen das Euter zudrehen. Hier muss klipp und klar feststehen, dass ich auf Jahre hinaus mit diesen Kriterien auch produzieren kann.

(Zwischenruf Abg. Stauche, CDU:
Das weiß ja nicht jeder.)

Aber so ist das. Frau Stauche, Sie haben vollkommen recht, leider, leider vergessen das sehr viele.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landwirtschaft wird auch bis zum Jahr 2013 noch weitere Anpassungen leisten müssen. Hier ist besonders der im Rahmen der GAP-Reform aus dem Jahr 2003 beschlossene Abschmelzungspfad der Betriebsprämie hin zu einer einheitlichen Flächenprämie zu nennen, der bereits jetzt insbesondere Tierhaltungsbetriebe stark belastet. Ich denke aber auch an die schon beschlossene Erhöhung der Milchquote. Auf das deutsche Kombimodell der Betriebsprämie in der bisherigen Fassung haben sich die Betriebe dagegen relativ gut eingestellt. So reagieren die Betriebe in ihren Anbauentscheidungen flexibler auf den Markt, die Bewirtschaftung aller Flächen wird aufrechterhalten und zumindest in den Ackerbaubetrieben haben sich die Einkommen stabilisiert. Auch wenn die Cross-Compliance-Verpflichtungen zusätzliche Aufwendungen für die Betriebe bedeuten, bereiten ihnen die Einhaltung der fach-

lichen Vorgaben keine nennenswerten zusätzlichen Probleme.

Trotzdem, verehrte Abgeordnete, müssen wir von einer für zahlreiche Betriebe schwierigen Anpassungsphase sprechen. Diese noch durch eine Kürzung der Direktzahlung zu überlagern, würde aller Voraussicht nach viele Unternehmen überfordern. Blicken wir jedoch wieder auf den Vorschlag der KOM zur Kürzung der Direktzahlung, sprich zur Umschichtung von Mitteln der ersten in die zweite Säule, so kann ich die notwendige Verlässlichkeit überhaupt nicht erkennen. Im Rahmen eines sogenannten progressiven Modulationsmodells soll der derzeitige Modulationssatz bis zum Jahr 2012 in 2-prozentigen Schritten bis letztlich 13 Prozent angehoben werden. Betroffen wären alle Direktzahlungen über 5.000 €. Zusätzlich soll die Modulationsrate bei Beihilfespannen zwischen 100.000 € und kleiner als 200.000 € im Jahre 2009 auf 10 Prozent aufgestockt werden und dann ebenfalls in 2-Prozent-Schritten bis zum Jahr 2012 auf 16 Prozent gesteigert werden. Bei einem Fördervolumen zwischen 200.000 € und 300.000 € sollen nach analogem Schema bis zum Jahr 2012 insgesamt 19 Prozent in die Säule 2 der gemeinsamen Agrarpolitik umgeschichtet werden, wobei über 300.000 € hinaus gehende Beihilfesätze des Modulationssatzes auf 22 Prozent angehoben werden.

Wenn ich überhaupt etwas Positives an diesem Vorschlag erkennen kann, dann allein dies, dass die gemeinsame massive Kritik aller Länder, insbesondere der neuen Länder - an den ursprünglichen KOM-Überlegungen, die sahen ja Kürzungen von bis zu 45 Prozent vor - Wirkung gezeigt hat. Vor allem die Kritik aus den neuen Ländern hat signalisiert, so geht das nicht. Das ist auch vor Ort in Brüssel deutlich vorgetragen worden und hat dazu geführt, dass wir diese Kürzung in dieser Form nicht kriegen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, wenngleich der jetzige KOM-Vorschlag im Verhältnis zu den ursprünglichen Überlegungen deutlich moderater ist, lehne ich ihn trotzdem entschieden ab. Thüringen und alle anderen ostdeutschen Länder wären davon erheblich und darüber hinaus auch in erster Linie betroffen.

Dazu einige Zahlen: Für den Freistaat hätte dies zur Folge, dass die Modulationsgelder von gegenwärtig 12,9 Mio. € auf ca. 45 Mio. € im Jahre 2012 ansteigen würden. Circa 12 Mio. € würden dabei in 2012 auf mehr als 100.000 Direktzahlungen entfallen. Unternehmungen mit einer Flächenausstattung von über 1.000 ha müssten dann mit Beihilfekürzungen von 60 bis 70 € pro Hektar rechnen. Insbesondere betroffen von dieser Modulationserhöhung wären im Freistaat Thüringen ca. 1.930 Betriebe, welche ca. 97 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeiten. Darüber hinaus wären noch ca.

580 Betriebe von den zusätzlichen Kürzungen infolge von Direktzahlungen von über 100.000 € betroffen. Diese Betriebe erhalten über 83 Prozent der gesamten Direktzahlungen und bewirtschaften knapp vier Fünftel der landwirtschaftlichen Fläche. Diese großen Betriebe bringen damit die flächenmäßig größte Leistung bei der Pflege und dem Erhalt der Thüringer Kulturlandwirtschaft. Ich denke, dass diese Zahlen eine sehr deutliche Sprache sprechen. Ich bleibe deshalb bei meiner Auffassung, dass die angekündigte zusätzliche Kürzung der Direktzahlungen für die Landwirte in größeren Unternehmen nicht akzeptabel ist. Wir würden die größeren Unternehmen einseitig und übermäßig belasten. Eine solche Gleichbehandlung kann und will ich auch nicht akzeptieren, weil die arbeitsintensiven und wertschöpfungsorientierten Unternehmen, insbesondere die tierhaltenden Betriebe, mit enormen Wettbewerbsnachteilen zu rechnen hätten. Eine pauschale Anwendung dieser Kürzungsregelung würde zwangsläufig zu einem massiven Abbau von Arbeitskräften vorrangig in den tierhaltenden Betrieben führen mit allen ihren negativen Auswirkungen auch auf Arbeitsplätze und Wertschöpfung in vor- und nachgelagerten Bereichen, also auf den gesamten ländlichen Raum. Um es ganz unmissverständlich zu sagen: Dieser Vorschlag würde unsere Vorstellung, nämlich Beschäftigung und Wertschöpfung im ländlichen Raum zu erhalten bzw. zu fördern, behindern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau dies sind auch Gründe, warum ich grundsätzlich einer Modulationserhöhung, unabhängig davon, ob das Modell nun linear oder progressiv gewählt wird, sehr skeptisch gegenüberstehe. Wir haben in den verschiedensten Gesprächen mit den Mitgliedern der Kommission, mit Frau Fischer Boel, mit ihrem stellvertretenden Kabinettschef Dr. Borchert, unsere Position sowohl in Brüssel als auch auf anderen Beratungen vorgetragen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns gemeinsam gelingen wird, hier noch Veränderungen herbeizuführen. Man weiß ja immer, dass erst einmal mit sehr hohen Vorschlägen in das Rennen gegangen wird, man aber schon in der Schublade noch einige kleine Veränderungen hat. Dass wir ganz ungeschoren davonkommen werden, das glaubt keiner. Das wissen wir, dass da was kommt, aber man muss immer wieder deutlich machen, dass es egal ist, wie groß der Betrieb ist, ein Hektar ist ein Hektar, ob ich das in einem 50-Hektar-Betrieb habe oder in einem 500 Hektar oder 2.500 Hektar großen Betrieb. Ich muss da eine Gleichbehandlung durchführen. Wir dürfen nicht vergessen, das haben wir auch vorgerechnet, dass ja unsere großen Betriebe von einer ganzen Reihe von Gesellschaftern geführt werden. Wenn ich einen Betrieb hernehme mit 1.500 Hektar und ich habe dort 30 Gesellschafter, dann hat jeder dieser Gesellschafter 50 Hektar und würde damit, wenn er das allein bewirtschaften wür-

de, aus dieser Modulationsgeschichte insgesamt herausfallen, aus diesen Kürzungen herausfallen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Wort zu einem weiteren mir sehr wichtigen Element - dem Gesundheitscheck der Milch. Wir haben ja in den letzten Tagen und Wochen erlebt, mit welcher Vehemenz unsere Milchbauern darum gerungen haben und darum kämpfen, mehr Geld für ihr Produkt, die Milch, zu bekommen. Es kann ja nicht sein, dass das Glas Milch billiger ist als ein Glas Mineralwasser und dass die Wertschöpfung, die in der Milch steckt und die Leistungen und die Arbeit, die drinsteckt, nicht dementsprechend honoriert wird. Ich bin dafür, dass man Aktionen durchführt, aber ich sage auch ganz offen und ehrlich und habe das auch den Milchbauern gesagt, ich bin aber dagegen, dass wir Milch weggießen; denn das ist nicht der richtige Ansatz, um die Forderungen durchzusetzen.

(Beifall SPD)

Hier muss man mit ganz anderen Dingen letztendlich aufwarten. Ich denke, die Verhandlungen, die gegenwärtig laufen und die vorgenommen werden, das ist der richtige Weg. Wenn ich schon blockiere, dann muss ich so blockieren, dass ich nicht in eine Gesetzesfalle schlüpfe und dann letztendlich noch dafür zahlen muss, wenn ich etwas Gutes in diese Richtung umsetzen möchte und umsetzen will.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, klar ist - und da beißt die Maus auch keinen Faden ab, auch wenn das der eine oder andere meiner lieben Kollegen gern hätte -, ab 2015 werden wir keine Milchquote mehr haben. Die Milchquote läuft aus.

(Beifall CDU)

Dieser geplante Systemwechsel ist ein einschneidender Schritt, der gut vorbereitet sein will. Die Kommission will diesen Wechsel über eine Quotenentwertung bis 2015 erreichen. Diese Entwertung soll durch eine Aufstockung der Quote in den kommenden Jahren um insgesamt 7 Prozent erfolgen. Die erste Anhebung von 2 Prozent ist bereits zum 1. April dieses Jahres geschehen. Die weiteren 5 Prozent Quotenanhebungen sollen bis 2013/2014 erfolgen. Allein diese Quotenerhöhung bzw. die Vorschläge zur Lockerung des Interventionssystems in diesem Bereich können mich nicht überzeugen. Hier fehlt ein schlüssiges Gesamtkonzept. Es wird ein ganzer Fächer von Maßnahmen nötig sein, damit die Milchwirtschaft den europäischen wie globalen Wettbewerbsbedingungen gewachsen ist. Um sich auf den schärferen Wettbewerb vorzubereiten, müssen die Milchviehbetriebe in den kommenden Jahren weiter erhebliche Investitionen durchführen. Bei diesen Anpassungsmaßnahmen brauchen die Unter-

nehmen die notwendige Unterstützung, eine Unterstützung, die auch finanziell solide untersetzt sein muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber das sind Forderungen, die haben wir eigentlich schon immer gestellt, schon seitdem wir wissen, dass die Milchquote auslaufen wird. Ich bin ein Verfechter dafür, die Quote gar nicht erst in Deutschland einzuführen oder bei den neuen Ländern einzuführen, weil ich genau wusste, was dann letztendlich kommt - nur Ärger, nur Ärger, nur Trödel. Die einen unterliefern die Milch und kommen damit nicht auf ihr Geld, werden da nicht effektiv; die anderen überliefern sie und müssen noch eine Abgabe dafür leisten, wenn sie zu viel Milch liefern. Lasst uns doch bei fairen Milchpreisen, die der Handel den Molkereien und letztendlich auch die Molkereien dann den Bauern zahlen, den freien Verlauf. Ich denke, dann haben wir die größten Chancen auch in dieser Richtung.

Was bleibt nun als Fazit? Wir werden den sehr umfangreichen Gesetzestext in den kommenden Wochen noch eingehend zu prüfen haben und uns sehr intensiv mit dem Bund und den anderen Ländern abstimmen. Ein erster wichtiger Termin dazu war die Sonderagrarministerkonferenz von Bund und Ländern am 2. Juni, bei der erstmalig die Legislativvorschläge und das weitere Vorgehen gemeinsam beraten wurden. Der gemeinsame Beschluss der AMK wurde vom Agrarausschuss des Bundesrates bestätigt. Dieses harmonisierte Vorgehen der Bundesländer und der Bundesregierung um Aussichten auf eine Veränderung der KOM-Vorschläge zu haben, ist mir wichtig, wichtiger als detaillierte Folgeabschätzungen für Thüringen und eine Entscheidung zu den Vorschlägen.

Entscheidungen der EU können heute nur noch durch eine breite Allianz revidiert werden. Da ist es wichtig, dass Deutschland eine einheitliche Meinung hat. Darüber hinaus müssen alle anderen 26 Länder in der Europäischen Union auch bereit sein mitzuziehen, um hier Veränderungen in dieser Richtung durchführen zu können.

Ich erwarte bis zur avisierten politischen Einigung zum Jahresende eine Vielzahl von Debatten auf nationaler und europäischer Ebene und hoffe, dass die Bundesländer gemeinsam mit der Bundesregierung in den weiteren Verhandlungsprozessen, insbesondere in der Frage der Reduzierung der Direktbeihilfen, noch Veränderungen bewirken können. Dies ist erforderlich, weil unsere Unternehmen Planungssicherheit bei den Direktzahlungen bis 2013 benötigen und darüber hinaus der Berufsstand natürlich auch politische Verlässlichkeit erwartet. Auch nach 2013 ist eine Fortsetzung der Zahlung aus der ersten Säule der Agrarpolitik erforderlich, da die Land-

wirte auch danach ihre vielfältigen Leistungen für die Gesellschaft, die der Markt nicht honoriert, nicht über öffentliche Mittel erbringen können. Folglich ist, und das wird mit den Alternativvorschlägen sehr deutlich, dass ein weiteres Agieren der Landesregierung vorrangig darauf fokussiert ist, erstens die größenabhängige Modulation weiter zu verhindern bzw. zu reduzieren, zweitens die Basismodulation, wenn möglich, deutlich abzusetzen und drittens den Ausstieg aus der Milchquote mit angemessenen Mitteln der Europäischen Union zu begleiten. Diese ambitionierten Ziele erfordern ein hohes Maß an politischer Überzeugungsarbeit, und ich darf Sie dabei bitten, dass Sie uns, so wie Sie das mit Ihren Alternativvorschlägen schon getan haben, auch weiterhin unterstützen werden. Schönen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich frage, wer wünscht die Beratung zum Sofortbericht? Die Fraktion DIE LINKE, die CDU und auch die SPD. Damit eröffne ich die Aussprache zum Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der SPD, zu Nummer 1 des Alternativantrags der Fraktion der CDU und zu den Nummern 1 und 2 des Alternativantrags der Fraktion DIE LINKE. Gleichzeitig eröffne ich die Aussprache zu Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD, zu Nummer 2 des Antrags der Fraktion der CDU und zu den Nummern 3 und 4 des Alternativantrags der Fraktion DIE LINKE. Ich erteile das Wort Frau Abgeordnete Scheringer-Wright, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union und deren Reformen erhitzen von jeher die Gemüter und zwar aus ganz unterschiedlichen Gründen. Einerseits führt eine breite finanzielle Stützung der Landwirtschaft in den industrialisierten Regionen der Erde, wie z.B. Europa, USA oder Japan, zu verbessertem Zugang zum Weltmarkt und auf die Märkte der weniger entwickelten Länder, was deren Chancen zur Entwicklung maßgeblich schmälert. Das wurde ja immer wieder angesprochen, auch jetzt beim Gipfel der G 8, weswegen DIE LINKE übrigens auch Exportbeihilfen als global ungerecht ablehnt. Andererseits wurde durch die Beihilfe für die Landwirtschaft in Europa durchaus der Strukturwandel in der Landwirtschaft abgemildert und Einkommensstützung für viele Familien, die von der Landwirtschaft lebten, ermöglicht. Durch die Eröffnung einer zweiten Säule bei der Förderung, die neben der ersten Säule, also der Preis- bzw. Einkommensstützung, z.B. Beihilfen für die Erbringung von ökologischen Leistungen beinhaltet,

wird es ermöglicht, auch die Erhaltung einer naturnahen Kulturlandschaft und den ländlichen Raum zu fördern. Welche Beihilfepolitik die beste ist, wird immer wieder hinterfragt und mündete vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen in die verschiedenen Agrarreformen.

Gegenwärtig werden die Vorschläge zur Anpassung der 2003 beschlossenen und 2005 implementierten Agrarreform, dem sogenannten Health Check, heiß diskutiert. Insofern ist der Antrag der SPD-Fraktion zeitlich richtig platziert, und auch der Alternativantrag der CDU ist vor diesem Hintergrund zur Kenntnis zu nehmen. Die Anträge greifen die problematischen Vorschläge der Kommission auf, greifen aber zu kurz und rennen übrigens, so wie sie formuliert sind, bei der Landesregierung offene Türen ein. Wir sind uns bei einzelnen Punkten hier auch alle einig, das haben wir alle in den verschiedensten Presseerklärungen auch deutlich gemacht, aber es geht doch noch um mehr. Deswegen haben wir einen umfassenden Alternativantrag eingereicht, der über die bloße Ablehnung der Vorschläge hinausgeht und die Landesregierung auch zu eigenständigen Haltungen und Initiativen auffordert.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Wo haben Sie das aufgeschrieben?)

Das steht im Antrag, das erkläre ich gleich noch.

Meine Damen und Herren, die Vorschläge der Agrarkommission aus dem Health Check sollen, noch bevor die in der letzten Agrarreform festgelegte Geltungsdauer bis 2013 abgelaufen ist, eingeführt werden. Schon diese vorfristigen Änderungen stellen für die landwirtschaftlichen Betriebe einen Bruch in der Planungssicherheit dar. Das ist umso mehr anzuprangern, weil noch gar nicht geklärt ist, welche Auswirkungen die Agrarreform von 2005 wirklich hatte. Diese hat ja mit der Entkopplung der Beihilfen von den Produkten und der Einführung der Bezugsebene Fläche einen Paradigmenwechsel bedeutet. Welche Auswirkungen dieser Paradigmenwechsel und seine Ausgestaltung im Thüringer Modell auf die agrarstrukturellen, sozialen und ökologischen Parameter der Landwirtschaft in Thüringen hatte, ist bislang nicht umfassend untersucht, geschweige denn veröffentlicht.

Die im Mai von der Agrarkommission nach erneuter Verhandlungsrunde vorgelegten Vorschläge stellen zwar einen gewissen Fortschritt gegenüber den letzten dar, z.B. wenn die Kappung der Direktzahlungen nach der Größe vom Tisch wäre, sind jedoch im Großen und Ganzen nicht zu akzeptieren. Unter anderem sollen z.B. die Mittel für die Direktzahlungen an die Betriebe mittels Modulation für Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume umge-

schichtet werden. Das hat Herr Minister Dr. Sklenar gerade im Bericht detailliert erklärt. Diese Umschichtung soll also progressiv geschehen, das heißt, je höher der Betrag an Direktzahlungen, desto höher die prozentuale Kürzung und die Umschichtung. Das lehnt DIE LINKE ab. Denn dieser Vorschlag bedeutet eine Benachteiligung großer ostdeutscher landwirtschaftlicher Betriebe, vor allem solcher, die über eine Mehrfamilienstruktur und arbeitsintensive Betriebszweige verfügen. Außerdem sind diese Vorschläge sozusagen die Kappung durch die Hintertür. Setzt sich jedoch die Agrarkommission damit durch, kann das dazu führen, dass in ländlichen strukturschwachen Regionen weitere Arbeitsplätze abgebaut werden. Arbeitsplatzsicherung bzw. die Einbeziehung des Faktors Arbeit in die Beihilfezahlungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik bleiben bei den von der Kommission vorgelegten Vorschlägen völlig unberücksichtigt. Das kritisiert DIE LINKE und wir werden diese Kritik auch immer wieder einbringen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich glaube, Herr Minister Dr. Sklenar, dass wir mit dem Argument „ein Hektar ist ein Hektar“ in Brüssel nicht weiterkommen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Potz Blitz!)

(Heiterkeit CDU)

Da müssen wir uns etwas Besseres ausdenken und eine bessere Argumentation.

(Beifall CDU)

Ein Hektar bleibt ein Hektar bei der Bemessung und bei der Zahlung der Direktbeihilfen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:
Von der Fläche her.)

Ich glaube, diese Argumentation greift zu kurz, wenn wir die 27 Mitgliedstaaten und deren Interessen anschauen und die unterschiedlichen Interessen in den unterschiedlichen Ländern. Deswegen brauchen wir andere Vorschläge. Da komme ich wieder auf den Faktor Arbeit, das lehnt zwar die Kommission ab, aber das wäre der richtigere Ansatz, weil er für die anderen Länder auch attraktiv sein könnte.

Kontraproduktiv schätze ich übrigens auch die völlige Entkopplung der Eiweißpflanzen von der Förderung ein, denn eigentlich brauchen wir eine Erhöhung des Eiweißpflanzenanbaus, weil wir ja einen großen Bedarf an Eiweißfuttermitteln zur Fütterung unserer Tierbestände haben. Die Vorschlä-

ge der Kommission könnten das endgültige Aus für die Eiweißpflanzen, für den Eiweißpflanzenanbau bei uns bedeuten mit allen negativen Auswirkungen für Kreislaufwirtschaft und Bodenfruchtbarkeit.

Diese zwei Beispiele und andere Vorschläge der Kommission zeigen, wie nötig eine Analyse der Auswirkungen der jetzt umgesetzten Reform und eine Politikfolgenabschätzung der im Mai 2008 und jetzt im Juni noch einmal dargelegten Vorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013 ist.

Herr Minister Sklenar, Sie haben in Ihrem Sofortbericht gesagt, zumindest in den Ackerbaubetrieben sind mit dem Thüringer Modell der Umsetzung der Agrarreform die Einkommen stabilisiert worden. Aber was ist denn mit den Grünlandbetrieben? Was ist mit den Betrieben, die traditionell viel mit KULAP gemacht haben und die jetzt das Gefühl haben, sie schneiden ganz schlecht ab? Da wissen wir gar nicht, wie die Situation ist. Deswegen müssen wir uns das genauer anschauen, bevor wir Vorschlägen überhaupt zustimmen.

Weiterhin muss die Landesregierung auch einmal ihrerseits Positionen entwickeln, und zwar konkret, um in den Verhandlungen mit der Bundesregierung, mit Herrn Seehofer, und mit Blick auf die Einflussnahme über die Agrarminister bei der Kommission direkt agieren zu können und nicht nur immer zu reagieren. Das wäre auch bei der Frage der Milchquotenregelung notwendig, gerade weil wir hier in Ostdeutschland andere Bedingungen haben als andere Bundesländer oder Mitgliedsländer. Fakt ist, es wird so gebetsmühlenartig wiederholt, 2015 ist die Milchquote weg

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Gott sei Dank!)

und man braucht Maßnahmen, um irgendwie diesen Übergang zu erleichtern. Das ist gut gesagt, aber was stellt man sich denn da konkret vor? Da kommt Frau Fischer Boel und sagt, genau deswegen erhöhen wir immer 2 Prozent, was in der Praxis dann zu Preisabfällen mit allen möglichen Problemen führt. Deswegen müsste doch dann mal gesagt werden, wie könnte es denn konkret laufen, gerade aus Thüringer Sicht. Ich denke, hier ist die Landesregierung, ist der Minister in der Pflicht.

(Beifall DIE LINKE)

Zusammenfassend möchte ich noch einmal darstellen, was wir mit unserem Alternativantrag wollen:

1. eine Analyse der Auswirkungen der Agrarreform, damit alle wissen, wo wir eigentlich stehen;

2. eine seriöse Folgenabschätzung der jetzt auf dem Tisch liegenden Vorschläge, damit deutlich wird, was sie für unsere Landwirtschaft konkret bedeuten.

3. Bei der progressiven Kürzung durch die Modulation und deren negative Auswirkungen sind wir uns alle einig. Das habe ich schon gesagt. Deshalb fordern auch wir natürlich die Landesregierung auf, alles zu unternehmen, um diese progressive Modulation, so wie sie jetzt vorgeschlagen wird, zu verhindern.

4. Last, not least soll die Landesregierung darlegen, welche Position sie mittel- und langfristig in der Agrar- und Förderpolitik hat, denn die nächste Reform 2013 kommt bestimmt und da muss man doch mit konkreten Vorstellungen in die Verhandlungen gehen.

Die Fraktion DIE LINKE ist sich sicher, dass wir Stellungnahmen und Handlungsaufforderungen brauchen, um einen sinnvollen Beitrag zur Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik zu leisten und deshalb fordern wir Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen und auch an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen, denn, da stimme ich Frau Becker zu, ich denke, in vielen Punkten sind wir uns einig, aber wir sollten das noch einmal besprechen und dann auch gemeinschaftlich eine Position auf den Weg bringen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Becker, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Pläne der EU-Kommission, die am 20. Mai veröffentlicht wurden, wovon ja auch Herr Minister berichtet hat, lehnen wir als SPD-Fraktion ab. Frau Scheringer-Wright, darum geht es im Moment, deshalb haben wir am 22. Mai diesen Antrag geschrieben. Das sollte keine Regierungserklärung zur Landwirtschaft werden, sondern wir haben uns einen Punkt, der im Moment europaweit diskutiert wird, herausgenommen und darauf bezogen diesen Antrag geschrieben, um die Position der Landesregierung in dieser Phase zu erfahren und dann auch ggf. gemeinsam auf Bundesminister Seehofer zuzugehen und dann auf die EU. Das ist unser Antrag. Dann kam am 29. Mai der Alternativantrag der CDU, der ein bisschen weitergeht, der die Milchquote und die Entbürokratisierung noch aufgenommen hat. Dann kommen Sie am 25.06.2008

mit einem Alternativantrag - wenn wir Glück gehabt hätten, wäre unser Antrag schon im Juni behandelt worden, dann hätte es den Alternativantrag von Ihnen gar nicht mehr geben können, ist ja eine andere Sache - und bitten im ersten Entwurf erst einmal um eine Politikfolgenabschätzung. Wie lange wollen wir denn warten? Dann ist doch alles abgefahren, dann ist doch der Zug vorbei, dann können wir doch gar nicht mehr auf EU-Ebene unsere Interessen der Thüringer Bauern vorantreiben. Das ist doch das Wichtigste, das war unser Ansatz in diesem Antrag, so schnell wie möglich eine einheitliche Linie in Thüringen zu fahren. Wir haben über die Pressemitteilungen schon nachvollziehen können, dass die fast einheitlich sind in den Parteien, aber wir wollten das über das Plenum, um die Position von Herrn Minister Sklenar, wenn er sich dem Antrag anschließen kann, noch zu untersetzen und die Verhandlungsoptionen für Brüssel stärken. Das war Ansatz unseres Antrags. Wenn Sie jetzt einen grundsätzlichen Bedarf sehen, dann müssen Sie einen Antrag schreiben und wir müssen darüber reden, aber so ein Gewurschtel hilft uns nicht weiter.

Jetzt noch mal zu unserem Antrag: Thüringen allein müsste im Jahr 2012 mit etwa 45 Mio. € Einbußen rechnen. Dies würde zu einem Arbeitsplatzverlust in unserem ländlichen Raum führen. Gerade für den ländlichen Raum, den wir stärken wollen, wo wir wissen, dass durch die demographische Entwicklung Schwierigkeiten entstehen, nicht nur Ärztemangel oder im Abwasserbereich, sondern auch insgesamt in der Struktur des ländlichen Raums brauchen wir eine Stärkung des ländlichen Raums. Die Vorschläge, die jetzt durch Frau Fischer Boel gekommen sind, würden eine Schwächung des ländlichen Raums bedeuten, deshalb lehnt die SPD-Fraktion diese Vorschläge ab.

Dann gibt es einzelne Punkte, darauf ist der Minister auch eingegangen, bei denen wir einer Meinung sind und sagen, darüber können wir reden, über die Modulation und wie die Mittel dann verteilt werden müssen, da gibt es Ansätze. Sicherlich sind die auch zu erarbeiten und dann gemeinsam in den Ausschüssen vielleicht zu beraten und weiterzuentwickeln, das ist vollkommen klar, aber wir haben jetzt keine Zeit. Es geht darum, dass zwischen November und Mai schon verhandelt wurde und eine deutliche Kürzung der Kürzung erreicht wurde, aber trotzdem würde das für Ostdeutschland einen Einbruch in der Landwirtschaft bedeuten. Das müssen wir artikulieren und das ist doch schwer genug. Da habe ich manchmal das Gefühl, Frau Scheringer-Wright, dass Ihre bayerische Heimat vielleicht so ein paar Probleme im Ansatz mit sich bringt - das sehen wir auch bei Herrn Seehofer - ,

(Beifall SPD)

die haben nun mal andere Strukturen als in Ostdeutschland. Doch das ist ja auch ein Problem. Wir müssen jetzt als die fünf ostdeutschen Länder, die neuen Länder, bei denen sich die Landwirtschaftsminister vollkommen einig sind, da können Sie die Pressemitteilungen ob von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern oder Herrn Minister Sklenar lesen, die sind sich einig, was sie wollen. Jetzt müssen wir das aber auf die ganzen Bundesländer übertragen, damit Seehofer einheitlich in der EU auftreten kann, weil wir sonst verlieren. Das ist das Problem, das wir jetzt haben, eine einheitliche Meinung aller Bundesländer zu transportieren, damit wir stark in der EU auftreten können. Das war unser Ansatz dieses Antrags.

Herr Minister Sklenar, ich habe vieles nachvollziehen können, aber eines fehlt mir in beiden Anträgen, bei dem Antrag der CDU und auch bei dem Antrag von Frau Scheringer-Wright. Wir müssen uns doch dafür einsetzen, dass die Mittel, die aus dem Bereich der Direktzahlung in Thüringen umgeschichtet werden, auch in Thüringen bleiben. Das ist doch ein wesentlicher Punkt. Dass wir nicht ganz ungeschoren davonkommen, wissen wir alle. Jetzt müssen wir darüber reden, dass diese Mittel, die dann nicht direkt gezahlt werden, umgeschichtet werden und in Thüringen umgeschichtet werden und nicht im Saarland zum Beispiel, das schon ein Auge darauf wirft. Es wird schon schwer genug, diese Mittel überhaupt nach Deutschland zu bringen und dann noch auf die Bundesländer aufzuteilen. Da würde mir eine Aussage von Ihnen, der CDU-Fraktion und der LINKEN, die das deutlich rüberbringt, weil das ganz wichtig ist, dass das so bleibt und dass wir uns durchsetzen können. Es wäre fatal, wenn wir diese Gelder verlieren und dann nicht mehr für Thüringen einsetzen könnten. Das hat auch der Bauernverbandspräsident Herr Kliem ganz deutlich gemacht in der Bauernzeitung, dass er von uns, von der Politik erwartet, dass wir uns dafür einsetzen, dass die erforderlichen Umschichtungen auch in Thüringen bleiben und an die Landwirte, also an die Landwirtschaft gegeben werden. Wie, darüber müssen wir dann noch reden, das ist ja die zweite Säule, da gibt es auch in Thüringen Ansätze, die wir dann ausarbeiten können, die aber vorhanden sind, wenn es dann soweit ist, um den ländlichen Raum zu stärken. Das war unser Ansatz, mehr war es nicht in dem Moment. Wir haben im letzten November, glaube ich, eine Regierungserklärung zum ländlichen Raum gehabt und wir haben gesagt, wir müssen jetzt ein Zeichen setzen und wollten mit diesem Antrag das voranbringen. Die CDU-Fraktion hat nicht ganz so lange gebraucht, um einen Alternativantrag zu schreiben und geht ein bisschen weiter, Entbürokratisierung, ich nehme an, Herr Primas, Sie sehen da die Uferrandstreifen, wo ich natürlich ganz positiv überrascht bin, dass die EU-Kommission vorsieht, viel-

leicht die Uferrandstreifen mit einzubeziehen und fünf Meter Uferrandstreifen festzuschreiben. Darüber müssen wir diskutieren. Es sind nicht alle Vorschläge, die aus der EU kommen, ganz falsch und ganz schlecht, aber es ist sicherlich noch Diskussionsbedarf, wie der Landwirt dann ausgeglichen wird, welche Zahlungen der Landwirt dafür bekommt, dann hätten wir vielleicht eine grundsätzliche Regelung und hätten nicht mehr diesen Unfrieden. Wenn das einheitlich geregelt wird, dass es die fünf Meter Uferrandstreifen gibt auf europäischer Ebene, das ist doch einmal ein Ansatz, worüber diskutiert werden muss, aber der natürlich noch untersetzt werden muss, wie denn die finanzielle Ausstattung der Landwirte, die dann auf diesen Bereich verzichten, erfolgen sollte. Das ist ein Thema, was sicherlich noch angesprochen werden kann und angesprochen werden muss.

Das zweite Thema, was die CDU-Fraktion in ihrem Antrag aufgemacht hat, ist die Milchquote, das ist auch vollkommen klar, das war in der Phase der Proteste der Milchbauern, als wir diese Anträge erarbeitet und erstellt haben. Aber auch dazu hat Herr Minister Sklenar schon etwas gesagt, es ist nicht einfach. Natürlich ist die SPD auch dafür - wie Herr Emde, er hat vorhin geklatscht - dass die Milchquote 2015 ausläuft, da sind wir uns, glaube ich, in Thüringen alle einig. Der Weg dahin muss noch gefunden werden. Auch hier sehen wir als SPD-Fraktion, dass das, was Frau Fischer Boel gesagt hat, als falsch an. Das kann es nicht sein, was jetzt vorgeschlagen wird. Es muss darüber diskutiert werden, eine andere Lösung zu finden. Aber das Hauptaugenmerk muss wirklich auf den Direktzahlungen liegen, das ist das Entscheidende, was wir brauchen. Wenn uns das Geld verloren geht, dann haben wir im ländlichen Raum so viele Verluste und die setzen sich ja fort. Die Kaufkraft geht verloren, der ganze ländliche Bereich lebt von der Landwirtschaft, von den Agrarbetrieben, das ist unsere Stärke, die wir haben, diese großen Agrarbetriebe, da soll nichts gegen die kleinen Landwirte gesagt werden, die brauchen wir auch, gerade in den schwierigen Regionen, in den benachteiligten Gebieten, da gibt es die Grünland- und die Kleinlandwirte. Aber trotzdem, die Stärkung und die wirkliche Kraft geht von den großen Agrarbetrieben aus, die wir in Thüringen haben und die sind die Hauptarbeitgeber im ländlichen Raum. Wir haben keine Industrie mehr, wir wissen, wie alles zusammengebrochen ist. Wir leben jetzt von diesen großen Agrarbetrieben und die müssen unterstützt werden, die brauchen unsere volle Unterstützung. Wir stehen als SPD-Fraktion an ihrer Seite und wollten das mit diesem Antrag noch einmal festigen und bitten auch um Zustimmung zu unserem Antrag. Bei dem CDU-Antrag müssen Sie sich noch positionieren, wie das mit dem Geld ist, dass es auch in Thüringen bleibt, Herr Primas, das erwarte ich von Ihnen, nicht dass Sie Herrn Seehofer

eine Hintertür lassen und er ein bisschen umschichten kann nach Bayern, Baden-Württemberg oder in das Saarland. Von Frau Scheringer-Wright habe ich diese Positionierung -

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Brandenburg.)

Brandenburg, ich hoffe doch nicht - auch nicht gehört, dazu haben Sie sich nicht geäußert. Vielleicht ist es auch Ihr Anliegen, es war nur nicht so wahrnehmbar in Ihrem Beitrag.

Sonst bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag, damit wir Herrn Minister Sklenar ausstatten können und damit nach Berlin und Brüssel unsere Argumente liefern und erst einmal für unsere Landwirtschaft das Schlimmste abwenden können. Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Primas, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass ich hier im Landtag erleben darf, dass Frau Becker einen Antrag der LINKEN zerpfückt, das ist es allein schon wert, dass wir über das Thema reden.

(Beifall und Heiterkeit CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der zuständige Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat sich bekanntlich schon seit November mit dem Thema intensiv befasst und beschlossen, dass wir uns gemeinsam mit dem Bauernverband und der Landesregierung an die EU wenden, nach Brüssel fahren und dort mit den Leuten über das Thema diskutieren. Das heißt, wir sind voll in der Diskussion drin. Ich bin auch dankbar, dass die Landesregierung in der Kabinettsitzung Anfang Juni, die in Brüssel stattgefunden hat, zu den Vorschlägen von Frau Fischer Boel deutliche Worte gefunden hat. Ich denke, da sind die Entscheidungen noch nicht endgültig getroffen. Wir müssen gemeinsam - das ist wohl richtig - alle möglichen Chancen nutzen; dies ist notwendig. Minister Dr. Sklenar hat die aktuellen Zahlen aufbereitet, was uns der sogenannte Gesundheitscheck kostet und wie viel Kapital der Landwirtschaft als maßgeblichem Arbeitgeber im ländlichen Raum entzogen wird - allein durch die progressive Modulation bis 2012 45 Mio. Das ist ein harter Brocken und trifft besonders die großen Betriebe, die in der Regel Tierhaltung betreiben und auch die gro-

ßen Arbeitgeber sind, Frau Dr. Scheringer-Wright.

Jetzt verweise ich auf die Aktuelle Stunde zu den Milchpreisen im Juni-Plenum. Es dürfte hinlänglich bekannt sein, dass derzeit das Verlustgeschäft bei der Milchwirtschaft in diesen Betrieben durch den Ackerbau einschließlich der Direktzahlung aus der EU aufgefangen wird. Ich prophezeie, wenn es zu einer derartigen progressiven Modulation kommt und die EU auch kein Ausstiegskonzept für die Milchquote anbietet, wird es zu einem dramatischen Abbau bei der Milchviehhaltung kommen. Damit verbunden wird auch ein überdurchschnittlicher Arbeitsplatzabbau im ländlichen Raum sein. Umso dramatischer ist, dass wir jetzt schon mit einem Großviehbestand von unter 0,5 hier bei uns nicht mal die Hälfte dessen haben wie in den westlichen Bundesländern und sechsmal weniger als z.B. in Holland. Das muss man bei der Diskussion auch immer noch im Hinterkopf haben.

Eine ordnungsgemäße, auf natürlichen Kreisläufen basierende Land- und Viehwirtschaft ist jetzt schon kaum noch möglich. Das ist auch der Kern unseres Alternativantrags, der sich - Frau Becker, das sage ich deutlich - von der SPD absetzt. Wir wollen nicht jetzt schon kapitulieren. Wir wollen nicht jetzt schon aufgeben und uns über den Einsatz von Modulationsmitteln Gedanken machen, wie im zweiten Anstrich unter Punkt 2 beim SPD-Antrag formuliert, und dann noch den Schutz der Artenvielfalt hervorheben, Frau Becker, in dem Zusammenhang, das ist halt das Problem. Sie haben es ja selbst angesprochen, wir sollen uns jetzt deutlich äußern, was mit den Mitteln wird, die dann anfallen. Wir sind der Auffassung - das ist der Inhalt unseres Antrags -, wir müssen erst mal kämpfen, dass sie uns nicht gekürzt werden und dass sie nicht umgeschichtet werden. Das ist der Ansatz unseres Antrags, nicht, was wir damit machen. Damit können wir uns dann beschäftigen, wenn es tatsächlich diese Mittel gibt, wenn wir eine Abschwächung dessen, was vorgesehen ist, erreicht haben. Wenn dann noch etwas übrig ist, dann können wir uns gern darüber unterhalten. Das kann nicht sein, dass wir jetzt schon darüber reden, was machen wir denn mit den Mitteln, wenn sie denn kommen, Frau Becker. Das ist der Unterschied zu Ihrem Antrag ganz deutlich, wir wollen erst mal darum kämpfen, dass es so bleibt, wie wir es haben und dass wir nicht zwischendurch was anderes machen, wenn dann Modulationsmittel in die zweite Säule gehen. Das weckt - das befürchte ich sehr - große Erwartungen. Sie haben den Uferrandstreifen angesprochen, ich will mich da gar nicht weiter äußern. Die Gefahr ist - und da haben Sie recht -, wenn das wirklich so kommt, dass die Gelder nicht hier bleiben. Darüber sollen wir uns dann unterhalten, denn die Begehrlichkeiten sind ja sehr groß. Da würde ich nicht nur mal das Saarland ansprechen - Frau Sche-

ringer-Wright hat es sehr deutlich gesagt - mit dem Faktor Arbeit verbindend solche Geschichten, dann haben wir nichts verändert in Deutschland an der Agrarstruktur. Wir haben 1990 die Umstrukturierung geschafft hier, wir haben sie geschafft. Die müssen andere erst mal noch machen. Wenn wir durch Bayern oder Baden-Württemberg fahren, die haben doch überhaupt noch nicht darüber nachgedacht, was die da machen sollen. Es kann nicht immer sein, dass wir mit der Politik dieses noch unterstützen, dass sie sich festhalten an diesen kleinen Strukturen. Niemand hat was dagegen und wir freuen uns für alle, dass man unbedingt den Misthaufen vor dem Schlafzimmerfenster hat und dann Urlaub macht. Das geht in Bayern alles, das geht in Baden-Württemberg; bei uns gibt es noch Bürgerinitiativen, wenn ein Güllefahrzeug 20 km an einer Wohnsiedlung vorbeifährt. Das sind die Unterschiede und das wollen wir nicht. Wir wollen schon mal in der Struktur bleiben und das Geld soll auch hier bleiben. Wir wollen erst später darüber nachdenken, Frau Becker, was mit dem Geld wird, wenn es denn soweit ist. Das macht den Unterschied auch zu Ihrem Antrag aus definitiv.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Veränderung mitten in der Periode bis 2013 bedeutet Wortbruch. Alle haben sich darauf eingestellt. Das ist so, die Reform ist gelaufen, wir wollen es so haben, alle haben gesagt, wir stellen uns darauf ein und jetzt mittendrin sagen wir, das war nichts, wir ändern das noch einmal dramatisch. Das ist unseriös und ist einer EU nicht würdig. Wir müssen das ablehnen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn es um die Beihilfen geht - das ist hier immer die Diskussion -, mir ist nicht bekannt, dass es in der gewerblichen Wirtschaft progressive Degression bei den Beihilfen gibt, das habe ich noch nie gehört. Nur in der Landwirtschaft wird immer darüber diskutiert, dass wir so etwas machen. Und gerade - da erinnere ich einmal daran, das ist das Gegenteil - wenn ich an die Ära von Konzernkanzler Schröder denke, der hat ja nun die Konzerne gerade hochgehoben. Jetzt machen wir gerade das Gegenteil, das passt nicht. Die mittelständische Landwirtschaft, wie wir sie geprägt haben mit den Mehrfamilienbetrieben in den Größenordnungen, wie wir sie kennen, ich denke, da haben wir eine gute Geschichte, haben auch eine gute Chance, mit unseren Betrieben im Wettbewerb zu bestehen.

Ich kann mich sehr gut erinnern, Frau Dr. Scheringer-Wright, dass man uns erzählt hat 1990, dass ein Agrarbetrieb erst dann rentabel wird, wenn er pro 100 ha 1 Arbeitskraft hat und darunter. Wir sind schon soweit, wir haben es. Jetzt müssten andere darüber nachdenken, ob sie das, was sie uns 1990 vorgeschlagen haben, vielleicht selbst einmal umsetzen. Das wäre einmal einen Gedanken wert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Forderungen in Punkt 2 sind klar definiert und sind identisch mit der Erklärung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes vom 20. Mai, der sich in seinen Forderungen auch im Entschließungsantrag anlässlich des Deutschen Bauerntags 2008 vor wenigen Tagen wie folgt wiederfindet: Bestandsschutz bis 2013 als Planungssicherheit und politische Verlässlichkeit für die Landwirte, Ablehnung der großenabhängigen Kürzungen von Direktzahlungen sowie erhöhte Modulation, tatsächliche Vereinfachung von Cross-Compliance - nicht nur darüber reden, sondern auch tatsächlich machen - sowie klare Perspektiven in der Milchpolitik. Da bin ich überhaupt nicht ängstlich, wenn wir die Experten uns anhören, wie sich das entwickelt, dann sagen sie, der Bedarf wird steigen. Der Bedarf an Milch wird steigen in der Welt. Das bedeutet, wenn alle ein bisschen gut arbeiten und darüber nachdenken, dass da überhaupt keine Milchseen und Käse- und Butterberge entstehen müssen, das ist überhaupt nicht nötig. Ich denke, wenn man darüber nachdenkt, welche Möglichkeiten es gibt in der EU, das so zu steuern, dass wir den vernünftigen Ausstieg nach dem Ende der Milchquote haben, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

All diese Forderungen, meine Damen und Herren, finden sich in unserem Alternativantrag. Da die Zeit für Entscheidungen drängt - und das hat Frau Becker deutlich gesagt, das muss ich nicht wiederholen -, brauchen wir keine Politikfolgeabschätzung mehr zu machen. Sie haben völlig recht, was Sie zu dem Antrag der LINKEN formuliert haben, Frau Becker. Ich wiederhole das einfach nicht mehr, das ist nicht zielführend. Die Beschlüsse der Sonderagrarkonferenz vom 2. Juni liegen voll auf unserer Linie. Umso erstaunlicher erst einmal festzustellen, dass es keine Unterschiede Süd, Nord, Ost und West gibt und das ist richtig gut. Dann müssen wir auch sehen, dass diese Gemeinsamkeit weiter trägt. Deshalb bitte ich darum, dass sie unserem Antrag zustimmen, weil er erstens, Frau Becker hat es auch formuliert, der weitergehende ist und weil er konkret ist. Wir wollen nicht über die Mittel jetzt schon reden, die verteilt werden können in andere Richtungen, bevor wir nicht vernünftig verhandelt haben. Als Rückenstärkung für den Minister und die Landesregierung und Minister Seehofer brauchen wir konkrete, klare Standpunkte; die sind formuliert in dem Alternativantrag der CDU. Ich bitte um Zustimmung. Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit beende ich die Aussprache. Kann ich davon ausgehen, dass das Berichtersuchen zu Nummer 1

des Antrags der Fraktion der SPD, zu Nummer 1 des Alternativantrags der Fraktion der CDU und zu den Nummern 1 und 2 des Alternativantrags der Fraktion DIE LINKE erfüllt ist oder erhebt sich Widerspruch? Es erhebt sich Widerspruch, dann stimmen wir darüber ab.

Wer der Auffassung ist, dass das Berichtersuchen zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der SPD, zu Nummer 1 des Alternativantrags der Fraktion der CDU und zu den Nummern 1 und 2 des Alternativantrags der Fraktion DIE LINKE erfüllt ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Danke. Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung. Bei einer Reihe von Gegenstimmen ist zugestimmt worden, dass das Berichtersuchen erfüllt ist.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, ich habe jetzt die Frage: Sie hatten Ausschussüberweisung beantragt, auch vom Sofortbericht oder nur von den Anträgen?

(Zuruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Ich ziehe die Ausschussüberweisung zurück.)

Sie ziehen die Ausschussüberweisung zurück. Gut. Es liegen also keine Anträge vor, den Sofortbericht in den Ausschüssen zu beraten. Damit beende ich hierzu die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung zu Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD. Wird von der SPD Ausschussüberweisung beantragt? Das ist nicht der Fall. Dann werden wir direkt über den Antrag abstimmen, das heißt wir stimmen ab über die Nummer 2 des Antrags der Fraktion der SPD in Drucksache 4/4126. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist dagegen, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Bei einer Anzahl von Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung der Nummer 2 des Alternativantrags der Fraktion der CDU. Auch hier ist keine Ausschussüberweisung beantragt. Wir stimmen direkt über die Nummer 2 des Antrags in Drucksache 4/4156 ab. Wer ist für diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich der Stimme? Bei einer großen Zahl von Stimmenthaltungen ist diesem Antrag mit Mehrheit zugestimmt. Die Nummer 2 des Alternativantrags der Fraktion der CDU ist angenommen, da stimmen wir nicht mehr über die Nummern 3 und 4 des Alternativantrags der Fraktion DIE LINKE ab.

Damit schließe ich diesen Punkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**

Erklärung des 18. März zum „Tag der Parlamentarischen Demokratie“

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/4131 -

Wünscht die Fraktion der CDU das Wort zur Begründung? Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. Hahnemann, DIE LINKE.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, als ich den Antrag das erste Mal las und entdeckte, dass die CDU-Fraktion den 18. März zu einem Gedenktag für die parlamentarische Demokratie erklären lassen möchte mit der Berufung auf den 18. März 1990 und den 18. März 1848/49, da musste ich anfangs lächeln, und zwar nicht deswegen, weil ich der Meinung bin, dass dieses Datum nicht das richtige ist, sondern einfach deswegen, weil ich mich an meinen Geschichtsunterricht vor inzwischen einigen Jahrzehnten erinnern musste, in dem ich über eine Eigenart von Gesellschaften in der Krise gelernt habe, dass sie sich u.a. dadurch auszeichnen, dass sie Feste und Feiertage in zunehmendem Maße pflegen je weniger nahe sie der Lösung ihrer Probleme sind.

(Zwischenruf Abg. Köckert, CDU:
Da seid ihr ja in einer Dauerkrise.)

Das können Sie an Rom nachvollziehen,

(Unruhe CDU)

das können Sie auch an der DDR nachvollziehen, wenn Sie sich vergegenwärtigen, was in den letzten Jahren zu DDR-Zeiten damals gewesen ist. Nun beantragen Sie aber keinen Feiertag, sondern einen Gedenktag und trotzdem haben die Feiertage und die Gedenktage eines gemein; sie bergen nämlich die Gefahr, dass die Herrschenden sich ihrer Unfähigkeit hingeben, gesellschaftliche Probleme zu lösen und die fehlende Lösung der Probleme einer Gesellschaft ins Ideelle transformieren. Insofern ist ein Gedenktag prinzipiell dann ein untaugliches Mittel, wenn er nicht begleitet wird von alledem, was im wirklichen Leben, im praktischen Leben der Bürgerinnen und Bürger vonnöten wäre. Wir haben uns also mit diesem Antrag ganz kurz befasst und wir haben im Grunde genommen dreierlei Dinge dazu zu sagen.

Erstens: Wenn Sie sich überhaupt dafür entscheiden, einen solchen Gedenktag einzurichten, dann sollte es kein „Tag der Parlamentarischen Demokratie“ sein, sondern ein „Tag der Demokratie“. Hier an diesem Punkt erweist sich Ihre Sicht auf den Gegenstand zu eng. Man sollte das insbesondere vor dem Hintergrund der Ereignisse des Jahres 1989 tun, denn das war ein ganz entscheidendes Jahr für die deutsche Entwicklung, getragen vom Engagement von Bürgerinnen und Bürgern von unten. Nicht nur, dass das eine der Wiegen oder zumindest eine der Beförderungen der direkten Demokratie gewesen ist, nein, selbst das Grundgesetz kennt ja beide Formen der Demokratie - sowohl die parlamentarische als auch die direkte. Immerhin bleibt Demokratie im Kern - und ich glaube, das muss man bei der Sicht auf solche Daten auch bedenken - immer das Prinzip der Selbstregierung. Wenn also ein Gedenktag, dann nicht die Eingrenzung auf parlamentarische Demokratie, sondern die Ausweitung auf Demokratie ganz allgemein als eine Anforderung an Gesellschaften. Und ein solcher Gedenktag muss die Erfolgsmomente von Entwicklungen genauso wie die Gefährdungen und die Niederlagen betrachten.

Zweitens: Der 18. März ist nach unserer Auffassung nicht die erste Wahl als Gedenktag, weil nicht alle notwendigen Gedenkaspekte enthalten sind. Der 18. März 1990 - bekannt -, da denken Sie an einen bestimmten Wahltag, das harmoniert natürlich mit Ihrer Einschränkung auf die parlamentarische Demokratie,

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU:
Richtig erkannt.)

das steht ja auch in Ihrer Begründung.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU:
Ja, richtig erkannt.)

Beim 18. März 1848 allerdings beginnen schon die ersten Probleme. Wir müssen, wenn wir es unter dem Aspekt der parlamentarischen Demokratie bedenken, dann schon zur Kenntnis nehmen, dass im Rahmen der 48er/49er-Revolution alles im Grunde genommen auf die Frankfurter Nationalversammlung abzielte und Sie wissen, dass in der Frankfurter Nationalversammlung das historische oder politische Ziel schon nicht mehr stand - parlamentarische Demokratie -, sondern eine deutliche Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung favorisierte nach meiner Kenntnis die konstitutionelle Monarchie. Es hätte im Vormärz wesentlich bessere Daten gegeben als den 18. Ich gehe davon aus, dass Sie das wissen. Ich erinnere nur an den 21. September 1848, als an der deutsch-schweizer Grenze die Republik ausgerufen wurde oder an den 23. Juli als die auf-

ständischen badischen Truppen kapituliert haben.

Wenn man sich zu einem solchen Tag entschließt, dann gäbe es einen zwar schon teilweise belegten, aber wesentlich geeigneteren - und das wäre der 9. November. Ich erinnere an den 9. November 1989; der steht für eine demokratisch-emanzipatorische Bürgerbewegung und für Gestaltungskraft von Gesellschaft entsprechend politischen und gesellschaftlichen Anforderungen. Aber irgendwie war der 9. November den Herrschenden in Deutschland auch ein wenig unheimlich. Sie dürften, wenn sie alle Gedenkaspekte eines solchen Tages mit einbeziehen wollen, den 9. November 1938 und den 9. November 1923 als Tage der Gefährdung und der Zerstörung von Demokratie nicht vergessen. Sie könnten gleichzeitig aber auch auf den 9. November 1918 verweisen als den Tag, der den ersten Übergang zur Demokratie in Deutschland symbolisiert. Sie könnten auch auf den 9. November 1848 verweisen. An diesem Tag wurde in Wien Robert Blum, der demokratische Abgeordnete der Nationalversammlung, ermordet.

Meine Damen und Herren, es ist sicher kein Zufall, dass der Bundesrat auf Initiative des Landes Berlin einen Antrag analogen Inhalts beraten hat und sein Ausschuss zu dem Ergebnis kommt, dass er dem Bundesrat empfiehlt, diese Entschließung nicht zu fassen.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich für diesen Antrag keinerlei Sympathie entwickeln kann. Würde ich gezwungen, einen solchen Tag kreieren zu müssen, dann wäre es für mich der 4. November 1989, als fast eine Million Menschen in Berlin sich entschlossen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und den Herrschenden in der DDR klarzumachen, dass es so nicht weitergeht. Ich beantrage die Überweisung Ihres Antrags an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Mohring, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der 18. März 1990, an diesem Tag haben die Bürgerinnen und Bürger in der damaligen DDR das erste Mal in der kurzen Geschichte dieses Staates in allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen ein eigenes Parlament gewählt. Wolfgang Fiedler und Siegfried Wetzel haben dieser ersten frei gewählten Volkskammer angehört. Die friedliche Revolution im Herbst 1989 hat damit mit dieser Wahl

zur ersten frei gewählten Volkskammer ihr ureigens- tens, ihr erstes Ziel erreicht, nämlich ein eigenes Parlament zu wählen, was in geheimen und freien Wahlen gewählt wurde. Mit diesem Wahlakt ent- stand eine parlamentarische Demokratie. Der 1949 gegen den Willen der Menschen aus der sowje- tischen Besatzungszone hervorgegangene Zwangs- und Unrechtsstaat gehörte staatsrechtlich endgül- tig der Vergangenheit an.

(Beifall CDU)

Damit herrschten erstmals nach dem zweiten Welt- krieg in ganz Deutschland demokratische Bedin- gungen. Die frei gewählte Volkskammer begann in der DDR eine freiheitliche, demokratische und rechts- staatliche Ordnung zu errichten und sie griff auf die große Tradition des Föderalismus zurück gegen den von der SED praktizierten Zentralismus. Letztend- lich hat diese frei gewählte Volkskammer auch den Weg zu unserer staatlichen Einheit am 3. Oktober 1990 geebnet.

(Beifall CDU)

Wir sind mit den CDU-Fraktionsvorsitzenden aller deutschen Länder der Meinung, dass an dieses Datum in Deutschland erinnert werden sollte, denn die parlamentarische Demokratie ist nicht selbstver- ständlich. Sie ist gegen vielfältige Widerstände und gegen katastrophale Rückschläge errungen worden, und sie wird von Extremisten auf beiden Seiten des politischen Spektrums immer wieder infrage gestellt, auch heute.

Auf den langen Weg zum demokratischen Verfas- sungsstaat verweist aber auch ein anderer 18. März, nämlich der von 1848. Das Datum steht für den blu- tigen Kulminationspunkt dieser Revolution. Sie mün- deten in der Nationalversammlung in der Paulskirche, die ein demokratisches, national geeintes Deutsch- land wollte, aber am Widerstand - Sie wissen das - der deutschen Fürsten scheiterte. Die gut 150 Jahre zwischen 1848 und 1990 beschreiben einen schwie- rigen Weg unserer Geschichte, schlechthin vielleicht sogar den schwierigsten Weg unserer Geschichte. Ein Weg, der uns Anschauungsmaterial in Fülle da- für bietet, dass Menschenwürde, dass Freiheit und dass Rechtsstaat, eine funktionierende demokra- tische Staats- und Verfassungsordnung immer wie- der infrage gestellt und mit Füßen getreten worden sind. An die verhängnisvollen Folgen erinnern wir in diesem Haus alljährlich am 27. Januar, dem Ge- denktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Aber nicht allein die extreme Rechte und die National- sozialisten stellten die Weimarer Republik immer wie- der infrage, sondern nach unserer Auffassung auch die extreme Linke. Sie orientierte sich an der So- wjetunion und hatte mit Demokratie oder gar parla-

mentarischer Demokratie nichts am Hut.

(Beifall CDU)

Diese politische Richtung erhielt schließlich nach 1945 die Gelegenheit, ihre Vision in einem Teil Deutschlands zu verwirklichen. Am Beispiel des Thü- ringer Landtags von 1946 bis 1950 kann man gut verfolgen, wie wenig die SED geneigt war, sich auf demokratische Experimente einzulassen. Eine un- abhängige Justiz, insbesondere die Verwaltungs- gerichtbarkeit, und die Gewaltenteilung waren ihr immer wieder ein besonderer Dorn im Auge. Dass hier unter dem Deckmantel des Antifaschismus eine neue weltanschauliche Erziehungsdiktatur errich- tet werden sollte, war fast von Anfang an klar. Vie- le müssen den berühmten Satz Ulbrichts: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ immer noch gut in Erinnerung haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit all dem war im Herbst 1989 Schluss und mit dem 18. März 1990 kehrte die DDR auf den europäischen Weg demokratischer Verfassungsstaatlichkeit zu- rück. Seither hat die Demokratie in Thüringen feste Wurzeln geschlagen.

(Beifall CDU)

Sie wissen, mit den alljährlichen Thüringen-Monito- ren haben wir auch immer wieder abgefragt, wel- che Freundlichkeit zur Demokratie, und welche Fest- tigkeit die Thüringer letztendlich zur Demokratie ent- wickeln. Das können wir auch alljährlich nachlesen, wir werden in diesem Jahr erneut Ende des Jahres uns mit den weiteren Abfragen im Thüringen-Moni- tor zur Demokratiefestigkeit in Thüringen beschäfti- gen. Sie ist als Staatsidee und Verfassungsordnung in sehr hohem Maße und in der Praxis in einem rea- listischen, aber auch verbesserungsmäßigen Maß akzeptiert. Ich will an dieser Stelle auf eine Wortmel- dung in dieser Woche aus der LINKEN Bundestags- fraktion eingehen. Dort hat in einer Fernsehshow die Abgeordnete Barbara Enkelmann gesagt, dass sie glaubt, dass die Demokratie den Menschen hier in Deutschland nicht helfen könne.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
DIE LINKE: Dagmar.)

Wir lehnen diese Analyse schlechthin ab, weil sie nicht dafür taugt, dass wir dieses Land gut weiter- entwickeln können. Es ist auch nicht hilfreich, wenn wir den Menschen erklären, dass, wo wir gleichzei- tig werben für mehr Demokratie, wo wir werben für Akzeptanz zu Demokratie, gleichzeitig Vertreter der parlamentarischen Demokratie erklären, dass die De- mokratie genau nicht geeignet sei, den Problemen der Menschen abzuhelpen. Das ist falsch und trägt

zu Demokratiefremdlichkeit bei und trägt auch dazu bei, dass sich Menschen eher von Demokratie abwenden als sich ihr zuzuwenden und sich auch bei ihr zu engagieren. Man wird sagen dürfen, sie hat in unserer Zeit, im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, in ganz Deutschland mehr Rückhalt als vermutlich je zuvor in den Jahren seit 1848. Die CDU will, dass dies so bleibt. Das setzt zweierlei voraus: Zum einen, dass wir für diese Staats- und Verfassungsordnung werben und zum anderen, dass wir uns mit den Gegnern der Ordnung der Freiheit immer wieder deutlich auseinandersetzen.

(Beifall CDU)

Nach unserer Auffassung sollte auch ein Tag beitragen, an dem wir besonders auf das Parlament als zentralen Ort demokratischer Willensbildung und Wechselspiel der drei Gewalten verweisen. Es geht darum, einen Tag als Denkanstoß im politischen Kalender zu verankern, an dem wir uns besonders in Schulen und in der Öffentlichkeit mit diesem Fragenkreis auseinandersetzen. Wie ich bereits sagte, scheint mir dies auch mit Blick auf die Zukunft wichtig zu sein. Es steht völlig außer Frage, dass sich jedes politische System immer wieder neu legitimieren muss. Genauso richtig ist, dass dies unter der Bedingung einer globalisierten Welt ohne Grenzen besondere Herausforderungen mit sich bringt. Das Wirtschaftliche wird global und das Soziale bleibt national, hat Heiner Geißler einmal sinngemäß gesagt. Die programmatischen Leitbegriffe der beiden demokratischen Volksparteien - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - müssen neu buchstabiert werden. CDU und SPD haben dies in der Grundsatzprogrammarbeit geleistet und ihre unterschiedlichen Akzente gesetzt, die im politischen Wettbewerb miteinander stehen. Ich finde, dieser Wettbewerb tut der Demokratie immer wieder gut. Etwas anderes ist es, wenn dieser schwierige Prozess genutzt wird, um den Konfliktstoff und sein systemsprengendes Potenzial zu mehren. Auch das gehört zur politischen Wirklichkeit unserer Tage. Bei der NPD ist dies förmlich mit Händen zu greifen. Anlässlich des Einzugs in den Sächsischen Landtag hat ihr erst kürzlich wiedergewählter Vorsitzender Uwe Voigt klipp und klar erklärt: „Wir wollen die Bundesrepublik abwickeln wie die DDR.“

Wir verurteilen dies ganz klar und deutlich. Aber auch DIE LINKE ist in diesem Punkt keineswegs über jeden Zweifel erhaben. Der Politologe und Soziologe Armin Pfahl-Traughber hatte in der jüngsten Ausgabe des Deutschland Archivs einige nur zu berechnete demokratiethoretische Anfragen an DIE LINKE formuliert. Ich darf aus dieser Zusammenfassung zitieren: „Wenn man sich auf dem Boden des Grundgesetzes wähnt, warum stellt man dann die Systemfrage? Wenn man für die universelle Geltung der

Menschenrechte eintritt, warum verurteilt man dann nicht auch deren Verletzung in sozialistischen Ländern? Wenn man aus der Diktatur der DDR gelernt hat, warum versucht man, einzelne Bestandteile von ihr positiv zu würdigen? Wenn man die Auffassung orthodoxer Kommunisten ablehnt, warum duldet man entsprechende Strömungen in der Partei als legitime Ausdrucksform des eigenen Politikverständnisses?“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind interessante Fragen, die an einem solchen Tag der parlamentarischen Demokratie am 18. März alljährlich auch diskutiert gehörten. Die Antworten, die ich darauf als sorgfältiger Beobachter Ihrer Partei finde, beunruhigen mich. Statt vieler Indizien beschränke ich mich auf das Aktuellste, das ich in der vorletzten Ausgabe Ihrer Zeitschrift „UNZ“ entnommen habe. Da findet Ihre Bundestagsabgeordnete Nele Hirsch ausgerechnet im Venezuela des Hugo Chavez mit Blick auf die anstehenden Wahlen Anregungen, die sie zum Vorbild für Thüringen erklärt. Ich will daraus zitieren. Die IGFM, einstiger Premiumfeind der Stasi, schreibt zur aktuellen Lage in diesem Land: „Der venezianische Staatspräsident Chavez beseitigt Schritt für Schritt die Pressefreiheit und andere Menschenrechte in seinem Land. Politische Gefangene werden kontinuierlich ihrer Rechte beraubt.“ Am Donnerstag dieser Woche darauf meldete die FAZ, dass Herr Chavez einen Geheimdienst nach Muster des kubanischen Geheimdienstes errichten will. Ich glaube, es gibt guten Grund, sich immer wieder streitbar für parlamentarische Demokratie einzusetzen.

(Beifall CDU)

Ich bitte Sie deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir uns im Sinne des Streits um parlamentarische Demokratie dafür einsetzen, dass wir unsere Landesregierung bitten, sich Initiativen dafür im Bundesrat anzuschließen, aber auch selbst initiativ zu werden, damit der 18. März als Tag der Parlamentarischen Demokratie als Gedenktag in Deutschland Einzug hält und wir uns auf Dauer und jährlich immer wieder neu damit beschäftigen, welchen großen Wert parlamentarische Demokratie für uns hat, wir uns immer wieder daran erinnern, wie schwer dieser Weg zur parlamentarischen Demokratie war, und wir uns alljährlich daran erinnern, dass wir jedes Jahr neu dafür streiten müssen, dass die Demokratie fest ist und die Menschen in ihr auch das Beste erkennen, was wir für ein gelingendes Staatswesen brauchen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordnete Pelke, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, als uns dieser Antrag der CDU-Fraktion vorgelegt wurde, kamen uns als SPD-Fraktion einige Bedenken nach dem Motto, was will die CDU uns mit diesem Antrag sagen? Wollen Sie dieses Thema zum Anlass nehmen, um eine Auseinandersetzung zu führen mit - und ich betone das - der parlamentarischen LINKEN? Wollen Sie eine Diskussion über parlamentarische Demokratie insgesamt führen? Wenn Sie sich doch so sehr für Demokratie und parlamentarische Demokratie einsetzen, meine Damen und Herren von der CDU, warum haben Sie nicht die Gelegenheit genommen, an dieser Stelle die Begleitung für parlamentarische Demokratie zu unterstützen, nämlich die Anliegen der Bürger und

(Beifall DIE LINKE, SPD)

damit mehr Demokratie in Thüringer Kommunen? Sie haben eben, Herr Mohring, zitiert von einem Herrn, dessen Namen Sie noch mal ablesen mussten, gesagt, wenn man auf dem Boden der demokratischen Grundordnung steht, dann braucht man einen Gedenktag für die parlamentarische Demokratie. Nein, Herr Mohring, wenn man auf dem Boden der demokratischen Grundordnung steht, dann ist jeder Tag ein Tag der Demokratie

(Beifall DIE LINKE, SPD)

und Sie könnten hier in diesem Parlament öfter mal deutlich zeigen, wie wichtig parlamentarische Demokratie ist an dem Punkt, wenn man auch mal stehen lässt, dass in Ihrer Fraktion andere Meinungen gelten dürfen und Sie nicht immer auf Fraktionszwang bestehen würden. Auch das ist eine Frage der parlamentarischen Demokratie.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Was ist eigentlich so neu an Ihren Überlegungen? Bereits 2005 fand in Berlin zum 60. Jahrestag ein Tag der Demokratie statt - der 8. Mai. Berlin feiert den Tag der Demokratie, Gedenken und ein Fest am Brandenburger Tor zum 60. Jahrestag des Kriegsendes unter dem Motto im Übrigen „Kein Platz für die NPD!“ Insofern sage ich Ihnen auch, jeder Tag hier in diesem Land ist ein Tag der Demokratie, an dem Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gehen im Kampf gegen Nazis, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Auch das ist das, was wir im Prinzip demokratisch leben müssen. Ein Tag der Demokratie am 11.02.2006 in Dresden: Aufruf zur Mitwirkung an der Meile der

Demokratie. „Uns alle in der Stadt“, ich zitiere, „verbindet der Rahmen für das Erinnern für den 13. Februar als Ausgangspunkt eines über den Tag hinausweisenden Lernens und Engagements für Frieden und Menschlichkeit. Ganz in diesem Sinne erklären wir den 11. Februar 2006, an dem die Neonazis wieder marschieren wollen, zum Tag der Demokratie.“ Das hat im Übrigen ein Herr Gersch, Pfarrer der alt-katholischen Gemeinde, unterschrieben, mit unterschrieben hat Lars Rower, CDU-Kreisvorsitzender. Alles das sind Dinge, die, ich glaube, wir uns jeden Tag vergegenwärtigen müssten. Parlamentarische Demokratie ist im Wesentlichen die Frage, wie wir in Parlamenten miteinander umgehen. Herr Hahnemann hat darauf hingewiesen, parlamentarische Demokratie bedeutet, dass wir die Interessen der Bürger wahren, sie hier diskutieren, umsetzen. Dazu gehört auch ein anderes Verständnis als immer 45 gegen die Opposition. Das bedeutet Demokratie, miteinander um die vernünftigen Lösungen ringen.

Insofern sage ich Ihnen ganz deutlich: Demokratie muss gelebt werden, jeden Tag. Galinsky, seinerzeit Vorsitzender des Zentralrats der Juden, sagt ganz deutlich: „Demokratie muss jeden Tag verteidigt und neu erkämpft werden.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie von der CDU dieses tatsächlich ernst nehmen, dann brauchen Sie zum einen diesen Antrag nicht, um noch mal zu dokumentieren, dass Sie zur parlamentarischen Demokratie und zur Demokratie insgesamt stehen, sondern dann können Sie diese Sätze leben, mit uns gemeinsam als Opposition, damit die Bürger die Wertigkeit und die Notwendigkeit der parlamentarischen Demokratie erkennen, dass sie merken, dass wir ihre Anliegen hier umsetzen und dazu, meine Damen und Herren, braucht es keine Gedenktage, dafür haben wir Plenarsitzungen, Ausschuss-Sitzungen. Dafür haben wir unsere politische Arbeit zu leisten. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten vor, doch, Herr Abgeordneter Fiedler.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin schon erstaunt, wie hier mit dem Thema „Erklärung des 18. März zum Tag der Parlamentarischen Demokratie“ umgegangen wird. Die lockeren Bemerkungen, Herr Höhn, die jetzt gerade, wo ich hier vorgegangen bin, gefallen sind, kann ich nicht nachvollziehen und will ich nicht nachvollziehen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Ich habe doch gar keine gemacht.)

(Beifall CDU)

Ich habe es aber gehört und auch die Kollegin hinter Ihnen: „Jetzt greift die Innenpolitik ein.“ Jetzt greift jemand ein, der in dieser frei gewählten Volkskammer gesessen hat mit meinem Kollegen Wetzels, der Zeitzeuge ist und der das Ganze dort miterlebt hat. Ich bin schon sehr erstaunt, ich bin innerlich erregt, dass DIE LINKE - von der SED gewandelt zur PDS und heute zur LINKEN - das so betrachtet, das habe ich gar nicht anders erwartet. Das ist einfach so. Das ist der Wolf im Schafspelz und bleibt es.

(Beifall CDU)

Damals war es Gysi auf der einen Seite, der die SED zur PDS geführt hat, auf der anderen Seite stand Lafontaine, der die deutsche Einheit nicht wollte und versucht hat, sie aus den alten Bundesländern zu torpedieren.

(Beifall CDU)

Das haben viele vergessen. Heute sind diese beiden vereint. Wir sehen ja, was dabei herauskommt. Es jammert mich und es bedrückt mich. Herr Matschie,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: ... nicht nur Sie waren für die Freiheit!)

mich ärgert es sehr, dass sich ausgerechnet die SPD heute hierher stellt. Ich hätte mir - und Frau Kollegin Pelke (Birgit), ich schätze (dich) Sie sehr - gewünscht, dass heute hier jemand zu dem gesprochen hätte, der das alles miterlebt hat und von der SPD dazu etwas - es hätte zum Beispiel Herr Matschie sein können - sagt. Deswegen sage ich das, ohne dass ich jemandem etwas unterstellen will. Aber mich bedrückt schon sehr - und viele von uns hier, darüber kann man sich streiten, der eine mehr, der andere weniger, die damals diese friedliche Revolution mitgestaltet haben -, ich kann für mich jedenfalls behaupten, ich habe sie mitgestaltet von Anfang an, von der Kirche ausgehend. Ich bin dann in diese erste frei gewählte Volkskammer gewählt worden. Ich habe in dieser ersten frei gewählten Volkskammer auch versucht, meinen Beitrag zu leisten. Sie können mir glauben, deswegen bin ich so tief betruert, damals ist die SPD - und das war damals noch der Fraktionsvorsitzende Schröter, ein hoch anerkannter Mann der SPD - mit uns gemeinsam den Weg gegangen, wir wollten die deutsche Einheit, wir wollten keinen anderen Sozialismus. Das Wichtigste für meine Begriffe, was wir dort geleistet haben, war der Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland - wir wollten ein „einig Vaterland“ werden.

(Beifall CDU)

Das war unser Beitrag, den wir geleistet haben.

Ich erinnere mich auch an die ganzen Dinge, es ist Frau Dagmar Enkelmann genannt worden. Ich habe mit ihr im Ausschuss Recht/Sicherheit - hieß er, glaube ich, damals - zusammengesessen. Ich habe mit ihr viele Sträußchen und Sträuße gefochten. Wir haben immer gesagt, als es darum ging, da sollte die Branntweinsteuer, was da alles behandelt werden sollte, was soll solcher Quatsch. Über kurz oder lang sind wir ein vereintes Vaterland und da werden wir uns mit den Dingen beschäftigen, die wichtig sind und nicht mit solchen Lappalien und solchen Übergangsdingen, die da einige wollten, dass die dort beredet werden.

(Beifall CDU)

Man muss einfach nur mal wissen, Gott sei Dank hat die SPD das damals mit beschlossen, DVU und andere haben mit beschlossen, wenn ich mich recht entsinne, also DIE LINKE sowieso nicht, damals hießen sie auch SED/PDS, dies sowieso nicht, das war doch ganz klar, dass sie ihre alten Pfründe erhalten wollten. Ich glaube, ich weiß nicht mehr genau, ob sich das Bündnis 90 damals enthalten hat, das kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen, das muss ich noch einmal nachschauen. Aber ich kann nur sagen, ausgehend von dieser friedlichen Revolution haben wir uns diese parlamentarische Demokratie nicht nur gegeben, sondern wir haben parlamentarisch das erste Mal frei gewählt. Wir haben das erste Mal frei gewählt und es wurde nicht irgendwo die Wahl gefälscht, sondern es wurde frei gewählt. Ich glaube, das Ergebnis hat sicher den einen oder anderen verwundert - das mag durchaus sein -, aber das Ergebnis ist so gewesen, wie es sich dann dargestellt hat.

Ich glaube, man sollte eins nicht machen, bei allem Streit, dass man andere Tage nehmen könnte, dass man das einfach negiert und wir als Deutsche, die über Jahrzehnte unter unterschiedlichen Diktaturen gelitten haben, diese Dinge so einfach abtun. Wir sind gut beraten, ich werbe dafür und bitte darum, dass wir uns dafür einsetzen, dass wir diesen 18. März zum „Tag der Parlamentarischen Demokratie“ hier unterstützen. Wir müssen nämlich auch die alten Länder überzeugen. Da kommen wir dorthin, was sich alles so abgespielt hat, deswegen habe ich den Namen Lafontaine mit erwähnt, der damals noch als SPD-Mann vehement dagegen gezogen ist. Ich denke, es sollte uns als neue Parlamentarier, die diese Demokratie, die einen in der Volkskammer auf den Weg gebracht haben, die anderen das weiterführen in den unterschiedlichen Parlamenten, auch im Thüringer Landtag und in anderen, ich glaube, wir wären

sehr gut beraten, wenn wir wirklich gemeinsam diesen Weg gingen. Ich bin wirklich erschüttert, dass die SPD das so locker abtut und davon jetzt nichts mehr wissen will. Ich hoffe nicht, dass es die Vorbereitung ist wie Ypsilanti in Hessen, dass man solche Dinge schon vorbereitet.

Eines noch in Richtung LINKE, weil das Herr Hahnemann immer so schön darlegt. Ich will Ihnen eines sagen, nach wie vor wird Gott sei Dank in der Bundesrepublik die Kommunistische Plattform im Auge behalten; ich sage bewusst „im Auge behalten“. Jeder weiß, was die dort eigentlich wollen und ich kann unsere Sicherheitskräfte weiterhin nur bitten, dass sie das im Auge behalten, dass wir wirklich hier aufpassen, dass eben - und wir haben ja hier auch welche sitzen auf Ihrer Seite, die bekennende Mitglieder der Kommunistische Plattform sind, Herr Bärwolff, wir wissen es ja, Sie sind ja nach wie vor voll dabei und wir haben noch andere. Ich will das deswegen deutlich machen, wir sollten und wären gut beraten und das ist meine abschließende Bitte, dass wir das nicht in einem Parteigezänk, vor allen Dingen SPD ...

(Heiterkeit DIE LINKE)

Über Sie, also über die gewandelte SED, will ich jetzt nicht reden, aber ich wende mich ganz besonders an die SPD. Ich glaube, wir wären gut beraten, wenn wir gemeinsam diesen Antrag auf den Weg brächten, das sind wir, glaube ich, auch der friedlichen Revolution schuldig.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Pelke, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst einmal vorweggeschickt, Herr Abgeordneter Fiedler, von meiner Seite schätze ich Sie in vielen Diskussion sehr, aber das Parteiengezänk und eine Auseinandersetzung fast ein Stück unter der Gürtellinie, das haben Sie jetzt begonnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wenn Sie fast 20 Jahre nach der deutschen Einheit noch darüber philosophieren, wer, orientiert am Geburtsort, hier eine Rede hält, dann finde ich das schon ein bisschen bedenklich, dann können Sie das nicht ernst meinen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wenn Sie nicht verstanden haben, was hier ausgeführt worden ist, Herr Fiedler, zum Zeitpunkt des 18. März 1990 war ich schon lange in Apolda, da hätten Sie einmal Ihren Fraktionsvorsitzenden Herrn Mohring fragen sollen, der weiß das. Ich war im Dezember 1989 schon da und jetzt sage ich Ihnen eines, ich habe das an dieser Stelle schon einmal gesagt und deswegen fühle ich mich ein Stück persönlich betroffen, dass ich nicht in der ehemaligen DDR geboren wurde, das ist geschuldet, dass mein Vater politischer Häftling in der ehemaligen DDR gewesen ist und dieses Land verlassen musste. Deswegen maße ich mir schon an, auch darüber reden zu dürfen, wie hier in diesem Land die Bürgerinnen und Bürger und nicht das Parlament die demokratische Grundlage gelegt haben und darum geht es.

(Beifall SPD)

Und dann, Herr Fiedler, können wir darüber diskutieren, wieso soll der 18. März 1990 der Gedenktag sein, warum nicht ein Gedenktag der ersten Demonstrationen, beispielsweise in Leipzig, als Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gegangen sind, zum Beispiel der 4. September in Leipzig. Das sind Diskussionen, die wir führen können und hier Unterstellungen an den Tag zu legen, das finde ich der Situation nicht angemessen. Ich sage Ihnen noch einmal zum einen: Nicht das Parlament hat hier eine Wende eingeläutet, sondern die Menschen selber und das ist zu würdigen

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das habe ich doch erzählt, ich war doch dabei, was wollen Sie denn hier erzählen.)

und demzufolge ist dann auch die logische Schlussfolgerung, dass es keines Gedenktages

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordneter Fiedler, Sie hatten die Möglichkeit.

Abgeordnete Pelke, SPD:

zum 18. März bedarf, sondern dass es andere Möglichkeiten gibt, die habe ich Ihnen aufgelistet. Ich bleibe dabei, dass wir keinen Gedenktag für Demokratie oder Parlamentarische Demokratie brauchen, sondern dass wir sie jeden Tag zu leben haben und das sollten wir aus der Geschichte gelernt haben. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordnete Dr. Klaubert, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir behandeln einen Antrag, in dem steht: „Der Thüringer Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat initiativ zu werden bzw. entsprechende Initiativen anderer Länder zu unterstützen, um den 18. März zum Tag der Parlamentarischen Demokratie zu erklären“ - nicht mehr und nicht weniger. So haben wir diesen Antrag bisher auch behandelt. Mein Kollege Dr. Hahnemann ist von diesem Ansatz ausgegangen, er ist auf das Jahr 1848 zurückgegangen, hat auf einige historische Daten noch einmal hingewiesen. Meine Kollegin Pelke ist darauf eingegangen, dass wir eigentlich in der Verantwortung stehen, denn wir sind alle gewählte Vertreter dieses Parlaments, diese parlamentarische Demokratie jeden Tag zu leben.

So weit, so gut, so weit schien die Debatte vorangeschritten zu sein. Dann kann sich jeder dazu verhalten, wie er zu diesem Antrag abstimmen möchte. Ich für meinen Teil kann nur sagen, ich habe es auch genauso satt wie mein Kollege Dr. Hahnemann, wenn man immer wieder Gedenktage ausruft - das betrifft übrigens unterschiedliche Bereiche - und dann die restlichen 364 Tage des Jahres zu völlig anderen Handlungsweisen übergehen kann.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Aber weil dann eine Schärfe in die Debatte gebracht worden ist, die sich insbesondere an meine Fraktion und auch an den Mandatsträger meiner Fraktion DIE LINKE richtete, möchte ich schon noch einmal zu bedenken geben, erstens: Es ist richtig, die SED war in der DDR die führende Partei, das stand in der Verfassung, und dass man in einer Verfassung eine führende Partei festschreibt, ist falsch. Es waren vielleicht zuallererst auch diejenigen innerhalb dieser damals führenden Partei, die das erkannt haben und die auch dafür sorgten, dass diese revolutionäre Tätigkeit der Menschen auf der Straße - insbesondere in Leipzig -

(Unruhe CDU)

nicht mit gewaltsamen Mitteln niedergeschlagen wurde. Und dazu zählen eine ganze Reihe von Menschen, die vielleicht hier sitzen, aber die auch nicht hier sitzen, die diese Prozesse damals gestaltet haben. Es ist auch richtig, es gab einen schmerzlichen Prozess von der SED zur SED/PDS. Und es gab auch mehrere Veränderungen innerhalb dieser

Partei, die letzte durch die Zusammenarbeit und das gemeinsame Projekt mit der WASG unter dem Namen DIE LINKE. Die CDU ist meines Erachtens in den neuen Bundesländern nicht 1989 neu gegründet worden. Meines Erachtens geht ihre Geschichte bis auf das Jahr 1946 zurück und ich glaube auch zu wissen, dass Sie es 2006 würdig gefeiert haben - 60 Jahre CDU. Das sollen Sie durchaus tun, aber Ihren eigenen Wandlungsprozess, Ihren eigenen Auseinandersetzungsprozess, Ihre eigene kritische Reflexion mit dem, was Sie zu DDR-Zeiten gemacht haben im schönen Konzert der Blockflöten, das haben Sie nie für sich verarbeiten wollen und können.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Falls Sie diesen Antrag dazu gemacht haben, um die eigentliche Auseinandersetzung mit uns zu führen, dann hätten Sie schon ein bisschen geschickter vorgehen können. Dann hätten Sie das auch sagen müssen, denn dann hätten wir uns anders darauf eingerichtet und dann hätten wir vielleicht einmal nachgeschaut, wie sich denn verschiedene Gliederungen und Personen Ihrer Partei verhalten haben - zum Beispiel im Sommer des Jahres 1989, als ein Großteil insbesondere junger DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger ihre Entscheidung mit den Füßen traf und über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik gegangen ist. Das Neue Forum bezeichnete das als großen Exodus und forderte auf zu grundlegenden Veränderungen in der DDR. Auf dem 9. Pädagogischen Kongress in Berlin saß die Bildungsministerin Margot Honecker mit schön gefärbten blauen Haaren. An ihr ging dieser Prozess völlig vorbei. Es gab eine Überschrift ihres Referats - daran erinnere ich mich noch -, das hieß irgendwie „Aufbruch zu neuen Horizonten“. Passiert ist nichts. Ich kann Ihnen nur sagen, auf diesem Pädagogischen Kongress war ich nicht, aber da waren Menschen, die jetzt für Sie Mandatsträger sind, ich glaube, auch der Ministerpräsident.

(Beifall DIE LINKE)

Damit muss man sich auseinandersetzen, ehe man auf die anderen schimpft und sagt, Ihr seid die eigentlichen Schuldigen und wenn Ihr den Antrag zur Einführung eines Tages der Parlamentarischen Demokratie ablehnt, dann seid Ihr letzten Endes nicht berechtigt, auf dem Boden dieses Grundgesetzes Parlamentspolitik zu machen. Sehr verehrte Damen und Herren der Mitte, wer im Glashaus sitzt, soll nicht nach anderen mit Steinen werfen, das dürfte Ihnen doch ausreichend bekannt sein.

(Beifall SPD)

Ich kann für meine Fraktion nur sagen, wenn wir im Jahr 2009 die Auseinandersetzung um die De-

mokratie, um die Möglichkeiten der Demokratie und auch um die parlamentarische Demokratie führen wollen, wenn wir über Wahlen, über Wahlentscheidungen, über Zielformulierungen und vor allem darüber reden wollen, warum laut Thüringen-Monitor der parlamentarischen Demokratie immer mehr Leute eine Abfuhr erteilen, kann ich Ihnen nur sagen, hier drin sitzt kein Mensch, der das möchte, sonst würden wir ja nicht zu den Wahlen auf allen Ebenen antreten. Wenn wir das also alle gemeinsam wollen, die Demokratie hochhalten als parlamentarische Demokratie, aber auch als außerparlamentarische Demokratie des Volkes, dann lassen Sie uns diese Diskussion so führen, dass wir auf Augenhöhe über unsere Vergangenheit streiten, die Gegenwart betrachten und für die Zukunft Konzepte entwickeln. Dazu, sehr verehrter Herr Fraktionsvorsitzender Mohring, falls Sie der Initiator dieses Antrags sein sollten, taugt dieser Antrag leider nicht.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Mohring, CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Das war schon beschämend, was Sie geboten haben.)

(Unruhe SPD)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Dr. Klaubert, das war ganz dünnes Eis. Ich will Ihnen das auch sagen, ich will an den Mai 1989 erinnern. Vielleicht erinnern Sie sich, dass das der Ausgangspunkt war, warum auch viele Menschen im Sommer die Schnauze voll hatten mit dem System, das sie angeführt haben, warum sie das Land verlassen haben und warum sie gesagt haben, wir kommen nicht mehr zurück, wir verlassen unsere Heimat und warum sie am Ende mit der Kerze in der Hand auf die Straße gegangen sind. Es waren Ihre Wahlfälscher - Egon Krenz an der Spitze - und vielleicht auch einige, die heute in dieser Fraktion sitzen,

(Beifall CDU)

die die Kommunalwahlen im Mai 1989 gefälscht haben. Und glauben Sie mir, es gibt Menschen in Thüringen, die haben eine große Sehnsucht danach,

(Unruhe DIE LINKE)

dass solche Leute wie Sie nie wieder Verantwortung in einem Land bekommen, nie wieder, damit

sie Wahlen fälschen können, damit sie Leute einsperren können, damit sie auch Menschen brechen können, damit sie Familien auseinanderbringen können. Wir wollen das nicht mehr.

(Beifall CDU)

Dass die parlamentarische Demokratie heute in Thüringen Wirklichkeit ist, liegt tatsächlich an den Menschen, weil sie es selbst gewollt haben. Aber weil Sie gesagt haben, das sei kein Ausgangspunkt, das sei nicht wichtig, darüber nachzudenken und auch daran zu erinnern, erschüttert mich und wir lehnen dies mit Riesenempörung ab, was Sie hier gesagt haben, mit Riesenempörung!

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Bleiben Sie mal ganz ruhig, Herr Mohring.)

Im Mai 1989, als Egon Krenz die Wahlen gefälscht hat, da sind die ersten Bürgerrechtler, die sich in vielen kleinen Gruppen vorher in Berlin getroffen haben in der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die sich getroffen haben bei „Demokratie - Jetzt“ - das war der Ausgangspunkt, um nach außen zu gehen und zu sagen, wir halten das nicht mehr aus, wir machen in diesem Staat nicht mehr mit. Dass dann die Menschen im Herbst, im Oktober - manche auch im September und dann im November - auf die Straße gegangen sind in vielen Orten, auch in Thüringen, aber vor allem auch natürlich in Berlin und in Leipzig. Eine der ersten Forderungen, die alle aufgemacht haben mit der Kerze in der Hand war, dass sie freie Wahlen wollen - freie Wahlen. Weil sie in Erinnerung hatten, was im Mai 1989 passiert ist und was ihnen vorgegaukelt wurde von der damaligen SED-Diktatur. Bitte, das können Sie mir glauben, wenn Sie sich hier hinstellen als direkte Nachfolger in der direkten ungebrochenen Folge der SED, die Sie ja heute noch sind, außer sich zweimal umbenannt haben, und dann kommen Sie, die unsere eigene Partei, die CDU, der Partei, der ich viel später beigetreten bin, die Sie gebrochen haben, sich hierherstellen und sagen, schaut in euere eigene Vergangenheit und ihr seid Blockflöten gewesen, das ist unerhört, das ist unverschämt und verleugnet ihre wahre geschichtliche Haltung.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Es bleibt aber trotzdem eine Wahrheit, Herr Mohring.)

Als sich 1946 die Christlich Demokratische Union auch in Thüringen gegründet hat, dann hat sie das vor allem getan, weil sie die Partei war, die erstmals konfessionsübergreifend sowohl katholische als auch evangelische Gruppen der Christen unter

einem Dach vereinigt hat aus den Erfahrungen heraus, die sie aus den Gefängnissen gesammelt haben, weil sie bei den Nazis aus dem „Zentrum“ heraus eingesperrt waren und gebrochen wurden.

(Zwischenruf aus der Fraktion DIE LINKE: Sie Blockflöte.)

Und als dann die Christlich Demokratische Union auch in Thüringen gegründet wurde, waren es Christdemokraten, die mit am Aufbau dieses neuen Landes geholfen haben bis zur Gleichschaltung in den 50er-Jahren durch Ihre Partei. Unsere ersten Vorsitzenden wurden durch Sie abgesetzt und in Gefängnisse gesteckt, vergessen Sie das doch nicht.

(Beifall CDU)

Vergessen Sie doch nicht, was Sie getan haben und tun Sie nicht so unschuldig. Sie haben organisiert, dass auch die anderen Parteien, um vermeintliche Demokratie nach außen darzustellen, gleichgeschaltet wurden und festgelegt wurde, wer darf in welchem Ort noch antreten, wer darf welchen Bürgermeister stellen, wer darf was werden, wer darf wohin,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Auch in der DDR ist niemand gezwungen worden, in die CDU einzutreten.)

wenn er einer bestimmten Richtung angehört. Herr Matschie, warum Sie sich aufregen, verstehe ich überhaupt nicht? Warum Sie sich überhaupt aufregen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Auch die CDU hat dieses System mitgetragen.)

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Was sind Sie nur für geschichtsvergessene Menschen?

(Unruhe SPD)

Glauben Sie mir, ich bin ja nun jung genug, um frei sagen zu können: Wenn Sie den Christdemokraten der CDU in Thüringen, die schon länger dabei sind, unterstellen, dass sie das alte System mitgetragen haben,

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Aber natürlich. So ein Quatsch.)

dann tun Sie diesen Menschen mit großem Maße Unrecht.

(Unruhe SPD)

Dann tun Sie ihnen Unrecht, weil Sie unterscheiden müssen.

(Glocke der Präsidentin)

Ich weiß gar nicht, warum Sie so aufgeregt sind.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Weil Sie so einen Stuss erzählen.)

Wenn Sie nicht lernen und verstehen, dass es einen Unterschied gab zwischen der CDU von Götting auf Berliner Ebene und zwischen der Basis der CDU, die zu Hause versucht hat, in ihren Bereichen auch ihr eigenes Leben zu gestalten in dem, was im Rahmen der Diktatur möglich war. Wenn Sie diese Trennung nicht machen können, wenn Sie nicht erkennen können, warum solche Leute wie Christine Lieberknecht ...

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Höhn, Sie können dann gerne ans Rednerpult kommen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das entscheide ich immer noch selbst.)

Abgeordneter Mohring, CDU:

... zur eigenen Erneuerung beigetragen haben, warum Leute wie Siegfried Wetzel und Wolfgang Fiedler dann für die freie Volkskammerwahl angetreten sind und versucht haben, dort das neue Thüringen aufzubauen und die Demokratie zu organisieren, dann täuschen Sie die Menschen über die Vergangenheit.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Mohring, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hahnemann?

Abgeordneter Mohring, CDU:

Am Ende.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Am Ende, Herr Dr. Hahnemann.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Wir haben das Gefühl, dass so kurz vor den 20 Jahren friedlicher Revolution einige versuchen, die Geschichte zu verklären.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir weigern uns dagegen, dass die, die die Diktatur organisiert haben, die Menschen gebrochen haben, die freie Wahlen nicht ermöglicht haben, dass die heute versuchen zu sagen, dass es wichtig wäre, dass man sich in erster Linie immer mit Rechts-extremismus auseinandersetzen müsse und dass das Teil der parlamentarischen Demokratie sei. Das ist ein Teil, aber es ist nicht schlechthin Ausgangspunkt für all unser Handeln. Wir wollen, dass die Demokratie aus der Mitte heraus gestärkt wird.

(Zwischenruf Abg. Hennig, DIE LINKE:
Welche Mitte?)

Wir wollen immer wieder klarmachen, dass es auf beiden Seiten des demokratischen Spektrums am Rande Extremisten gibt, links wie rechts, die jeden Tag die Systemfrage stellen. Die wollen auch über den Weg der parlamentarischen Demokratie versuchen, dieses System infrage zu stellen und aufzulösen. Dagegen wehren wir uns. Diese Dialektik, die Sie vorhin versucht haben zu beschreiben, Frau Dr. Klaubert, spricht genau dafür, dass das im inneren Herzen Ihrer Partei - nicht bei Ihnen persönlich - ein wichtiges Ziel ist und Sie haben es in Ihrer eigenen Programmatik stehen, Sie wollen dieses System überwinden, vielleicht auch mit Hilfe der parlamentarischen Demokratie.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Bei uns ist es wichtig, den Wert vom 18. März 1848 über die 150 Jahre bis 1990 zum 18. März, zur ersten frei gewählten Volkskammer aufzuzeigen, weil wir darauf verweisen wollen, wie schwer der Weg zur Demokratie schlechthin ist, wie viele Verletzungen, wie viele Opfer in dieser Zeit gebracht werden mussten, weil wir auch wissen, wie schwierig es ist, seit 1990 immer wieder neu um Demokratie zu werben. Jeden Tag neu, das ist richtig.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Es waren
alles Widerstandskämpfer in der CDU.)

Weil es dafür eine besondere Auseinandersetzung braucht, schlagen wir den Gedenktag vor, weil er Ausgangspunkt dafür sein soll, dass es neue Projekte, Ideen und Inspirationen gibt, warum parlamentarische Demokratie schlechthin für uns eine gute Voraussetzung ist, dass mehr Menschen Zutrauen in die Demokratie bekommen. Dafür werben wir und deshalb halten wir an dem Antrag fest und werben auch dafür, dass sich auch andere Länder im Bundesrat diesem Ansinnen anschließen, dass wir diesen Gedenktag - den 18. März - auch in der Zukunft feiern können, weil wir zurückschauen und zeigen wollen, wie schwer der Weg war, aber weil wir auch nach vorn schauen und zeigen wollen, wie schwer es ist, jeden Tag die Demokratie aufrecht-

zuerhalten. Wenn wir uns einig darin sind, dass es ein Ziel ist, die Extremisten aus der Demokratie zu verbannen, die linken wie die rechten, wenn das gemeinsame Ziel sein kann, dann laden wir Sie ein, gemeinsam bei dieser Frage zum 18. März mitzumachen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ihre Frage, Herr Abgeordneter Hahnemann.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, DIE LINKE:

Herr Mohring, ich möchte Sie fragen, sind Sie bereit und in der Lage, diesen entschuldigenden differenzierenden Maßstab zwischen Parteiführungskaste und Mitgliedschaft an alle Parteien des sogenannten demokratischen Blocks der Nationalen Front anzulegen?

(Beifall DIE LINKE)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Ich will sagen, dass ich mit Sicherheit Ihnen zugestehe, dass es auch in der alten SED Mitglieder gab an der Basis, die für sich im inneren Herzen einen guten Weg beschreiten wollten. Das ist unbestritten. Aber es gibt einen großen Unterschied. Sie hatten die Führung der alten Diktatur DDR, Sie hatten Schild und Schwert. Ich will daran erinnern, Sie haben vorgegeben, wie dieses Land läuft und wer in diesem Land etwas werden darf und wer nicht. Sie haben festgelegt, wer in Freiheit vermeintlich sein darf und wer nicht. Sie haben festgelegt, wer in Gefängnisse kommt und wer nicht. Sie haben festgelegt, wer Karriere machen darf, wer Abitur machen darf, wer studieren darf und wer nicht. Sie haben das entschieden. Und wenn Sie da differenzieren können, dass es dafür einen Unterschied gab, dann gebe ich Ihnen gern recht. Aber ich bezweifle, dass es in der Masse Ihrer Partei jemals auch nur dem Grunde nach ein demokratisches Ansinnen gegeben hat.

(Beifall CDU)

Das gab es nicht. Deshalb sind zu Recht 1989 die Menschen auf die Straße gegangen und haben gesagt: Schluss mit dieser Diktatur, schluss mit dieser Herrschaft von Stasi und SED und Schluss damit, wir wollen Demokratie, wir wollen freie Wahlen, wir wollen unsere eigene Freiheit. Das ist der wichtige Punkt, der sich schlechthin am 18. März festgemacht hat, weil damit ein wesentliches Ziel der friedlichen Revolution erreicht wurde. Ich komme aus dem Neuen Forum. Das will ich Ihnen deutlich sagen, wir lassen uns von niemandem, von Ih-

nen nicht und ich weiß, Birgit Pelke, du warst tatsächlich schon 1989 in Apolda und hast mitgeholfen bei den friedlichen Demonstrationen, weil wir auch gemeinsam das organisiert hatten zu einem späteren Zeitpunkt, das weißt du. Aber ich will ganz klar sagen, dass diese Menschen jetzt von Ihnen, die 1989 mit einer Kerze in der Hand auf die Straße gegangen sind, dass Sie versuchen, diese zu vereinnahmen und sagen, Sie haben das eigentlich organisiert, das grenzt an Hohn. Als wir die erste Demo in Apolda organisiert haben als Schüler, als wir Plakate nachts geklebt haben, an die Lichtmasten gehangen haben und dann damals, ich will das beschreiben, von unserem Gericht in Apolda zur Stasizentrale gelaufen sind, da standen hinter diesem eisernen Tor die mit ihren Maschinengewehren und haben gewartet, und jetzt wollen Sie uns einreden, dass es an Ihren Leuten lag, dass die nicht geschossen haben. Das ist unverschämt und verklärt die Geschichte wie sie 1989 gewesen ist.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Mohring, gestatten Sie noch eine Nachfrage der Abgeordneten Dr. Klaubert? Nein, Frau Dr. Klaubert.

Das Wort hat der Abgeordnete Schwäblein, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der bekennende Stasi-IM Kuschel hat eben gemeint, ich sei Nationalpreisträger und Verdienstordenträger. Diesen Beweis muss er erst einmal antreten. Ich kann Ihnen gern sagen, was ich für eine Auszeichnung der DDR bekommen habe. Ich wurde einmal Aktivist und einmal bekam ich die Ehrennadel der Nationalen Front für einen hervorragenden Einsatz in der Wahlbewegung. Das muss ich erklären.

(Unruhe im Hause)

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Ich hatte 1985 als Wahlhelfer in einem Wahllokal gesessen und habe festgestellt - durfte Listen vergleichen mit den Ausweisen -, dass gegen Ende des

Wahlzeitraumes, kurz vor 18.00 Uhr, Personen kamen, die waren auf der Wahlliste offiziell gar nicht mehr drauf, die waren erkrankt oder verstorben, das waren die sogenannten Wahlverweigerer, die von vornherein von den Listen runtergefälscht waren, vielleicht, Herr Kuschel, auch mit Ihrer Hilfe - ich weiß es nicht. Dann bekamen die einen Wahlschein und das wurde irgendwie noch in das System eingeschleust. Danach bin ich zur CDU gegangen in die Heinrich-Mann-Straße und, Herr Döring, da will ich Ihnen recht geben, es gab tatsächlich auch in der CDU welche, die sich aus Karrieregründen dort reinbegeben hatten und sich überangepasst hatten. Dies ist beschämend, aber, Frau Dr. Klaubert, da haben wir aufgeräumt. Deshalb bin ich eigentlich an das Pult gegangen. Wir haben schon im Herbst des Jahres 1989 aufgeräumt. Es gab einen Sonderpartei-tag in Berlin, den die Basis der CDU erstritten hat. Egon Primas und ich waren mindestens dort, Wolfgang Fiedler habe ich dort auch gesehen; einige, die hier saßen. Dort haben wir mit denen abgerechnet, die uns an die SED verkauft hatten.

(Beifall CDU)

Dass da die SED schon wieder dabei war und hatte einen ihrer Spitzel in die neue Führung geschoben mit Herrn Kirchner, einem Stasimenschen, das hat uns genauso getroffen wie die SPD mit Böhme, die genauso schon wieder unterwandert war in ihrer Neugründung. Da war die SED ganz weit vorn dran. Die war wie beim Radrennen bei jeder Spitzenausreißergruppe dabei, um vorn kräftig bremsen zu können. Das sollten wir uns, Herr Döring, da bitte ich drum, nicht auseinandernehmen lassen von dieser Gruppe.

Aber zurück zu dem, was zur Wahl passiert war und zu meinem Orden. Ich habe anschließend bei der CDU in der Heinrich-Mann-Straße angesagt, hört zu Leute, ich habe gesehen, da wurde betrogen. Das hat das Ergebnis nicht so gravierend verfälscht, dass man das Ergebnis damit komplett hätte infrage stellen müssen, aber es wurde betrogen. Da habe ich damals schon gesagt, stellt das ab, geht zu euren Freunden von der SED, klärt das auf, passiert das noch mal, zeige ich diese Geschichte an. Ein halbes Jahr darauf bekam ich diesen kleinen Verdienstorden, der überhaupt nicht dotiert war, das silberne Nadelblechstück für hervorragenden Einsatz in der Wahlbewegung. Damit hat man versucht, mich ruhigzustellen. Das Ding habe ich genommen, es liegt noch irgendwo, aber ich habe mich nicht davon abhalten lassen, 1989 noch mehr aufzupassen. Im Ergebnis meiner Beobachtungen und der vieler anderer Bürger habe ich dann am letzten Tag der Einspruchsfrist, die die Nationale Front und das Wahlgesetz vorgesehen hatten, Anzeige wegen Wahlbetrugs erstattet. Das, Herr Kuschel, ist mein Einsatz

dafür, dass Sie heute hier sitzen dürfen. Ich habe Anzeige erstattet wegen Wahlbetrugs und habe dazu beigetragen, dass wir heute eine frei gewählte Demokratie haben. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wäre ich im Gefängnis gelandet. Zum Glück haben Sie nicht recht bekommen, zum Glück.

(Beifall CDU)

Sie sind genau der, der sich hier zu dem Thema überhaupt nicht äußern sollte. Es ist eine Schande für dieses Parlament, eine Schande!

(Beifall CDU)

Frau Dr. Klaubert, Sie haben etwas ausgeführt, das ich Ihnen auch abnehme. Ich weiß von einem hohen Bundeswehroffizier, der hier, als die Bundeswehr die Strukturen der NVA übernahm, auch mit den Offizieren der NVA ins Gespräch kam, und er hat mir glaubhaft gemacht, dass es Offiziere der Nationalen Volksarmee gegeben haben soll, die mit der Verfassung der DDR in der Hand den Befehl ihrer eigenen Führung - und das ist die zweite Seite der Medaille, die Sie nicht genannt haben - verweigert haben, mit Waffengewalt gegen Bürger des eigenen Landes vorzugehen. Da hieß es, wir sind für den Einsatz nach außen, für die Verteidigung, aber nicht für den Einsatz nach innen da. Das hatte man den Kampfgruppen überlassen, die lagen dann auch an strategisch wichtiger Stelle.

Ich war mit unserem großen Sohn, den kleinen haben wir zu Hause gelassen, weil wir nicht wussten, ob wir die Hücke voll kriegen, am 7. Oktober 1989 in der Kaufmännerkirche in Erfurt zum Gottesdienst. Es war so voll, dass der Gottesdienst zweimal gehalten werden musste. Es sprach sich in Windeseile herum, dass im Innenhof der Hauptpost - sie ist heute nicht mehr Hauptpost, aber sie heißt immer noch so - die Kampfgruppen schon aufmarschiert waren. Da standen die Mannschaftswagen und die bewaffneten Organe Ihrer Partei bereit, uns friedlich demonstrierende Bürger zusammenzuschlagen, am 7. Oktober 1989. So wie es Einzelne gab, die die großen Schweinereien dann im Herbst 1989 nicht mehr mitmachen wollten, müssen wir doch aber darüber reden, deshalb ist die Auseinandersetzung heute so wichtig. Nicht nur in den Schulbüchern müssen wir da noch nachbessern, da kommt die Geschichte unserer jüngeren Zeit viel zu kurz weg,

(Beifall CDU)

sondern wir müssen darüber reden, dass es überhaupt solche Befehle gab, gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen, dass es erneut den Versuch gab wie 1953, den großen Bruder in der Sowjetunion dazu zu bringen, mit den Panzern einzugreifen, was

dann aber unterblieb. Man hatte genügend eigene Probleme dort.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Geschichte ist nicht Ihre Stärke. Sie lügen hier ein Zeug zusammen.)

Nun ist es aber gut. Nun ist es aber gut.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordneter Kuschel, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf wegen „Sie lügen hier ein Zeug zusammen“.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Dieser Ordnungsruf ist ein Skandal.)

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Ihr Geschichtsbild ist wirklich ein Skandal und dass Sie das, was damals passiert ist und Ihre eigene miese Handlungsweise noch verteidigen, ist der Skandal hier,

(Beifall CDU)

den Nächsten anschwärzen, den Judas geben und die Silberlinge nehmen. Sie sollten sich schämen.

(Beifall CDU)

Man hat damals tatsächlich versucht, die Demonstrationen in Leipzig und in Berlin mit Waffengewalt niederzumachen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Dies ist eine Lüge!)

Aber der große Bruder hat sich verweigert und die eigenen Leute haben wenigstens zum Teil widersprochen. Dann gab es zum Glück ein paar Besonnene in der SED-Führung, aber das waren doch die absoluten Ausnahmen. Ich will es aber doch auch gerne betonen, dass es das gab. Zum Glück gab es das. Ich will aber auch sagen, dass wir aus unserer Mitverantwortung für diese DDR weitaus mehr gelernt haben als Sie. Wir haben unsere ganze Programmatik umgestellt. Wir haben jegliche Anerkennung einer führenden Rolle einer Partei weit weggeschoben und mit den Leuten, die uns da verkauft haben, massiv abgerechnet.

Ich muss ein Weiteres sagen: Es wird immer mal wieder, auch durch solche Wortmeldungen, die wir eben gehört haben, versucht, Geschichte umzudeuten. Da müssen wir uns wehren. Herr Kuschel, es wird nicht besser, wenn Sie zum fünften Mal hier dazwischen rufen. Ich habe jetzt zwei aktuelle Beispiele aus den letzten 14 Tagen. Zum einen hat das

Stadtratsmitglied Rebhahn vor kurzem in einer Zeitschrift der LINKEN betont, man müsse die Stasigedenkstätte in der Erfurter Andreasstraße so lange verhindern, bis alles andere geklärt sei, was in dieser Stadt noch zu machen ist. Wer lesen kann, kann lesen, man will sie nicht, weil man an die Opfer ihrer Partei erinnert, das ist ganz deutlich. Und gestern war ich im Hauptausschuss, im öffentlichen Teil, deshalb kann ich darüber berichten, habe ich von der zweiten Diktatur auf deutschem Boden im vorigen Jahrhundert gesprochen. Da gab es den Widerspruch der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Erfurter Stadtrat, das sei keine Diktatur gewesen. So weit ist man schon wieder, man hebt das Haupt sehr keck und behauptet Unglaubliches. Zum einen ist das in allen Ihren Propagandaschriften zu lesen, das wäre die leichte Deutung. Sie haben uns immer wieder beibringen wollen, Sie errichten die Diktatur des Proletariats. Wenn da nicht das Wort Diktatur drin vorkommt, verstehe ich gar nichts mehr von deutscher Sprache. Aber zum Zweiten muss man auch deutlich machen, was zeichnet eine Diktatur aus? Eine Diktatur zeichnet aus, dass die Meinungsfreiheit fehlt, dass die, die diese Meinungsfreiheit wollen, als politische Gefangene im Gefängnis landen, dass in der Diktatur die Meinungsfreiheit eingeschränkt, wenn nicht gar verboten ist

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Schwäblein?

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

- am Schluss bitte -, dass man dann Bürger, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Wohnortes in Anspruch nehmen, an den Grenzen erschießt, dass man Bürger zwangsumsiedelt in völlig rechtswidriger Art und Weise, das zeichnet eine Diktatur aus. Dass man Andersdenkende verfolgt, diffamiert, zersetzt, mithilfe dieser Kuschels zersetzt, sie in ihrer Persönlichkeit bricht, die Familien auseinandertreibt, das zeichnet eine Diktatur aus. Und das alles soll nicht wahr gewesen sein? Millionen haben das erlebt. Das alles soll nicht wahr gewesen sein? Das können wir nicht so stehen lassen. Deshalb ist die Debatte um den Gedenktag anlässlich der ersten freien Wahl in diesem Teil Deutschlands unbedingt notwendig. Die erste freie Wahl war auch der erste Sieg der Volksbewegung des Herbstes von 1989, daran sollten wir wirklich immer denken.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordneter Blechschmidt, Ihre Frage.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Kollege Schwäblein. Sie haben den Stadtrat Herrn Rebhahn zitiert, aus einem Papier richtig zitiert, und haben daraus geschlussfolgert, dass die LINKE gegen die Gedenkstätte Andreasstraße wäre. Können Sie mir bitte sagen, wie das Abstimmverhalten der LINKEN im Stadtrat Erfurt gewesen ist zum Gedenkstättenkonzept Andreasstraße.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Der größte Teil hat mitgestimmt, aber längst nicht alle.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE:
Was ist dann mit Ihrer Argumentation?)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten vor. Doch, Abgeordneter Hahnemann.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, für mich war die Debatte jetzt in großen Teilen ein guter Beleg dafür, warum die parlamentarische Demokratie, insbesondere Ihre Parlamente und Ihre Parlamentarier, ein ziemliches Hindernis darstellen, Ihrer so andachtsvoll und so erfurchtsvoll zu gedenken, weil, man stellt sich in diesem Hause eben hin und spricht einem von Bürgerinnen und Bürgern gewählten Abgeordneten dieses Landes einfach mal kraft Wassersuppe Mehrheit sein Recht, in diesem Parlament zu sitzen, ganz locker ab. Und man erteilt einem Maß von Geschichtsklitterung

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist doch wohl eine Unverfrorenheit sondergleichen.)

einen Wert hier in diesem Hause, dass es einen schaudern kann.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Kollege Mohring, ich bin jetzt einige Zeit hier in diesem Hause, aber wie hält sich eigentlich so wacker in dieser parteiendefinierten Demokratie die ebenso falsche Auffassung, dass man zum Beispiel zu DDR-Zeiten hätte Parteimitglied werden müssen? Das musste man nicht. Und Sie stellen sich hin und sagen: „Sie haben, Sie haben“, also ich habe erst einmal gar nichts. Aber wenn Sie die Differenzierung, die Sie Ihrer Partei gegenüber anzulegen bereit sind, nicht bereit sind, an die anderen Mitglieder

anderer Parteien anzulegen, dann sollten Sie auch mit sich nicht so zaghaft umgehen. Denn das gehört auch zur Bereitschaft, Geschichte ordentlich zu betrachten, dass man nicht die Maßstäbe wechselt, wie es dem Herrschafts- oder Machtkalkül gerade gefällt. Weil Herr Schwäblein so munter aus seinem Widerstandsleben berichtet hat, will ich Ihnen einfach zur Information eines sagen: Ich hatte es einmal mit einem gierigen Vermieter zu tun und habe mich zu diesem Zwecke an die Parteien der DDR gewandt, mein ausgefeiltester Gegner war ein LDPD-Stadtverordneter. Ich habe einmal einen Kampf um eine Wohnung geführt, mein wirklich kräftigster Gegner war ein CDU-Ratsmitglied. Also tun Sie doch nicht so, als seien die Vorgänger oder Kollegen von uns oder Freunde von uns, die sich zur Linken Seite bekennen, als seien die allein verantwortlich für die Geschichte im Osten Deutschlands. Tun Sie bitte nicht so.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will Sie an eine Situation erinnern, die mir während dieser Debatte eingefallen ist. Wir haben in der 1. Legislatur - ich kann das Jahr nicht mehr sagen - einmal über diesen Gegenstand im Thüringer Landtag diskutiert. Da hatte sich der Herr Kollege Böck, der war damals, glaube ich, nicht Innenminister, sondern er hatte sich, glaube ich, als Abgeordneter geäußert, er hat uns die DDR beschrieben mit dem Bild eines Schiffes, das da fuhr. Er hatte uns ausgemalt, dass die SED-Leute auf der Brücke standen und die CDU-Leute im Kesselraum Kohlen geschippt haben.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Dr. Hahnemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sonntag?

Abgeordneter Dr. Hahnemann, DIE LINKE:

Gleich, Herr Sonntag.

(Zwischenruf Abg. Grüner, CDU: Der hat doch ein Segelschiff gemeint.)

Wenn das so gewesen sein sollte, dass die SED-Leute oben auf der Brücke gestanden haben und die CDU-Leute im Kesselraum die Kohlen geschippt haben, dann denken Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, einfach mal darüber nach, könnte es sein, dass auch Sie den lecken Kahn am Fahren gehalten haben?

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Sonntag, Ihre Zwischenfrage.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Herr Kollege Hahnemann, habe ich das richtig verstanden, dass Sie die Anzeige einer Wahlfälschung vom Kollegen Schwäblein mit einem sicherlich zu seiner Zeit gravierenden Wohnungsproblem ihrerseits gleichsetzen?

Abgeordneter Dr. Hahnemann, DIE LINKE:

Entschuldigung, davon habe ich nichts gesagt.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Fiedler, ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wenn es auch schon einige Jahre her ist seit 1989, es nähern sich ja langsam die 20 Jahre, dass man wirklich die Debatte weiterführt. Herr Hahnemann, ich bin genauso wie Sie gelernter DDR-Bürger, nichts anderes. Die einen waren mehr beteiligt, die anderen weniger, wir alle waren irgendwo im System drin, aber eines stimmt nicht, da will ich Ihnen ausdrücklich widersprechen. Das ist Frage so unter dem Motto: Man musste ja nicht in die Partei gehen. Das mag zum gewissen Punkt auch gestimmt haben. Wenn man aber nicht in die SED gegangen ist, dann ist man ab einer bestimmten Stelle nicht weitergekommen. Ich will es doch nicht schönreden! Ich will Ihnen nur sagen, ich war bei Carl-Zeiss Jena, ich habe bei Carl-Zeiss Jena gearbeitet, ich war ganz normaler Vorfertigungsmechaniker

(Unruhe im Hause)

(Glocke der Präsidentin)

in der Dreherei, war dann Meister für Feinwerktechnik und am Ende, weil sich mein vorhergehender Abteilungsleiter, wie sagt man so schön, die Leber kaputt gesoffen hat, wurde ich amtierender Abteilungsleiter. Ich bin nie was anderes geworden als amtierender Abteilungsleiter. Ich bin jahrelang bekniert worden, in die SED einzutreten, da bin ich 1985, das sage ich unumwunden, in die CDU eingetreten, weil ich an der Führungsrolle dieser Partei nicht beteiligt sein wollte. Ich wollte nicht beteiligt sein! Damit kamen natürlich auch die Dinge, die ich versucht habe zu schildern. Es hat mir aber am Ende nichts ausgemacht, ich wollte meinen Weg einfach beibehalten und wollte mich hier nicht einvernehmen lassen. Viele haben sich vielleicht einvernehmen lassen, auch welche von der CDU. Auch das muss man sa-

gen, das ist oft genug thematisiert worden, da gab es auch welche. Ich war auch bei dem Parteitag dabei, ich will das jetzt nicht hier wiederholen mit Götting und Co., was es da auch alles so gab. Aber eines will ich auch noch mal festhalten, vielleicht bringt es der eine oder andere noch mal: Die CDU damals zu Volkskammerzeiten, wir waren die Ersten, die unser sogenanntes Vermögen freiwillig abgegeben haben. Wir haben sogar damals noch teilweise etwas gehadert mit dem damaligen Generalsekretär Rühle, weil wir gesagt haben, wir geben alles ab - ich sage bewusst, wir geben es ab - die SED hat alles behalten, die Liberalen und wie sie alle heißen, haben ihr Zeug alles behalten, ihre sogenannten Vermögenswerte und sie haben sie heute noch. Bei der SED war es noch so, sie waren ja ganz raffiniert, sie haben über Schalk-Golodkowski Konten angelegt, viele Parteigelder wurden verschoben, es wurden Firmen gegründet usw. Das wollen Sie uns alles heute einreden, dass es das alles nicht gegeben hätte? Wo sind wir denn eigentlich in dem Lande hingekommen? Wir bemühen uns, dass vielleicht auch mal Lehrer wieder in den Schulen berichten, was war denn eigentlich der 17. Juni, was war denn am 18. März in der damaligen DDR eigentlich los. Ich wollte eigentlich das Thema, weil ich mal mit jemandem gesprochen hatte, nicht mehr erwähnen mit den parlamentsunwürdigen Abgeordneten, aber es zwingt mich heute nach dieser Diskussion, insbesondere von Herrn Kuschel, IM Kaiser. Es hat dieses Hohe Haus - Herr Hahnemann, ich glaube, Sie haben es gesagt, so unter dem Motto, ja, das Hohe Haus hat sich einfach angemäßt und hat eben so und so entschieden. Das Hohe Haus wusste, zumindest die, die mitgestimmt haben, dass wir den Wählerwillen nicht umdrehen oder aussetzen können. Ich hätte es gern gehabt, das gebe ich zu, aber wir wussten aus juristischen Informationen heraus, dass das einfach nicht geht und am Ende, muss ich sagen, ist es auch gut so. Aber - jetzt kommt das aber - dieses Hohe Haus hat mit einer großen Mehrheit zwei Abgeordnete zu parlamentsunwürdigen Abgeordneten erklärt. Da wollen Sie sich herstellen und wollen uns das absprechen, dass wir das aus, ich sag mal, hehren Zielen getan haben, das wollen Sie uns hier unterstellen, dass heute hier noch zwei Stasi-IM sitzen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, DIE LINKE: Die sind vom Volk gewählt, Herr Fiedler.)

Gut, Sie sind zu parlamentsunwürdigen Abgeordneten erklärt. Dann müssen Sie dazu stehen. Sie sind parlamentsunwürdig und Sie sitzen hier. Der einen Kollegin nehme ich sogar noch ein bisschen Läuterung ab, aber wenn ich Herrn Kuschel sehe, IM Kaiser, dem nehme ich gar nichts ab. Das ist ein Wortverdrehen, Herr Schwäblein hat es deutlich

gesagt, man muss das nicht wiederholen, es ist viel zu viel Aufmerksamkeit für diesen „Herren“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten hier aufpassen, dass jetzt nicht diejenigen, die die Führungsrolle damals hatten, sich zu dem umwandeln, die das schon immer in Bewegung gesetzt haben. Wir sollten sehr aufpassen. Ich kann an der Stelle weiterhin nur die SPD auffordern, sie soll sich bitte nicht in diesen Strudel mit hineinbegeben. Ich werbe weiterhin für unsere auch parlamentarische Demokratie. Ich habe in meinen Worten in der ersten Wortmeldung ganz deutlich gemacht, auch noch mal in Richtung Frau Kollegin Pelke, dass ich ausgegangen bin von der friedlichen Revolution und was wir dort gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schubert, SPD: Gemeinsam?)

Sie waren vielleicht nicht dabei, ich weiß es nicht.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schubert, SPD: Ich war dabei.)

Sie können das doch erzählen, ist mir doch egal. Ich betone noch mal ausdrücklich -

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Soll jetzt jeder hier seine Geschichte vortragen?)

das können Sie doch machen, wie Sie es wollen, ob Sie sie vortragen oder nicht -

(Glocke der Präsidentin)

aber wenn wir so eine Diskussion führen, dann muss auch die Wahrheit auf den Tisch. Hier sitzen noch zwei, die zumindest in dieser Volkskammer saßen. Denen muss man auch - Herr Höhn, Sie können auch hier vorgehen - das Recht gestatten, die Dinge auch vorzutragen und die dieses mitgestaltet haben. Deswegen bitte ich auch die SPD, dass Sie diesen Antrag mit unterstützen und dass wir versuchen, diesen Gedenktag für die Nachwelt und für unsere Kinder und Enkel einzuführen.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordneter Schwäblein.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auf die Äußerungen des Abgeordneten Hahnemann eingehen, der es als völlig normal hinstellt, dass ein mehr als

belasteter Mensch, der menschlich ganz tief anzusiedeln ist, heute unumstritten hier in dem Parlament sitzen soll.

Ich will Ihnen die Geschichte unserer Verfassung ein bisschen nahebringen. Wir haben damals darum gerungen, ob wir stasi-belastete Personen aus den Parlamenten ausstoßen, wenn ihre Belastung bekannt wird. Wir haben damals entschieden, wir nehmen das nicht in die Verfassung, aber nicht aus Nachsicht über diese menschlichen Tiefen, sondern weil wir in dem Glauben waren - ich hoffe, dass sich dieser Teil erfüllt -, dass das Stasi-Problem zum einen nicht eine so lange Zeit eine Rolle spielt und zum anderen die Verfassung viele Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte gelten soll und dann die nachfolgenden Generationen sich nicht fragen sollen, was bedeutet denn dieser Stasi-Paragraph noch.

Als dann die erste - damals noch PDS - Abgeordnete mit dieser Vergangenheit bekannt wurde - es haben ja vorher alle gelogen und geleugnet, wie das typisch ist in diesen Fällen - hat das Parlament beschlossen, sie auszuschließen. Das hat dann vor dem Verfassungsgericht nicht gehalten, einfachgesetzlich war der Ausschluss nicht möglich. Da ist uns dann beschieden worden, wir hätten das in die Verfassung aufnehmen müssen, dann wäre es sehr wohl möglich gewesen, auch diese miesen Mitbürger aus dem Parlament herauszuhalten oder sie wieder hinauszusetzen.

(Beifall CDU)

Weil wir aber bei dem Grundgedanken geblieben sind, die Verfassung an dem Punkt nicht zu ändern ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, DIE LINKE: Das ist Wählerwille, Herr Schwäblein.)

Es ist nicht Wählerwille, dass Leute, die andere ans Messer geliefert haben, in diesem Parlament sitzen. Das ist nicht Wählerwille, es ist ja in den 90er-Jahren gelogen worden, dass sich die Balken biegen. Die sind bloß danach gefragt worden, die haben Fragebögen ausgefüllt und sie haben sie falsch ausgefüllt.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Jetzt lügen Sie schon wieder, Sie Lügenbold.)

(Unruhe CDU)

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich bitte Sie, Herr Kuschel, unterlassen Sie solche Zwischenrufe.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Im öffentlichen Dienst, Herr Kuschel, in dem Sie hoffentlich nie auftauchen werden, ist regelmäßig ein Fragebogen auszufüllen gewesen und daraufhin sind dann auch Leute rausgesetzt worden, weil sie aktiv bewusst gelogen haben. Hier im Parlament hatten wir diesen Fragebogen nicht, aber es war allgemeine Debatte um die Stasibelastung und es war der Wille, der überzeugende Wille auch der SPD-Abgeordneten, der Abgeordneten Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, eine weite Übereinstimmung, dass wir mit dieser Belastung dieses Parlament nicht versehen wollen. Und weil wir aus den Gedanken heraus, die ich vorgetragen habe, die Verfassung an diesem Punkt nicht präzise geführt haben, ist es den Spitzeln, diesen miesen Spitzeln gelungen, sich über das Verfassungsgericht in dem Parlament zu halten, aber es ist uns nahe gelegt worden, dass wir die Kategorie „parlamentsunwürdig“ aufnehmen können. Das war dann wieder von unserer Gesetzgebung gedeckt, das haben wir dann auch mit den Stimmen der SPD getan und wenn dann welche als parlamentsunwürdig deklariert werden müssen, weil sie selber nicht den Anstand haben, dieses Parlament zu verlassen, dann ist das schlimm genug.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten vor. Das Wort hat Minister Zeh.

Dr. Zeh, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Landesregierung unterstützt ausdrücklich den Antrag der CDU-Fraktion, den 18. März als Gedenktag zum Tag der Parlamentarischen Demokratie zu erklären, und der Zusatz „Parlamentarische Demokratie“ ist uns ausdrücklich wichtig. Herr Hahnemann, ich kann Ihre Einlassung zu dem Benennen von Tagen als Gedenktage nicht nachvollziehen, dass Sie hier etwa fabulieren, das wäre doch ein Zeichen des Unterganges der herrschenden Klasse. Wie sehen Sie denn dann die Begründung, den 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus zu erklären, war das auch Ausdruck des Unterganges der herrschenden Klasse? Übrigens war das damals Roman Herzog, der diesen Tag zum Gedenktag erklärt hat und ich halte es ausdrücklich für wichtig,

dass wir solche Gedenktage haben und schlage übrigens vor, wir sollten auch einen Gedenktag für die Opfer des Stalinismus in diesem Land haben.

(Beifall CDU)

Es gibt für uns eben mehrere wichtige Gründe, warum der 18. März 1990, also erst einmal der 18. März zum Gedenktag erklärt werden soll mit ausdrücklichem Hinweis natürlich auf 1990, aber auch mit Hinweis auf 1848.

Ich will die Gründe benennen, der erste Grund: Der 18. März war ein Schlussstein einer Entwicklung, die wir als friedliche Revolution bezeichnen, und ich sage, es war eine friedliche Revolution. Der Begriff „Wende“ ärgert mich, den hat Egon Krenz in die Öffentlichkeit gebracht, und so viel sollten wir Herrn Krenz nicht Ehre erweisen, dass wir einen Begriff von ihm in die Geschichte eingehen lassen. Es war eine Revolution, auch wenn kein Blut geflossen ist, zum Glück ist kein Blut geflossen, aber es hat eine Revolution gegeben, die auch noch in Deutschland das erste Mal funktioniert hat. Deswegen ist der 18. März als Schlussstein dieser Entwicklung, als einer der Schlusssteine, muss man sagen, ein so wichtiger Tag.

Meine Damen und Herren, auch zu Ihnen, Frau Pelke, ich will Ihnen wirklich zugestehen, dass Sie schon eher in der DDR waren, im Dezember 1990, sagten Sie wohl, und dass Sie dort mit beigetragen -

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: 1989.)

1989, Verzeihung -, auch mit anzufassen, dass hier dieser Aufbau des Freistaats Thüringen gelingt. Aber was Sie wirklich nicht nachempfinden können, Frau Pelke, wir haben diesen Tag der freien Wahlen herbeigesehnt, wir DDR-Bürger, die nie frei wählen durften, das war eine Herzenssache und deswegen, Frau Pelke, diese Empfindung, die ich als Geborener in dieser DDR hatte, die kann einer nicht mitempfinden, der in diesem System nicht gelebt hat, der zum Beispiel den 7. Mai 1989 nicht erlebt hat, an dem wir dermaßen betrogen worden sind. Hier in Erfurt gab es offiziell 214 Gegenstimmen.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Zeh, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Am Ende, bitte.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Am Ende.

Dr. Zeh, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Wir hatten offiziell 214 Gegenstimmen! Wir hatten Leute, die gezählt haben in den Wahlkreisen, wir hatten bereits in 5 Prozent der Wahllokale über 22 Prozent der Gegenstimmen, die wir gezählt hatten. Wir haben auch dann einen Brief an Egon Krenz geschickt und haben angezeigt, dass hier Wahlbetrug bestanden hat. Also, Frau Pelke, dieses Empfinden der Menschen für die ersten freien Wahlen als ein Grundrecht, eines der wichtigsten Grundrechte. Neben Meinungsfreiheit, neben der Versammlungsfreiheit, neben der Freiheit, Parteien zu gründen und neben Koalitionsfreiheit gehört die freie, geheime, gleiche und unmittelbare Wahl zu den Grundrechten der Menschen schlechthin. Deswegen ist uns der 18. März 1990 als der Tag der ersten freien Wahlen so wichtig.

Einen zweiten Punkt will ich nennen, warum es wichtig ist und warum gerade der Hinweis auf parlamentarische Demokratie so wichtig ist. Es war der Startpunkt einer Entwicklung, die demokratische Strukturen erbracht hat. Der 18. März war der Startpunkt für Gewaltenteilung in diesem Land. Wir konnten ja den Begriff Gewaltenteilung überhaupt nicht. Es gab eine Ein-Parteien-Herrschaft, Herr Hahnenmann, die in der Verfassung sogar in Artikel 1 festgeschrieben war. Und es ist - das sage ich ausdrücklich auch als Nicht-CDU-Mitglied vor der Wende - eine Legende, die Blockparteien wären an der Macht beteiligt. Das Machtzentrum war das Politbüro der SED - eindeutig. Und nicht die Regierung, nicht die Minister hatten irgendeinen Einfluss, und schon gar nicht die Volkskammer. Günter Mittag beispielsweise war nie Minister; er wurde aber als großer Wirtschaftsfachmann bzw. -verantwortlicher der DDR im Westen gehandelt. Er war Abteilungsleiter für Wirtschaftsfragen im Politbüro. Also, es gab keine Gewaltenteilung durch Legislative, Judikative und Exekutive. Und weil uns das auch so wichtig ist - nämlich ein Parlament von Bürgern gewählt -, ist uns der Begriff parlamentarische Demokratie so wichtig.

Herr Matschie, ich würde nicht so laut rufen, wenn es um Blockparteien geht. Die SPD ist damals im Block in die SED eingetreten und Herr Grotewohl hat sie reingeführt. Es gab viele, die das nicht mitgemacht haben, Herr Matschie. Die haben sich dagegen gewehrt, sind auch in Gefängnisse dafür gegangen. Aber es gab bis zuletzt im Ministerrat, bis 1989, auch ein SPD-Mitglied, das natürlich in der Regierung gewesen ist. Hier so eine Aufregung halte ich für Unsinn. Eindeutig steht fest, noch einmal, das Macht-

zentrum war das Politbüro. Das Politbüro übrigens unterstand der Außenabteilung, der KPdSU in Moskau. Und ich würde höchstens noch mildernde Umstände gelten lassen, weil sich die Macht auf russische Panzer und mindestens 400.000 russische Soldaten, die gegenüber 100.000 Ostdeutsche standen, stützte. Das waren die Zahlen, sie waren vielleicht statistisch nicht ganz richtig erfasst. Die Machtverhältnisse waren jedenfalls geklärt.

Aber dass, Frau Dr. Klaubert, die SED die friedliche Revolution eingeleitet hat, das ist nun wirklich eine Legende. In Arnstadt ist geprügelt und blutig niedergeschlagen worden, in Berlin ist blutig niedergeschlagen worden und auch in Dresden haben die SED-Machthaber eingegriffen und blutige Niederschlagungen gemacht - zum Glück nicht in Erfurt und zum Glück nicht in Leipzig.

(Beifall CDU)

Und das war ein Verdienst von Michail Gorbatschow, der nämlich gesagt hat, ich mache das nicht mit. Herr Honecker hätte es selbstverständlich gemacht und Frau Margot Honecker auch. Die hat nämlich noch kurz vorher gesagt: „Wir werden den Sozialismus verteidigen, auch mit Waffengewalt.“ Und Egon Krenz hat die blutige Niederschlagung am Platz des himmlischen Friedens noch bejubelt und beklatscht, um ein Signal zu setzen: Seht, so werden wir es auch machen. Also eine solche Legende, Frau Dr. Klaubert, sollten Sie nicht noch einmal als wirkliche historische Tatsache darstellen. Es gab sicherlich auch bei Ihnen - das will ich zugeben - viele, die die Nase einfach voll hatten. Frau Klaubert, das wissen wir doch. Aber die SED, die die Macht hatte, wollte die blutige Niederschlagung. Es gab zum Glück auch aufrechte Genossen, die an den Stellen, wo sie die Möglichkeiten hatten, das verhindern konnten - zum Glück, muss man sagen.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Zeh, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Ich würde gern im Anschluss antworten.

Zweitens noch einmal zusammengefasst: Ich denke, der 18. März gehört in besonderer Weise als Gedenktag, es ist nämlich der Abschluss der friedlichen Revolution. Das ist die erste Revolution, die gelungen ist in Deutschland. Und es waren die ersten freien, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlen. Es gehört auch dazu, dass wir daran denken, dass am 18. März 1848 ein Höhepunkt der blutigen Revolution - der März-Revolution - war, leider aber

eben nicht erfolgreich.

Die Landesregierung hat bereits gehandelt - auch das will ich sagen - wir haben im Bundesrat einen Plenarantrag dazu gestellt. Hier möchte ich auf einen Vorgang hinweisen, der von Herrn Hahnemann so verklärend dargestellt worden ist. Ich bin ganz dankbar, dass Sie das aufgegriffen haben, Herr Hahnemann, da kann ich mich drauf beziehen. Es war nämlich im Bundesrat die Berliner Landesregierung Rot-Rot, die einen Antrag gestellt hat, den 18. März zum Gedenktag der Demokratie zu erklären. Ich habe schon fast gejubelt und frohlockt, ich dachte: Rot-Rot hat auch so viel Geschichtsbewusstsein. Und als man dann nachgelesen hat, konnte man erkennen, dass es eigentlich überhaupt nicht um den 18. März 1990 ging, es ging im Wesentlichen um den 18. März 1848. Ich habe mich gewundert, ich unterstelle jetzt im Nachhinein, das war bewusst. Ich denke, DIE LINKE wollte und will auch heute nicht, dass der 18. März 1990 im Bewusstsein der Menschen als erster freier Wahltag bestehen bleibt. Ich verstehe das auch; das war der Tag der Niederlage der SED. Das ist ja völlig klar, denn die SED hat eine Abfuhr erteilt bekommen und daran denken zu müssen, ist sicherlich nicht immer ganz so edel. Was mich aber wundert, dass die SPD den Antrag mitmacht. Dass man hier ein Stück weit Geschichtsklitterung mitbetreibt. Das hat mich ehrlich auch ein Stück weit erschüttert,

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Wer hat denn das gemacht? Was erzählen Sie da?)

Sie haben das doch mit eingebracht. Die SPD hat diesen Antrag in Berlin mit eingebracht und hat den Hinweis auf 1990 versteckt. Ich habe mich gewundert. Es hätte meines Erachtens die Ostberliner SPD ein Stück weiter protestieren müssen dagegen. Aber im Grunde zeigt das doch Folgendes: Dort, wo die SPD mit den LINKEN zusammengeht, wird die SPD eher untergebuttert. Das war bei der Vereinigung KPD und SPD so. Sie sollten aus diesen historischen Erfahrungen lernen. Sie haben es ja eben erst wieder in Berlin so erlebt.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Was haben wir in Berlin erlebt?)

Sie haben als SPD einen Antrag mitgetragen, der den Verweis auf 1990, den 18. März, nicht in den Mittelpunkt gerückt hat als den Tag unserer Demokratie, unserer demokratischen Erfahrung, Sie haben auf 1848 orientiert. Ich unterstelle nicht, dass das von Ihnen bewusst war, sondern von der Linkspartei, und Sie haben es einfach mitgemacht und toleriert. Das ist mein Vorwurf.

(Beifall CDU)

Herr Matschie, das war doch nicht aus Versehen, der Antrag wurde ja von Berlin wieder zurückgezogen, nachdem Thüringen einen erweiterten Antrag gestellt hat, um 1990 mit aufzunehmen nämlich um diesen Tag zu würdigen. Da wurde der Antrag zurückgenommen, damit dieser Antrag von Thüringen nicht zur Abstimmung kommt. Das ist nicht das letzte Wort. Ich denke, Thüringen wird sich weiter engagieren, so wie es von dem Antrag der CDU-Fraktion gewünscht und erbeten ist. Ich bin zuversichtlich, dass wir am Ende ein positives Ergebnis haben werden. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Jetzt kommen die Nachfragen. Abgeordnete Pelke, bitte Ihre Frage.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Herr Minister, gestehen Sie mir zu, dass es, wenn man die Biografie von Menschen nicht ganz korrekt kennt, ein bisschen unverschämt ist, zu unterstellen, man könne das Freiheitsgefühl von Menschen nicht nachvollziehen. Ich habe Ihnen vorhin die politische Häftlingszeit meines Vaters geschildert und gestehen Sie mir zu, wenn man regelmäßig hier die Familie in der ehemaligen DDR besucht, dass man sehr wohl miterlebt, wie Großeltern und Verwandte leben und dass das Freiheitsbedürfnis immer dagewesen ist und im Übrigen auch das Ausreisebedürfnis; sogar von Menschen, die - und das hat es auch in der ehemaligen DDR gegeben - nicht einer Partei angehörten.

(Beifall DIE LINKE)

**Dr. Zeh, Minister für Bundes- und Europaan-
gelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Pelke, ich gestehe Ihnen doch zu, dass Sie mindestens ebenso ein Freiheitsbewusstsein in sich tragen und auch im freiheitlich-demokratischen System sich engagieren. Das habe ich doch ausdrücklich gesagt. Aber eines, Frau Pelke,

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Jedes Jahr habe ich es hier erlebt, jedes Jahr.)

wer in der DDR erlebt hat, wie wir ständig betrogen worden sind bei Wahlen, wie peinlich es ist, am Abend der Wahlen 99,9 Prozent zu erleben, wo wir doch alle wussten, wer vielleicht von unseren Bekannten dagegengestimmt hat. Allein ich kannte doch die Zahlen in meinem Bekanntenkreis, die dagegengestimmt haben. Wir wurden betrogen und deshalb, Frau Pelke, wollte ich nur diese kleine An-

merkung machen. Wer hier gelebt hat, in dieser DDR, hat diesen 18. März herbeigesehnt und sich gefreut. Ich habe selbst im Demokratischen Aufbruch damals Leute zum Wahllokal gefahren, die waren gehbehindert. Die haben mir gesagt, wir müssen doch wählen gehen, darauf haben wir uns so lange gefreut. Und das war eigentlich nur meine Anmerkung. Und diese Freude lasse ich mir auch nicht von Ihnen erklären und nehmen.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordnete Dr. Klaubert, bitte Ihre Nachfrage.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Ja, ich hatte mich dort zu Wort gemeldet, als Sie zu der Frage des gewaltsamen Eingriffs der chinesischen Führung gegen die Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens sprachen und dann danach über die Leipziger Ereignisse. Ich frage Sie nicht nach Ihrer Position zu der chinesischen Politik auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Aber ich möchte Sie danach fragen, ob Sie wissen, unter welchen Bedingungen im Oktober 1989 in Leipzig die Demonstrationen friedlich verlaufen konnten und ob Ihnen die Namen Kurt Masur, Bernd-Lutz Lange und Roland Wötzel noch bekannt sind?

**Dr. Zeh, Minister für Bundes- und Europaan-
gelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Klaubert, ich bin Leipziger, deswegen kann ich mich sehr gut in die Sache hineinversetzen. Ich kenne auch die Namen, die Sie vorgetragen haben. Ich bin doch ausdrücklich dankbar, dass wir überall Leute hatten, die aufrecht gewesen sind. Aber jetzt ein Bild zu produzieren, die SED hat eigentlich die friedliche Revolution eingeleitet, ist für mich sehr fragwürdig.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt.)

Nein, Sie haben es nicht so gesagt Frau Dr. Klaubert, das gebe ich Ihnen ausdrücklich auch zu Protokoll. Aber es wird doch ständig der Eindruck erweckt, im Grunde waren doch die Blockparteien das Gleiche wie die SED, das ist Ihre Grundmelodie und das ist falsch. Die Macht hatte die SED, das Politbüro hat gesagt, wo es langgeht und das ZK der SED hat die Direktiven ausgegeben. Der Minister rat musste sich danach richten. Kein Minister konnte in irgendeiner Weise danebentreten, denn er wurde sofort entfernt. Deswegen sage ich noch einmal,

die Blockparteien waren schmückendes Beiwerk, sie haben auch mal eine Resolution mit unterschrieben, aber sie hatten keine Macht in diesem Land. Das gleichzusetzen, das nehme ich Ihnen in der Tat sehr, sehr übel. Im Übrigen muss man eindeutig sagen, in der CDU gibt es heute wesentlich mehr Mitglieder aus der neuen Zeit als bei der SPD zum Beispiel überhaupt Mitglieder bestehen.

(Beifall CDU)

Bei den LINKEN sind sie natürlich aus der alten Zeit. Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Bitte Abgeordneter Matschie.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir nur wenige Anmerkungen. Nach meinem Eindruck war diese Debatte heute sicher keine Sternstunde der parlamentarischen Demokratie.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Sie war es deshalb nicht, weil hier der Versuch gemacht wird, die Interpretation des anstehenden Wendejubiläums parteipolitisch und parteitaktisch auszunutzen, hier die Oberhand über die Interpretation zu gewinnen. Das kann nicht Ziel in einer solchen Debatte sein, wo es um einen Gedenktag der parlamentarischen Demokratie gehen soll. Deshalb will ich hier noch einmal deutlich sagen: Vielleicht wäre es an der Zeit, mal ein größeres parteienübergreifendes Seminar zur Wendezeit, zur Entwicklung der parlamentarischen Demokratie, und zur Zeit davor zu machen, wo man solche Argumente miteinander auch austauschen kann, dann vielleicht etwas weniger polemisch. Wenn ich das richtig sehe, sitzen in allen Fraktionen Menschen, die sich für die parlamentarische Demokratie stark gemacht haben. Was mich besonders bewegt hat - und deshalb bin ich auch noch einmal nach vorn gegangen - ist, dass hier einige in Zweifel ziehen, dass die SPD, wenn sie diesem Antrag nicht zustimmt, sich nicht voll hinter die parlamentarische Demokratie und das Eintreten für die parlamentarische Demokratie stellt. Ich will all denen, die das haben anklingen lassen, deutlich sagen: Die SPD ist die älteste demokratische Partei in diesem Land, sie hat in ihrer langen Geschichte immer für die Demokratie gekämpft, für die Demokratie eingestanden, auch als es ganz schwierig war. Wir hatten vor Kurzem die Erinnerung an die Rede im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz und es war die SPD-Fraktion, die gegen dieses Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Es waren

auch nach 1945 viele SPD-Mitglieder, die in Gefängnissen gelandet sind, weil sie sich gegen die Zwangsvereinigung gewehrt haben. Ich kann nur aus meiner persönlichen Geschichte sagen, wenn es um den 18. März 1990 geht, ich selbst habe die SPD mit aufgebaut in Thüringen nach ihrer Gründung am 7. Oktober 1989 und ich habe auch am runden Tisch gesessen, der die ersten freien Volkskammerwahlen vorbereitet hat. Trotzdem sage ich Ihnen, ich will nicht, dass wir den 18. März zu einem „Gedenktag der Parlamentarischen Demokratie“ machen. Mein Bestreben ist, dass wir gemeinsam die parlamentarische Demokratie so lebendig halten, dass sie keine Gedenktage braucht.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Es ist Überweisung an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten beantragt worden. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen die Überweisung, den bitte ich um das Handzeichen? Wer enthält sich der Stimme? Bei einer großen Anzahl von Gegenstimmen ist die Überweisung abgelehnt.

Wir kommen damit direkt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/4131. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen? Danke. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

(Beifall CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27** und **Tagesordnungspunkt 28** in seinen Teilen

Bericht zur Verbesserung der Qualität frühkindlicher und schulischer Bildung

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 4/4135 -

a) Mehr Ganztagschulen in Thüringen

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/4145 -

b) Weitere Stärkung der Eigenverantwortung an Thüringer Schulen und Verstärkung der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/4143 -

Wünscht die Fraktion DIE LINKE das Wort zur Begründung? Das ist nicht der Fall. Möchte die SPD ihren Antrag begründen? Das ist auch nicht der Fall. Die CDU möchte ihren Antrag auch nicht begründen.

Die Landesregierung erstattet keinen Sofortbericht. So eröffne ich jetzt die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort der Abgeordneten Frau Dr. Klaubert.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, ich möchte in meinem Redebeitrag insbesondere auf den Antrag zur Berichterstattung zur Verbesserung der Qualität frühkindlicher und schulischer Bildung eingehen. Ich schaue mich im Moment etwas verwundert um, weil sich dieses Berichtersuchen direkt an den neuen Kultusminister gerichtet hat und der ist jetzt weg. Nun kann ich nur hoffen, dass der Staatssekretär diese Worte, die ich ihm zu sagen habe, aufmerksam aufnimmt und dass sie an die Ohren des Kultusministers gelangen, denn meine Kollegin Reimann will dann die Gedanken fortsetzen. Ich glaube, sie hofft auch inständig, dass wir uns mit dem Kultusminister auseinandersetzen können, der ja seit Mai im Amt ist und in den wir ganz große Hoffnungen setzen.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Was?)

(Heiterkeit SPD)

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion:
Zynisch war das nicht.)

Zynisch war das nicht, aber ironisch - Sie haben recht. Und zwar war der Auslöser unseres Antrags ein Artikel in der „Thüringer Allgemeine“, der war überschrieben mit „Geld in die Hand“. Der Kultusminister war gerade ins Amt gekommen und die Bildungspolitiker waren gerade aus Finnland zurückgekommen. Der Kultusminister erklärte, nachdem er angefragt worden ist, wie denn die politische Zukunft der Schulen und der Kindergärten in Thüringen aussieht, dass er Geld in die Hand nehmen möchte. Insbesondere orientierte er darauf, dass er in den Kindergärten für mehr Geld für Personal sorgen möchte. Dieses „mehr Geld in die Hand nehmen“ hat sich durchaus fortgesetzt. Erst am vergangenen Sonntag in einer gemeinsamen Podiumsdiskussion zu den Kulturfragen in Thüringen erklärte der

Kultusminister, dass er dafür stehe, dass es mehr Geld für die Kultur und für die Bildung geben müsse und er im Kabinett dafür streiten werde. Natürlich sagte er das, als wir ihn darauf aufmerksam gemacht haben, dass die Ergebnisse der Mai-Steuer-schätzung über den Haushaltsansätzen für den Doppelhaushalt liegen und wir demzufolge vorschlagen würden, dass man einen Teil dieses Geldes ausgeben müsste, um schlimmste Verfehlungen der Thüringer Politik vonseiten der Regierung zu korrigieren.

(Beifall DIE LINKE)

Nun haben wir angenommen und sind zum Teil bestätigt worden, dass die neuen Minister, die ins Amt gekommen sind, Regierungserklärungen abgeben werden. Dabei sind wir von der Annahme ausgegangen, dass ein Kultusminister, bevor ein Schuljahr endet und ein neues Schuljahr beginnt, diese Herausforderung gerne annehmen möchte, eine Regierungserklärung vor dem Parlament abzugeben. Da das aber offensichtlich nicht vorgesehen war, haben wir das getan, was die Opposition in diesem Moment tun kann. Wir forderten ein Berichtersuchen. In diesem haben wir zunächst aufgelistet, was wir zu dem Bereich der frühkindlichen Bildung und zur schulischen Bildung von einem Minister erwarten. Im Moment stelle ich zwei Dinge fest, der Minister „berichtet“ nicht, und der Minister ist weg. Demzufolge kann ich nur in Richtung des Parlaments und der anwesenden Vertreter der Landesregierung einige Anmerkungen machen, für die die Fraktion DIE LINKE steht, wenn es darum geht, eine höhere und bessere Qualität in der frühkindlichen und in der schulischen Bildung zu erreichen.

Beginnen wir chronologisch bei der Frage der Ausgestaltung der Kindertagesstätten. Ich erinnere daran, der Kultusminister hatte angekündigt, er möchte mehr Geld in die Hand nehmen. In diesem Zusammenhang muss man natürlich feststellen, dass wir eine völlig unzureichende Ausstattung in den Thüringer Kindertagesstätten haben. Ich glaube, in aller Deutlichkeit ist das auch ausgesprochen worden in einem Gespräch der Träger aus den beiden großen Kirchen Thüringens mit der Landesregierung. Wir müssen feststellen, dass mindestens 2.000 Erzieherinnen und Erzieher in Thüringen fehlen, um den eben erst beschlossenen Bildungsplan umzusetzen. Betrachtet man dazu, dass das Alter der Erzieherinnen ähnlich wie das Alter der Lehrerinnen über der 50-Jahre-Marke liegt, muss man davon ausgehen, dass in den nächsten zehn Jahren ein enormer Erziehermangel in den Kindertagesstätten, in den Horten und, auf die Lehrer bezogen, in den Schulen eintreten wird. Verantwortliche Politik nach unserer Auffassung bedeutet, dass man hier gegensteuern muss. Ich denke, dass Frau Kollegin Reimann dann noch einmal darauf eingehen wird. Wir

fordern auch in diesem Zusammenhang vor dem Hintergrund der konkreten sozialen Situation in den Schulen, dass in den Kindertagesstätten neben den Erzieherinnen und Erziehern sonderpädagogisches Fachpersonal zur Verfügung gestellt werden muss.

Als Zweites tut sich für uns ein Problem auf, das ist jüngst erst im Bildungsausschuss noch einmal debattiert worden. Wir brauchen qualifiziertes Personal in den Kindertagesstätten. Ausdrücklich ist vor dem Hintergrund der Großen Anfrage der CDU-Fraktion zu diesem Thema darauf verwiesen worden, dass wir die Qualifikation des Personals in den Kindertageseinrichtungen auf den Prüfstand stellen müssen. Eine Erzieherin oder ein Erzieher, welcher in einem dreijährigen Ausbildungsgang zum Allrounder für die Altersgruppe von 0 bis 27 und für alle Problemlagen in diesem Alter eingesetzt werden soll, ist völlig überfordert und muss völlig überfordert sein. Wir fordern, und ich fordere das für meine Fraktion sehr deutlich, dass die Schlussfolgerungen der Enquete-Kommission „Erziehung und Bildung in Thüringen“ aus der vergangenen Legislaturperiode wahrgemacht werden und die Erzieherausbildung für das gesamte pädagogische Personal, also einschließlich der Erzieherinnen, auf mindestens Fachhochschulniveau ausgerichtet wird.

(Beifall DIE LINKE)

Wir wissen, dass das nicht in einem Schritt geschehen kann, aber ich denke, ab dem neuen Schuljahr müssten die ersten Weichen gestellt werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Ein drittes Problem tat sich jetzt auf, als die Schülerinnen und Schüler, Lehrer und Eltern der Gustav-Steinacker-Grundschule Buttstedt vorige Woche vor dem Landtag demonstrierten. Wir haben in den Lehrerzimmern inzwischen nicht nur eine Zweiklassen-Gesellschaft, sondern eine Drei- oder Vierklassen-Gesellschaft. Ein Teil der Lehrer ist verbeamtet, die Teilzeitverbeamtung musste aufgehoben werden, demzufolge stehen zahlreiche Lehrerinnen im Beamtenverhältnis künftig zur Verfügung. Für die angestellten Lehrerinnen und Lehrer trifft das nicht zu. Ganz zum Schluss kommen die jungen Lehrerinnen und Lehrer, die befristete Arbeitsverhältnisse hatten und nun aufgrund des Personalüberhangs ihre Arbeitsstelle wenigstens in Hessen oder noch weiter weg von Thüringen suchen müssen. Das ist keine zukunftsfähige Personalpolitik. Auch dazu hat sich meine Kollegin Reimann schon sehr deutlich geäußert.

Als Viertes fordern wir, dass die Ganztagschulen über den Grundschulbereich hinaus ausgebaut werden. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn unser Kultusminister in einer seiner ersten Äußerun-

gen erklärt, er sieht dafür keine Veranlassung, er findet das vom jetzigen Ministerpräsidenten Althaus aufgebaute zweigliedrige Schulsystem als das optimale Schulsystem, an dem man nichts ändern müsse. Er macht es fest daran, dass die Regelschüler ja gar nicht an die Gymnasien übertreten und hat dabei vergessen oder nie erfahren, dass sein Vorgänger, Minister a.D. Goebel, vor einem Jahr verkündet hat, dass er dafür sogen möchte, dass Übergangsbedingungen aus der Regelschule bis zum Gymnasium wenigstens bis zur Klasse 8 einfacher ermöglicht werden, indem das Gesetz geändert wird. Bis heute haben wir davon nichts gehört.

Wir fordern im Weiteren, dass sich die Bedingungen an den Grundschulhorten ändern müssen, und dass wir nicht diesen seltsamen kommunalen „Modellregionenfall“ so aufbauen, dass am Ende außerhalb der Modellregionen gar nichts mehr möglich ist, und vor lauter Not die Thüringer Kommunen in selbige flüchten müssen. Wir haben in Finnland gelernt - und das ist eigentlich auch etwas, was der Kultusminister aufmerksam aufnehmen müsste -, wenn man kommunale Verantwortung will, dann braucht man die gesamte kommunale Verantwortung für Personal, für Geld, für Gebäude vor Ort, aber man braucht eine zentrale Steuerung über die Tarifverträge. Die dürfen dann auch nicht abweichende Möglichkeiten zulassen. Und man braucht einen Rahmenlehrplan, nach dem sich dann die kommunalen Schulträger richten können und müssen. Was hier gemacht wird in Thüringen, ist weder das eine noch das andere, es ist einfach Stückwerk, welches wir ablehnen müssen.

Demzufolge haben wir natürlich, ich habe es eingangs gesagt, eine hohe Erwartungshaltung an den Kultusminister. Er hat an verschiedenen Stellen dieses Landes inzwischen nicht nur Bänder durchgeschnitten und sich gewundert, dass in Puppentheatervorstellungen auch erwachsene Leute zu Gast sind. Er hat verkündet, er will sich der Probleme in diesem Land annehmen, insbesondere der der Bildung und der Kultur. Mehr als Worte haben wir bisher noch nicht gehört. Heute hören wir noch nicht einmal Worte von ihm. Uns kommt es aber letztendlich darauf an, dass wir Taten sehen, und vor diesem Hintergrund werden wir diese Debatte jetzt führen. Aber ich kann schon ankündigen, wir werden das künftig auch mit Einzelanträgen zur konkreten Gestaltung der Thüringer Bildungs- und Kulturpolitik untersetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Panse, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Panse, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Kollegin Klaubert, Sie haben gerade die zahlreichen Irrtümer geschildert, die die LINKEN bei ihrem Antrag offensichtlich bewegt haben. Zu einem der Irrtümer gehört es offensichtlich auch, dass, wenn Sie einen Bericht der Landesregierung verlangen, Sie per se davon ausgehen, dass Sie diesen Bericht vom Kultusminister hier gerne hätten. Ich gehe mal davon aus, dass der Kultusminister, ähnlich wie viele andere, offensichtlich jetzt hier gerade im Parlament auch andere Termine haben kann. Ich nehme an, das wird vielleicht auch die Abwesenheit des einen oder anderen Parlamentarierers hier entschuldigen. Das aber vorab. Zu den Irrtümern, die Sie geschildert haben, gehört auch die Frage, wie Sie hier im Freistaat Thüringen gerne Geld ausgeben würden. Sie haben das geschildert, einen Teil der Mai-Steuerschätzung, die Mehreinnahmen, wollen Sie gerade mal locker für das ausgeben, was Sie meinen hier zu fordern. Ich werde Ihnen nachher gerne vorrechnen, was das bedeutet, und wie viele Mai-Steuerschätzungen Sie da vielleicht noch abwarten müssten, um andeutungsweise dieses Geld zu haben. Ich will Ihnen noch ein Weiteres sagen, weil Sie auf Finnland eingegangen sind: Ich meine mich zu entsinnen, dass wir uns im Bildungsausschuss sehr intensiv über Finnland und die Erfahrungen ausgetauscht haben. Sie waren in Finnland bei der Reise mit dabei. Wir haben im Bildungsausschuss darüber diskutiert. Herr Döring wird es bestätigen, wir haben durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen gefunden.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE: Ich war auch im Ausschuss dabei.)

Ja, ja, Sie waren auch in dem Ausschuss dabei. Auf viel mehr will ich ja gar nicht eingehen. Aber wir haben im Ausschuss durchaus auch ein unterschiedliches Fazit dieser Reise gezogen. Auch in Auswertung dessen, was wir in Finnland erlebt haben, und da haben wir im Übrigen auch mit dem gerade neu ins Amt gekommenen Kultusminister zu diesen Themen diskutiert. Ich will aber etwas zu Ihrem Antrag sagen, den sie uns heute mit auf den Weg gegeben haben. Sie haben das in Ihrem Eingangsstatement deutlich gemacht, Sie erwarteten eine Regierungserklärung. Sie haben allerdings diesen Antrag in einer Art und Weise formuliert, der sicherlich nicht auf eine Regierungserklärung abzielt, denn Sie haben gleichzeitig das vorgegeben, wo Sie meinen, dass der Kultusminister berichten sollte, was Sie sich gerne wünschen, um es einmal vorsichtig zu sagen.

Insbesondere im zweiten Teil Ihres Antrags, wo es um den schulischen Bereich geht, haben Sie Ihre politischen Wunschkonstruktionen hineingeschrieben und

haben das damit garniert, dass Sie sagen, der Kultusminister soll berichten wie er dahin geht. Ganz so schnell geht es nicht, Frau Kollegin, da müssten Sie entsprechend schon Anträge hier einbringen, dann können wir gerne auch hier darüber diskutieren und es auch beschließen. Aber sozusagen im vorausgehenden Gehorsam dem Kultusminister es schon einmal als Berichtersuchen mitzugeben, geht natürlich nicht. Es ist Ihr gutes Recht, eine Regierungserklärung zu erwarten, ich kann allerdings für die CDU-Fraktion nur sagen, wir kommen auch damit hin, wenn die Regierungserklärung vom Kultusminister zu einem späteren Zeitpunkt gegeben wird. Wenn wir uns den Antrag anschauen, er ist sehr umfangreich, auch Sie sollten ein Interesse daran haben, dass wir das mit dem entsprechenden fachlichen Hintergrund auch tun können. Insbesondere was den Bereich der Kindertagesstätten angeht, dazu will ich auch etwas sagen, da haben wir eine Vielzahl von Berichten zum gegenwärtigen Stand. Sie fordern das an - die Personalausstattung der 0- bis 3-Jährigen und der Kinder bis zum Schuleintritt -, das ist klar im Kindertagesstättengesetz des Freistaats Thüringen geregelt, im Übrigen auch die Frage, wie wir derzeit den Stand der Vor- und Nachbereitungszeit haben. Wir sind permanent momentan in der Diskussion und versuchen alle als Fraktionen unsere Ideen zu entwickeln, wie wir Änderungswünsche in diesem Bereich umsetzen können. Ich bin regelmäßig im Dialog mit Kollegen, auch Ihrer Fraktion, wo die Fraktionen das beschreiben, was sie sich vorstellen können, was sie sich an Veränderungen gerne wünschen würden, aber auch immer wieder an dieser Stelle dann sagen, was Sie für realistisch umsetzbar halten. Sie haben es als Opposition sicherlich an dieser Stelle etwas leichter, Ihren bunten Blumenstrauß an Wunschkonstruktionen zu knüpfen, ihn uns zu präsentieren. Das haben Sie mit dem Gesetz, das wir zurzeit im Sozialausschuss zur Beratung haben, getan. Wir sind mit diesem Gesetz mitten in der Beratung. Ich glaube, wir haben eine sehr gute Anhörung dazu durchgeführt. Wir lassen uns momentan gerade die Daten aus der Anhörung zusammenstellen. Wir haben uns im Übrigen auch mal berechnen lassen, was allein dieser Gesetzentwurf, den Sie uns vorgelegt haben, kosten würde. Da bin ich bei dem, was ich eingangs gesagt habe: Das Geld, was Sie meinen, aus der Steuerschätzung vom Monat Mai schon ausgeben zu wollen; Sie haben gesagt, einen Teil wollen Sie nur ausgeben.

Die Berechnung des Gesetzentwurfs der Oppositionsfraktion sieht allein für den Kindertagesstättenbereich insgesamt 2.832 zusätzliche Personalstellen vor. Das darf ich Ihnen dann einmal ganz kurz durchrechnen, das wären 40.000 € Jahreskosten, das entspricht allein 113 Mio. € nur für diesen Bereich und da ist noch gar nicht hineingerechnet, was Sie sonst in diesem Gesetz an Wünschen drin ha-

ben. Das werden wir sicherlich in den folgenden Ausschuss-Sitzungen miteinander diskutieren. Allerdings die 113 Mio. €, Frau Kollegin Dr. Klaubert, ich weiß nicht, welche Steuerschätzung Sie gelesen haben; 113 Mio. € habe ich von keiner Steuerschätzung der letzten Jahre als Mehreinnahmen registrieren dürfen. Es ist sicherlich auch illusorisch, von dem Ausgangspunkt hier solche Wunschschlösser im Thüringer Landtag zu bauen.

Sie haben in Ihrem Antrag Punkte aufgegriffen, insbesondere zur Umsetzung der Erarbeitung des Bildungsplans, wo Sie wissen, dass wir uns zurzeit in der intensiven Vorbereitung des Starts des verbindlichen Bildungsplans im neuen Kindergartenjahr befinden. Ab dem Kindergarten- und Schuljahr 2008/2009 soll der neue Bildungsplan implementiert werden. Die Übergangsphase und Einführungsphase ist vorgesehen vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2010. Sie wissen auch - auch das haben wir im Ausschuss schon diskutiert -, es geht momentan um Verwaltungsvereinbarungen, es geht momentan darum, wie die Erzieherinnen, die Einrichtungen auch auf die Umsetzung des Bildungsplans vorbereitet werden. Aber Sie wissen auch - und das betone ich für die CDU-Fraktion -, dass wir im vergangenen Jahr, als wir den Haushalt beschlossen haben, Geld in die Hand genommen haben. Wir haben als CDU-Fraktion den Antrag gestellt, dass 2,2 Mio. € im Haushalt bereitgestellt werden, um den Bildungsplan - momentan in der Erprobungsphase und in der Qualifizierungsphase für die Mitarbeiter - auf den Weg zu bringen. Der Bildungsplan wird gelobt von allen Seiten. Ich setze wie die anderen Fraktionen hier im Thüringer Landtag sicher darauf, dass der Bildungsplan auch qualitativ hochwertig umgesetzt wird. Wir werden uns auch sicherlich darüber verständigen müssen, mit welchem zeitlichen Umfang dies geschehen kann. Aber da bitte ich um Verständnis, Frau Kollegin Dr. Klaubert, Sie haben eine hohe Erwartungshaltung an das, was der Kultusminister Ihnen alles erklären soll, was er künftig anders machen wird. Ich darf die Erwartungshaltung vielleicht insofern als Parlamentarier relativieren. Ich habe eine hohe Erwartungshaltung, dass wir das dann hier als Parlament mit den entsprechenden Mehrheiten tun. Das Parlament wird die Entscheidung dazu treffen, wie wir im Zweifelsfall Änderungen am Kindertagesstättengesetz vornehmen können, wie wir auch andere Gesetzlichkeiten dazu ändern können. Auch das Gesetz wird im Zweifelsfall die Frage beantworten müssen, ob und woher wir das Geld dafür zur Verfügung stellen können. Diese Diskussion werden wir hier haben, insofern relativiere ich zumindest als Parlamentarier diese Erwartungshaltung, die Sie an dieser Stelle allein auf den Kultusminister fokussieren. Sie hatten etwas gesagt zum Ausbildungsniveau. Da widerspreche ich Ihnen, Frau Dr. Klaubert. Ich bin der Auffassung, wir haben qualifiziertes Per-

sonal. Wir können in Thüringen, und das sagen uns auch die Vergleiche, die wir deutschlandweit haben, darauf verweisen, dass wir ausgesprochen gut qualifiziertes Personal in den Kindertageseinrichtungen haben. Das stelle ich fest. Das haben wir auch deswegen, weil wir beim Kindertageseinrichtungsgesetz das Fachkräftegebot formuliert haben. Wir haben alle sehr darauf beharrt, dass in dem Kindertageseinrichtungsgesetz in Thüringen, im Übrigen in einem der wenigen in Deutschland, eindeutig drinsteht: Alle, die mit Kindern arbeiten, sind ausschließlich qualifizierte ausgebildete Erzieher und Fachkräfte. Sie wissen, dass das in vielen anderen Bundesländern nicht so ist, wo die Gruppen dann in Fachkraft und Hilfskraft geteilt werden. Wir hatten auch damals die Diskussion hier im Thüringer Landtag. Ich stelle für die CDU-Fraktion fest, wir haben darauf beharrt. Es war gut, dass wir darauf beharrt haben. Das bringt uns nämlich heute in die Situation, dass ich Ihnen widersprechen kann und sagen kann, wir haben gut qualifiziertes Personal in den Einrichtungen. Wir wollen, dass es so bleibt. Genau deswegen diskutieren wir auch darüber, wie zukünftig in der Erziehererstausbildung der Bildungsplan stärker verankert wird. Genau deswegen diskutieren wir darüber, wie wir zukünftig mit weiterführenden, qualifizierenden Maßnahmen umgehen. Sie wissen, wir haben den Bachelor-Studiengang an der FH in Erfurt eingeführt. In den vergangenen Jahren haben ...

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dr. Klaubert zu?

Abgeordneter Panse, CDU:

Ja.

Vizepräsidentin Pelke:

Bitte, Frau Abgeordnete Dr. Klaubert.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Herr Abgeordneter Panse, wie stehen Sie denn dazu, weil Sie jetzt gerade zu diesem Bachelor-Modell für die Erzieherausbildung kommen, dass wir in Zukunft in diesem Bereich höhere Qualifikation brauchen und wie stehen Sie zur differenzierten Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, also z.B. speziell für Kindertagesstätten oder für Horte oder eben für den Einsatz in der Jugendarbeit für ältere Altersgruppen?

Abgeordneter Panse, CDU:

Wenn Sie noch einen Moment gezögert hätten, ich war gerade auf dem Weg zu diesem Thema. Des-

wegen füge ich da auch nahtlos an.

Erstens: Der Bachelor-Studiengang, den wir an der FH in Erfurt haben, der mit jetzt 60 bis 70 Erzieherinnen im letzten Jahr begonnen hat, in diesem Jahr sich mit einer ähnlichen Anzahl fortsetzt, den begrüßen wir. Wir wollen, dass er gestärkt wird und dass er sich auch fortsetzt. Wir wollen ihn aber als aufbauenden Studiengang, der Erzieherinnen die Möglichkeit zu einer Weiterqualifikation bietet. Wir haben als CDU-Fraktion immer deutlich gemacht, wir wollen keine Erzieherausbildung, keine Grunderzieherausbildung auf Hochschulniveau, weil wir vielen jungen Mädchen, jungen Frauen auch damit die Möglichkeit des Zugangs zu einem Erzieherberuf in einer Kindertagesstätte verschließen würden. Das wollen wir nicht. Genau deswegen und auch vor dem Hintergrund, dass wir uns in den nächsten paar Jahren sehr wohl umschauchen müssen, ob wir ausreichend junge Bewerberinnen finden werden, auch das ist ja ein Thema, wenn wir ehrlich miteinander umgehen, halte ich es für nicht ratsam, jetzt eine Diskussion darüber zu führen, ob wir gegebenenfalls die Zugangsvoraussetzungen für den Erzieherberuf in einer Kindertagesstätte so verengen. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, die Erfahrung, die wir jetzt gerade an der FH in Erfurt machen, wo wir vorrangig mit dem Ziel, junge Frauen zu Leiterinnen zu qualifizieren, diesen Ausbildungsgang gestartet haben, sehr gut im Blick zu behalten.

Ein Zweites will ich sagen, da bin ich nah bei Ihnen. Wir haben zurzeit eine Ausbildung, wo wir den Erzieherberuf in der ganzen Spannbreite ausbilden vom Kindertagesstättenbereich bis zum Hortbereich. Ich wünsche mir da eine stärkere Akzentuierung und Spezialisierung. Sicherlich kann es ein grundstämmiger Ausbildungsgang sein, der in vielen Phasen parallel läuft, aber es wird entsprechend der Zeitpunkt kommen, wo es nicht mehr reicht, dass nur über die Praktika in den Einrichtungen die Spezialisierung erfolgt und es hinterher dann immer noch offenbleibt, ob die junge Frau ihren Erzieherberuf in einer Kindertageseinrichtung, in einem Hort oder wo auch immer, ausübt.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE:
Frauen und Männer.)

Das ist ein Stückchen Spezialisierung, das bedeutet aber nicht, dass wir insgesamt diesen Ausbildungsbereich über den Haufen werfen müssen. Das wollen wir auch nicht. Wir wollen, denke ich, und da sind wir uns einig, gemeinsam nach mehr Qualität in diesem Bereich schauen. Mehr Qualität heißt eben dann auch, dass wir das, was wir jetzt im qualifizierenden Bereich mit dem Bildungsplan, den Mitarbeiterinnen der Einrichtungen mit auf den Weg geben, selbstverständlich eins zu eins auch in die

Erziehererstausbildung einfließen lassen. Ich hatte es gesagt, wir werden in den nächsten paar Jahren - da pflichte ich Ihnen ausdrücklich bei - steigende Bedarfe in diesem Bereich haben. Die Generation der über 50-Jährigen in den Kindertageseinrichtungen macht inzwischen über 30 Prozent aus. Da wird es im Übrigen - und das hatte ich auch schon mal bei der Bildungsdiskussion gesagt - nicht ohne Weiteres gehen, dass man die älteren Kolleginnen jetzt motiviert und sagt, ihr könnt statt 30 Stunden jetzt zukünftig 40 Stunden arbeiten. Viele verbinden damit die Hoffnung und sagen, da haben wir ja noch Personalreserven. Ich wage das ein Stückchen zu relativieren, viele Kolleginnen, die in Kindertageseinrichtungen seit vielen Jahren arbeiten, auch verkürzt gearbeitet haben, werden das nicht mehr tun. Insofern müssen wir die Bemühungen durchaus verstärken, junge Frauen, aber auch junge Männer für den Erzieherberuf zu begeistern. Da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht, Frau Kollegin Wolf, da ist aber in den letzten paar Jahren wenig geschehen. Ganze 47 Erzieher, die wir in Thüringen haben von 10.000 Erzieherinnen, ist kein Bild, was dafür spricht, dass es per se ein angenommener Beruf für junge Männer ist. Im Übrigen - allerdings auch da kann man Finnland zurate ziehen -, auch in Finnland ist es nicht per se so. Wir haben zwar als Bildungsausschuss zwei junge Männer präsentiert bekommen, die in einer Kindertageseinrichtung tätig sind, aber auf Nachfrage stellte sich heraus, es waren auch nur die beiden Leiter, die es in Helsinki gab, ansonsten gab es da auch nicht viele Erzieher, die in Kindertageseinrichtungen tätig sind. Das ist aber ein ganz anderes Feld. Darüber können wir uns sicherlich, Frau Kollegin Wolf, auch mal im Gleichstellungsausschuss unterhalten, was junge Männer von Frauenberufen abhält oder was junge Frauen von Männerberufen abhält.

Zurück zu Ihrem Antrag, den Sie uns vorgelegt haben. Sie fordern im zweiten Teil ganz am Ende des Antrags nach dem schulischen Bereich - zu dem Kollege Emde etwas sagen wird für unsere Fraktion - die kostenfreie Pausen- und Mittagsversorgung. Auch da wissen Sie, dass das zurzeit im Sozialausschuss Thema ist. Wir hatten in einer der letzten Plenarsitzungen beide Anträge, sowohl von der Linkspartei als auch von der SPD an den Sozialausschuss überwiesen. Wir sind momentan dabei, erst einmal festzustellen, wie ist tatsächlich dieser Bedarf in diesem Bereich. Ich relativiere einiges von dem, was zurzeit in der Öffentlichkeit darüber diskutiert wird. In Kindertageseinrichtungen ist es nicht das wesentliche Problem. In Kindertageseinrichtungen haben wir in Thüringen nahezu 100 Prozent der Kinder, die betreut werden, die auch dort Mittag essen, die auch an der ganz normalen Essensversorgung teilnehmen. Es sind ganz wenige Ausnahmen, so wenige Ausnahmen, dass das Kultusministe-

rium praktisch bei jedem Kind hinterhertelefonieren könnte. Es gab 47 Kinder in ganz Thüringen, die nicht an der Mittagsversorgung teilnehmen. Und wenn man da einmal nachfragt, gibt es dafür durchaus plausible Gründe.

Es ist aber - und da pflichte ich Ihnen bei - augenscheinlich eher ein Thema in den Horten. In den Horten haben wir einen Durchschnitt von rund 70 Prozent der Kinder, die an der Mittagsversorgung teilnehmen. Wenn man danach fragt, warum nehmen die Kinder an der Mittagsversorgung nicht teil, habe ich in der Stadt Erfurt auf eine entsprechende Anfrage - da ist es einmal ausgewertet worden - von der Stadtverwaltung gesagt bekommen, da gibt es Ernährungsgewohnheiten, die anders aussehen, da gibt es Lebensmittelunverträglichkeit, da gibt es viele Kinder, die abends mit den Eltern essen, da gibt es viele Kinder, die auch mittags anderweitig essen und es gibt auch die finanziellen Aspekte. Diese vier Punkte, ich glaube, die muss man alle benennen. Man muss aber sehr genau hinschauen, was eigentlich ursächlich dafür ist, warum an der Mittagsversorgung nicht teilgenommen wird. Ich sage sehr deutlich, das mag manchmal auch mit dem persönlichen Geschmack des einen oder anderen jungen Menschen zu tun haben und auch damit, wie manchmal vom Elternhaus Wert auf gesunde Ernährung gelegt wird. Es ist nicht per se immer nur die Geldfrage. Da es aber in einigen Fällen die Geldfrage ist, hat sich sehr wohl der Bundesrat und haben auch wir uns als Landtag schon mit dieser Frage beschäftigt. Im Bundesrat, wissen Sie, liegt zurzeit ein Antrag vor von verschiedenen Bundesländern, der noch auf die Entscheidung wartet. Da geht es um die Kostenübernahme im Rahmen der Regelsatzverordnung für die Kinder, deren Eltern sich im SGB-II-Regelkreis befinden.

Ich hoffe sehr, dass wir im September dieses Jahres eine Regelung haben werden. Es gibt ganz verschiedene Modelle von 1,40 € Zuschlag pro Essenportion bis hin zu den Möglichkeiten, es außerhalb der Regelsatzleistungen, die gewährt werden, zusätzlich den Kommunen möglich zu machen. Es gibt in Thüringen eine ganze Menge an Kommunen, die haben damit begonnen. Die Stadt Frankenhausen, habe ich dieser Tage gelesen, macht es ab Beginn des nächsten Jahres, Schleusingen, auch andere Städte wollen eine kostenfreie Mittagsversorgung für ihre Kinder sicherstellen. Ich bin sehr wohl der Auffassung, das kann und soll auch auf kommunaler Ebene entschieden werden, da, wo man um die Summe der Probleme auch weiß. Die Landrätin Philip, glaube ich, Saalfeld-Rudolstadt hat sich dieser Frage auch mal sehr intensiv zugewandt.

Gleichwohl weise ich darauf hin, im Sozialausschuss liegen beide Anträge zu diesem Thema. Im Sozial-

ausschuss werden wir uns zu diesen beiden Anträgen positionieren. Was allerdings illusorisch ist - und das will ich auch hier gleich deutlich sagen -, grundsätzlich zu erwarten, das Land trägt zukünftig die Essenkosten für die Kinder insgesamt in Ganztagsbetreuung. Wer das glaubt, der glaubt auch, dass die Mai-Steuerschätzung ausreichen würde, komplett allein den Personalbedarf Ihres Kindertagesstättenänderungsgesetzes auszufinanzieren. Wir werden also im Sozialausschuss gut beraten sein, wenn wir im September erste Zahlen von kommunaler Seite bekommen, diese auszuwerten, dann aber auch darüber zu diskutieren und zu streiten, was hat das für Auswirkungen, was der Bund im Herbst mit der Neubemessung der Regelsätze im SGB II dann vornimmt.

Vizepräsidentin Pelke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Jung?

Abgeordneter Panse, CDU:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Pelke:

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Herr Panse, da Sie es jetzt noch einmal wiederholt haben, möchte ich Ihnen gern die Frage stellen, ob Sie als CDU-Fraktion beabsichtigen, die Erzieherstellen zukünftig insgesamt zu fördern, weil Sie ja von den 113 Mio. ausgegangen sind, das sind ja die Gesamtkosten der 2.825 benötigten Stellen, weil ansonsten finde ich es unredlich, die Zahl so zu nennen und so stehenzulassen.

Abgeordneter Panse, CDU:

Frau Kollegin Jung, unredlich ist es zunächst, wenn man Kosten oder Gesetze beschließt und die Kosten komplett auf andere Partner überwälzt. Sie wissen das, wir haben bei der Anhörung hier vom Gemeinde- und Städtebund und vom Landkreistag sehr deutlich gehört, über alles das, was wir an gesetzlichen Änderungen vornehmen im Kindertagesstättenbereich, alles, was da leistungserhöhende Standards angeht, mehr Personal, zusätzliche Aufforderungen an die kommunale Seite, kostenfreie Kindertagesstätten, sie erwarten selbstverständlich im Rahmen der Konnexität, dass Sie die Kosten erstattet bekommen. Deswegen habe ich diese Zahl von den 113 Mio. hier in den Raum gestellt, habe auch deutlich gemacht, dass die 113 Mio. sich ausschließlich auf das beziehen, was Sie an Personal mehr vor-

sehen. Es gibt noch eine ganze Menge mehr, ich habe es vorhin gesagt, kostenfreies Kita-Jahr, die Frage der 0- bis 2-Jährigen, ob da zwei Erzieherinnen in der Gruppe sein müssen, die Frage, wie wir mit dem Rechtsanspruch und steigenden Bedarfen umgehen. Deswegen haben wir lange damals schon mit dem Volksbegehren gestritten um die tatsächlichen Kosten des Gesetzentwurfs, der uns auf dem Tisch lag. Der Verfassungsgerichtshof ist ja nicht umfänglich darauf eingegangen, hat es nicht berechnet. Ich bleibe aber für die CDU-Fraktion dabei, zur Redlichkeit gehört es dann natürlich, dass man sagt, die kommunale Seite erwartet genau dies und die kommunale Seite sagt uns in der Debatte, alles, was ihr an mehr an Standards beschließt, das bezahlt ihr auch. Deswegen hatte ich die 113 Mio. auch erneut genannt.

Ich will zum Schluss noch etwas zu dem Kindertagesstättenbereich insgesamt sagen. Es ist ja kein Geheimnis, alle Fraktionen im Thüringer Landtag beschäftigen sich mit möglichen Veränderungen, vielleicht auch Verbesserungen, auch in unserer Fraktion läuft diese Diskussion. Ich gehe schon davon aus, dass wir zu einer möglichen Novellierung des Kindertageseinrichtungsgesetzes kommen werden. Es wird auch da auf der einen Seite der Wunsch dessen sein, was wir uns gern alle als Sozialpolitiker vorstellen würden und auf der anderen Seite das sein, was wir insgesamt finanzieren können. Wir werden aber zu gegebener Zeit auch mit dem Gesetzentwurf der Fraktion, vielleicht auch mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung reden können. So hatten wir uns im Übrigen auch im Sozialausschuss verabredet, dass wir diesen zeitlichen Horizont, diese zeitliche Schiene durchaus sehen.

Abschließend noch zu dem Bericht: Ich kann nur sagen, vieles von dem, was Sie hier aufgelistet haben, hätte sich gut in einer Kleinen Anfrage wiedergefunden. Dann hätten Sie es vermutlich erstens schneller beantwortet gehabt, zweitens auch ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen können. Wir als CDU-Fraktion teilen diese Struktur des Antrags nicht, weil wir der Auffassung sind, da wird bereits das Ziel vorgegeben, bevor überhaupt das Ministerium die Gelegenheit hat, eigene Ideen zu entwickeln und entsprechend vorzustellen. Aus diesem Grund kann ich nicht zur Zustimmung zu diesem Antrag raten. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat Abgeordneter Döring, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Schule schuldet den heutigen Kindern vor allem Erfahrung statt Belehrung, Gelegenheit zur Verantwortung statt zum bloßen Funktionieren, Zuversicht und Zweifel statt „es ist, wie es ist“, Zuwendung und Herausforderung statt Aufgehen im System, im Regelwerk, in der Statistik, ein Leben in der Polis statt Isolierung. Dieser Satz von Hartmut von Hentig macht deutlich, wer Kinder vom 1. Schuljahr an zum selbstständigen und denkenden Lernen, zur Freude am Geleisteten und so zu größerem Selbstbewusstsein führen will, muss eine zentrale Lernbedingung in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellen: Zum Lernen braucht man Zeit und Raum. Lernen kann nachhaltig nur gelingen, wenn es auf aktive Aneignung und auf Vielfalt der Anregungswege angelegt ist und dabei Lehrerinnen und Lehrer auf produktive Weise mit Heteronität umgehen, das heißt Unterschiedlichkeit produktiv nutzen und nicht als Zumutung verstehen. Konkret heißt das, Schulen müssen sich mit neuen kooperativen Unterrichtsformen auseinandersetzen. Im Mittelpunkt steht der praxisorientierte, forschende sowie themenorientierte Unterricht, das fächerübergreifende, projektorientierte und selbsttätige Lernen mit Förderkursen und individuellen Förderprogrammen. Zu alledem bedarf es natürlich eines rhythmisierten Tagesablaufes mit Phasen intensiven Lernens und entsprechenden Entspannungsphasen. Das heißt, es braucht Ganztagsangebote, die Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit geben, die Zeit als wertvollste Ressource in der Pädagogik sinnvoll zu nutzen, das heißt für intensive Lernphasen, aber auch für soziale Begegnungen, für Teamabsprachen, stille Gruppenarbeiten sowie für das gemeinsame Organisieren von Tagesabläufen. Dieser zeitliche Rahmen schafft die Möglichkeit, dass die Lehrenden auch tatsächlich auf die individuellen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern eingehen können.

Meine Damen und Herren, es ist und bleibt Aufgabe der Bildungspolitik, dabei die Rahmenbedingungen an unseren Schulen so zu gestalten, dass pädagogisches Engagement die tragende Säule schulischer Arbeit bleibt. Gerade in Bezug auf den notwendigen Ausbau des Ganztagsschulnetzes gibt es hier in Thüringen noch enorme Reserven. Wir brauchen endlich verlässliche pädagogisch-organisatorische und personelle Rahmenbedingungen, die an den Schulen die notwendige Sicherheit schaffen. Notwendig ist es, Zeitbudgets zur Verfügung zu stellen, um eine neue Lernkultur entwickeln zu können, die die traditionelle Unterscheidung von Unterricht und Freizeit aufhebt. Das heißt natürlich auch, wir brauchen ein verlässliches und flexibles Personalzuweisungskonzept für die betreffenden Schulen. Dieses Konzept muss regional verankert sein und

natürlich auch auf die schulischen Spezifika Rücksicht nehmen können. Hiervon - das wissen wir alle - sind wir weit entfernt. Hier sind in den letzten Jahren viele Hoffnungen enttäuscht worden. Ich habe den Eindruck, diejenigen, die für die Personalbemessung verantwortlich sind, haben einen völlig überholten Bildungsbegriff, die Personalausstattung ist oft so schlecht, dass die in den Ganztagsangeboten steckenden Potenziale gerade auch im Hinblick auf Abbau von Benachteiligungen nur völlig unzureichend erschlossen werden können. Andere Bundesländer zeigen, wie es besser gehen kann. Ganztagschulen erhalten dort Zuschläge bis zu 30 Prozent auf das Stellensoll, und dabei stehen Lehrerwochenstunden auch für die Beschäftigung von pädagogischen Fachkräften zur Verfügung. In dieser Hinsicht besteht in Thüringen noch eindeutiger Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, derzeit befinden sich rund 200 Thüringer Schulen auf dem Weg zur Ganztagschule. Daraus resultiert natürlich zwangsläufig ein höherer personeller Mehrbedarf. Auf der anderen Seite, das wissen wir ja, entsteht durch den Wechsel zur Vollzeitverbeamtung wirklich ein zusätzliches Potenzial von etwa 1.000 Lehrerstellen. Ich denke, da könnte man einen großen Teil nutzen, um die Lücke bei den Ganztagschulen zu schließen und den Schulen, die sich im Sinne praktizierter Eigenverantwortung auf den Weg gemacht haben, endlich eine angemessene Unterstützung gewähren. Dass eine solche Vorgehensweise notwendig ist, erweist ja auch der Politikcheck Schule. Ich erinnere daran, hier wird ja der Thüringer Bildungspolitik folgender Satz ins Stammbuch geschrieben: „Das Ganztagschulprogramm, insbesondere mit voll gebundenen Unterrichtsangeboten, ist ausbaufähig.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, mit der Serviceagentur „Ganztätig lernen“ bieten wir ein professionelles Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk. Die Serviceagentur berät und unterstützt Thüringer Schulen auf dem Weg zur Ganztagschule und leistet dabei - jeder, der sich das angeschaut hat, kann das wirklich sagen - eine hervorragende Arbeit. Eine rechtlich verlässliche Verbesserung der Rahmenbedingungen soll auch die Serviceagentur erheblich besser in die Lage versetzen, Innovation anzuregen. Es geht letztlich auch darum, der Serviceagentur selbst die Zukunft zu sichern; bis Ende 2009 wird sie noch aus Bundesmitteln gefördert. Was passiert danach? Darauf hat die Landesregierung bisher keine Antwort gegeben und ich weiß gar nicht, ob dem Minister Müller überhaupt das Thema präsent ist. Deswegen kann ich hier den neuen Kultusminister nur auffordern, aktiv zu werden und die Serviceagentur auch nach 2009 abzusichern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend auf den Punkt bringen: Verlässliche personelle Rahmenbedingungen für Ganztagschulen, das wäre wirklich - auch abseits inflationärer Ankündigungen, die wir von Minister Müller in letzter Zeit gehört haben - ein erster guter Schritt.

Damit komme ich zum CDU-Antrag: Meine Damen und Herren, Politik heißt sagen, was ist. Wenn ich dieser Maxime Ferdinand Lassalles an die Initiative der Mehrheitsfraktion anlege, bleibt von dem Papier nicht mehr allzu viel übrig. Dort werden zwar mit der Eigenverantwortung von Schule und der individuellen Förderung zwei wirklich wichtige bildungspolitische Themenfelder benannt und es wird auch erwähnt, dass die Landesregierung Maßnahmen einleiten soll, um die Eigenverantwortung der Schule für Inhalte und Organisation des Unterrichts sowie für den Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen weiterzuentwickeln bzw. die personellen Ressourcen stärker zur individuellen Förderung der Schule einzusetzen, aber - und das ist das große Manko - es bleibt auch völlig unklar, was exakt mit diesem Weiterentwickeln und Stärken gemeint ist, welche konkreten Handlungsschritte zur Erreichung dieser Zielsetzung unternommen werden sollen, welche rechtlichen, materiellen und personellen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen sind sowie in welchem konkreten Zeitraum die nötigen Vorhaben realisiert werden sollen. Es heißt lediglich an einer Stelle, die Landesregierung soll dem Landtag bis Mai 2009 berichten. Mit dem „sagen, was ist“ und mit dem präzisen Benennen eigener Vorstellungen und Zielmarken hat das nicht viel zu tun. Insofern ist die CDU-Vorlage reichlich kryptisch und bietet der Exekutive quasi einen Freifahrtschein ins Glück.

Mit Ihrem Antrag bitten Sie, meine Damen und Herren von der CDU, das Kultusministerium lediglich - nicht einmal zum Verb „auffordern“ haben Sie sich durchringen können -, irgendwann, irgendwas und irgendwie zugunsten der schulischen Eigenverantwortung und der individuellen Förderung zu unternehmen. Ich denke, schwammiger geht es kaum noch und so werden zwei wichtige bildungspolitische Themen einfach verspielt. Es bleibt weiterhin der Exekutive überlassen, ob, wie und wann sie hier aktiv werden will.

Meine Damen und Herren, eines hat die CDU immerhin erkannt: Es besteht tatsächlich dringender Handlungsbedarf bei beiden Themenfeldern. Im Hinblick auf die Eigenverantwortung von Schule hat das der bereits erwähnte Politikcheck Schule bestätigt. Zusammen mit Bremen und dem Saarland bildet Thüringen in dieser Studie das Schlusslicht aller Bundesländer, weil es nach Ansicht der Verfasser seine aus den PISA-Ergebnissen resultierenden bildungspolitischen Hausaufgaben noch immer nicht

gemacht hat. Dieser Auffassung ist ja meine Fraktion bereits seit längerem, und zwar, wie wir jetzt wieder einmal sehen, aus guten Gründen.

Im benannten Politikcheck Schule findet sich für Thüringen eine lange bildungspolitische Mängelliste, aus der ich nur die wichtigsten Punkte zitieren will: „Im Gegensatz zur Mehrheit der Länder ist die angestrebte Schulautomie nicht modifiziert.“ - heißt es da; und weiter: „Im Qualitätsbereich Systemmanagement hat Thüringen den Einzelschulen noch nicht die nötigen Entscheidungskompetenzen übertragen, die diesen als eigenverantwortliche operative Einheiten zufallen.“ Oder: „Schulleiter haben keine Führungsverantwortung im Sinne des Disziplinarrechts.“ und schließlich „Budgetbefugnisse zur Personalbewirtschaftung liegen nicht vor.“ Angesichts einer solchen Defizitliste verwundert die Einschätzung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft nicht, dass Thüringen den allermeisten anderen Bundesländern bildungspolitisch hier hinterherhinkt und daher empfiehlt der Politikcheck Schule dem Freistaat im Hinblick auf die Eigenverantwortung von Schule, endlich für alle Schulen einen verbindlichen Fahrplan zu entwickeln. Ich weiß nicht, Kollege Emde, ob Sie diesen Politikcheck Schule ausgewertet haben. Falls ja, ist es offensichtlich nicht gründlich genug geschehen, denn sonst hätte es Ihnen ein Leichtes sein müssen, anstelle der wolkigen Formulierung Ihres Antrags dem Kultusministerium ganz konkrete Handlungsvorgaben zu machen. Die dafür notwendigen Stichworte finden Sie alle in der erwähnten Studie. Die gesetzliche Festschreibung der Eigenverantwortung sowie ihre unterschiedlichen Aspekte und damit die Verbindlichkeit für alle Schulen, Entwicklung eigener Schulprofile und Umsetzung in individuelle Schulprogramme, Einführung eines Schulbudgets und Ausweitung der Personalkompetenzen der Schulleitungen sowie verpflichtende Einführung der Evaluation schulischer Bildungsqualität, das sind die Vorhaben, die die Landregierung endlich anpacken muss. Offenbar hat sie das auch schon selbst erkannt. In der Antwort auf die Große Anfrage der CDU zu Bildungsverantwortung für Kindergärten und Schulen heißt es jedenfalls „Den Rahmen, um Eigenverantwortung in stärkerem Maße wahrzunehmen, bildet im Wesentlichen ein innovatives Schulrecht“. Und weiter: „Mit der nächsten Novellierung des Schulgesetzes ist vorgesehen, die Eigenverantwortung der Schule, die verbindliche Evaluation und die Pflicht zur Rechenschaftslegung gesetzlich zu verankern“. Auch hier hätten Sie, Kollege Emde, genügend Stoff für eine Thematik, einen wirklich angemessenen Antrag finden können. Die zitierte Antwort des Kultusministeriums ist nämlich schon über ein Jahr alt. Passiert ist seitdem aber nichts. Für mich ist das der beste Beweis, dass wir bei dieser Landesregierung mit blumigen Anträgen, wie Sie, Kollege Emde, das vorgelegt haben, hier

nicht weiterkommen. Wir brauchen ganz konkrete Handlungsanleitungen an die Exekutive, sonst geht es beim Kultusministerium bis zum Sankt Nimmerleinstag im sattsam bekannten Trott weiter.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur individuellen Förderung sagen. Auch hier hat ja die CDU Handlungsbedarf erkannt, zieht jedoch keine Konsequenzen daraus. Wer individuelle Förderung ernst nimmt und sie tatsächlich realisieren will, muss dafür die nötigen personellen und materiellen Rahmenbedingungen schaffen und auch die notwendigen Unterstützungssysteme aufbauen. Er muss die Pädagogen durch entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsschwerpunkte weit mehr als bisher in die Lage versetzen, individuelles Fördern und Fordern praktizieren zu können. Er muss sich letztendlich auch von der Illusion verabschieden, dass ihn der Versuch, die Schüler nach der Klasse 4 in möglichst homogene Lerngruppen aufzuteilen, weiterbringt. Heterogenität muss endlich als Herausforderung und Chance zugleich begriffen werden. Die skandinavischen Länder machen uns das ja vor und sie zeigen uns, dass man mit heterogenen Lerngruppen bei individueller Förderung sowohl in der Leistungsspitze als auch in der Breite ein weit höheres schulisches Kompetenzniveau erreichen kann als das in Thüringen derzeit möglich ist. Wer an der Finnlandreise des Bildungsausschusses mit wachen Augen teilgenommen hat, wird mir an diesem Punkt zustimmen. Es genügt nun einmal nicht, in einem Antrag zu schreiben, das Kultusministerium solle sich mehr um individuelle Förderung bemühen. Wenn Sie das ernst meinen, Herr Emde, dann müssen Sie auch ganz konkret die zur Realisierung eines solchen Vorhabens notwendigen Parameter beschreiben, dann braucht es eben die nötigen Rahmenbedingungen, Angebote und Unterstützungssysteme sowie letztlich auch strukturelle Veränderungen. Mit dem ewigen „weiter so“ kommen wir auch an dieser Stelle wirklich nicht weiter. Es würde der Mehrheitsfraktion wirklich gut anstehen, sich endlich zu einer solchen bildungspolitischen Selbsterkenntnis durchzuringen.

Meine Damen und Herren, auch das Berichtersuchen der LINKEN macht deutlich: Wir brauchen einen Neustart und wir brauchen ihn bei einer ganzen Reihe von Themenfeldern im Bildungsbereich. Lassen Sie mich nur kurz skizzieren, welchen bildungspolitischen Reformbedarf meine Fraktion bei diesen Themenfeldern vorrangig sieht. Neben der Stärkung des Kita-Bereichs - dazu wird Kollegin Ehrlich-Strathausen noch einiges sagen - hat für mich der Umbau des Thüringer Schulsystems zentrale Bedeutung. Die internationalen Schulleistungsuntersuchungen wie PISA und IGLU zeigen uns, dass das gegliederte Schulsystem im Freistaat mit seinem frühen Aussortieren nach Klassenstufe 4 weder

leistungsfähig genug, noch sozial gerecht ist. Das ist die Tatsache und hier müssen wir endlich etwas ändern. Wir wollen daher das gegliederte Schulwesen durch ein integratives Modell mit individueller Förderung aller Schüler ablösen und wir stehen für längeres gemeinsames Lernen bis einschließlich Klasse 8. Um das zu erreichen, wollen wir die Thüringer Gemeinschaftsschule als neue Schulart etablieren. Damit heben wir uns nicht nur von der CDU mit ihrem starren Festhalten am international als unzulänglich erwiesenen überkommenen Schulsystem ab, sondern - und das kann man bedauern oder nicht - auch von den LINKEN, denn die sind ja plötzlich nur noch für eine sechsjährige Grundschule. In dem heute zur Debatte stehenden Antrag ist vom längeren gemeinsamen Lernen, Kollegin Reimann, überhaupt keine Rede mehr. Stattdessen will DIE LINKE vom Kultusministerium lediglich etwas über Strategien zur Verbesserung der Durchlässigkeit des gegliederten Schulsystems erfahren. Für mich ist so viel Zurückhaltung unverständlich und ich hoffe nicht, dass das einen generellen bildungspolitischen Kurswechsel bedeutet.

Meine Damen und Herren, die SPD steht jedenfalls nach wie vor zur Einführung längeren gemeinsamen Lernens. Wir wissen, eine Veränderung der Schulstrukturen ist das eine, es muss sich gleichzeitig aber auch der Status der Schulen innerhalb des Bildungssystems verändern. Dauerhaft ist eine höhere schulische Bildungsqualität nämlich nur erreichbar bei größtmöglicher pädagogischer und organisatorischer Eigenverantwortung der Schulen. Das zeigen die internationalen Vergleichsstudien eindeutig, aber auch Erfahrungen anderer Bundesländer. Thüringen liegt hier noch weit zurück, das habe ich ja bereits zu Beginn meiner Ausführungen deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, eines muss uns allen klar sein, wenn wir das Thüringer Bildungssystem in der von mir beschriebenen Weise qualitativ verbessern wollen, hat das unweigerlich personelle und materielle Konsequenzen. Da will ich Ihnen gar nichts vormachen. Das Land wird hier Geld in die Hand nehmen müssen, aber, ich denke, solche Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft Thüringens. Deshalb ist die SPD bereit, sie zu leisten. Mit den ständigen Mittelkürzungen bei der Bildung, wie Sie, meine Damen und Herren der CDU, das seit Jahren praktizieren, muss endlich Schluss sein. Lassen Sie mich abschließend folgendes Fazit ziehen: Ich denke, es ist deutlich geworden, dass in Thüringen dringender bildungspolitischer Handlungsbedarf besteht. Das starre Festhalten am Althergebrachten, Unzulänglichen und Unterdurchschnittlichen hilft uns nicht weiter, es führt über kurz oder lang nur in die bildungspolitische Sackgasse. Mit dieser Landesregierung wird es aber keinen Auf-

bruch in der Bildung geben. Da mache ich mir wirklich keine Illusionen. Die CDU ist verbraucht, ideen- und konzeptionslos und da ändert auch ein anwesender oder nicht anwesender Bernward Müller nichts.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat jetzt Abgeordnete Reimann, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Reimann, DIE LINKE:

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, heute ist Tag der Zeugnisausgabe. Ich gebe zu, unter uns sind nicht mehr so viele, die das mit ihren eigenen Kindern erleben können, ich selber auch nicht - die sind erwachsen.

(Unruhe CDU, DIE LINKE)

Das ist eigentlich ein guter Tag, um vier Punkte zur Bildungspolitik zu debattieren, noch dazu zu einer Zeit, wo sogar einige Journalisten auf den Bänken noch da sind und, wie ich weiß, am Internet auch verfolgt wird, was eigentlich unser neuer Kultusminister dazu zu sagen hat. Aber was macht der neue Kultusminister, der seit über einer halben Stunde hier zuhören könnte und es nicht tut? Er ist nicht da. Er springt mit einer Gitarre durchs Haus und beglückt wahrscheinlich gerade Kinder. Deswegen haben wir gestern nicht übertrieben. Ich werde immer wieder nach dem neuen Kultusminister gefragt, wie ich seine Arbeit bewerten würde. Gestern stand es in der Zeitung: „Er gratuliert, eröffnet und empfängt. DIE LINKE: Neuer Kultusminister setzt inhaltlich keine Akzente.“

(Beifall DIE LINKE)

Auf der ganzen rechten Seite sitzt keiner von der Regierung. Aber ich behaupte ja sowieso immer, dass

(Zwischenruf Lieberknecht, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit: Doch, doch, wir sind da.)

- ja, ja genau, die Frauen, Frauenpower - die Bildungspolitik in unserem Freistaat die Finanzministerin macht und das ist heute wieder die Bestätigung dafür.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Und die ist nicht schlecht, die Bildungspolitik.)

Ich habe erkannt, dass der neue Kultusminister eben nur dazu da ist, um diese Dinge zu tun und kluge Reden zu halten. Ein wirklicher Kurswechsel ist von ihm nicht zu erwarten; im Übrigen, Herr Döring - ich möchte Ihnen das gleich, damit ich es nicht vergesse, zurückgeben -, von der SPD auch nicht. In Ihrem neuen, großen, bunten Propagandaheft steht nur drin, was schon jetzt nach dem Schulgesetz möglich ist. Sie werden ab nächstem Jahr in einer großen Koalition auch nicht viel ändern. Das sieht man ja an Sachsen.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU:
Wozu auch?)

(Beifall DIE LINKE)

Also, kommen wir wieder zurück zu unseren vier Anträgen - drei davon debattieren wir jetzt in dieser Tagesordnung gemeinsam. Alle drei Fraktionen erkennen offensichtlich Reserven für die Verbesserung von Bildung in Thüringen. Deswegen haben alle drei Fraktionen jeweils einen Antrag geschrieben. Sie haben Ideen in diese Anträge gegossen, um darüber hier zu debattieren, leider ohne den Kultusminister. Aber wenn nur ein Viertel der CDU-Fraktion hier drin sitzt, würde ich dies als Minister auch nicht so ernst nehmen.

(Beifall DIE LINKE)

Hintergrund ist sicherlich die Finnlandfahrt unseres Bildungsausschusses, wo wir alle mit neuen Ideen wiedergekommen sind und auch gesehen haben, was in der Realität zu verwirklichen ist. Natürlich ist Hintergrund auch die Personalsituation derzeit in Thüringen. Wir haben die Situation, dass wir kurz vor den Wahlen natürlich wahrscheinlich auch so reagiert hätten. Man will sich nicht schon wieder ein Gerichtsurteil um die Ohren schlagen lassen, deswegen zieht man die Revision zurück und verteilt Wohltaten an die Beamten erst mal - hoffentlich nicht nur. Wir haben über 8.400 verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer, die um einen höheren Beschäftigungsumfang gebeten haben, so dass wir 1.160 zusätzliche Stellen vermehren können oder müssen. Das wiederum schafft ein neues Konfliktpotenzial. Meine Kollegin Dr. Klaubert hat schon darauf hingewiesen, wir haben jetzt eine Zweiklassengesellschaft in den Lehrerzimmern, nämlich die, die mehr arbeiten dürfen, und die anderen 5.600 Angestellten, die aus solidarischen Gründen - ich gehöre übrigens selbst dazu - damals den Floatingvertrag unterschrieben haben. Diese haben also keinerlei Chancen mitzudenken oder mitzuarbeiten, und wenn sie Pech haben an der Schule, werden sie auch noch an die andere Schule abgeordnet, weil vielleicht woanders gerade der Bedarf eben da wäre für sie. Und weil ja die Beamten jetzt voll arbeiten, ist dann der eine oder

der andere zu viel. Mich erreichen eine ganze Menge Mails mit Unmut über diese Situation. Deswegen ist es gut so, dass wir heute am Schuljahrsende darüber reden. Möglicherweise lässt sich ja das eine oder andere zu Beginn des neuen Schuljahres an Konfliktpotenzial noch abschaffen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich erinnere auch noch mal an die Demonstration vorigen Freitag hier vor dem Landtag. Der Kultusminister verkündet 35 Neueinstellungen. Das ist diese Art Schaufensterpolitik, die die Leute draußen einfach satt haben.

(Beifall DIE LINKE)

Im vergangenen Jahr hatten wir 560 Neueinstellungen, die auch bloß keine waren, weil es ein Ersatz für Menschen war, die in Altersruhe gegangen sind oder ihre Rente erreicht haben. Es waren also erstens keine zusätzlichen Stellen und dann eben nur befristet. Befristet in einem Bereich, wo wir genau wissen, dass das pädagogischer Unsinn ist. Die Frau Thar vorigen Freitag war eine davon. Nach zwei Jahren ist eben Schluss, egal, ob man eine gute Lehrerin ist oder nicht, es ist eben Schluss, aber man kann verkünden - und das gehört zu dieser Art Schaufensterpolitik, die der neue Minister in der Hand gehabt hätte, sich zu trennen - 35 Neueinstellungen. Darunter sind übrigens 15 Absolventen - für diese fünf verschiedenen Schularten jeweils drei. Die Besten eines jeden Jahrgangs dürfen aus dem Referendariat übernommen werden.

Bitte, denken Sie mal an Ihre eigene Studienzeit als junger Mensch. Sie sind der Beste des Jahrgangs und kriegen ein Angebot - mir ist es zu laut auf der linken Seite, dürfte ich darum bitten, also es stört mich einfach.

Vizepräsidentin Pelke:

Sie reden einfach weiter und ich kläre das.

Abgeordnete Reimann, DIE LINKE:

Sie müssen sich einfach vorstellen, Sie gehören zu den Besten eines Jahrgangs, und dann kriegen Sie das Angebot, für zwei Jahre befristet in Thüringen arbeiten zu können. Dann haben Sie vielleicht einen Freund, der hier keine Arbeit hat, und dann haben Sie das Angebot von Hessen, mit einer A-13-Verbeamtung sofort anzufangen. Dann sind Sie weg, weil Sie das gar nicht nötig haben, als Beststudent unbedingt hier in Thüringen bleiben zu müssen. Es verlieren nicht diese Absolventen oder diese nicht übernommenen Referendare, da verliert Thüringen.

(Beifall DIE LINKE)

Irgendwann kommen die nämlich alle nicht zurück und wenn jemand zurückkommt, dann kommen nicht die Besten zurück, weil die dort zurechtkommen, sondern da kommen vielleicht ganz andere zurück, die wir gar nicht wollen. Wenn wir wirklich der Abwanderung irgendwo in dem Bereich, wo wir selbst eine Chance haben, einen Riegel verschieben wollen, dann sollten wir das tun. Ich habe es vorhin schon gesagt: Erstens aus pädagogischen Gründen, es bringt einfach keine Punkte, eine 1. und eine 2. Klasse zu führen und hinterher zu sagen, jetzt sehen wir mal, wer die 3. und 4. Klasse unterrichtet. Vielleicht ist gerade eine Kollegin schwanger, dann hat sie ja die Chance auf eine befristete Teilzeit für ein weiteres Jahr. Was ist denn das für ein bildungspolitischer Unsinn? Das kann man doch so nicht stehen lassen und dann noch nach außen verkünden, wir haben 35 Neueinstellungen. Wie gesagt, wir haben 1.160 zusätzliche Stellen. Voriges Jahr hatte Thüringen aber 560 neu eingestellt, also ist es nur noch die Hälfte. So viel mehr ist es also gar nicht. So muss doch der politische Weg dafür freigemacht werden, wirklich über Qualitätsverbesserungen nachzudenken. Ich unterstelle es allen drei Fraktionen, dass wir das hier wirklich wollen, aber der Kultusminister zeigt seine Abwesenheit und seine Nichtanteilmahme an dem, was wir hier denken, ganz deutlich.

Zu den Angestellten noch ein Wort. Wie gesagt, wir haben 5.600 Angestellte, der Altersdurchschnitt insgesamt, das ist schon genannt worden, ist über 50 Jahre. Ich erinnere nur daran, in den Berufsschulen haben wir schon ganz viele unterschiedliche Modelle. Die Fachpraxislehrer sind zumeist angestellte Lehrer. Ich bin gespannt, der Berufsschullehrerverband wird sich hoffentlich lautstark in diese Debatte einmischen, wie das Problem gelöst werden soll, wenn dann diese angestellten Lehrer nicht die Chance haben, die Mehrarbeit zu leisten, die sie in den vergangenen Jahren mehr leisten mussten, weil sie dazu die notwendige Ausbildung haben. Unsere Forderungen konnten Sie ja nun in der Zeitung lesen, das heißt 200 unbefristete tatsächliche Neueinstellungen, und weil wir eben nicht auf Wolkenkuckucksheim leben, sagen wir, okay 80 Prozent bis 2012. Übrigens fordern wir dasselbe für die angestellten Lehrer, ähnlich wie die GEW dies fordert, und wir brauchen dieses Zeichen für die jungen gut ausgebildeten Thüringerinnen und Thüringer. Ich kann mir vorstellen, dass 100 oder 200 Euro weniger sie vielleicht nicht so schockt, oder das, was in Hessen mehr geboten wird, wenn sie wüssten, sie kriegen ab 2012 eine volle Stelle. Wichtig ist die Nichtbefristung dieser Arbeitsverhältnisse, die neu begründet werden.

(Beifall DIE LINKE)

Nur dann ist es ehrlich gemeinte Politik, und der Minister hätte die Chance, dies zu tun.

Wenn man sich über Qualitätsverbesserung in den Schulen jetzt Gedanken machen will und sagt, wir haben zusätzliche Stellen und da schauen wir mal, was wir denn Sinnvolles damit machen; dazu hat die SPD einen Antrag geschrieben, den Ganztags-schulunterricht in Thüringen weiter auszubauen. Dem stimmen wir natürlich uneingeschränkt zu. Ich wundere mich nur, wie man zu diesen verschiedenen Zahlen kommt. Also im SPD-Antrag wird von 200 Schulen gesprochen, die gebunden oder teilweise gebunden sich auf den Weg gemacht haben. Der Kultusminister spricht in seiner Presseerklärung davon, 694 Schulen seien Ganztags-schulen. Das ist mehr als dreimal so viel. Ich würde gern vom Minister wissen, wie er diese Zahl ermittelt hat - wieder getrickst, gemogelt und schöngefärbt, anders kann ich diese Pressemitteilung nicht nennen. Zählen Sie eigentlich all diese Regelschulen mit, die mit den Mitteln der Schuljugendarbeit Nachmittagsangebote begonnen haben, und, da die Mittel der Schuljugendarbeit nicht mehr so üppig fließen, jetzt ehrenamtlich fortgesetzt werden? Wäre es nicht notwendig, eigenverantwortliche Schule wirklich ernst zu nehmen und zu erfassen, was es denn tatsächlich für einen Bedarf für die Ganztags-schulen gibt? Also seriöse Wissenschaftler sprechen davon, dass man 30 Prozent mehr Personal braucht. Wir hätten es jetzt in der Hand, man könnte Zielvereinbarungen treffen. Deswegen stimmen wir natürlich diesem Antrag zu.

(Beifall SPD)

Und zum CDU-Antrag, Stärkung der Eigenverantwortung und Verstärkung der individuellen Förderung, da kann ich nur meinem Vorredner von der SPD-Fraktion zustimmen, darin sind eine ganze Menge schöner Sprechblasen enthalten. Der Bericht soll ja auch erst im Mai 2009 gegeben werden, wahrscheinlich dann als Wahlkampfbericht. Ich kann nur sagen, an den Fakten müssen wir Sie messen, Herr Minister, ich hoffe, es wird Ihnen übermittelt, und Fakten sind die Dinge, die im Gesetz oder von uns auch gemeinsam von allen Fraktionen getragen werden. Das sind die Dinge voranzubringen: veränderte Schuleingangsphase, rhythmisierte Ganztags-schulangebote, vielleicht Präsenzzeiten zu vereinbaren, gemeinsamen Unterricht ernst zu nehmen. Dafür brauchen wir das Zwei-Pädagogen-System eigentlich, das Abschaffen des Sitzenbleibens beispielsweise. Dafür allein stellt Nordrhein-Westfalen derzeit 100 neue Lehrer ein, um bis 2012 die Sitzenbleiberquote zu halbieren. Wissen Sie, was man mit 1.000 Lehrern machen könnte? Thüringen könnte

das erste Land sein, wo es gar keine Sitzenbleiber mehr gibt. Wenn wir die Phantasie alle zusammen hätten und Zielvereinbarungen mit den Schulen abschließen und individuelle Förderung ernst nehmen würden, dann könnten wir das schaffen. Nur der Wille muss vorhanden sein.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Aber mit dem Willen ist das so eine Sache. Die Studie von dem Institut der deutschen Wirtschaft spricht davon, dass zwar die leistungsstärksten Länder angeblich Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen sind, wohlgemerkt mit der höchsten Förderschulquote von Thüringen, die werden ja alle rausgerechnet, dann stimmt das dann hinterher nicht mehr alles ganz so. Aber gut, lassen wir es einfach mal so stehen, wir erhalten allerdings eben die Note 3 und gelten vergleichsweise als reformfaul. Ich zitiere aus der „Welt“ und ich nehme an, das steht so vielleicht nicht in dieser Studie, aber es ist das, was die Journalisten als Bewertung nach dem Lesen dieser Studie hier herausgekriegt haben. Reformfaul sei Thüringen! Na gut, wir kennen es selbst auch, ich weiß nicht, ob ich das so unterschreiben würde. Wir haben viel im Gesetz stehen und wir haben auch viel hier miteinander besprochen, was wir wollen. Aber tatsächlich umsetzen, dazu fehlt der Wille. Dabei sage ich, wir hätten jetzt tatsächlich ein Chance. Wir könnten Zielvereinbarungen schließen und das mit Anreizsystemen ausstatten, damit die Schulen, die sich auf den Weg machen, eigenverantwortlich selbstverständlich, natürlich dann auch zusätzliche Lehrerstunden erhalten.

Im Übrigen gibt es unter diesem Stichwort „Systemmanagement“ in dieser Studie die Messung des Maßes an Selbstständigkeit. Wissen Sie, welches Bundesland da vorne liegt? Na ja, die Bildungspolitiker sind zwar im Raum, aber Mecklenburg-Vorpommern liegt mit der Note 1 vorn - ja das steht drin, es ist wirklich ein konservatives Institut, tut mir leid, ich zitiere ja deswegen so gerne daraus -, einfach, weil der Schulleiter vielmehr Macht hat und selber die Personalsituation vor Ort beeinflussen kann. Das können diese hier leider nicht. Hier haben wir immer noch Versorgungsfälle und bekommen sie vom Schulamt zugeteilt. Ich kann nur sagen, kommunalisieren Sie nicht die Horte, sondern die Schulämter. So kommen wir vielleicht einen Schritt weiter. Aber dazu äußere ich mich jetzt in diesem Tagesordnungspunkt nicht, dazu haben wir ja noch den nächsten Tagesordnungspunkt.

Gut, ich will es nicht so sehr in die Länge dehnen. Ich hatte ja die Hoffnung, dass, wenn ich hier schon eine Viertelstunde rede, irgendwann doch der Minister erscheint, sein Gitarrenspiel ist offensichtlich noch nicht zu Ende. Ich hätte mich ja gerne korri-

giert, dass er nur gratuliert, eröffnet und empfängt, aber er hat die 13 Minuten nicht genutzt, um zu uns stoßen. Deswegen lassen Sie mich einfach das Ganze zu Ende bringen. Übermitteln Sie bitte dem Minister, er soll diese Art von Schaufensterpolitik in Thüringen beenden, er soll eigene Akzente setzen. Er soll mit diesen Befristungen, die pädagogisch Unsinn sind und finanzpolitisch auch gar keine Punkte bringen, endlich ein Ende machen, sonst werden wir das als Thüringerinnen und Thüringer teuer bezahlen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Emde, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst ein paar Sätze zu Frau Reimann. Frau Reimann, auch wenn es nicht auf unserer Tagesordnung steht, was die Frage des Umgangs mit den 100 Prozent Beamten und dann später auch den Floatinglehrern angeht, zunächst einmal sollten wir das positiv aufnehmen, dass jetzt ein Mehr an Stellen da ist und dass wir dieses Mehr an Stellen dafür einsetzen können, die Thüringer Schule noch besser zu machen.

(Beifall CDU)

Es geht auch darum, dieses Mehr an Stellen so anzubringen und an den Schüler zu bringen, dass am Ende auch mehr herauskommt, und dass es natürlich auch eine Frage ist, wie geht man nun um mit dem Verhältnis zwischen Beamten und Angestellten. Das ist ein Thema, das sind Probleme und Probleme sind dazu da, dass man sie löst. Der Kultusminister wird diese Probleme lösen, davon bin ich fest überzeugt. Was mir in Ihren Ausführungen fehlt, ist einfach so erst einmal herauszustreichen, wir haben in Thüringen schon viel mehr Schulpersonal, als es sich andere Bundesländer leisten und jetzt haben wir noch einen großen Schnaps oben drauf und das ist doch gut so, dass es so ist.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Reimann, DIE LINKE:
Na, dann macht doch was damit.)

Sehen Sie, Frau Reimann, und genau dazu wollte ich nämlich mit unseren Anträgen kommen, wir machen was damit. Es wird zwar kritisiert, wir haben das nicht genug ausgefeilt. Herr Döring, ich gebe das gerne zurück, Sie haben ja auch nur gesagt, wir wol-

len eine Ganztagschule, basta.

Sie haben aber in Ihrer Rede schon gesagt, was Sie damit verbinden, es ist doch in Ordnung.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD:
Personall!)

Ich werde in meiner Rede auch sagen, was wir mit unseren Anträgen verbinden. Es ist richtig so, dass diese beiden Anträge, die wir hier eingebracht haben - es geht einmal um die stärkere Eigenverantwortung und die individuelle Förderung, aber es geht in einem späteren Punkt auch um die stärkere Verantwortungsübernahme auf kommunaler Ebene, die auch in dem Besuch in Finnland basieren, aber nicht nur, sondern wir hatten eine lange Beschäftigung in der Enquetekommission Bildung und Erziehung und wir haben als CDU-Fraktion auch eine Große Anfrage zur Bildungspolitik eingebracht. In der Beschäftigung mit diesen Dingen sind auch unsere Anträge entstanden, um die Thüringer Schule weiterzuentwickeln, und zwar nicht nur mit irgendwelchen kurzfristigen Aktionen und einem Aktionismus, der sich vielleicht daraus ergibt, dass wir jetzt 1.000 Stellen mehr haben, sondern einfach in dem Ansinnen, langfristig die Thüringer Schule weiterzuentwickeln. Jeder weiß, dass Maßnahmen, die man schulpolitisch ergreift, nur langfristig wirken und da sind Fünf- bis Zehnjahreszeiträume anzunehmen. Ich will zunächst einmal trotzdem die Hoffnung äußern, Herr Döring, dass es gelingt, sich an einigen Punkten zu verständigen und zu gemeinsamen Wegen zu kommen, auch wenn ich das nicht so richtig nachvollziehen kann, dass Sie uns nun hier jeden Willen, die Thüringer Schule weiter voranzubringen, abstreiten und hier äußern, die CDU ist verbraucht und da geht gar nichts mehr und leiten das auch her mit ständigen Mittelkürzungen in den letzten Jahren im Bildungssystem. Herr Döring, dass es nicht so ist, das wissen Sie ganz genau. Es gibt keine Kürzungen. Wir liegen bei den Ausgaben pro Schüler ganz an der Spitze aller deutschen Länder, liegen genau auf dem Level wie die Finnen und es ist nicht eine Frage des Mehreinsatzes, sondern es ist eine Frage dessen, wie man die Mittel effizienter einsetzt und wie wir zu immer besserer Schule kommen.

Zum Antrag der LINKEN: Nun kann man sich natürlich hierher stellen und sagen, der Kultusminister soll zu diesem und jenem berichten. Zu den Anträgen, die Sie aufführen, sehe ich auch an einigen Stellen Entwicklungsbedarf, aber es ist ja nicht so, dass wir diesen Entwicklungsbedarf nicht auch schon gemeinsam besprochen hätten in Ausschusssitzungen und zahlreichen anderen Gesprächen. Die Frage ist, wie geht man es an. Dass DIE LINKE dann auch noch begründet, wir haben einen Zeitungsartikel gelesen und daraufhin haben wir dann

diesen Antrag eingebracht, das ist schon ein bisschen dünn. Das hat Ihre Kollegin Frau Dr. Klaubert gesagt. Sie hat das ganz klar so geäußert hier im Plenum. Da vermisse ich schon so ein bisschen die Solidität und die langfristige Anlage von Bildungspolitik, dort zielen nämlich unsere Intentionen hin. Zu Ihren Anregungen zur Weiterentwicklung in unserem Kindergartenbereich will ich nur sagen, natürlich ist es auch unser Anliegen, den Thüringer Kindergarten noch weiter nach vorn zu bringen. Es ist nicht so, dass wir nicht an einzelnen Punkten auch Entwicklungsbedarf sehen, aber ganz sicher braucht es dazu nicht das Anstoßen der Linkspartei. Wir werden ganz klar auch weiter Akzente setzen. Das Deutsche Institut für Wirtschaft weist uns Thüringern ja einen Spitzenplatz in der Kindergartenpolitik zu und den werden wir auch noch ausbauen. Wir werden noch in diesem Jahr dazu ganz konkrete Vorschläge machen.

Was den Schulbereich angeht, da musste ich an einer Stelle schon ein bisschen grinsen, weil hier steht „Verbesserung der Durchlässigkeit des gegliederten Schulsystems“. Da freue ich mich, dass Sie ein Stück weit einsehen, dass ein gegliedertes Schulsystem sinnvoll ist. Aber, Frau Reimann, ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen, denn man kann doch Wasser nicht noch nasser als nass machen. Durchlässiger als unser Thüringer Schulsystem ist kein Schulsystem und darauf werden wir auch Wert legen, das in Zukunft beizubehalten.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Kollege Emde, da erzählen Sie aber ein Riesemärchen.)

Aber vielleicht wollen Sie mir ja gerade erklären, wo Sie das Problem sehen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Genau. Und ich würde Sie fragen, ob Sie eine Anfrage gestatten. Ja. Bitte, Frau Abgeordnete Reimann.

Abgeordnete Reimann, DIE LINKE:

Ich vergaß ja wirklich zu erklären, dass uns die Phantasie fehlt, dass der jetzige Minister das gegliederte Schulsystem abschafft, weil er das immer so deutlich vor sich herträgt. Aber Sie, Herr Emde, können sich bestimmt noch an die Veranstaltung erinnern, wo wir zu dritt oder zu viert saßen hier gegenüber im Heinrich-Mann-Gymnasium, als der Minister a.D. davon gesprochen hat, dass er das Schulgesetz ändern will und dass zukünftig bis nach Klasse 8 gewechselt werden darf. Ich weiß ja nicht, wer ihm die Rede geschrieben hat, aber ich vermute, den gibt es heute noch, auch wenn der Minister gewechselt hat. Das mahnen wir einfach immer nur an.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Frage war, ob er sich erinnern kann?

Abgeordneter Emde, CDU:

Woran sich Prof. Dr. Jens Goebel erinnert, das weiß ich nicht, das steht auch hier nicht zur Debatte. Wichtig ist, dass auch jetzt, wenn Änderungen herbeigeführt werden in der Sekundarstufe I und II, die Durchlässigkeit zwischen unseren Regelschulen und Gymnasien, aber durchaus auch vom Förderschulgang bis hin zum gymnasialen Bildungsweg zu jeder Zeit gegeben ist. Dass man aber einzelne Schüler, bei denen es wirklich mal Hinderungsgründe gab, warum sie Lernziele nicht erreicht haben, noch individueller fördern soll, um sie voranzubringen, dann auch noch den höchstmöglichen Bildungsabschluss zu schaffen, da sind wir doch beim Thema und da sind wir, glaube ich, bei einem Punkt, wo wir gemeinsam darüber reden können und müssen.

Deswegen komme ich mal zu unserem Antrag. Was wollen wir erreichen oder was steckt dahinter, dass wir sagen, individuelle Förderung noch ausbauen? Wir sehen dort ein Defizit, natürlich, Herr Döring, dass wir bei der individuellen Förderung von Schülern - sowohl der leistungsstarken Schüler als auch der etwas schwächeren Schüler - noch weiter nach vorn kommen können. Das sind Themen wie gemeinsamer Unterricht, Elternberatung, schülerbezogene Wochenpläne und, und, und. Wir sehen ganz stark auch die Frage der Fortbildung unserer Lehrer in dem Bereich. Wir haben auch überhaupt kein Problem damit, bei ganztägigen Angeboten weiter voranzukommen, die individueller Förderung dienen können - können, nicht zwangsweise müssen. Deswegen denken wir, dass die personellen Ressourcen insgesamt dort gezielter eingesetzt werden sollten.

Ich wiederhole noch einmal, wir haben große personelle Ressourcen im Schulbereich in Thüringen und sind dort besser ausgestattet als andere Bundesländer. Nun kommt dazu, dass wir noch einmal etwas mehr an Stellen zur Verfügung haben. Umso wichtiger ist es, diese vielleicht in dem Bereich der individuellen Förderung der Schüler einzusetzen. Wir müssen jeden Schüler so weit bringen, wie es nur irgend geht. Wir wollen dazu die Eigenverantwortlichkeit der Thüringer Schule für Inhalte und Organisation, aber auch für Finanzen, für Personal weiter voranbringen. Auch dort sehen wir ein Potenzial, die Thüringer Schule weiter voranzubringen.

Aber, Herr Döring, Sie wissen genau wie ich, dass wir nicht von oben herab im Landtag entscheiden, ab morgen macht der Schulleiter alles, sondern das ist eine Frage, wie wir das systematisch weiterentwickeln und die Schulen auch in die Lage verset-

zen, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Dass wir an diesem Punkt noch gar nichts getan hätten, ist falsch. Sie wissen genau, dass die Schulleiter mitreden, wenn es darum geht, wer künftig an ihrer Schule eingestellt wird. Da wollen wir noch einen Schritt weiterkommen, dass die Schulleiter noch stärker darüber bestimmen können, welches Personal eingestellt wird. Wir sind auch bei den Inhalten schon relativ weit. Wir haben zum Beispiel flexible Stundentafeln in der Regelschule. Diese Flexibilität wird ja jetzt auch auf die Gymnasien in Sekundarstufe I und II ausgedehnt. Das heißt aber auch, die Schule muss verantwortlich mit diesen Dingen umgehen können.

Wir sollten als Landtag ein Auge darauf werfen, wenn die Lehrpläne neu geschrieben werden, dass diese Lehrpläne auch mal ein Stück weit nicht so ausgeführt sein sollen, sondern dass sie mehr einen knappen Rahmen bieten, den die Schule dann ausfüllen muss. Das ist auch eine Sache, die wir in Finnland sehr eindrucksvoll erlebt haben. Dann stellt sich nur noch die Frage, wie eng ist der Rahmen oder wie weit ist der Rahmen. Die Finnen gehen offensichtlich gerade einen Weg, dass man landesweit wieder mehr zentrale Vorgaben geben will, aber wir sind da auf einem ganz anderen Pfad. Ich denke, bei uns wäre es wichtig, die Lehrpläne ein Stück weit zu entrümpeln und nur noch einen Rahmen und ein Ziel zu bieten, wo man eigentlich hinentwickeln will.

Dass wir die Landesregierung beauftragen, Bericht zu erstatten und einen Termin bis zum Mai setzen, macht doch auch deutlich, wir wollen ein Stück weit Druck auf dieser ganzen Sache haben, damit eben diese Entwicklung schneller vorangeht und wir als Landtag ein Stück natürlich über das, was da konkret an Maßnahmen eingeleitet werden soll und wird, mitreden und diese Dinge begleiten.

Ich will noch etwas zum Antrag der SPD sagen. Es ist schon richtig so, dass man Ganztagschulangebote weiterentwickeln soll. Das ist gar keine Frage, aber, Herr Döring, eine Ganztagschule oder eine Schule, die sich über den ganzen Tag erstreckt und dann vielleicht auch noch in gebundener Form, das heißt dann auch verpflichtend für alle Schüler, die diese Schule besuchen. Diese Schule ist per se noch längst nicht die bessere Schule, sie ist per se noch längst nicht die Schule, die zu besseren schulischen Lernergebnissen führt.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Deswegen muss man sie ja entwickeln.)

Nein, Herr Döring, diesen Schluss suggerieren Sie aber. Und da möchte ich ganz klar dagegen sprechen. Es ist nicht so, dass eine Schule, die den gan-

zen Tag dauert, am Ende besser ist als eine Schule, die vielleicht den halben Tag dauert oder wie immer man das nennen will.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das ist aber keine Ganztagschule, Kollege Emde.)

Deswegen sind wir durchaus dafür, eben auch ganztätige Angebote weiterzuentwickeln, aber immer unter der Prämisse, dass diejenigen, die Schule machen, nämlich die Eltern, die Schüler, die Lehrer, das auch gemeinsam wollen und dass sie gemeinsam auch die Inhalte im Blick haben.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Natürlich, es sind schon 200 Schulen in Thüringen.)

Ja, Herr Döring, da sind wir doch auf einem gemeinsamen Weg, aber deswegen muss doch der Ansatz sein, mehr Qualität, individuelle Förderung und wenn notwendig und gewollt, dann auch in einem ganztägigen Angebot, aber nicht zuerst einmal sagen, wir machen den ganzen Tag Schule und dann schauen wir, was dabei rauskommt. Das ist für uns der falsche Weg.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Nein, wir wollen die Schulen unterstützen, die das zurzeit machen.)

Ja, dann müssen wir eben noch länger darüber reden, dass wir uns zu diesem Thema besser verstehen. Worin wir uns auch ein Stück weit unterscheiden, Ihr Antrag sagt jetzt einfach, nehmt mal das, was mehr da ist aus der Vollzeitverbeamtung von Lehrern und macht damit Ganztagschulen. Das ist für uns viel zu kurz gesprungen, Ganztagschulen muss man systematisch entwickeln und nicht sagen, morgen haben wir 1.000 Lehrer mehr und was in 3 Jahren ist, interessiert uns nicht. Da sind wir nicht einverstanden mit diesem Antrag und werden ihn deswegen auch ablehnen. Wir freuen uns auf die angekündigten Anträge von der LINKEN, die dann diese hier vorgetragenen Berichtswünsche genauer untermauern sollen, denn das genau fehlt uns, dass man einmal genau begründet, wo will man hin, was will man mit welchen Hintergründen. Wenn Sie uns das endlich einmal bieten, Frau Reimann, da wären wir doch schon einen ganzen Schritt weiter, da bin ich einmal hoffnungsvoll, dass Ihnen das gelingt. In jedem Falle brauchen wir ihre Belehrung nicht, denn es ist nicht so, dass die Thüringer Schule schlecht ist. Wir haben die Thüringer Schule in den letzten Jahren hervorragend aufgestellt und werden dafür sorgen, dass wir in den PISA-Rangergebnissen noch weiter nach vorn kommen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Ehrlich-Strathausen zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Ehrlich-Strathausen, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Emde, ich spreche jetzt zwar zum Thema „Verbesserung der Qualität frühkindlicher Bildung“, aber einen Satz gestatten Sie mir noch. Wenn Sie als fachpolitischer Sprecher hier an diesem Pult stehen und sagen, Ganztagschule macht den ganzen Tag Schule, also entschuldigen Sie mal bitte, dass ich Ihnen hier an dieser Stelle erklären muss, was eine Ganztagschule ist, Ihnen als bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, das finde ich ja wirklich ein bisschen peinlich.

Aber zurück zur frühkindlichen Qualität. Ja, sollte dieser Bericht, den DIE LINKE eingebracht hat, wirklich jemals erstellt werden, Herr Bauer-Wabnegg, so müsste das Kapitel zur Bestandserfassung der frühkindlichen Bildung folgende Überschrift enthalten, und zwar: „Drei verlorene Jahre“ und das andere Kapitel, was sich dann dem anschließt, müsste heißen: „Maßnahmen zur Wiedergutmachung“ und das müsste ziemlich lang sein.

(Beifall SPD)

Genau in diesem Spagat hätte sich nämlich dieser angeforderte Bericht bewegen müssen, vorausgesetzt allerdings, dass die Landesregierung tatsächlich den Anspruch hätte, etwas aufzuklären und einen bundesweit einmaligen Irrtum sich auch einmal einzugestehen.

Kurz zur Erinnerung, was ist passiert in den drei Jahren bis heute, seit der Verkündung? Die Opposition hat in diesem Landtag immer und immer wieder vor Kürzungen in der frühkindlichen Förderung und damit in den Kindertagesstätten gewarnt und sehr konkrete Vorschläge eingebracht, zuletzt mit dem vorliegenden Entwurf beider Oppositionsfraktionen. Bisher wurden alle Warnungen und Vorschläge einfach ignoriert und es wurde gekürzt. Herr Panse, fragen Sie nicht uns als einbringende Oppositionsfraktionen, woher das Geld kommen soll, welches Sie vorher in Millionenhöhe mit Ihrer parlamentarischen Mehrheit den Kitas gekürzt bzw. geklaut haben.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Weil Sie von Geld keine Ahnung haben.)

Ja, die Frage nach dem Geld, Herr Panse. Bundesweit haben die anderen Länder in den letzten Jahren in der frühkindliche Erziehung den höheren Stellenwert erkannt und auch den Ausbau betrieben, währenddessen in Thüringen der Rückwärtsgang eingelegt worden ist. In der frühen Kindheit werden die Fundamente für die späteren Bildungsbiografien jedes Einzelnen gelegt. Das wird auch von der Landesregierung oft so betont, dementsprechend sollten Kinderkrippen und Kindergärten in ihrer Bildungsfunktion wesentlich gestärkt werden. Ich erinnere mich noch an die Podiumsdiskussion der Familienoffensive 2005. Der Direktor der Caritas, Herr Heller, sagte damals auch warnend, er sei sich nicht sicher, ob er in Zukunft den Thüringer Weg der Kinder- und Familienförderung noch loben könne. Spätestens seit Anfang Juni ist die Frage beantwortet, nämlich in Form des Bertelsmann-Länderreports zur frühkindlichen Bildung. Im Gegensatz zu dem eben von Herrn Emde erwähnten Institut der Deutschen Wirtschaft liegen hier die Fakten auf dem Tisch und ich erlaube mir, aus diesem Zusammenhang zwei Passagen daraus zu zitieren. Dort heißt es: „Ein wichtiges Kriterium für die Qualität von Kindertageseinrichtungen ist der Personalschlüssel“. Und weiter: „In der Spitzengruppe mit einem Personalschlüssel von unter 1 : 5 liegen Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland und im Mittelfeld liegen Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein mit einem Personalschlüssel zwischen einer Fachkraft zu fünf bzw. einer Fachkraft zu sechs Personen.“ Und jetzt kommt das, was man nicht oft genug sagen kann: „Die Schlussgruppe bilden Hamburg, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit einem Personalschlüssel von 1 : 6.“ Und an einer Stelle im spezifischen thüringischen Teil heißt es: „Grundsätzlich ist nach diesen Ergebnissen davon auszugehen, dass Thüringen beim Personalschlüssel sowohl für Kinder unter drei Jahren als auch bei den Nichtschulkindern über drei Jahren in die Gruppe der Bundesländer einzuordnen ist, die in den Kitas die schlechtesten Betreuungsschlüssel haben und bei denen demnach deutlicher Verbesserungsbedarf besteht.“ Und die Bertelsmann Stiftung steht nun wirklich außerhalb des Verdachts, SPD-Politik zu betreiben. Muss man es noch deutlicher sagen? Spätestens jetzt sollte klar sein, dass der 2005 eingeschlagene Weg ein Irrweg war und ist. Der CDU sollte klar sein, dass sie den wenigen Beratern wohl auf den Leim gegangen ist. Sie erinnern sich noch an die eigene Argumentation - Überkapazitäten, Leerlauf, Gewinnmitnahme seitens der Träger, all das ist im Thüringer Landtag mal mehr oder weniger deutlich von der CDU-Vertretung behauptet und auch suggeriert worden. Diese durch nichts begründete Fehlannahme war die Grundlage letztendlich für dieses Kürzungs- und Spargesetz.

Andere Länder haben die Förderung hochgefahren, Thüringen hat die Förderung verändert und damit gleichzeitig gekürzt. Und die Folgen? Die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen haben sich verschlechtert. Stress, Unzufriedenheit, Krankenstände in den Kitas haben sich nachweislich erhöht, die Kommunen wurden belastet, Eltern sind unzufrieden. Die zur Umsetzung frühkindlicher Bildung erforderlichen Strukturen, die dort Beschäftigten, die Familien und die Kinder haben darunter gelitten - und das ist zusammengefasst das Resümee von drei Jahren leider verlorener Zeit im Bereich der frühkindlichen Bildung.

Aber wo viel Schatten ist, gibt es manchmal doch noch einen Lichtblick. Es bleibt ein Lichtblick, der auch von uns positiv bewertet wird, und das ist der Thüringer Bildungsplan. Allerdings sind alle Experten der Auffassung, dass der Bildungsplan sich nicht unter den jetzigen Personalbedingungen umsetzen lässt. Das war auch Ergebnis der Anhörung zum Gesetzentwurf. Das wurde eben auch schon mehrfach erwähnt. Ich möchte noch in dem Zusammenhang aus der Lokalseite des Eichsfeldes zitieren. Am Samstag fand vom Caritas-Verband eine Weiterbildung für Erzieherinnen statt. Dort hat die Expertin am Wochenende über den Thüringer Bildungsplan gesprochen, der ab Herbst in Kraft tritt. Die Idee sei gut, aber es scheitere am Personalangel. Die Hirnforscher haben festgestellt, bis zum dritten Lebensjahr ist die Hochzeit des Lernens. Im Alter von 0 - 3 Jahren wird im Gehirn das funktionale Gerüst festgelegt. Sollten diese Stellschrauben in dieser Zeit nicht richtig gestellt werden, sind spätere Defizite bei Kindern möglich. Nach Ansicht der Caritas-Fachberaterin gehe der Bildungsplan auf diese Erkenntnis wohl ein, aber die Umsetzung ist nicht möglich, weil das Personal fehlt.

Es gibt noch einen weiteren Lichtblick, den hat die Landesregierung auch nicht erwartet. Die Thüringer Eltern nehmen vermehrt Kindertageseinrichtungen im Anschluss an das Bundeselterngeld in Anspruch. Es ist zum Glück nicht gelungen, die Mehrheit der Thüringer Frauen zurückzudrängen. Das freut mich sehr als Kinder- und auch Frauenpolitikerin, wobei ich nach wie vor auch die Gefahren der Fehlsteuerung bei den armen Familien sehe. Auch ich habe, Herr Panse, eine Anfrage in unserem Kreistag gestellt zum Essverhalten der Kinder. Ich muss Ihnen aber sagen, dass ich dort keinerlei ausreichende Information bekommen habe, genauso wenig wie hier an dieser Stelle vom damaligen Kultusminister Antworten verweigert wurden und es liegen keinerlei aussagefähige Daten bis heute vor. Also in dem Fall muss man noch weiter daran arbeiten.

Fest steht, die vermehrte Nachfrage in Kitas im Anschluss an das Bundeselterngeld ist positiv, aber zu-

nehmenden qualitativen Erwartungen der Eltern an die Kitas und einer höheren fachlichen Anforderung durch den Bildungsplan, aber auch höheren Anforderungen beim Kinderschutz stehen schlechtere Bedingungen gegenüber und deswegen ist es nicht mit der Ankündigungspolitik getan. Dass Trostpflaster verteilt werden sollen von einigen wenigen, soweit ich das richtig im Kopf habe, angekündigten 500 Erzieherinnenstellen, Herr Panse, damit ist es auch nicht getan und auch nicht damit, schon einmal vorsorglich den unglaublichen Versuch zu unternehmen, das Fehlen des Personals gegen eine erforderliche kräftige Aufstockung ins Feld zu führen.

(Beifall DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben ganz allein seit 1999 die Verantwortung für alle Bereiche und für die Entwicklung in der frühkindlichen Förderung und dazu zählt nun einmal auch die Aus- und Fortbildung. Deswegen sind es drei verlorene Jahre oder ich kann auch sagen, es sind drei verschlafene Jahre.

(Beifall DIE LINKE)

Ich verstehe die älteren Kollegen, die unter den Bedingungen natürlich nicht Vollzeit arbeiten, das ist mehr als eine Phase und ich kann jede Kollegin im Kindergarten verstehen, die daraufhin sagt, dass sie unter diesen Bedingungen gar nicht in der Lage ist, 100 Prozent zu arbeiten. Also es geht um die Bedingungen, die verbessert werden müssen, dann können Sie sich auch mehr Personal erlauben.

Schauen wir uns noch einmal die Personalwerte, die Zielwerte der Bertelsmann Stiftung an. Personalschlüssel: 1 Fachkraft auf 3 Kinder für unter Dreijährige wird für erforderlich gehalten, in Thüringen eine Fachkraft bei 6,5 Kindern. Bei über dreijährigen Kindern wird ein Personalschlüssel von 1 Fachkraft bei 7,5 für erforderlich gehalten und in Thüringen haben wir eine Fachkraft bei 12,1 Kindern.

All diese Zielvorgaben erfolgen unter dem Blickpunkt optimierter frühkindlicher Bildung und diese Vorgaben sind kein Hirngespinnst, sondern es geht darum, die Ressourcen in den Köpfen unserer Kinder zu verbessern, zu fördern und zu erschließen. Die Bertelsmann Stiftung bestätigt dem Freistaat Thüringen in diesem Bereich eine Personalunterdeckung bei den unter Dreijährigen von mehr als 50 Prozent - das ist bei aller Betrachtung nichts Neues -, bei den über Dreijährigen von rund einem Drittel. Auch aufgrund der Ergebnisse der Enquetekommission „Erziehung und Bildung“ hätten die Ausbildungskapazitäten im frühkindlichen Bereich qualitativ und quantitativ ausgebaut und die Bedingungen in den Kitas verbessert werden müssen, und zwar schon seit

Jahren. Bei der Ausbildung ist abgesehen von dem lange verzögerten Modellversuch - Herr Panse ging darauf ein - der Fachhochschule nichts geschehen - nichts seit drei Jahren. Und heute stehen Sie hier und beklagen den Mangel an Kindergärtnerinnen. So sieht die Situation aus und deshalb möchte ich der Landesregierung für den zu erstellenden Bericht anraten, dass Sie sich sowohl an den Ergebnissen der damaligen Enquetekommission als auch den EU-Vorgaben und den Ergebnissen der Bertelsmann Stiftung orientieren und wenn Sie externen Sachverständigen benötigen, dann nehmen sie die aktuelle Beschlussempfehlung des Landesbeirates Familie und Frauen.

Ich erinnere, es ist der Beirat, den der Ministerpräsident 2005 u.a. zur Begründung seiner Offensive für Familien argumentativ hinzugezogen hat. Der Landesbeirat hat eine mindestens 25-prozentige Erhöhung der Personalausstattung, die Verbesserung und Ausweitung der Aus- und Fortbildung und eine bessere Entlohnung des pädagogischen Personals in den Kindergärten der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten empfohlen. Die 25 Prozent, werte Kolleginnen und Kollegen, sind eine Mindestmehrausstattung. Das sind bei ca. 8.000 Vollbeschäftigten in den Thüringer Kindertagesstätten zusätzlich 2.000. Daran sieht man, dass die Grundlage der Bertelsmann Stiftung, dass unser eingebrachtes Gesetz zum Volksbegehren, dass diese Zahlen auf der Grundlage einer Mindestmehrausstattung liegen und keine Hingespinnste sind, wenn unser Gesetzesvorhaben ausweist, man braucht ca. 2.800 Personalstellen mehr. Bevor jetzt noch mehr Zeit verstreicht und ein Trostpflaster aufgeklebt wird, sei noch eines angemerkt. Es wurde auch schon erwähnt, der sogenannte Aufbau West bei der frühkindlichen Förderung ist voll im Gange. Sie wissen, es werden ca. 50.000 zusätzliche pädagogische Fachkräfte nach Angabe der kommunalen Spitzenverbände benötigt. Die Argumentation, wir würden ausgrenzen, wenn wir einen Fachschulabschluss fordern würden, hieße ja im Umkehrschluss, dass alle Berufe, die einen Fachschul-, oder Fachhochschulabschluss haben, alle diejenigen ausgrenzen, die diese Eingangsqualifikation nicht erreichen. In diesem Fall kann ich also dieser Argumentation nicht folgen. Es ist kein Wunder bei diesen Bedingungen, unter denen die Frauen - und es sind fast ausschließlich Frauen, leider - dort arbeiten müssen. Kleiner Hinweis Herr Panse: Wir haben das Thema schon zweimal im Gleichstellungsausschuss behandelt, und zwar hinsichtlich der Personalentwicklung, des geschlechterspezifischen Personals und der Fachkräfte in Bezug auf die Entwicklung der Kinder, insbesondere getrennt nach Jungen und Mädchen. Sie erinnern sich, ich habe im März dieses Jahres auch im Bildungsausschuss diesen Antrag eingebracht und die Zahlen sind Ihnen wohl bekannt. Ich bitte Sie daher - auch Herrn

Bauer-Wabnegg -, dass Sie sofort und umgehend die Bedingungen verbessern für Vorschulpädagogen und das weitertragen - ich habe Sie jetzt hier nur als Ansprechpartner -, dass Sie die Verantwortung tragen, die Sie schon seit 1999 tragen und auch dafür zuständig sind, da ansonsten die Umsetzung des Bildungsplans nicht möglich ist. Deshalb nutzen Sie die Gelegenheit des angeforderten Berichts, dass Sie sich auch über das angerichtete Chaos und über die derzeitige Situation im Klaren werden. Ich denke, die Bevölkerung wird Ihnen diese CDU-Offensive gegen die Kinder, die Familie und die Erzieherinnen, so wie der jetzige Stand ist, nicht vergessen; da bin ich mir ziemlich sicher. Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Herr Staatssekretär Prof. Bauer-Wabnegg zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Bauer-Wabnegg, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, über die große Bedeutung der frühkindlichen Bildung besteht ja Konsens. Über die verschiedenen Wege und Ansatzpunkte gibt es jedoch erhebliche Meinungsunterschiede, natürlich in der Politik, aber auch schon in der wissenschaftlichen Bewertung. Einigkeit besteht aber darin, dass es in verschiedenen Bereichen der frühkindlichen und schulischen Bildung Handlungs- und Verbesserungsbedarf gibt. Im schulischen Bereich stehen uns in Thüringen in absehbarer Zeit erheblich mehr Personalkapazitäten zur Verfügung, die wir zur Verbesserung der Unterrichtsqualität auch nutzen werden. Nicht erst seit der Auswertung der PISA-Studien stehen die Frühpädagogik und ihr Beitrag zum Bildungserfolg im Blickfeld der öffentlichen Diskussion, schon der OECD-Bericht zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung aus dem Jahr 2004 hat das Dreieck Bildung, Betreuung, Erziehung als besondere Stärke des deutschen Modells hervorgehoben und klassifiziert. Empirische Studien belegen, dass die Qualität des gesamten Bildungssystems von der Qualität der frühkindlichen Bildung entscheidend beeinflusst ist. Diese Studien verdeutlichen auch, dass Kinder vom Besuch qualitativ guter Kindertageseinrichtungen für ihre gesamte Bildungsbiografie profitieren. Das zeigen auch Untersuchungen der modernen Lernforschung. Je früher Kinder aus sozial benachteiligten Milieus mit sinnvoller und individueller Betreuung und Bildung in Kontakt geraten, umso wahrscheinlicher ist, dass sie in der Schule und später auch in ihrer Berufsbiografie Erfolg haben werden. Kinder aus bildungsfernen Schichten müssen daher besser und vor allem noch früher erreicht werden, damit wir sie rechtzeitig und gezielt för-

dern können. Die ersten Lebensjahre entscheiden über den weiteren Lebensweg. Die frühe Förderung, Bildung und Erziehung dieser Kinder sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die hohe Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher, an die Lehrerinnen und Lehrer, aber vor allem auch an die Eltern stellt. Dies gilt insbesondere bei der Sprachförderung, bei der Vermittlung musischer Fertigkeiten, für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kenntnisse. Wer getreu dem Motto „Früh investieren statt später reparieren“ rechtzeitig in Wissensvermittlung und Herzensbildung seiner Kinder, unserer Kinder investiert, der schafft die allerbeste Grundlage für deren weiteren Lebensweg. Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder kann zu Hause ohne Inanspruchnahme einer Betreuungseinrichtung durch die Eltern oder durch eine Tagesmutter, aber eben auch in Krippe und Kindergarten geschehen. Im Unterschied zur Schule ist der Besuch einer Kindertageseinrichtung aber freiwillig. Dennoch gilt: Qualifikation und Engagement der pädagogischen Fachkräfte sind bei der Auswahl einer geeigneten Kindertagesstätte elementare Kerngrößen. Elternhaus, Kindertageseinrichtung und Schule haben zusammen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, zu erziehen. Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne verbindliche Werte. Doch jede Kindertageseinrichtung, jede Schule kann bei der Wissens- und Wertevermittlung nur da anknüpfen, wo die Eltern bereits begonnen haben. Insgesamt soll der vorschulische Bereich in Zukunft noch stärker aufgewertet werden, weil die frühkindliche Phase für die gesamte Lern- und Lebensentwicklung von größter Bedeutung ist. Fest steht, Kinder brauchen eine frühzeitige Förderung auf hohem Niveau. Darum geht es uns ja auch.

Der Freistaat Thüringen leistet mit seiner Familienoffensive einen wichtigen Beitrag zur Neuorientierung in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Diese Thüringer Familienoffensive ist das größte familienpolitische Vorhaben, das derzeit in Deutschland auf Länderebene tatsächlich verwirklicht wird. Mit der Familienoffensive spricht sich die Landesregierung für eine erneuerte Familienpolitik aus, getreu der Aussage „Kinder sind die Zukunft unseres Landes. In sie wollen wir investieren, auch wenn die Zeiten schwierig sind“. Thüringen hat außerdem mit einem Konsortium von Wissenschaftlern den Thüringer Bildungsplan für Kinder bis zehn Jahre als Orientierungsrahmen für die pädagogische Arbeit und die Bildungsqualität konzipiert. Damit liegt in Thüringen ein durchgängiges und kindbezogenes Bildungskonzept vor. Es wird derzeit erprobt und mit Beginn des neuen Schuljahres dann implementiert. Zur Umsetzung dieses Bildungsplans stellt die Landesregierung rund 2,2 Mio. € zur Verfügung. Sie finanziert damit Schulungsangebote für das pädagogische Personal der Kindertageseinrichtungen

im Rahmen der zweijährigen Einführungsphase des Bildungsplans.

Vielleicht noch einige wenige Bemerkungen zum Antrag: Die Personalverantwortung liegt in Thüringen bei den Trägern von Einrichtungen, in denen frühkindliche Bildung vermittelt wird, das heißt also, vor allem bei den Kommunen und bei den freien Trägern. Das Land legt dabei die Mindestpersonalquote vor. Die aufsuchende Elternarbeit ist als eine der möglichen Formen zu begrüßen, vor allem für diejenigen, die den Weg zur Einrichtung nicht finden. Thüringen hat außerdem im Kita-Gesetz die Möglichkeit zur Mitwirkung der Eltern erheblich verstärkt. Auch der Bildungsplan gibt Anregungen zur Elternarbeit. Unterstützung leistet dabei die Elternakademie. Alle Projekte im frühkindlichen Bereich werden immer im Tandem Kindergarten plus Grundschule organisiert - Schlaumäuse, Hörklub, Papilio, usw.

Ich stelle zusammenfassend fest, die Thüringer Landesregierung ist mit ihren zahlreichen Maßnahmen zur Verbesserung frühkindlicher und schulischer Bildung auf einem richtigen und guten Weg. Dabei geht es durchaus nicht um die grundständige Akademisierung von Erzieherinnen und Erziehern. Unsere Leute sind gut an dieser Stelle und auch unsere Regierungserklärung kommt zum guten und gegebenen Zeitpunkt. Darauf können Sie sich verlassen.

Nun noch einige Worte zum Antrag der SPD-Fraktion „Mehr Ganztagschulen“: Eine Hauptaufgabe der Landesregierung ist die Weiterentwicklung von Bildung und Erziehung mit dem Ziel, Qualität und Effizienz des Unterrichts zu steigern. Diese Aufgabe nehmen wir durchaus sehr ernst. Es steht fest, wir haben ein gutes Schulsystem. Laut Thüringen-Monitor 2007 - also ganz aktuell - wird dies von der Mehrheit der Thüringer Bevölkerung auch so gesehen und bestätigt, übrigens auch von Teilen der Opposition. Dabei ist nicht zu vergessen, dass wir die Erfolge unseres Schulsystems bei zahlreichen Tests und Evaluationen wahrnehmen. Dennoch wollen und müssen wir noch besser werden, um diese Erfolge zu halten und weiterzuentwickeln.

Ein wichtiger Teil unseres Schulsystems sind die Ganztagschulen. Wir haben in den letzten Jahren verstärkt Kraft investiert, um diese zu entwickeln. Alle 1.044 Schulen im Freistaat bieten Ganztagsangebote, 694 von ihnen sind Ganztagschulen, davon 128 in voll gebundener Form, 28 in teilweise gebundener Form und 538 in offener Form. Ganztagschulen sind keine ganztägig beschulenden Bildungseinheiten. Ganztägige Bildung und Betreuung wird im Austausch mit der gesellschaftlich-sozialräumlichen Entwicklung gestaltet. Auf freiwilliger Basis bieten wir ganztägige Angebote für unsere Schülerinnen und

Schüler an. Durch gezielte Veranstaltungsangebote z.B. von Sportvereinen, kirchlichen Vereinen usw. wird die schulische Betreuung dabei zusätzlich unterstützt.

In unserem differenzierten Schulsystem lernen die Kinder länger zusammen und können eigenen Interessen optimal und besser nachgehen. Ein Bedarf an ganztägiger Bildung und Betreuung besteht besonders in der Primar- und Sekundarstufe I. Genau hier setzen die Programme des Thüringer Kultusministeriums an, ebenso des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit sowie der Kommunen. Seit 2005 liegt die Schuljugendarbeit in kommunaler Trägerschaft und läuft als örtliche Jugendförderung. Ab dem Jahr 2008 läuft das Erprobungsmodell zur Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule mit Übergang des Direktionsrechts für die Horterzieher an die kommunalen Schulträger. In der Aktuellen Stunde haben wir über den Erfolg dieses Modells bereits berichtet und miteinander gesprochen. Es ist jedoch unsere feste Überzeugung: Ganztagschule soll nicht Pflicht sein. Die Schulen machen Betreuungsangebote und die Eltern entscheiden jeweils selbst, welche Betreuungsart für ihre Kinder die beste ist. Durch den Wechsel von verbeamteten in Teilzeit beschäftigten Lehrerinnen und Lehrern in die Vollzeitbeschäftigung stehen in den nächsten zwei Jahren etwa 1.000 Vollzeitstellen zusätzlich zur Verfügung. Mit diesen Kapazitäten werden wir vor allem pädagogische Verbesserungen sicherstellen. Fortbildungen und andere Maßnahmen der Qualitätsentwicklung werden gezielt gestärkt und weiterentwickelt. Die Kapazitäten sollen aber auch als Abminderungsstunden für Lehrerinnen und Lehrer in Projekten nutzbar werden, damit sich diese Kollegen in ihrer originären Aufgabe verstärkt einbringen können. Ich bin sicher, die Landesregierung erwartet hier zu Recht einen deutlichen Entwicklungsschub.

Damit komme ich auch gleich zum Antrag der Fraktion der CDU. Dieser greift das ganz zentrale Schultema dieser Legislaturperiode auf, nämlich unsere Schulen sollen dauerhaft leistungsfähig sein. PISA hat gezeigt, dass diejenigen Schulen, die Freiräume nutzen und Eigenverantwortung übernehmen, die Schüler am ehesten und am besten zu starken Leistungen motivieren. Daher haben wir unseren Schulleitungen, unseren pädagogischen Führungskräften und unseren Lehrkräften Verantwortung übergeben, um ihr pädagogisches Können punktgenau zu platzieren. Wir bieten unseren Schulen den Rahmen, sich eigenverantwortlich zu entwickeln. Der neue Freiheits- und Verantwortungsraum muss aber auch genutzt werden. Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle bilden den Maßstab für die neue Entwicklung hin zu mehr Eigenverantwortung und Eigenprofilierung. Weiterhin ha-

ben wir ein umfassendes Unterstützungssystem eingerichtet. Am Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien entstand in diesem Zusammenhang eine Koordinierungsstelle „eigenverantwortliche Schule“. Das 2004 gestartete gleichnamige Entwicklungsvorhaben wird Fragen zur weiteren Verbesserung von Unterrichts- und Schulqualität beitragen. Und bis heute bewerteten die Expertenteams in der ersten Phase bereits 203 Schulen in Thüringen entsprechend positiv. 72 Schulen haben bereits konkrete Zielvereinbarungen getroffen. Im Herbst 2008 startet die zweite Runde der Begutachtungen durch die Expertenteams. Für das Schuljahr 2008/2009 liegen 86 weitere Anmeldungen zur Beteiligung am Entwicklungsvorhaben bereits jetzt vor. Sie sehen, wir sind hier auf einem sehr guten und sehr akzeptierten Weg, aber das benötigt natürlich auch Ressourcen. Unsere Schulen sind die Schmiede individueller Lebenschancen all unserer Schüler. Sie legen Grundsteine für das zukünftige Entwicklungs- und Forschungspotenzial des Landes. Eine bedarfsgerechte Förderung der Schüler ist also in Abhängigkeit vom Potenzial eines jeden Einzelnen letztlich immer individuelle Förderung. Wir unterstützen daher den Vorschlag, die erwartbaren zusätzlichen personellen Ressourcen vermehrt zur individuellen Förderung auch tatsächlich einzusetzen. Wir wollen jedem Schüler bestmögliche Voraussetzungen für den weiteren Lebens-, Bildungs- und Berufsweg bieten. Nach unserer Auffassung sollen sich Schulen dabei innerhalb gesetzter Entscheidungsspielräume frei entfalten können. Sie sollen so die Herausforderung des schulischen Alltags vor Ort schneller identifizieren und besser bewältigen. Die Teilnahme am Projekt „eigenverantwortliche Schule“ ist aber gleichwohl für die Einrichtungen freiwillig. Wir zwingen niemanden. Schulen sollen Eigenverantwortung wahrnehmen, aber auch Rechenschaft über ihr Handeln ablegen. Ob die Zielvereinbarungen erfüllt und die Kriterien hinsichtlich der Qualitätssicherung berücksichtigt wurden, ist dabei natürlich Teil der moderierenden Begleitung durch das Thüringer Kultusministerium. Dadurch haben wir auch die Möglichkeit, die Schulen miteinander zu vergleichen und Unterschiede zu erkennen und herauszuarbeiten, und wir können Unterstützung genau dort anbieten, wo sie benötigt wird. Daher stimmt die Landesregierung dem Vorschlag zu, die Eigenverantwortlichkeit der Schulen für den Ressourceneinsatz sowie für Inhalt und Organisation des Unterrichts weiter zu stärken und weiterzuentwickeln. Entsprechend dem Vorschlag der CDU-Fraktion werden wir den Landtag bis Mai 2009 über den aktuellen Entwicklungsstand umfassend informieren und in Kenntnis setzen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Staatssekretär, die Kollegin Antje Ehrlich-Strathausen wollte Ihnen eine Frage stellen und Sie aber nicht unterbrechen. Würden Sie die Frage jetzt am Ende Ihrer Rede gestatten?

(Zuruf Prof. Dr. Bauer-Wabnegg, Staatssekretär: Nein.)

Nein.

Für die Fraktion DIE LINKE gibt es noch eine Redemeldung. Frau Abgeordnete Reimann.

Abgeordnete Reimann, DIE LINKE:

Es mag sein, dass alles gesagt ist. Seit anderthalb Stunden diskutieren wir drei Anträge aller drei Fraktionen. Der eine für den schulischen Bereich zuständige Staatssekretär ist in Polen - okay. Deswegen durfte der andere den Bericht brav vorlesen. Ich habe mir meine Zwischenfrage gespart, weil er sie hätte nicht beantworten können.

(Unruhe CDU)

Aber ist das der neue Stil des Kultusministers, dass er in der Kantine zuhört - seit anderthalb Stunden vielleicht? Ich weiß, dass man nicht immer hier im Raum anwesend sein kann. Aber wenn das der neue Stil des Umgangs miteinander ist, dann weiß ich nicht, was das bedeutet. Dann hat er sein Etikett heute wahrscheinlich wirklich wegbekommen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redebeiträge mehr vor. Es ist für keinen der Anträge Ausschussüberweisung beantragt worden, demzufolge stimmen wir direkt über alle drei Anträge ab.

Als Erstes stimmen über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/4135 ab. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Es ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/4145 ab. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir stimmen nun ab über den Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/4143. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Es gibt keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? Es gibt einige. Mit einer Mehrheit ist dieser Antrag angenommen worden.

Ich schliesse den Tagesordnungspunkt 27 und 28 a, b und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**

Altersarmut vermeiden

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/4146 -

Die SPD-Fraktion hat nicht signalisiert, dass sie das Wort zur Begründung nehmen möchte und so rufe ich für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Worm auf.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, in den vergangenen Jahren war das Risiko von Altersarmut in Deutschland kein vorrangiges Problem. Auch die derzeitige Rentnergeneration ist glücklicherweise nur zu einem geringen Teil von Armut betroffen. Verschiedene Sozialverbände gehen jedoch davon aus, dass sich dieses in den nächsten Jahrzehnten drastisch ändern werde. Der Paritätische Wohlfahrtsverband zum Beispiel nimmt an, dass der Anteil der Menschen, die im Rentenalter von Grundsicherung leben müssen, von derzeit ca. 2,5 Prozent auf 10 Prozent oder mehr steigen wird.

Auch wenn die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion ausführt, die Entwicklung der Altersarmut sei nicht abschätzbar, weist sie jedoch darauf hin, dass - hier zitiere ich Frau Präsidentin: „ein Anstieg der Bezieherzahlen in Ostdeutschland nicht auszuschließen sei“. Ich persönlich denke, dass wir uns bei der Debatte um die Altersarmut zukünftiger Generationen noch ganz am Anfang befinden. Unterbrochene Erwerbsbiografien, niedrige Löhne gerade in den neuen Bundesländern werden durchaus dazu führen, dass in den nächsten Jahrzehnten ein Anstieg an Rentnern, die auf Grundsicherung angewiesen sind, zu verzeichnen ist.

Die Frage an dieser Stelle ist ganz einfach, wie reagieren Politik und Gesellschaft auf diese Erkenntnis? Wenn insgesamt in der Bevölkerung hinsichtlich der zu erwartenden Altersrenten eine wachsende Unsicherheit zu verzeichnen ist, so ist es Aufgabe der Politik, die gesetzliche Rentenversicherung als zentrale Säule der Alterssicherung zu stärken. Das Dreisäulenmodell, über Betriebsrenten und private Vorsorge gemeinsam mit der gesetzlichen Rente ein auskömmliches Alterseinkommen zu erzielen,

ist in den neuen Ländern hinsichtlich der Umsetzung eher als begrenzt anzusehen. Insbesondere für die private Vorsorge fehlt das notwendige Kleingeld. An dieser Stelle stellt sich dann auch die Frage nach möglichen Alternativen und eine Alternative ist Ihnen bekannt. Es ist das Konzept unseres Ministerpräsidenten Dieter Althaus, das solidarische Bürgergeld. Inhaltlich dürfte es bekannt sein. Als wichtig jedoch erachte ich die Tatsache, dass in seinem jüngsten Gutachten auch der Sachverständigenrat für Wirtschaft die grundsätzliche Finanzierbarkeit eines Bürgergeldes eingeräumt hat. Verbunden ist das Ganze mit der Feststellung, dass Einkommens- und somit auch Altersarmut damit weitgehend beseitigt würden und das ohne negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Frau Präsidentin, ich zitiere: „Eine derartige Verteilungswirkung ohne negative ökonomische Folgen hat keine andere sozialpolitische Maßnahme.“, so Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, der ein entsprechendes Gutachten zu diesem Thema angefertigt hat. Zukunftsforscher Prof. Horst Opaschowski sieht im Bürgergeld gar die einzige Chance zur Überwindung der Krise des Sozialstaats und empfiehlt eine schnelle und stufenweise Umsetzung.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere werte Kollegen der SPD, um auf Ihren Antrag zurückzukommen, empfehle ich im Namen der CDU-Fraktion die Annahme des Punkts 1 Ihres Antrags, was einen Bericht der Landesregierung zur künftigen Entwicklung der Alterseinkommen betrifft. Punkt 2 wird von uns abgelehnt. Ich bitte deshalb um Einzelabstimmung der beiden Punkte des vorliegenden Antrags, da der Gesamtantrag ansonsten durch uns abgelehnt werden müsste, nicht nur weil die entsprechende Zuständigkeit für solcherart Initiativen in erster Linie beim Bund liegt, sondern weil allein durch die Ankündigung der Erstellung eines Konzepts zur Verhinderung von Altersarmut eine Erwartungshaltung bei den Betroffenen geweckt würde, die letztendlich durch die Landesregierung so nicht erfüllt werden kann. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE rufe ich den Abgeordneten Kubitzki auf.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mein Vorredner hat schon gesagt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Problem der Altersarmut oder das Risiko für Bestandsrentner und gegenwärtige

Senioren, in Armut zu leben, heute kleiner ist als für den Rest der Bevölkerung. Aber trotzdem muss an dieser Stelle schon bemerkt werden, dass aufgrund dessen, dass es jahrelang zum Beispiel keine Rentenerhöhungen gab und die Rentenerhöhung dieses Jahr mit 1,1 Prozent, was ungefähr knapp 9 € ausmacht, das natürlich nicht wettmachen kann, wie in der Zwischenzeit das Leben in diesem Land teurer geworden ist. Aus diesem Grunde möchte ich auch schon für die heutigen Rentner sagen, dass bei dem Großteil der Rentner die Lebensstandardsicherung, was eigentlich einmal das Ziel der solidarischen Rentenversicherung war, die in dieser Form 1957 geschaffen wurde, nicht mehr gewährleistet ist. Unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen, wie sie in diesem Land herrschen, wird das Risiko, unter die Armutsgrenze zu rutschen, für Ältere immer größer. Oft muss dafür die demographische Keule herhalten, das heißt, man begründet das mit der demographischen Entwicklung. Immer weniger Menschen, die noch das Glück haben, von Arbeit leben zu können, müssen immer mehr Rentner versorgen.

Was bei diesen demographischen Problemen nicht beachtet wird, ist die Produktivitätsentwicklung in diesem Land. Das wird nämlich in der gesamten Diskussion ausgeblendet. Für zukünftige Altersarmut gibt es eigentlich ganz andere Gründe, nämlich die sind an erster Stelle die Arbeitslosigkeit, und da wird es besonders den Osten treffen, weil wir hier eine hohe Anzahl von Arbeitslosen haben und im Osten ist es durchschnittlich so, dass ein Erwerbstätiger mittlerweile bis zu zehn Jahre Arbeitslosigkeit in seiner Biografie zu verzeichnen hat. Eine zweite Ursache werden die Niedriglöhne sein, mein Vorredner hat es angesprochen. Auch da wird es uns Thüringer wieder am meisten treffen. Thüringen, das Land mit den niedrigsten Löhnen, wird dann auch das Land sein, wo die Rentner mit der niedrigsten Rente leben. Und natürlich auch ein weiterer Grund atypischer Beschäftigungsverhältnisse, das heißt, Beschäftigungsverhältnisse, die nicht in Vollzeit sind, Teilzeit, Minijobs, aber auch Beschäftigungsverhältnisse, die mit der Qualifikation desjenigen und der ihm eigentlich zustehenden Bezahlung nichts mehr zu tun haben und weit darunter liegen.

Eines sollten wir nicht vergessen, was zu einer Altersarmut führen kann und führen wird, das ist die seit Jahren durchgeführte Rentenpolitik, die orientiert ist auf Beitragsstabilität. Dazu wurden die Rentenformeln mehrmals verändert und das, muss ich an dieser Stelle sagen, begonnen durch die rot-grüne Bundesregierung, führt zu Absenkungen der Renten.

Der SPD-Antrag spricht all diese Probleme an. Aber wer eigentlich mit offenen Augen durch dieses Land geht, der kann sich die Fragen, die dort gestellt wer-

den, von vornherein selbst beantworten.

Beispiel die erste Frage „Wie viele Rentner leben von der Grundsicherung im Alter? Gegenwärtig in Thüringen ca. 4.500, das sind knapp 3 Prozent. Deutschlandweit sind das ungefähr 2 Prozent, die gegenwärtig von der Grundsicherung leben. Aber was Ihnen niemand sagen kann ist die Dunkelziffer, das heißt, Rentnerinnen und Rentner, die eigentlich Grundsicherung beantragen müssen, die aber aus den verschiedensten Gründen, seien es auch Probleme der eigenen Scham, in ein Amt zu gehen und um Geld zu betteln, diese Grundsicherung überhaupt nicht in Anspruch nehmen. Diese Dunkelziffer kann uns zurzeit keiner sagen, die aber wirklich vorhanden ist. Kollege Worm, was Sie gesagt hatten, was die Paritätische Wohlfahrtspflege sagt, jawohl bis zu 10 Prozent kann sich das einmal entwickeln, die Gefahr besteht. Dabei müssen wir natürlich feststellen, wie gegenwärtig die Gesetzessysteme sind, das geht natürlich dann zulasten unserer Kommunen, weil Grundsicherung im Alter von den Kommunen bezahlt wird und das müssen die Kommunen tragen.

Alle weiteren Fragen, die in diesem Antrag genannt sind, kann man eigentlich immer mit einem Satz beantworten: Trifft zu, der Zusammenhang Niedriglohn und Rentenniveau trifft zu, Arbeitslosigkeit und Absinken des Rentenniveaus trifft zu. Es ist so, was dort in Ihrem Antrag steht, aber ich muss auch an dieser Stelle sagen, schön wäre es gewesen, wenn wir diesen Antrag hätten diskutieren können in der gesamten Armutsdebatte, was wir im letzten Plenum, also in der letzten Tagung hatten, weil Armut meiner Meinung nach nicht nur in Kinderarmut, Erwachsenenarmut, Altersarmut zu trennen ist. Eigentlich ist es ein komplexes System. Wenn wir schon Armut bekämpfen wollen, dann muss die Armut auch komplex bekämpft werden, dann müssen wir an die Ursachen von Armut ran. Die Ursachen für Altersarmut sind zum Teil auch Ursachen für Kinderarmut, nämlich die Niedriglöhne, die wir in diesem Land zum Beispiel haben, und die hohe Arbeitslosigkeit.

Ich hoffe natürlich auch, meine Damen und Herren der SPD, dass Sie mit Ihrem Antrag nicht die bisherige Rentenpolitik, die auch Ihre Partei in Berlin mitgemacht hat, verschleiern wollen. Da will ich einige Beispiele nennen, die auch zur Altersarmut führen, die Sie mit zu verantworten haben, zumindest in der Regierungsbeteiligung in Berlin. Nehmen wir Einführung der Riester-Rente - darauf komme ich im Einzelnen noch mal zurück -, nehmen wir die Rente mit 67 oder nehmen wir die Probleme Zwangsverrentung. Auch wenn da in der letzten Zeit einige kosmetische Veränderungen stattgefunden haben, dass das Alter, wo dann die Zwangsverrentung beginnen muss, auf 63 Jahre erhöht wurde, aber ins-

gesamt bleibt es. Und an dieser Stelle natürlich selbstverständlich nicht zu vergessen, Sie werden darauf schon warten, das sind die Hartz-IV-Gesetze. Die Hartz-IV-Gesetze werden maßgeblich zu einer zukünftigen Altersarmut beitragen.

Nun zu den einzelnen Problemen, die ich hier auch genannt hatte, Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne: Wer zu wenig verdient, kann wenig in die Rentenkassen einzahlen, aber er ist auch nicht in der Lage, privat vorzusorgen, wie das eigentlich die Riester-Rente zum Beispiel vorsieht. Ein Hartz-IV-Empfänger - die Zahl möchte ich hier nur mal nennen - erwirbt einen Rentenanspruch von 2,19 € pro Jahr. Weiter braucht man, glaube ich, dazu nichts zu sagen, da weiß man, was am Ende rauskommt. Veränderung der Rentenformel zum Beispiel mit Riesterfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor führen zu weiteren Rentenkürzungen. So sinkt das Nettoeinkommen durch diese Rentenformel zum Beispiel für einen Eckrentner, der 45 Arbeitsjahre nachzuweisen hat und durchschnittlich verdient hat. Mit dieser Rentenformel sinkt dessen Nettoeinkommen, sein Nettorentenniveau von gegenwärtig 70 Prozent zu seinem ehemaligen Einkommen auf 52 Prozent im Jahre 2030. Um die Rente zum Beispiel auf dem Grundsicherungsniveau zu halten, das gegenwärtig - da kann man sich jetzt streiten um 10 € - bei 630 € ungefähr liegt - da ist der Regelsatz natürlich von mir drin und da sind natürlich die Kosten der Unterkunft mit drin, also Grundsicherungsniveau für Nichterwerbsfähige und für Rentner -, muss heute ein Durchschnittsverdiener 28 Jahre arbeiten, um das zu erreichen und im Jahre 2030 34 Jahre. Wenn wir die Rente mit 67 Jahren durchsetzen, muss er dann sogar 36 Arbeitsjahre nachweisen. Wer nur 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes in seinem Geldbeutel hat, muss heute 37 Jahre arbeiten, um auf das Grundsicherungsniveau zu kommen mit seiner Rente, im Jahre 2030 45 Jahre. Und wer nur 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes hat, muss heute schon 56 Jahre arbeiten, 2030 68 Jahre. Das sind utopische Zahlen, die keiner erreichen kann, aber damit ist auch die Frage beantwortet, wie wird die Zahl der Empfänger von Grundsicherungen sich entwickeln; sie wird steigen.

Es wird oft gesprochen, wir brauchen Beitragsstabilität und wir brauchen diese Beitragsstabilität, um die Lohnnebenkosten nicht zu erhöhen. Dieser Begriff Lohnnebenkosten, meine Damen und Herren, beinhaltet doch letzten Endes eines, darüber sollten wir uns bewusst sein: Wer über Lohnnebenkosten spricht, spricht über Sozialversicherungsbeiträge. Wenn ich Lohnnebenkosten gering halten will, will ich die Sozialversicherungsbeiträge gering halten. Darüber sollten wir uns bei aller Lohnnebenkostendiskussion klar sein, was das bedeutet, auch in der Ausdrucksweise. Bisher ist es ja so, das soll

noch eine Vorbemerkung sein, das wissen wir selber, paritätische Finanzierung der Sozialversicherung - 50 Prozent Arbeitnehmer, 50 Prozent Arbeitgeber. So war es jedenfalls mal. Schon heute, gerade im Bereich der Rente, müssen die Arbeitnehmer mehr zahlen als die Arbeitgeber. Heute zum Beispiel inklusive der Riester-Rente müssen die Arbeitnehmer 14 Prozent der Beiträge zahlen und der Arbeitgeber nur 10 Prozent. Die Riester-Rente hatte natürlich auch zur Folge, dass die private Altersversorgung insgesamt auf die Versicherten aufgebürdet wurde, also nur zu ihren Lasten geht. In der Riester-Rente ist zum Beispiel auch keine Dynamisierung drin. Das heißt, von vornherein ist mit der Riester-Rente Kaufkraftverlust für die Perspektive verbunden. Die Riester-Rente ist das Geschäft für die private Versicherungswirtschaft, meine Damen und Herren, weil dort eine gigantische Umverteilung auch von Steuergeldern in die Hände der privaten Versicherung erfolgt. Es ist ja angestrebt mit der Riester-Rente, dass jährlich 13 Mrd. staatliche Förderungen für die Riester-Rente in die private Versicherung fließen werden. Da kann man sich allein vorstellen, was da diese Gesellschaften für eine Dividende erzielen werden. Das muss ich an dieser Stelle sagen, das war vorrangig auch Politik, die Sie, meine Damen und Herren der SPD in Berlin mit initiiert haben und die heute noch mitgetragen wird. Es gäbe noch viele weitere Sachen an dieser Stelle anzusprechen, zum Beispiel wer auch von Altersarmut besonders stark betroffen sein wird in Zukunft, das werden nämlich die Frauen sein, allein schon aufgrund ihrer Erwerbsbiografien und dass die Frauen vorrangig, wenn sie Arbeit haben, in Teilzeitjobs oder in Minijobs arbeiten. Die atypischen Beschäftigungsverhältnisse habe ich schon angesprochen. Ich muss an dieser Stelle noch einmal auf die Rente mit 67 kommen. Die Rente mit 67 hat das Resultat, wer vorzeitig in Rente geht, bevor er schrittweise dieses Renteneintrittsalter erreicht hat, wird Altersabschläge oder Rentenabschläge in Kauf nehmen müssen, das bedeutet Rentenkürzung. Jetzt, Kollege Worm, hatten Sie ja auch angesprochen, die politischen Rahmenbedingungen dazu. Richtig ist, vorrangig geändert werden kann dieses Problem durch die Politik und vorrangig auf der Bundesebene. Das ist richtig, aber natürlich kann auch ein Bundesland im Rahmen des Föderalismus Einfluss auf diese Bundespolitik nehmen und sei es Einfluss über den Bundesrat. Alternativen, die wir vorschlagen, sind z.B. - und das ist richtig, da stimme ich Ihnen sogar zu, Herr Worm -, dass die gesetzliche Rentenversicherung wirklich die tragende Säule der Altersversicherung bleiben muss, und zwar eine solidarisch finanzierte Rentenversicherung.

(Beifall DIE LINKE)

Sie muss die Säule der Alterssicherung bleiben.

Zweitens schlagen wir dazu vor, eine Erwerbstätigenversicherung, nämlich die schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente, einzuführen. Denn in der gesamten Rentendiskussion, meine Damen und Herren, wird immer nur davon gesprochen, wir haben zu viele Alte, wir haben zu viele Rentner, das kostet zu viel Geld. Keiner spricht darüber, wie können wir mit welchen Möglichkeiten dafür sorgen, dass in die gesetzliche Rentenversicherung mehr Geld reinkommt. Wir sagen, alle, die in einer Erwerbstätigkeit sind, sollen in diese gesetzliche Rentenversicherung einzahlen - das ist solidarisch, meine Damen und Herren.

Drittens sind wir für eine schrittweise Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Natürlich kann man dazu sagen, wer viel einzahlt, bekommt viel raus. Dazu sagen wir, damit verbunden muss natürlich sein, dass die Steigerung der Rentenansprüche je mehr eingezahlt wird natürlich bei der Auszahlung nach oben abgeflacht wird. Nicht so wie in der Schweiz, wo ein Schnitt gemacht wird, aber wir sagen, es muss nach oben abgeflacht werden.

Viertens: Es müssen aus der Rentenformel sämtliche Kürzungsfaktoren wie Riesterfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor, was wir dort haben, raus. Weg mit der Rente mit 67. Wir brauchen eine eigenständige Alterssicherung für Frauen. Das wäre, was auf dem Gebiet der Rentenversicherung oder der Rentengesetzgebung getan werden kann.

Aber um Altersarmut zu verhindern, meine Damen und Herren, müssen wir endlich gesetzliche Mindestlöhne in diesem Land einführen, solche Löhne, dass man von seiner Hände Arbeit leben kann. Dann ist auch dort Geld da, was in die Rentenversicherung eingezahlt werden kann. Wir brauchen die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und wir müssen über eine Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung im Alter nachdenken. Wenn wir die Harz-IV-Gesetze abschaffen könnten, hätten wir schon viele Probleme gelöst. Und selbstverständlich muss die Zwangsverrentung abgeschafft werden.

Kollege Worm, noch ein paar Sätze zu dem Allheilmittel, das Sie genannt hatten, dem Modell der solidarischen Bürgerversicherung. Richtig ist, in vielen Parteien - auch in meiner Partei - wird darüber nachgedacht und darüber diskutiert, welche Formen und Möglichkeiten es von einer - wir sagen - bedarfsorientierten Grundsicherung geben kann und wie diese finanziert werden muss. Über dieses Problem einer Grundsicherung muss gesprochen werden, da sollten auch viele Modelle, die es gibt, in diesen Diskussionsprozess einbezogen werden. Aber zu dem Modell der Bürgerversicherung, wie es jetzt von Ihnen vorliegt, muss ich Ihnen natürlich sagen, mit 600 € ist es sehr schwer zu leben. Naja, Herr

Bergemann, 800 € stimmt, aber 200 € gebe ich ja gleich wieder ab. Jetzt ist natürlich auch in dem Modell die Frage mit der Zusatzrente drin, die noch mit gezahlt werden soll aus der Lohnsummensteuer der Arbeitgeber, also 12 Prozent. Das ist ja das Einzige, was in Zukunft noch die Arbeitgeber bezahlen werden. Das wird natürlich auch dazu führen, dass erstens die Löhne niedrig gehalten werden, weil ich dann als Arbeitgeber kein Interesse habe, dass meine Lohnsummensteuer sehr hoch ist. Also werde ich doch die Löhne flach halten. Zweitens muss ich Ihnen sagen, wenn ich als Arbeitgeber weiß - und das muss ich ja durchaus sagen in dem Modell - wer Arbeit hat, der hat zusätzlich Geld in der Tasche. Aber gleichzeitig wird der Arbeitgeber, der dann jemanden einstellt, doch sagen, also wenn derjenige noch 800 € minus 200 €, also 600 €, zusätzlich bekommt, dann kann ich mir doch überlegen, ob ich dem dann den Höchstverdienst gebe, der ihm dann zusteht. Wie gesagt, das Problem an dem Modell der sogenannten solidarischen Bürgerversicherung ist, wenn ich keine Arbeit habe, dann muss ich mit 600 € leben und da kann ich an dieser Stelle noch nicht einmal von irgendwelchen lebensstandardsichernden Einkommen reden. Das geht nicht. Mit 600 €, das ist zum Sterben vielleicht zu viel, aber zum Leben viel zu wenig. Und, was überhaupt das Problem ist, Sie haben vorhin Herrn Strengmann-Kuhn genannt von der Frankfurter Uni, der auch das Buch mit dem Gutachten geschrieben hat, Vorträge von dem Herrn habe ich auch schon gehört. Ein eindeutiges Fazit hat er getroffen, das gegenwärtige Modell ist nicht finanzierbar. Wichtig ist, dass man über Grundsicherung nachdenken muss, über eine Grundsicherung, die ein würdiges Leben auch im Alter gewährt und ermöglicht. Wir brauchen aber - und das sollte das erste Problem sein, worüber wir diskutieren sollten, worüber wir nachdenken müssen - nach wie vor - Sie haben es gesagt, Kollege Worms - die Rentenversicherung; die gesetzliche Rentenversicherung muss die Säule der Altersversicherung bleiben und auch in der Zukunft sein. Und dafür wollen wir uns einsetzen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Könnte es sein, dass die SPD auch einen Redner anmelden möchte? Ja? Für die SPD?

(Heiterkeit CDU)

Wir hatten keine Redeanmeldung. Bitte für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Eckardt.

Abgeordneter Eckardt, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei den Anträgen zur Armut- und Reichtumsberichterstattung ging es um das Erfassen der jetzigen Situation. Eine der zentralen Aussagen des Bundesberichts besteht immerhin darin, dass Altersarmut kein aktuelles Problem sei. Das deckt sich auch mit unseren Erfahrungen. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat für Thüringen nochmals bestätigt, dass die Befragten ab 60 Jahren weitgehend zufrieden sind mit ihrer derzeitigen finanziellen Situation. Trotz dieser Zufriedenheit äußerten fast die Hälfte der derzeitigen Rentner und bemerkenswerte 70 Prozent der noch im Berufsleben stehenden Befragten die Befürchtung, dass zukünftig die Rente nicht mehr zum Leben ausreicht. Ich darf aus der heutigen Presse zitieren, die „Thüringer Allgemeine“ schreibt: „Die Altersarmut drängt als politisches Problem immer stärker auf die politische Bühne Europas und Deutschlands. 88 Prozent der Ostdeutschen gehen davon aus, dass die Armut in Deutschland in den nächsten zehn Jahren zunehmen wird.“ Und im „Tagespiegel“ steht unter der Überschrift „Zum Leben zu wenig - Rentenversicherer warnen vor Altersarmut“: „Altersarmut ist noch kein drängendes Problem, kann aber bald eines werden.“ Der das sagt, ist Präsident der Deutschen Rentenversicherung. Und wie er es sagt, ist es eine Warnung.

Wir können und dürfen uns als Politiker nicht darauf zurückziehen, dass die derzeitige Altersarmut noch relativ gering ist. Nein, die Gefahr steht sozusagen vor der Tür. Mit Blick auf die Armut- und Reichtumsberichterstattung muss festgestellt werden, dass Altersarmut insbesondere in den strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands in kurzer absehbarer Zeit zu einem drängenden Problem werden wird. All diejenigen, die jetzt aufgrund von Arbeitslosigkeit oder geringen Löhnen oder unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigungen unterhalb eines Stundeneinkommens von 7,50 € bei einer Vollzeitbeschäftigung liegen, all diejenigen erwerben im Verlauf ihres Berufslebens einen gesetzlichen Anspruch unterhalb des Grundsicherungsniveaus. So ist in etwa die versicherungsmathematische Faustregel.

Nun erhalten in Thüringen etwa 20 Prozent der Vollzeitbeschäftigten Löhne unterhalb von 7,50 €. Noch dramatischer sieht es beim Bezug von Arbeitslosengeld II aus. Pro Jahr wird beim SGB-II-Bezug ein Rentenanspruch von 2,19 € pro Monat erworben. Herr Kubitzki hat die Zahl ebenfalls genannt. Nach zehn Jahren Langzeitarbeitslosigkeit entsteht also ein Rentenanspruch von 21,19 € monatlich.

Wenn aber Erwerbseinkommen von 7,50 € monatlich bestenfalls ausreichen, um eine Versicherten-

rente in Höhe der Grundsicherung aufzubauen, dann wird auch daran deutlich, welche Folgen die jahrelange Niedriglohndeologie der Thüringer Landesregierung für künftige Rentner haben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle wissen, dass wir von der Personengruppe in diesen Eingangsbereichen nicht erwarten können, dass sie eine private wie auch immer geartete zusätzliche Alterssicherung aufbauen kann. Wer das verlangt, der handelt zynisch.

Angesichts der demographischen Entwicklung und der Brüche in den Erwerbsbiografien vieler Menschen hier in Thüringen, angesichts des außerordentlich niedrigen Lohnniveaus entwickelt sich vor unseren Augen eine rasch ansteigende und dramatische Altersarmut. Es wird Konsequenzen haben für die Menschen und es macht ihnen zunehmend Angst. Eine Umfrage der Volkssolidarität hat gezeigt, dass bereits jetzt 55 Prozent der jungen Erwerbstätigen dieses Thema mit großer Sorge betrachten. Aber es wird auch Konsequenzen für die Kommunen haben, die für die Grundsicherung maßgeblich verantwortlich sind und es wird mit Blick auf die künftige Kaufkraft und die demographische Entwicklung erhebliche Konsequenzen für die örtliche Wirtschaft haben. Das wird bedeuten, dass viele Menschen trotz aller Anstrengungen während ihres Berufslebens nicht in der Lage sind, im Alter ein Leben in Würde zu gestalten. Ich will noch einmal darauf aufmerksam machen, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit in unseren strukturschwachen Regionen fast zur Normalität einer Erwerbsbiografie zählen. Dafür können die Menschen nichts, ganz im Gegenteil. Sie haben seit der Wende eine enorme Anpassungsbereitschaft und persönliche Flexibilität bewiesen. Privatvermögen, die zur zusätzlichen Alterssicherung dienen könnten, sind wenig vorhanden und konnten bisher auch in den seltensten Fällen aufgebaut werden. Gleichzeitig aber sind die Einkommensmöglichkeiten vergleichsweise schlecht. Das trifft unverändert besonders für Thüringen zu.

Aus all den Gründen, meine Damen und Herren, müssen wir jetzt wissen, welche Entwicklungen sich konkret für Thüringen abzeichnen. Wir haben keine Zeit zu verlieren, um Gegenstrategien zu entwickeln. Dabei ist es nicht damit getan, wie im Fall des nordrhein-westfälischen CDU-Ministerpräsidenten und selbsternannten Arbeiterführers, plakative Forderungen aufzustellen, ohne diese durch konkrete politische Handlungen zu untermauern. Wer Mindestrenten einfordert und Mindestlöhne verweigert, der ist unglaubwürdig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Wir wollen mit dem Antrag Datengrundlage für die künftige Entwicklung bekommen und wir wollen wissen, welche Initiativen die Landesregierung bereits ergriffen bzw. welche konzeptionellen Vorstellungen sie hat. Auch wenn ich nach den Ausführungen des Herrn Worm wenig Hoffnung habe, dass Sie dem Punkt 2 unseres Antrags zustimmen werden, darf ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag bitten, würde mich allerdings nicht wundern, wenn Sie diese Zustimmung verweigern. Denn wenn wir von der Landesregierung einmal konkrete Fakten und Maßnahmen fordern, die nicht angenehm sind und in denen man sich sonnen und abfeiern kann, wird sie meistens von Ihrer Mehrheitsfraktion in diesem Hause verhindert. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen seitens der Abgeordneten keine weiteren Redemeldungen mehr vor, aber für die Landesregierung Sozialministerin Lieberknecht, bitte.

Lieberknecht, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Vielen Dank Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Herr Abgeordneter Eckardt, Ihren letzten Satz habe ich nun überhaupt nicht mehr verstanden. Die Landesregierung kann schon sehr konkret werden, ich habe gerade am Donnerstag und Freitag in der vergangenen Woche einiges sehr Konkretes gesagt. Ich habe Sie im Übrigen herzlich eingeladen zu den Themen. Wenn es um die Frage von Armut geht, wenn es um die Fragen von Renten geht, die Frage von Ost-West-Vergleichbarkeit, die einheitlichen Rentenwerte, für die wir uns einsetzen, denke ich, sollte es hier im Haus keine Zuschauer geben. Die Mehrheitsfraktion hat sich hier positioniert, die LINKEN haben sich positioniert, bei der SPD höre ich die Fragen wohl, aber die Aktivitäten fehlen. Ich würde Sie auch gern ins Boot nehmen bei dieser gemeinsamen Anstrengung. Ich denke, das sind auch Sie den Rentnerinnen und Rentnern im Lande schuldig.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Abgeordneten, auch ich bin der Meinung - ich glaube bei Henry Worm klang es schon an, beim Kollegen Kubitzki - es hätte in der Tat sehr gut in die Debatte der letzten Woche gepasst, aber es ist natürlich die volle Souveränität des Parlaments, über die Zeitökonomie auch selbst zu bestimmen. Gerade im Antrag auch der CDU-Fraktion, der ja beschlossen worden ist mit großer Übereinstimmung hier im Hause, ist die Gruppe der Altersrentner dezidiert aufgenommen, aber eingepasst

in ein Gesamtkonzept, wo wir alle Bevölkerungsgruppen in den Blick nehmen müssen. Es ist richtig gesagt worden, bei den Altersrentnern ist es im Moment noch nicht das verschärfte Problem. Aber ich sage auch „noch“; wir werden in den nächsten Jahren massiv die Probleme bekommen. Meine Vorredner haben darauf hingewiesen. Trotzdem macht es Sinn, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen schon zum einen von einem gesellschaftspolitischen Ansatz her zu betrachten und zum anderen dann davon ausgehend natürlich zu sehen, was macht das in den einzelnen Bereichen, in den einzelnen Bevölkerungsgruppen aus. Gut, Sie haben den anderen Weg gewählt, Sie haben heute den Extraantrag noch einmal vorgelegt und auch zur Extraberatung aufgerufen. Da hat nun die Landesregierung mehrere Möglichkeiten, einmal, Sie gibt den Sofortbericht, wenn er gewünscht ist, oder - damit ist der Entscheidung des Parlaments dann letztlich vorgegriffen durch die Landesregierung - der Antrag wird zur Abstimmung gestellt. Von der CDU-Fraktion habe ich gehört, die anderen haben sich jetzt zum Abstimmverhalten geeinigt, sie wollen gerne beide Punkte, aber zum Punkt 1 habe ich zumindest das Gefühl, das würde eine Mehrheit hier im Haus bekommen. Das heißt, die Landesregierung würde dann auch berichten. Ich finde die Berichtsform dann im Blick auf das, was Sie hier im Einzelnen ansprechen, wenn es schon gesondert sein soll, dass wir das dann aber auch so machen, dass es sorgfältig tatsächlich belastbar in einer Schriftform vorliegt. Das ist, glaube ich, günstiger, als wenn man jetzt hier so einen schnellen Sofortbericht gegeben hätte zu einer Thematik, die es in der Tat auch verdient, dass man sich tiefgründiger damit befasst. Wie gesagt, ich hätte es gerne in diesem Gesamtkonzept gesehen, aber dann wird dies gesondert so noch mal extra gemacht. Im Blick auf diese einzelnen Themen, die hier angeführt sind, wird vor allen Dingen, was die Zukunft betrifft, in der Tat eine Situation zu beleuchten sein, die um Erhebliches dramatischer sein wird, als wir das im Moment uns so praktisch überhaupt vorstellen können. Wir haben die theoretischen Zahlen, die lassen sich alle zusammentragen, aber da ist schon die Frage: Inwieweit sind die Sicherungssysteme, die wir haben - Rentensystem, Versicherungssysteme, Beitragssysteme - überhaupt in unserem Land zukunftsfähig? Wenn Sie, Kollege Kubitzki, es kam auch in Ihrer Rede ja schon zum Ausdruck, auf der einen Seite die Beitragsstabilität beklagen, die real zur Absenkung von Renten führt, aber auf der anderen Seite wir uns nicht vorstellen können, dass die Einzahler noch stärker belastet werden als sie im Moment schon belastet sind, haben wir wirklich eine Spanne, wo wir in den bestehenden Systemen auf Dauer nicht weiterfahren können. Da kann ich auch nur dafür werben, wenn es um Konzepte geht, dass man das Modell der solidarischen Bürgerversicherung doch versucht, konstruktiv - natürlich mit den verschiedenen Klippen, aber

wirklich unaufhörlich - in den Blick zu nehmen, denn es stehen da zwar die 800 €, Gesundheitsbeitrag abgezogen 600 €, aber das muss ja nicht alles sein. Wenigstens das hat man.

(Beifall CDU)

Da sind doch viele, die nicht mal das in Zukunft mehr haben werden. Dann ist man frei, und zwar ohne große Vorlagen und Anrechnungsbeiträge und sonst was, entweder in Gemeinschaften zu leben, wo sich diese Beträge auch addieren. Bei einem Ehepaar hat man dann eben schon 1.600 bzw. 1.200 €, auch noch nicht die Masse, aber immerhin. Das lässt sich aber auch erweitern. Es wird immer beliebter, Wohngemeinschaften auch unter Älteren zu gründen und dann natürlich, je nach Vermögen - Kräftevermögen, geistiges Vermögen - hier auch punktuell Arbeit anzunehmen, weiter auch zur Sinnerfüllung natürlich zu schauen, ohne große Verpflichtungen einzugehen, die in einer flexibilisierten Art und Weise möglich sein werden, wie das heute noch gar nicht vorstellbar ist. Es ist eine Grundsicherung in der Tat, die Sicherheit gibt, aber um auch Weiteres zu tun, wem es möglich ist. Die Sorge, dass erworbene Ansprüche dadurch vielleicht irgendwo aufgelöst werden, ist unbegründet, sondern es ist ganz dezidiert in allen Konzepten, die bisher vorgelegt worden sind und wo der Thüringer Ministerpräsident federführend ist und wo im Übrigen ja im Moment auch sämtliche Wirtschaftsinstitute Deutschlands sehr konstruktiv mitarbeiten, so, dass ich fest davon ausgehe, dass auch ein Ergebnis kommt - wie gesagt, sicher nicht kurzfristig, aber in der Perspektive. Wenn Politiker gerade aufgefordert werden bzw. immer gesagt wird, ihr denkt nur bis an das Ende der Legislatur, haben wir hier eine politische Debatte, die weit über die Legislatur hinausgeht. Ich denke, dann sollte man die auch nicht geißeln, sondern sagen, jawohl es gibt Politiker mit Visionen, es gibt Politiker, die stellen sich auch dieser konzeptionellen Arbeit.

Da bin ich beim zweiten Punkt, Herr Eckardt. Wenn die CDU-Fraktion diesem zweiten Punkt jetzt nicht zustimmt und auch als Ministerin würde ich mich dem anschließen, heißt das ja nicht, dass wir über die Fragen nicht nachdenken würden. Ich denke aber, dass man jetzt nicht kurzfristig Illusionen erzeugen sollte, die dann letztlich wieder nicht einlösbar sind, sondern dass wir sehr wohl konzeptionell denken, wie gesagt, in der Perspektive für die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner das solidarische Bürgergeld als ein Konzept einzuführen, über das man streiten kann, über das man sich auch streiten muss, was weiterentwickelt werden muss, aber es ist ein Modell, es ist ein Konzept, es ist im Angebot. Das kann man, denke ich, sehr deutlich sagen, und zum anderen müssen wir auch akut sehen, wie ist die Situation. Heute zum Glück noch nicht so drama-

tisch, wie das in einigen Jahren sein wird. Aber was es konkret auch für Thüringen heißt, das werden wir bei der Analyse, die wir am Freitag in der vergangenen Woche besprochen haben, denke ich, sehr gut rausarbeiten. Das wird auch im Landtag wieder eine Debatte geben, und natürlich zur Verfügung gestellt an Erkenntnissen, die die Landesregierung hat, so dass ich denke, im Lichte der Debatte vom Freitag, im Blick auf das, was ich vonseiten der Landesregierung jetzt zum Antrag für heute angekündigt habe, sind wir da auf einem Weg, auf dem wir dieses Thema auch gut weiterbearbeiten können.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Eckardt?

Lieberknecht, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Ja.

Abgeordneter Eckardt, SPD:

Frau Ministerin, würden Sie mir recht geben, dass wir nach einem Konzept und nach Tätigkeiten der Landesregierung gefragt haben und nicht nach Traumschlössern und Wahlversprechungen?

(Beifall SPD)

Lieberknecht, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sie haben nach einem Konzept gefragt, und ich habe ein sehr solide untermauertes Konzept hier angesprochen, ein Konzept, für das der Thüringer Ministerpräsident einsteht, ein Konzept dieser Landesregierung, ja.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor. Es ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden, aber die Teilung der Abstimmung in die Punkte 1 und 2, falls die SPD-Fraktion dem nicht widerspricht. Sie widerspricht auch nicht, so dass wir zuerst über den Punkt 1 aus dem Antrag der SPD-Fraktion in Drucksache 4/4146 abstimmen. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt 2 Stimmenthaltungen. Demzufolge ist dieser Antrag in der Nummer 1 angenom-

men.

Jetzt stimmen wir über die Nummer 2 aus diesem Antrag in Drucksache 4/4146 ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Die Nummer 2 ist abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 29 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**

Förderung von Menschen mit Behinderungen verbessern - Übergänge auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen und Werkstätten stärken

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/4147 -

Die SPD-Fraktion hat nicht angekündigt, dass sie das Wort zur Begründung nehmen möchte. Ich eröffne demzufolge gleich die Aussprache und rufe für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Günther auf.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich zum Tagesordnungspunkt selbst komme, nutze ich die Gelegenheit, auf eine Veranstaltung, die vor etwa einer Stunde stattgefunden hat in den Räumlichkeiten der Landespressekonferenz, einzugehen. Dort hat Herr Dr. Paul Brockhausen seinen Tätigkeitsbericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen an die Präsidentin und an die Landesregierung übergeben. Ich nutze ganz einfach mal hier die Gelegenheit, Herrn Dr. Brockhausen aufrichtig meinen und den Dank meiner Fraktion, und ich hoffe auch den Dank aller übrigen Abgeordneten, auszusprechen.

(Beifall CDU)

Der Bericht ist nämlich nicht - und das sind die Worte von ihm selbst - ein glatt gebügelter, nichtssagender Bericht, sondern es ist ein sehr umfangreicher Bericht über eine Tätigkeit für Menschen mit Behinderungen in all seinen Facetten von rund 200 Seiten, der - und das ist das Spannende - eben auch Mängel aufzeigt. Das ist das Positive und nur das kann den Menschen auch helfen.

Damit komme ich zu dem Antrag der SPD-Fraktion „Förderung von Menschen mit Behinderungen verbessern - Übergänge auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen und verstärken“.

Meine Damen und Herren, vieles ist zu dem Thema „Werkstätten für behinderte Menschen“ vor gut einem Jahr bereits gesagt worden. Sie erinnern sich, es war eine sehr kontroverse Diskussion. Weil es immer Bewegungen auf diesem Feld gibt, und weil dieses Thema, dieses sensible Thema uns wichtig ist, wollten wir eigentlich ohne große Debatten diesen Antrag an den Ausschuss verweisen, um inhaltlich dort weiterzuarbeiten, um z.B. die Fragestellung zu dem geforderten Bericht der Kollegen der SPD-Fraktion auch ein Stück weit zu qualifizieren und zu ergänzen. Das führt hier zu weit. Die Kollegen der Linkspartei sind dem Ansinnen hier nicht gefolgt, dann haben wir die Debatte. Wir wollten das machen, um ein Stück weit Effizienz auch in unsere Zeit zu bringen und nicht überbordend über ein Thema zu reden, wo wir eigentlich heute noch zu keinem großen Ergebnis kommen können. Unser Standpunkt hat sich zu dem Thema in einem Punkt nicht geändert, wir brauchen die Werkstätten für behinderte Menschen auch zukünftig.

(Beifall CDU)

Wir brauchen die hervorragende Arbeit, die dort geleistet wird. Nicht sehend, dass auch dort Menschen untergebracht und betreut werden, die nicht zwingend dahin gehören, und dass dem Werkstattgesetz Folge geleistet werden muss und immer mit dem Ziel, Integration am ersten Arbeitsmarkt weitergearbeitet wird. Aber dazu brauchen wir weitere Partner in den Rehabereichen und in den Bildungszentren zum Beispiel. Wir brauchen Partner in der Wirtschaft, die uns bei der Integration helfen. Wir brauchen neue Konzepte, im Übrigen vorhin auch eine Frage zu der Ausgleichsabgabe, warum die zurückgeht und trotzdem weniger Arbeitsplätze geschaffen werden. Natürlich ist das ein Punkt, weil viele Unternehmen sich dazu bekennen und auch Aufträge an Werkstätten für behinderte Menschen geben und damit auch von der Ausgleichsabgabe freigestellt werden. Wir brauchen auch neue Konzepte, wie z.B. JobCoaches. Wir müssen uns auch mit dem Thema, mit Modellen, wie dem rheinland-pfälzischen Budget für Arbeit beschäftigen. Keine gegenteilige Auffassung zu dem, was hier aufgeschrieben ist. Auch wenn auf den ersten Blick vielleicht rechtlich bedenklich, sollten wir ruhig etwas mutig bei der Modellentwicklung sein und uns dem öffnen. Geklagt hat meines Wissens noch keiner. Also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns das Thema inhaltlich, fachlich im Ausschuss für Soziales ...

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, DIE LINKE:
Und im Wirtschaftsausschuss.)

Ja, Frau Leukefeld, auch bei Wirtschaft könnten wir das machen. Aber da würden Sie mir ja eine Flanke eröffnen, auf etwas zu antworten, wo ich vorige

Woche nicht antworten konnte. Deswegen lassen Sie uns erst einmal im Ausschuss für Soziales inhaltlich mit dem Thema arbeiten. Ich beantrage daher Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit für die CDU-Fraktion. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Abgeordneter Nothnagel zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Nothnagel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon verwunderlich, dass wir am heutigen Tag zu diesem Tagesordnungspunkt von der Landesregierung keinen Sofortbericht bekommen, obwohl dieser Antrag schon seit ca. zwei Monaten vorliegt. Weiterhin bin ich sehr darüber erstaunt, dass heute der Landesbehindertenbeauftragte, Dr. Paul Rockhausen, Herr Günther hat es gerade auch erwähnt, seinen ersten Tätigkeitsbericht für die Jahre 2004 bis 2007 auf gut 200 Seiten vorgelegt hat. Da ist doch mit Sicherheit, ich kenne ihn leider nicht, weil ich ihn nicht bekommen habe, ein Kapitel für Arbeit für Menschen mit Behinderung und Werkstätten für behinderte Menschen dabei. Den hätte doch der Landesbehindertenbeauftragte mit Sicherheit der Ministerin zur Verfügung stellen können, damit sie heute hier im Plenum darüber berichten konnte. Aber es gab - wie Sie ja alle sehen - keinen Bericht. Das möge verstehen wer will, ich nicht.

Nun zum Antrag der SPD mit der Überschrift „Förderung von Menschen mit Behinderung verbessern, Übergänge auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen und Werkstätten stärken“. Die Überschrift enthält bereits einen großen Widerspruch in sich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wäre es nicht besser gewesen, wir machen uns darüber Gedanken, wie das Werkstattkonzept in die heutige Zeit hineinpasst, um es zu verbessern und um Diskriminierung und Ausgrenzung und reine Fürsorge von behinderten Menschen zu verhindern?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben nicht mehr im 19. Jahrhundert, sondern wir haben 2003, das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung, hinter uns und 2006, welches das Europäische Jahr der Chancengleichheit war. Somit ist es auch an der Zeit, sich endlich auch einmal in Thüringen Gedanken darüber zu machen, wie wir vom Fürsorgeparadigma über das Rehabilitationsparadigma, in dem wir leider immer noch leben, zu

dem angestrebten Teilhabeparadigma kommen. Das Teilhabeparadigma beinhaltet letztendlich einen Gedanken der UN-Konvention der Rechte der Menschen mit Behinderung und den darin liegenden Begriff der Inklusion. Für alle, die diesen Begriff noch nicht gehört haben oder nichts damit anzufangen wissen, möchte ich es noch einmal kurz erklären. Er bedeutet „inneliegend“ oder auch „von Anfang an dabei“. Das heißt letztendlich, das behinderte Menschen ein Teil unserer Gesellschaft sind und nicht in eine Sonderwelt abgeschoben werden, für die sie dann auch noch sehr dankbar sein müssen, so wie es in der Integration üblich ist. In der UN-Konvention in Artikel 27 wird anerkannt, dass gleichberechtigte Rechte für Menschen mit Behinderungen für Arbeit eine Möglichkeit ist, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Werkstätten für behinderte Menschen werden nicht als Alternative zum freien Arbeitsmarkt erwähnt.

Aber nun zurück zum Antrag. Der heute zur Diskussion stehende Antrag der SPD-Fraktion macht abermals deutlich, dass eine ausführliche Analyse und Situationsbeschreibung von Menschen mit Behinderungen und hier insbesondere von Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, unbedingt vonnöten ist. Für meine Fraktion formuliere ich es sogar noch etwas härter. Ich sage, wir brauchen in Thüringen eine Fortschreibung des erstmals im Jahre 2004 veröffentlichten Berichts zur Situation von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Thüringen. Denn erstens, in den zurückliegenden vier bzw. fünf Jahren hat sich die Datenlage verändert und die Anzahl der behinderten Menschen hat sich erhöht.

Zweitens haben sich die gesetzlichen Anforderungen und Vorstellungen gravierend verändert. Waren 1997 in Thüringen noch 161.192 schwerbehinderte Menschen registriert, waren es im Jahr 2007 bereits 181.980. Das sind Zahlen nach dem Statistischen Jahrbuch 2007. Ich weiß, dass es bereits andere Quellen mit durchaus höheren Zahlen der anerkannten Schwerbehinderten gibt, jedoch beziehe ich mich hier auf die offiziellen Zahlen. Allein die Anzahl der seelisch Behinderten sowie der suchtkranken Menschen stieg von 26.321 im Jahr 1997 auf 36.130 im Jahr 2007. Diese Zahlen sind auch Ausdruck für die gesellschaftliche Situation, in der sich Menschen befinden, und auch Ausdruck des gesellschaftlichen Klimas im Berufs- und Arbeitsleben und in zwischenmenschlichen Beziehungen.

Im bereits erwähnten 1. Behindertenbericht wurde auf Seite 51 des Materialbands geschrieben, Frau Präsidentin, ich zitiere: „Ein erklärtes und vorrangiges Ziel der Landesregierung Thüringen ist es, Menschen mit Behinderungen den gleichwertigen Zugang zur Erwerbsarbeit in Betrieben und Verwaltungen

zu ermöglichen. Mit den Werkstätten für behinderte Menschen wird jene besondere Unterstützung zuteil, die aufgrund der Art und Schwere der Behinderung einer spezifischen Förderung bedürfen, um ein Mindestmaß an wirtschaftlich vertretbarer Arbeitsleistung zu erbringen.“ Standen im Jahr 2001 6.646 Werkstattplätze zur Verfügung, wurden Ende 2002 bereits 7.121 Menschen in 30 anerkannten Werkstätten beschäftigt. Und schon im Jahr 2007 verfügte Thüringen über 32 Werkstätten mit 8.900 Plätzen. Dies, werte Abgeordnete, ist eine Entwicklung, die rasanter kaum in Zahlen darstellbar ist. Es ist aber auch eine Entwicklung, die in den kommenden Jahren, wenn die Landesregierung in ihrer Aussage vom gleichwertigen Zugang zur Erwerbsarbeit in Betrieben und Verwaltungen für Menschen mit Behinderung ernst nimmt, unverzüglich gestoppt werden muss. Umso wichtiger ist, dass wir diesen Antrag in den Punkten 1 und 2 an den Ausschuss überweisen und mit wirklicher Ernsthaftigkeit daran gehen, Alternativen der Beschäftigung außerhalb von Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Thüringen suchen und umsetzen. Eine Möglichkeit dafür sind die Integrationsfirmen und Integrationsprojekte. In der seit wenigen Tagen vorliegenden neuen Zeitschrift der AWO wird eindrucksvoll das Integrationsprojekt „CAP-Markt“ vorgestellt. Dies könnte auch in Thüringen Schule machen. Wie das in der Praxis funktioniert, habe ich mir bereits mehrfach und jetzt auch im Februar dieses Jahres mit Fraktionskollegen gemeinsam in Mainz vor Ort angeschaut. Die Erfahrungen hiermit sind dort positiv. Dazu im Vergleich nun die Zahlen der schwerbehinderten Arbeitslosen in Thüringen 2002 bis 2006.

Im Jahr 2002 waren 5.484 schwerbehinderte Menschen arbeitslos und Ende des Jahres 2006 waren es bereits in Thüringen 7.290 schwerbehinderte arbeitslose Menschen. Diese Zahlen zeigen auf eindrucksvolle Art und Weise, dass trotz der Senkung der allgemeinen Arbeitslosenzahlen in Thüringen die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen weiterhin steigt. Der allgemeine Trend zur Senkung der Arbeitslosenzahlen in Thüringen und auch bundesweit spiegelt sich hier leider nicht bei der Personengruppe der Schwerbehinderten wieder. Der Zugang von behinderten Menschen auf den Arbeitsmarkt ist nach wie vor sehr schwer.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Nothnagel, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Günther? Bitte schön.

Abgeordneter Günther, CDU:

Kollege Nothnagel, Sie waren vor eineinhalb Stunden mit bei der Pressekonferenz dabei. Geben Sie mir recht, dass Ihre Zahl der arbeitslosen Behinder-

ten, die Sie eben nannten - 7.200 - nach den Aussagen der Landespressekonferenz falsch ist? Dort wurde nämlich von dem bisher besten Ergebnis der Vorjahre gesprochen, und zwar 6.300.

Abgeordneter Nothnagel, DIE LINKE:

Herr Kollege, ich gebe Ihnen nicht recht. Sie müssen mir schon genau zuhören. Ich habe gesagt, 2006 und die Zahlen, die Sie erwähnt haben, sind jetzt die aktuellen. Die lagen mir so noch nicht vor.

Abgeordneter Günther, CDU:

Darf ich noch einmal fragen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Da muss ich den Abgeordneten jetzt noch einmal fragen, ob er eine weitere Frage gestattet. Herr Abgeordneter Nothnagel gestattet das offensichtlich. Bitte, Herr Abgeordneter Günther.

Abgeordneter Günther, CDU:

Geben Sie mir recht, dass man in solchen Debatten schon über aktuelle Daten reden sollte?

(Beifall CDU)

Wenn Sie vor einer Stunde in der Landespressekonferenz standen, waren Ihnen doch die Zahlen bekannt, Kollege Nothnagel. Und weiter: Geben Sie mir recht, dass es richtig gewesen wäre, sich vertiefend im Ausschuss zu unterhalten als hier über Zahlen von 2006 zu reden?

Abgeordneter Nothnagel, DIE LINKE:

Bei Punkt 1, Herr Günther, gebe ich Ihnen nicht recht, denn ich erinnere Sie an die Debatte des letzten Jahres, da haben Sie mich hier vorn auch abgebügelt, obwohl hier im Hohen Hause auch etwas anderes schon im Vorfeld von mir erzählt wurde. Da haben Sie auch Bezug genommen auf Ihr Konzept, was Sie vorliegen hatten, Punkt 1.

Und Punkt 2: Das hindert uns doch nicht daran, im Ausschuss dann weiter darüber zu reden. Aber jetzt lassen Sie mich bitte fortfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im November 2006 fand der Alternative Werkstattpark in Köln statt. Die über 200 Teilnehmer verabschiedeten die Deutzer Erklärung, die darauf abzielt, Möglichkeiten der Beschäftigung außerhalb von Werkstätten für behinderte Menschen zu schaffen. In Ihren einleitenden Worten stellten Sie fest, dass bereits in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU

und SPD am 11.11.2005 Folgendes formuliert wurde - ich zitiere: „Die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen werden wir intensivieren. Wir wollen, dass mehr von ihnen die Möglichkeit haben, außerhalb von Werkstätten für behinderte Menschen ihren Lebensunterhalt im allgemeinen Arbeitsmarkt erarbeiten zu können.“ Dies, werte Abgeordnete des Thüringer Landtags, werte Frau Ministerin, sind eindeutige Ziele, die ich für meine Fraktion mit unterschreiben kann und die ich auch einfordere. Die Teilnehmer der bereits erwähnten Erklärung sagten weiter - ich zitiere noch einmal daraus: „Aus unserer Sicht - von Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, ist dieses Ziel richtig. Damit es verwirklicht werden kann, halten wir es für erforderlich, dass sich die Werkstätten für behinderte Menschen grundlegend verändern. Sie sind in der heutigen Form nicht mehr zeitgemäß. Einerseits tragen sie wie alle Sondereinrichtungen zur Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen bei, andererseits werden Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen benötigt, die nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können oder wollen.“

Genau dies, werte Kolleginnen und Kollegen, ist die Spannweite, in der wir uns seit Monaten in der Diskussion befinden. Wir müssen das eine tun, ohne das andere zu lassen. Wir müssen konsequent anerkennen, dass die Forderung nach neuen Wegen außerhalb von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen erfüllt wird. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die die Politik auch mit Änderung der Gesetzlichkeiten umsetzen muss. Zu erwähnen wäre die seit längerem existierende Diskussion bei allen Fraktionen des Deutschen Bundestages, des Deutschen Vereins, des Deutschen Landkreistags, um nur einige hier zu nennen, um die Veränderung der Eingliederungshilfe zu fordern. Hierbei ist sehr auffällig, dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ dabei mittlerweile immer mehr in den Vordergrund geschoben wird. Dies unterstützt natürlich auch die Forderung der Veränderung der Beschäftigungsmöglichkeiten für behinderte Menschen.

Die Werkstatt für behinderte Menschen kann und darf nicht mehr die erste Lösung diesbezüglich sein. Das bedeutet aber nicht - und das sage ich noch mal sehr deutlich -, dass die Behindertenwerkstätten abgeschafft werden sollen. In der öffentlichen Anhörung zur Thematik „Werkstätten für behinderte Menschen“ im Herbst 2007, die wir im Sozialausschuss durchführten, wurde bereits eine Veränderung der Landespolitik hin zu neuen Wegen außerhalb von Werkstätten artikuliert. Beim Nachlesen des Protokolls ist dies auch sichtbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Punkte 1 und 2

des SPD-Antrags mit Ernsthaftigkeit durch die Thüringer Landesregierung im Sozialausschuss und, ich denke, auch im Wirtschaftsausschuss bearbeitet werden müssen. Vorrang dabei muss unbedingt die Beschäftigung und Arbeit behinderter Menschen haben und nicht unbedingt die Werkstätten für behinderte Menschen.

Zu dem vorgeschlagenen Punkt 2 des Antrags entsprechend des Mainzer Modells „Budget für Arbeit“ lassen Sie mich nur so viel sagen - hierbei zitiere ich aus der Eröffnungsrede der Sozialministerin Dreyer von Rheinland-Pfalz vom November letzten Jahres. Frau Präsidentin, ich zitiere: „Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist vorrangiges Ziel der Behindertenpolitik. Erwerbsarbeit ist gerade für Menschen mit Behinderungen ein entscheidender Gradmesser der gesellschaftlichen Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung. Aus diesem Grunde hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen zusammen mit zahlreichen Partnern eine Zielvereinbarung abgeschlossen. Die Landesarbeitsgemeinschaft ‚Werkstätten für behinderte Menschen‘, die LIGA, die Verbände der Behindertenhilfe, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, die kommunalen Spitzenverbände haben sich darauf verständigt, behinderten Menschen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern, zum Abbau von Werkstattplätzen beizutragen, die Integration von lernbehinderten jungen Menschen oder Menschen mit psychischen Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Dazu wurden viele konkrete Maßnahmen und Projekte vereinbart, wie das Budget für Arbeit, damit den Menschen mit Behinderung der Übergang von der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtert werden soll. Das Budget für Arbeit ist nicht nur ein Instrument, um behinderten Menschen die Teilhabe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, es steht auch für einen Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik. Anstatt aus Mitteln der Eingliederungshilfe nach SGB XII die Beschäftigung in Werkstätten zu finanzieren, nutzen die Träger der Sozialhilfe den Eingliederungstitel, um damit Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu fördern. Behinderte Menschen erhalten kein Werkstattgeld mehr, sondern werden tariflich entlohnt. Sie sind außer in der Arbeitslosenversicherung sozialversichert und haben, wie alle anderen auch, einen Arbeitnehmerstatus“. So die Sozialministerin Malu Dreyer aus Rheinland-Pfalz in ihrem Grußwort zum Modellprogramm Budget für Arbeit im November des letzten Jahres im Kurfürstlichen Schloss in Mainz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Worten der Ministerin ist nichts mehr hinzuzufügen. Ich hatte die Gelegenheit, mich vor Ort in Mainz davon zu überzeugen, dass dies ein gangbarer Weg

sein kann, den man aber auch politisch wollen muss. Bisher habe ich Zweifel daran, dass die Thüringer Landesregierung solche Wege gehen will. Vielleicht ist der heute zu beratende Antrag ein kleines Mosaiksteinchen, um die alte Forderung aus den Behindertenverbänden und -vereinen, die da heißt: „Reißt die Mauer nieder, raus aus den Institutionen“ hier in Thüringen auch umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion. Im Vorfeld zu dieser Aussprache des heutigen Tagesordnungspunkts hier im Plenum gab es die Meinung, und das ist ja Gott sei Dank, wie ich das gehört habe, nun geändert worden, wenn wir heute eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt führen, gäbe es keine Überweisung des Antrags an den Sozialausschuss. Ich finde es gut, dass Sie sich nun anders entschieden haben und ich finde es gut, dass Sie dies auch im Interesse der behinderten Menschen hier in Thüringen tun. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Taubert zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Taubert, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte nur kurz, bevor ich mich dem Thema widme, noch einmal auf Herrn Nothnagel eingehen. Vielleicht haben wir auch unterschiedliche Wahrnehmungen, Herr Nothnagel, also ich kann berichten aus den Werkstätten - und das sind nicht ganz wenige -, die ich immer wieder besuche und kontaktiere, dass dieses reine Fürsorgeprinzip dort schon lange nicht mehr gilt. Man macht sich also sehr stark Gedanken, wie man die Menschen mit Behinderungen aktiv auch einbezieht und wer die Werkstätten sieht, der weiß auch, dass für jeden Behinderungsgrad und damit für jede Möglichkeit und Fähigkeit der Arbeit, auch Arbeitsplätze geschaffen worden sind vom ganz einfachen Arbeitsplatz, Sie erinnern sich, was wir auch vor der Wende unter schwierigen Bedingungen machen konnten auch nur, bis hin zu hoch technischen Anlagen, die man gar nicht überall in jedem normalen Handwerksbetrieb findet. Deswegen denke ich, es entspricht nicht mehr den Tatsachen, die vor Ort sind, dass tatsächlich die reine Fürsorge so umfassend gelebt wird, wie das zumindest Ihre Ausführungen haben vermuten lassen, wie Sie das meinen. Vielleicht ist es auch wirklich nur eine Kommunikationsfrage.

Wir haben uns dem Thema Menschen mit Behinderung nochmals gewidmet, weil wir der Überzeugung

sind, dass wir nach der Anhörung im September vorigen Jahres dazu noch mal konkretere Besprechung benötigen. Die Anhörung hat gezeigt, wir brauchen Werkstätten für behinderte Menschen, und ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Werkstätten und auch deren Trägern zu danken für ihre Arbeit, weil das zwar eine schöne, aber durchaus auch eine schwierige Aufgabe ist, die sie übernommen haben, die für uns alle doch ganz wichtig ist und die Teilhabe von behinderten Menschen in unserer Gesellschaft stärkt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir müssen auch die Position der Werkstätten stärken. Das heißt nicht per se, dass ich für mehr Werkstattplätze plädiere - das meine ich damit nicht -, sondern wir müssen die Position stärken, denn wir brauchen solche besonderen Arbeitsplätze, um Menschen, die einen bestimmten Behinderungsgrad haben, auch in Arbeit zu vermitteln und diese geschützt anzubieten. Es gilt, die Hürden, die beim Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt vorhanden sind - das bestreitet, denke ich, keiner hier im Raum - und evtl. wieder zurück in die Werkstatt bestehen, abzubauen.

Lassen Sie mich noch etwas Grundsätzliches sagen. Die Beschäftigten in den Werkstätten leisten ebenfalls hervorragende Arbeit, also nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie betreuen, sondern auch die Beschäftigten - jeder auf seinem Platz und jeder nach seinen Fähigkeiten. Wir alle können uns davon überzeugen, dass auch die Potenziale der Beschäftigten während des Anfangs in einer Werkstatt durchaus stark steigen können. Also sie können durchaus Leistungen erbringen, die sie Jahre vorher noch nicht erbringen konnten. Dieses muss man anerkennen und das Potenzial muss man nutzen.

Sie hatten es erwähnt, wir haben fast 9.000 Werkstattbeschäftigte in über 30 Werkstätten. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass erst im Jahr 2010 ein leichter Rückgang entstehen wird - vorher nicht. Der leichte Rückgang wird uns auch nicht veranlassen müssen, Werkstattplätze abzubauen, denn wir merken ja an verschiedenen Stellen, dass Werkstätten durchaus sehr, sehr voll und Kapazitäten sehr ausgelastet sind.

Wir brauchen für die Werkstätten eine ausreichende und qualifizierte Personalausstattung. Ich denke, das ist ganz wichtig auch im Hinblick darauf, dass die Werkstätten für uns der Dreh- und Angelpunkt sind für den Übergang von leistungsfähigen Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt. Denn wer kann besser als die Mitarbeiter in den Werkstätten dafür sorgen, dass Menschen Ver-

trauen haben zu einem, der sie begleitet, und den Schritt wagen, in einem Betrieb auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Arbeit aufzunehmen.

Wir sehen es auch kritisch, dass teilweise zukünftig Beschäftigte länger als ein Jahr warten müssen, um zu wissen, werden sie aufgenommen oder werden sie nicht aufgenommen. Ich denke, auch das muss zügiger gehen, damit gerade bei Menschen, die einer psychischen Behinderung unterliegen, Klarheit herrscht, was können sie tun. Gerade für diese Menschen ist es durchaus schwierig, länger als ein Jahr auf eine Zu- oder Absage zu warten.

Wir beziehen uns ja auf § 136 SGB IX, nach dem Menschen mit Behinderung der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt durch geeignete Maßnahmen zu ermöglichen und dieser Übergang zu fördern ist. Sie haben bereits alle auf das Modell hingewiesen, dass wir in Punkt 2 unseres Antrags angesprochen haben, nämlich das „Budget für Arbeit“ in Rheinland-Pfalz. Herr Nothnagel hat Frau Ministerin Malu Dreyer erwähnt. Wer Frau Dreyer kennt, der weiß auch, sie spricht aus praktischer Erfahrung, ist sehr engagiert in ihrem Beruf und hat als Sozialdezernentin in einer doch sehr großen Stadt in Deutschland Jahre gewirkt und kennt also alle Facetten dieses Themas. Ich denke, sie ist auch ein Protagonist des Gedankens, dass man so viel wie möglich Menschen, die eine Behinderung haben, auch in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln können soll. Insofern sind wir uns in vielen Dingen relativ nah. Nur ist uns wichtig zu betonen, dass wir die Werkstätten wirklich brauchen. Denn es gibt genügend Menschen mit einer Behinderung, mit einem Behinderungsgrad - das müssen wir realistisch einschätzen -, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben und die eine Sicherheit für ihr Leben brauchen.

In Rheinland-Pfalz sind bisher 70 Personen in diesem Projekt „Budget für Arbeit“ vermittelt worden. Das zeigt, dass wir uns nur über einen begrenzten Personenkreis unterhalten, einen, der leistungsfähig ist, der gut begleitet werden kann und der offen ist für so etwas Neues.

Was wir uns mit dem Antrag wünschen, ist - deswegen freue ich mich auch, dass wir im Sozialausschuss dort weiterdiskutieren können -, dass wir auch in Thüringen den Mut dazu aufbringen, vielleicht etwas über den engen gesetzlichen Rahmen hinaus zu tun, um diesen Menschen zu helfen oder dass wir auch mithelfen, diesen gesetzlichen Rahmen ein Stück weit zu erweitern, damit wir sagen können, dass Menschen mit Behinderung Teil unserer Gesellschaft sind. Und es ist wichtig, dass auch die Menschen, die zumindest keiner sichtbaren Behinderung unterliegen, Verständnis aufbringen für Mitglieder unserer Gesellschaft, die in dieser Form

sonst so nicht möglich ist. Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt seitens der Abgeordneten keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor. Für die Landesregierung Sozialministerin Lieberknecht, bitte.

Lieberknecht, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich gebe erst einmal allen drei Vorrednern recht, die meinen, dass der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit der richtige Ort ist, um wirklich vertieft substantiell zu diesem Antrag zu sprechen.

In der Tat, die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von besonderer Bedeutung. Auch daran hat niemand einen Zweifel und deswegen leistet auch die Landesregierung schon seit vielen Jahren ihren Beitrag mit entsprechenden Maßnahmen und Förderprogrammen in diesem Bereich. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ausdrücklich meinen Vorgängern im Amt zu danken, ob das Klaus Zeh war als unmittelbarer Vorgänger oder Michael Pietzsch, auch die Zeit der großen Koalition hat hier einiges geleistet, um in all diesen Jahren mit den Werkstätten, aber auch mit vielen anderen Möglichkeiten, eine Landschaft für die Teilhabemöglichkeit Behinderter auszubauen. Da ist in Thüringen wirklich Vorbildliches geleistet worden. Das kann sich sehen lassen. Das will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen.

Wichtig ist auch, und darüber besteht wohl Einigkeit, dass man in der Tat von dieser vielleicht noch früher gängigen Defizitbetrachtung wirklich zu einer Potenzialbetrachtung kommt, zu einer Chancenbetrachtung, zu einer Teilhabebetrachtung. Und dass da das Thema Arbeit ein ganz wichtiges ist, was in Werkstätten gelingen kann oder gelingt, aber auch außerhalb von Werkstätten. Ich denke, man sollte hier kein Dogma aufmachen, sondern die jeweils adäquate Form finden.

Aber auch darüber hinaus wurde eine ganze Menge getan. Lassen Sie mich das nur kurz anbringen: So wurde in den Jahren 2000 bis 2005 ein Programm zur besonderen Förderung der Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen mitfinanziert oder überhaupt finanziert. Da wird schon deutlich, die Werkstätten sind nicht alles, sondern es geht da, wo es möglich ist, tatsächlich um Integration im ersten Arbeitsmarkt.

Seit 2007 erfolgt eine Förderung zur besseren beruflichen Integration besonders betroffener schwerbehinderter Menschen entsprechend dem Programm „Job 4000“. Also, auch das hat es gegeben. Im laufenden Jahr 2008 hat das Land bei einem schmalen Budget, das dafür zur Verfügung steht, die Integrationsfachdienste nochmals personell verstärkt, um neue Aufgaben wie die Begleitung und aktive Unterstützung des Übergangs von Jugendlichen mit Behinderung von der Schule in das Berufsleben und die Unterstützung von Beschäftigten der Werkstatt für behinderte Menschen in eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt realisieren zu können. Des Weiteren wurden Leistungen für Integrationsprojekte und die begleitenden Hilfen für Arbeitgeber aufgestockt. Auch das ist eine wichtige Facette, wenn man den Gesamtrahmen betrachtet.

Auf die Übergabe des ersten Tätigkeitsberichts des Behindertenbeauftragten Dr. Paul Brockhausen wurde bereits hingewiesen. Auch er engagiert sich für bessere Beschäftigungschancen für die Betroffenen auf dem ersten Arbeitsmarkt. So wurden im Jahr 2006 Arbeitgeber im Rahmen einer Aufklärungskampagne informiert. Die Kampagne trug den Titel „Behindert - Erfolgreich im Beruf“. Beteiligt daran waren das Thüringer Wirtschaftsministerium, das Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft und der Sozialverband VdK.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass allein auf Länderebene die bundesweit offenen Fragen, die es nach wie vor durchaus gibt, und die Herausforderung in diesem Bereich nicht gelöst werden können. Dennoch ist es wichtig, auch in andere Länder zu schauen, was dort geschieht. Gerade beispielsweise angesichts des in allen Ländern steigenden Bedarfs an Plätzen für Werkstätten ist über die Ursachen dieser Entwicklung zu diskutieren. In den Bund- und Länderausschüssen, die sich damit befassen, den Sozialministerkonferenzen, die sich beispielsweise unter meinen Vorgängern im Jahr 2007 damit befasst haben, als es um die Weiterentwicklung der Einführungshilfe für Menschen mit Behinderungen ging, überall da gibt es Aktivitäten und Initiativen. Ich denke, das führt jetzt hier zu weit. Ich will nur sagen, es gibt bundespolitischen Handlungsbedarf, aber es gibt eben auch die Modelle und das, was fachspezifisch in den einzelnen Ländern immer wieder angegangen wird. Dabei gibt es in den fachpolitischen Diskussionen durchaus unterschiedliche Meinungen vor allen Dingen in den Gewichtungen. Ich will nur mal einige wenige darstellen. Da gibt es einige Experten, die die Werkstätten für einen größeren Personenkreis öffnen möchten. Da sehen andere wieder die Finanzierbarkeit der Werkstätten für Behinderte als wichtige und unverzichtbare Einrichtung, die sie ja sind für schwer geistig, körperlich oder psychisch behinderte Menschen, die keine

Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, als gefährdet an. Da gibt es immer wieder das Ringen, die Diskussion, wo ist die Gratwanderung, die man gehen kann, die man gehen muss? Wieder andere sehen die Suche nach Alternativen zur Werkstatt als Suche nach Sparmodell ohne Rücksicht auf die Belange der betroffenen Menschen - das kann nämlich auch kommen als Vorwurf. Und schließlich gibt es auch jene, die in jeder Art von Sondereinrichtung eine Form von Stigmatisierung sehen und das Recht auf Teilhabe nur bei Integration aller Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt erfüllt sehen. Das wäre auch über das Ziel hinausgeschossen. Herr Kollege Nothnagel, Sie haben auch nochmal deutlich gemacht, dass Sie das so doch nicht gemeint haben. Da war ja im vergangenen Jahr mal eine Irritation. Darüber ist dann auch hier im Landtag debattiert worden. Im Bemühen, diesen Menschen schnell adäquate Hilfen zukommen zu lassen, ich nannte es schon und es ist ja Gegenstand des Antrags von der SPD-Fraktion vor allem im Punkt 2, sind bereits verschiedene Modellvorhaben erprobt worden, wie z.B. das Projekt „Budget für Arbeit“ in Rheinland-Pfalz. Ich meine, warum soll man nicht sehen, was davon vielleicht auch in Thüringen geht, zumal wir in die Ausschussbefassung gehen, wenngleich die Fachleute und vor allem die Juristen dann auch darauf aufmerksam machen, dass das alles nicht unproblematisch ist, weil das bundesrechtlich noch nicht geregelt sei usw. Aber trotzdem, was in dem einen Land geht, kann man sich ja zumindest mal anschauen und möglicherweise Schlüsse für das eigene Land ziehen.

Auch Thüringen hat Projekte, das dürfen wir dabei nicht übersehen, z.B. das Jenaer Zentrum der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben, was an der Erprobung des Projektes Jobbudget arbeitet. Auch das ist sicher interessant und sollte begleitet werden. Es ist ein Projekt, wo behinderten Menschen in Werkstätten Wahlmöglichkeiten eröffnet werden unter Einbeziehung des persönlichen Budgets einen Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt, zu betrieblicher Integration zu erhalten. Darüber hinaus befindet sich gegenwärtig ein gemeinsames Projekt mit Bayern zum Übergang Förderschule-Beruf in Vorbereitung. Auch da wird man sehen, was zeigt dieses Projekt, was kann man davon vielleicht auch mal verallgemeinern.

Ich denke, meine sehr geehrten Damen und Herren, das waren jetzt einige allgemeine Stichworte zu einem Antrag, der dann auch ganz konkret dezidiert nachfragt. Da soll es bei der ausführlichen Befassung dann auch nicht an den notwendigen Zahlen fehlen. Ich denke aber, an dieser Stelle zur Auftaktbefassung hier im Parlament vor der Ausschussüberweisung möchte ich es dabei belassen und noch einmal feststellen, es gibt nicht diesen einen Kö-

nigsweg, sondern alle Maßnahmen, die adäquat, die zielgerichtet sind, sind wichtig, sind gewollt, die müssen auch nebeneinander stehenbleiben können. Deswegen meine ich, dass wir im Ausschuss in der Diskussion diese kontinuierliche Aufgabe, die wir vor uns haben, so diskutieren, dass es sach- und fachgerecht ist und dass wir auch wissen, es ist keine Aufgabe, die so oder so einmal zum Abschluss kommen wird, sondern wir sind hier ständig in Weiterentwicklung nicht zuletzt auch aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse, die zum Glück auch in diesem Bereich immer wieder zielführender, genauer sind und auch mit einbezogen werden sollten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und schließe mich dem Votum, was von den Vorrednern bezüglich des weiteren Verfahrens geäußert worden ist auch vonseiten der Landesregierung gern an. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann schließe ich jetzt die Aussprache. Ich muss jetzt noch einmal nachfragen. Es gab nicht nur die Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit? Ich würde das auch als ganzen Antrag abstimmen lassen - nicht in den Punkten 1 und 2. Es ist zwar immer wieder gesagt worden, Punkte 1 und 2 als gesamten Antrag an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, aber auch an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, gut.

Also stimmen wir als Erstes ab, diesen Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/4147 an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall.

Als Nächstes stimmen wir ab, diesen Antrag an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zu überweisen. Da bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit ist abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 30 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31**

Bündelung von vier Wahlen in Thüringen an zwei Terminen im Jahr 2009

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/4148 -

Die SPD-Fraktion hat nicht angekündigt, dass sie das Wort zur Begründung nehmen möchte, so dass ich die Aussprache eröffne und ich rufe für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Carius auf.

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE)

Abgeordneter Carius, CDU:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Herr Hausold, den Gefallen werde ich Ihnen nicht tun. Jetzt sind Sie wahrscheinlich überrascht.

Politikverdrossenheit ist sicher ein großes Problem und wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie wir diesem Problem letztlich begegnen können, wie wir Politik attraktiv machen können, aber die SPD-Fraktion scheint den falschen Weg zu gehen, indem sie meint, die Politikverdrossenheit überwinden zu können, indem sie die Bürger am besten so wenig wie möglich in einem Jahr mit Wahlen und mit Politik behelligen möchte. Das ist nicht unser Ansatz. Sie wollen mit Ihrem Antrag die Menschen so wenig wie möglich letztlich mit Politik in Berührung bringen. Aber Sie befinden sich auf einem Holzweg, meine Damen und Herren,

(Heiterkeit SPD)

denn Politik lebt davon, ja natürlich, das ist ein freudiges Thema, wenn wir über Politik reden und über die Attraktivität, wie wir es schaffen, dass wir Wähler wieder für die Politik gewinnen. Da ist es ein Thema, bei dem man auch lachen kann, weil natürlich nur mit Freude wir auch für diese Attraktivität letztlich auch für Politik werben können, wenn wir uns hier nur die Köpfe einschlagen, hilft das ja gar nicht.

(Beifall CDU)

Insoweit ist ja ganz klar, unser wichtigstes Ziel muss sein, die Menschen für Politik zu interessieren. Insofern lehnen wir den Antrag, das wird Sie nicht überraschen, ab. Wir gehen eher einen anderen Weg, den haben wir mit der Einbringung des Gesetzentwurfs zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und zur verbesserten Teilhabe an kommunalen Entscheidungsprozessen vorgelegt. Wir wollen, dass die Bürger sich aktiv beteiligen können in Wahlen, in Abstimmungen, in Volksbegehren, wir wollen auch, dass die direkte Teilhabe der Bürger an Einzelentscheidungen besser möglich ist.

(Unruhe SPD)

Insoweit, glaube ich, gehen wir, was das Problem der Politikverdrossenheit anlangt, den richtigen Weg. Was natürlich auf der kommunalen Ebene gilt, meine Damen und Herren, gilt auch für die Landesebene.

Das heißt aus unserer Sicht, dass es uns geboten erscheint, dass die Bürger auch eine eigenständige Abstimmung über die Politik im Land führen müssen, und dass wir die nicht zusammenfassen und die SPD im Windschatten von Kurt Beck da in eine große Wahlniederlage hineinsegelt, sondern dass Sie für die Oppositionsarbeit hier eine Abrechnung und eine Quittung bekommen.

(Unruhe SPD)

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:
Danke für Ihr Mitgefühl.)

Insofern glaube ich, ist es deswegen sinnvoll, dass wir eine eigenständige Landtagswahl hier in Thüringen durchführen und Sie nicht in die Situation bringen, dass Sie da in Kurt Becks Windschatten mitsegeln können. Das wäre auch ohnehin eher schlecht für Sie.

Meine Damen und Herren, man könnte natürlich dann auch sagen, Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Das heißt, die Mehrheit der Bevölkerung entscheidet, und deswegen muss uns das auch was kosten. Insofern könnte man dann auch sagen, dass das Kostenargument überhaupt keine Rolle spielt. Ich habe aber aus Ihrem Antrag heraus gesehen, dass Sie anders als sonst eine große Sorge um den Landeshaushalt umtreibt und dass Sie hier meinen, mit Kostenargumenten für Ihren Antrag der Zusammenlegung von Bundestagswahl und Landtagswahl sprechen zu können.

Nun gut, ich wollte dieses Kostenargument ja eigentlich nicht anführen. Aber selbst wenn man sich dieses Arguments bedient, meine Damen und Herren, möchte ich darauf hinweisen, dass der Antrag der SPD-Fraktion nicht stichhaltig ist, und zwar nicht stichhaltig unter dem Punkt, dass man sich ja überlegen muss, wenn wir schon Kostenargumente ins Feld führen, dann sollten wir doch darauf schauen, wo wir denn möglichst viele Kosten einsparen. Die Einsparungen sind so, dass wir - wie das auch aus den Anfragen hervorging - bei einer Zusammenlegung von Bundestags- und Landtagswahl rund 352.000 € einsparen würden. Wenn wir hingegen Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen zusammenlegen würden, kämen wir auf Einsparungen von rund 1,5 Mio. €. Insofern scheint mir offenkundig zu sein, dass man - wenn man sich dem Kostenargument stellen wollte - eher sagen müsste, lasst uns doch noch mal überprüfen, ob wir nicht die Verfassung insoweit auch ändern, dass eine Zusammenlegung von Landtagswahl, Europawahl und Kommunalwahl möglich ist. Dies könnte dann auch unter dem Gesichtspunkt der Wahlbeteiligung zielfüh-

rend sein. Wie wir ja alle wissen, ist es so, dass die Bundestagswahl ohnehin eine selbstständig hohe Wahlbeteiligung hat. Die Landtagswahl hat auch eine hohe Wahlbeteiligung. Wenn wir das dann mit Kommunal- und Europawahl bündeln, würden wir für die Europa- und auch für die Kommunalwahl eine entsprechend höhere Wahlbeteiligung erreichen. Insofern ließe sich also sagen, wenn Sie schlüssig argumentieren würden, müssten Sie uns hier empfehlen, dass wir Landtagswahl, Kommunalwahl und Europawahl zusammenlegen. Dass Sie das nicht tun, meine Damen und Herren, das ist uns ja allen klar, hat vor allen Dingen parteitaktische Gründe. Ich will darauf gar nicht näher eingehen.

(Zwischenruf Abg. Pilger, SPD: Die würde ich ja gern mal hören.)

Aber aus unserer Sicht scheint es sowohl aus Aspekten der Kosten natürlich, dass die Demokratie Kosten verursacht, dass wir diese auch hinnehmen und tragen müssen, weil das so ist zum einen und zum anderen scheint es uns auch die richtige Ordnung im Land zu sein. Darauf hat man sich ja mal verständigt, als das Wahlgesetz erlassen wurde, dass die Wahltermine durch die Landesregierung letztlich bestimmt werden innerhalb einer Frist, die die Verfassung vorgibt. Insofern, meine Damen und Herren, wollen wir, dass die Bürger eine eigenständige Entscheidung zur Landespolitik treffen können, die nicht überlagert wird durch Entscheidungen etwa zu bundespolitischen Fragen.

Insofern, meine Damen und Herren, sind wir deswegen gegen den Antrag der SPD-Fraktion, der sowohl inhaltlich nicht überzeugt und nicht schlüssig ist als auch aus den von Ihnen dargelegten Kostenargumenten nicht tragfähig ist. Ich beantrage deshalb die Ablehnung des Antrags.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordneter Carius, gestatten Sie eine Frage von Herrn Abgeordneten Höhn?

Abgeordneter Carius, CDU:

Selbstverständlich.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Bitte, Abgeordneter Höhn.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Danke, Herr Kollege. Wenn Ihre Argumentation so schlüssig ist, wie Sie uns jetzt hier glauben zu machen versuchen, warum hat dann die Vorsitzende der CDU im Bund, die Frau Merkel, genau diese

Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen befürwortet?

Abgeordneter Carius, CDU:

Ja, das ist natürlich eine eigenständige Entscheidung der Bundeskanzlerin, ob sie was befürwortet oder nicht. Ich denke aber doch, dass wir hier einen guten Weg gehen, wenn wir unseren Schwerpunkt auf landespolitische Themen legen. Wenn Sie das aus anderen parteitaktischen Gründen für sich missbrauchen wollen, ist das Ihre Sache. Ich denke nicht, dass der Landtag gut beraten wäre, diesen Weg mitzugehen. Danke.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Matschie, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Carius, ich glaube, Sie müssen das nächste Mal Ihre Argumente etwas besser sortieren. Zu Beginn Ihrer Rede haben Sie uns nahegelegt, möglichst oft wählen zu lassen 2009. Dann haben Sie uns empfohlen, gleich drei Wahlen zusammenzulegen und dazu auch noch die Verfassung zu ändern.

(Zwischenruf Abg. Carius, CDU:
Ich habe nur aufgegriffen, was Sie
beantragt haben.)

Sie müssen sich schon entscheiden, Herr Carius, was Sie einfordern wollen. Zum formalen Verfahren will ich auch noch einmal deutlich machen, natürlich ist uns auch klar, dass die Landesregierung die Entscheidung zu treffen hat über die Wahltermine. Aber dieser Antrag ist einer, in dem der Landtag eine Aufforderung ausspricht an die Landesregierung. Das Thema „Wahltermine“ wird landauf, landab diskutiert und ich finde, es ist nur richtig und gut, wenn sich auch der Landtag damit beschäftigt und sein Votum zu dieser Frage abgibt. Ich finde es schon ein bisschen abenteuerlich, wenn Sie, nachdem wir in der letzten Legislaturperiode die Verfassung geändert haben, um den Wahltermin festzulegen, damit er wieder im Herbst stattfinden kann, jetzt, wo Sie parteitaktisch kalte Füße bekommen, was die Wahltermine angeht, uns eine erneute Verfassungsänderung empfehlen, um den Wahltermin wieder in das Frühjahr vorzulegen.

(Zwischenruf Abg. Carius, CDU:
Auf den 18. März.)

Wer so mit der Verfassung umgeht, der wird nur Frustration bei den Bürgern ernten können.

(Beifall SPD)

Herr Carius, Sie haben ja heute schon einen Antrag vorgelegt, da ging es um einen Tag der Parlamentarischen Demokratie. Ich finde, Sie sollten noch einmal überlegen, ob Sie nicht der parlamentarischen Demokratie auch einen Dienst damit tun, wenn Sie die Wahltermine dort, wo das sinnvoll möglich ist, auch zusammenlegen. Es war ja auch nicht nur die Kanzlerin, die sich dafür ausgesprochen hat, sondern auch der Bundespräsident hat sich in seiner Berliner Rede für die Zusammenlegung von Wahlterminen ausgesprochen, da, wo das möglich ist. Und es ist auch erlaubt, mit der Kostenfrage zu argumentieren. Natürlich kostet Demokratie Geld, kosten demokratische Institutionen Geld. Dieses Geld ist auch sinnvoll ausgegeben für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Aber da, wo es möglich ist, ohne großen Aufwand Kosten zu sparen, muss auch um das Einsparen von Kosten geredet werden können. Herr Carius, es ist nun einmal so, wenn man die Kommunal- und Europawahl und die Bundestags- und Landtagswahl zusammenlegt, dass man dann Kosten spart und dass es deutlich günstiger für die Steuerzahler kommt als wenn man alle vier Wahlen getrennt macht. Dafür haben Sie ja plädiert, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Ich glaube auch, dass es nicht besonders bürgerfreundlich ist, einen Landtagswahltermin noch im August ins Auge zu fassen, wie das im Moment kolportiert wird. Zwar sind die Schulferien da schon zu Ende, die liegen sehr zeitig im nächsten Jahr, aber dennoch ist für viele, die nicht an die Schulferien gebunden sind, der August immer noch klassische Urlaubszeit. Auch deshalb, glaube ich, wäre es sinnvoller und im Sinne der Bürger, wenn der Wahltermin nicht schon im August liegt, sondern zusammengelegt wird mit dem Bundestagswahltermin Ende September. Auch das gehört zu den Ritualen nach vielen Wahlen, dass sich politisch Verantwortliche über die niedrige Wahlbeteiligung beklagen und, wie ich finde, auch oft zu Recht. Auch ich wünsche mir, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an Wahlen beteiligen. Es ist kein Geheimnis, und dafür gibt es auch Beispiele, die man auswerten kann, dass die Wahlbeteiligung höher wird, wenn die Wahlen zusammengelegt werden. Wir hatten die höchste Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl an dem Zeitpunkt, das war 1994, als Landtagswahl und Bundestagswahl zum gleichen Zeitpunkt stattfanden. Wir haben bei der letzten Landtagswahl noch eine Wahlbeteiligung von knapp 54 Prozent gehabt und haben bei Bundestagswahlen im Durchschnitt eine Wahlbeteiligung von 75 Prozent gehabt. Ich finde, auch das ist für demokratische Parteien eine Überlegung wert, wie kann es durch die Entscheidung von Wahlter-

minen gelingen, dazu beizutragen, dass möglichst viele Menschen sich an der Wahl beteiligen. Ich sage in Klammern dazu, auch die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien spricht dafür, dass wir alles unternehmen, um eine hohe Wahlbeteiligung hinzubekommen. Wir wissen, dass es mit einer hohen Wahlbeteiligung

(Beifall SPD)

besser möglich ist, extreme Parteien aus den Parlamenten herauszuhalten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, deshalb - auch vor dem Hintergrund der Debatte heute Vormittag - bitte ich Sie einfach noch einmal nachzudenken, ob Sie nicht mit uns gemeinsam die Landesregierung auffordern, die möglichen Wahltermine zusammenzulegen, nämlich Europawahl und Kommunalwahl, Landtagswahl und Bundestagswahl, das ist bürgerfreundlich, das spart Kosten und das ist im Sinne der Demokratie, die wir gemeinsam stärken sollten.

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen ... Bitte, Herr Abgeordneter Hausold.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vielleicht die Frage aufgreifend parlamentarische Demokratie und ihre Bedeutung und ihr Ansehen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Zu diesem Ansehen gehört natürlich auch, dass man als politische Partei wie als Parlamentarier klar vor der Öffentlichkeit seine Ambitionen deutlich macht. Ich glaube ja - und das muss ich vor allen Dingen an Sie von der CDU weitergeben, etwas allerdings auch an meine Kollegen von der SPD-Fraktion -, so ganz deutlich sagen Sie das hier nicht, warum Sie sich einerseits zu dem Antrag und andererseits, was Sie betrifft, unter anderem auch zur Ablehnung dieses Antrags positionieren. Ich glaube schon, es ist jedem völlig klar, dass jedes parteipolitische Kalkül dabei überhaupt keine Rolle spielt.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wenn Sie denken, das nimmt Ihnen jemand im Land ab, dann sind Sie auf dem Holzweg an der Stelle.

(Beifall DIE LINKE)

Aber manche sagen im Übrigen besser der Holzweg als gar kein Weg, das weiß ich schon, dass ist

ja Ihre Methode, meine Damen und Herren von der CDU - wenig hilfreich kann ich da nur sagen.

Ich will hier noch einmal zwei Punkte nennen. Ich glaube schon, dass man bei den Wahlanalysen der vergangenen Jahre sehen kann, dass einerseits die SPD immer gut bei den Bundestagswahlen - zumindest bei der letzten - abgeschnitten hat. Es sei ihr in diesem Zusammenhang wirklich gegönnt. Es ist andererseits klar, dass Sie glauben, mit Ihrer Politik schöner unsere Städte und Gemeinden und weiter so - also mit einer speziellen Thüringenwahl, den Begriff habe ich auch schon oft gehört, am besten Punkten zu können. Aber ich will Ihnen noch einmal deutlich sagen, das Wichtigste, was die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wirklich brauchen - das sollte mit unterschiedlichen Nuancen der gemeinsame Anspruch sein - ist in den Kernfragen eine andere Politik. Da gestehe ich der SPD zu, dass Sie viel näher an dieser anderen Politik dran ist. Sie wollen Ihre fortführen, die offensichtlich nicht mehr von Erfolg gekrönt sein wird, das pfeifen ja nun die berühmten Spatzen von den Dächern, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb brauchen wir hier auch nicht so eine Akrobatik zu bemühen. Ich kann Sie beruhigen, Herr Carius, wenn Sie gegenwärtig vom Windschatten des Herrn Beck sprechen und vielleicht auf das Wahlergebnis mit einiger Unruhe schauen, da muss ich sagen, nach den jetzigen Erkenntnissen müssen Sie ja diese Bedenken noch nicht einmal haben. Da könnten Sie viel großzügiger mit diesen Fragen umgehen und brauchen sich gar nicht so zu verstellen, wenn Sie ein ehrliches Votum wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Ansonsten sage ich, die rational vorgetragenen Argumente der SPD sind durchaus stimmig und deshalb werden wir dem Antrag, die Landesregierung entsprechend aufzufordern, auch zustimmen. Im Übrigen, was meine Partei und Fraktion betrifft, wir gehen davon aus, dass wir mit unseren Alternativen und politischen Konzepten unabhängig vom Wahltag im Jahr 2009 großen Erfolg haben werden und deshalb unser Votum in diese Richtung.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten vor. Wünscht die Landesregierung das Wort? Bitte, Frau Ministerin.

Walsmann, Justizministerin:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, in einem Punkt Ihres Antrags, sehr geehrte Damen und Herren von der SPD-Fraktion, namentlich Herr Matschie, stimme ich ja mit Ihnen überein. Bisher stehen weder der Termin für die Europawahl noch der Termin für die Bundestagswahl fest. Das kam nicht so ganz klar bei Ihnen rüber, Herr Matschie, aber es steht eben nicht fest der Termin für die Bundestagswahl. Die übrigen Punkte in Ihrem Antrag weise ich namens der Landesregierung allerdings mit Entschiedenheit zurück. Die Landesregierung wird in verantwortungsvoller Art und Weise und zu gegebener Zeit den Zeitpunkt für die Kommunalwahl und den Zeitpunkt für die Landtagswahl festlegen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD:
Das ist aber ein schöner Satz.)

(Unruhe SPD)

Auf die dabei tragenden Erwägungen werde ich auch gleich zu sprechen kommen, allerdings einige Bemerkungen, denke ich, zu den rechtlichen Rahmenbedingungen sind angezeigt, wie mir Ihr Wortbeitrag doch hier gezeigt hat. Die Entscheidung über den Termin für die Bundestagswahl trifft der Bundespräsident und der wird sich im Rahmen der zeitlichen Vorgaben des Artikel 39 Abs. 1 Satz 3 Grundgesetz, um es genau zu sagen, auch davon leiten lassen, wie die Ferienzeiten in den einzelnen Bundesländern liegen. Das bedeutet, dass nicht jeder rechtlich mögliche Termin - wie schon bei den vorangegangenen Bundestagswahlen - auch tatsächlich in Betracht kommt. Vergleichbar ist die Situation bei der Europawahl. Die Bundesregierung bestimmt nach Maßgabe der von der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Zeitspanne den Tag der Wahl. Nach Lage der Dinge wird die Wahl zum Europäischen Parlament in dem Zeitraum vom 4. bis zum 7. Juni 2009 stattfinden. Eine Entscheidung über den Wahltag hat die Bundesregierung allerdings noch nicht getroffen und im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben. Bei der Entscheidung über die Termine der Landtags- und der Kommunalwahlen werden auch organisatorische und Kostenfragen natürlich mit in den Entscheidungsprozess der Landesregierung einfließen. Das sind aber nicht die einzigen Kriterien.

Es ist zudem unbedingt zu berücksichtigen, dass der eigenständige Charakter einer jeden Wahl bewahrt bleibt. Wie Herr Ministerpräsident Althaus bereits unlängst ausgeführt hat, haben die Wähler ein Recht darauf, sich bei Landtags- und Bundestagswahlen auf den konkreten Inhalt der Wahl zu konzentrieren. Wir brauchen einen deutlichen und inhaltlichen Unterschied zwischen beiden Wahlen, da

ansonsten landestypische Themen in der allgemeinen bundespolitischen Debatte unterzugehen drohen. Deshalb dürfen wir es auch nicht zulassen, dass die eine Wahl durch die andere Wahl in den Hintergrund gedrängt wird. Im Rahmen dieses Entscheidungsprozesses kann auch die Frage der Wahlbeteiligung mit in den Blick genommen werden. Die Annahme der SPD, eine Zusammenlegung allein würde bereits eine hohe Wahlbeteiligung garantieren, ist zu kurz gegriffen und dafür fehlen auch die notwendigen Beweise. Wenn dem so wäre, hätte man das Allheilmittel gegen geringe Wahlbeteiligung schon längst gefunden und alle Wahltermine in der Bundesrepublik Deutschland müssten auf einen Termin gelegt werden. Mit solchen Kunstgriffen würde es sich die Politik aber zu leicht machen. Dem Problem der vielfach zu beobachtenden sinkenden Wahlbeteiligung begegnen wir jedenfalls nicht mit so einfachen formalen Wahlrezepten, wie sie die SPD-Fraktion vorschlägt. Was die Menschen in unserem Land erwarten, ist eine inhaltlich überzeugende Politik, eine Politik, die für die Thüringerinnen und Thüringer und gut für den Freistaat ist. Da bin ich nun einmal anderer Auffassung als DIE LINKE-Fraktion, sondern ich meine, dass die CDU-Landesregierung tagtäglich eine gute Politik praktiziert.

(Beifall CDU)

(Heiterkeit SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor zu diesem Tagesordnungspunkt. Bitte, Herr Abgeordneter Höhn.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, ich beantrage namentliche Abstimmung.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Da keine Ausschussüberweisung beantragt worden ist, kommen wir direkt zur Abstimmung über den Antrag. Wir stimmen ab über den Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/4148. Ich bitte die Stimmkarten einzusammeln.

Jetzt hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimmkarten abzugeben. Ich beende die namentliche Abstimmung und bitte um Auszählung der Stimmen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt. Es wurden 78 Stimmen abgegeben, davon 34 Jastimmen, 43 Neinstimmen, 1 Enthaltung (namentliche Abstimmung siehe

Anlage). Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich beende diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32**

**Bilanz und Ausblick nach dem
4. Thüringer Ehrenamtstag am
18. Mai 2008 in Hildburghausen**

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/4251 -

Wünscht die Fraktion der CDU das Wort zur Begründung? Das ist nicht der Fall. Die Landesregierung erstattet Sofortbericht. Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Lieberknecht.

Lieberknecht, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich darf für die Landesregierung den Sofortbericht abgeben und möchte zunächst einmal feststellen, dass in Thüringen nach neuesten Schätzungen über 750.000 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich tätig sind. Das ist einen Beifall wert. 750.000 haben ein Ehrenamt in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie alle mit, wir alle mit, jeder hat ein Ehrenamt von uns auch.

(Beifall im Hause)

Dies entspricht einem Anteil von über 33 Prozent der Gesamtbevölkerung und damit liegt Thüringen im Vergleich zu anderen Ländern durchaus an der Spitze. Nahezu kein Bereich im staatlichen und gesellschaftlichen Leben Thüringens kommt ohne die ehrenamtliche Arbeit von Frauen und Männern aus. Wir haben es schon leicht durch etwas Klopfen angedeutet, dass wir dafür zu Recht dankbar sein dürfen und müssen.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Die Zahl der engagierten Bürgerinnen und Bürger hat in den letzten Jahren stetig zugenommen und das ehrenamtliche Engagement ist immer stärker auch in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Die Landesregierung hat ihren Beitrag geleistet, um gute Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement in Thüringen zu schaffen. Die Ehrenamtsstiftung, die auch aus Landesmitteln gefördert wird, hat sich etabliert. Im Übrigen eine Stiftung, die auf Beschluss hier im Hohen Hause damals, im Jahr 2001 war es, glaube ich, zurückging. Sie leistet gute Arbeit. Von dieser Stelle gilt mein Dank auch ausdrücklich den Mitarbeiterinnen der Ehrenamtsstiftung in Thüringen. Eine von vielen Möglichkeiten ist das, die Aufmerksamkeit auf das Ehrenamt zu lenken, zum Beispiel auch die durch die Thüringer Eh-

renamtsstiftung durchgeführten Ehrenamtstage, die auch Gegenstand des Antrags des Berichtersuchens sind, tragen dazu bei. Nach drei erfolgreich organisierten Ehrenamtstagen in Jena, Altenburg sowie Gera hat die Stiftung am 18. Mai 2008 in Hildburghausen zum vierten Mal einen Thüringer Ehrenamtstag durchgeführt. Mit diesem Tag des Ehrenamts sollen die Vielfalt und die Chancen des Ehrenamts aufgezeigt werden und es soll gleichzeitig vermittelt werden, dass freiwilliges ehrenamtliches Engagement eine Bereicherung für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft darstellt. Darüber hinaus soll an diesem Tag herausgestellt werden, dass sich bürgerschaftliches Engagement lohnt und dass für eine funktionierende Demokratie die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen von herausragender Bedeutung ist. Interessant und aufschlussreich war der am Ehrenamtstag in Hildburghausen präsentierte Markt der Möglichkeiten, den auch ich besuchen konnte. An über 50 Ständen konnten sich Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten für ein freiwilliges Engagement in der Region Hildburghausen informieren und wurden darüber hinaus angeregt und ermuntert, sich in ehrenamtliche Projekte ihres sozialen Umfeldes einzubringen. Die vielen Angebote auf dem Markt der Möglichkeiten und die große Anzahl von Besuchern waren in der Tat beeindruckend. Insgesamt besuchten ca. 1.200 Menschen, nicht nur aus dem Landkreis Hildburghausen, sondern aus dem gesamten Umfeld, aus verschiedenen Ecken Thüringens den Markt der Möglichkeiten und sie waren sehr angetan von dieser Art der Präsentation, wie sie dort zu erleben war. Kurzum, das Ehrenamt zeigte sich in seiner ganzen Breite und Vielfalt. Dies ist auch ein Zeichen der Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Heimat. Wer sich engagiert, identifiziert sich mit seiner Heimat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, im Landkreis Hildburghausen nimmt das Ehrenamt seit jeher einen hohen Stellenwert ein. Bereits 2004 bewarb sich der Landkreis um den ausgelobten Preis „Ehrenamtsfördernde Kommune“ und erzielte in der Kategorie Landkreise unter sieben Bewerbern den 1. Platz. Ich vermisse im Übrigen die Wahlkreisabgeordneten. Da ist einer.

(Zwischenruf Abg. Dr. Krapp, CDU: Hier.)

Seid stolz auf den Landkreis. Sehr gut angenommen an diesem Tag wurde auch die Würdigung von Bürgerinnen und Bürgern, die mit der Sportplakette, dem Thüringer Ehrenamtszertifikat und der Ehrenamts-card ausgezeichnet wurden. Das zeigt, bei uns in Thüringen gibt es eine ausgeprägte Kultur des Helfens, die sich oft eher im Verborgenen abspielt, aber bei diesen Gelegenheiten wirklich ein-

mal öffentlich benannt werden kann und auch dazu sollten die Auszeichnungen auf dem Ehrenamtstag dienen, vorbildliche Leistungen hervorzuheben, die in unserer hektischen Zeit oftmals nicht die verdiente Beachtung finden.

Der vierte Thüringer Ehrenamtstag war gleichzeitig der Abschluss der Festwoche anlässlich des 140. Geburtstags des Landkreises Hildburghausen. Ziel der Veranstaltung war es, den Menschen, die sich hinter den Kulissen seit langem in ihrer Freizeit unentgeltlich engagieren, ein wenig Anerkennung zukommen zu lassen. Daneben sollten weitere ehrenamtliche Helferinnen und Helfer motiviert und geworben werden. Das große Interesse an dem Thema „Ehrenamt“ wurde auch dadurch deutlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger im Landratsamt anriefen und nachfragten, ob sie diesen Tag mitgestalten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, Sie haben meinen Ausführungen entnehmen können, dass der vierte Thüringer Ehrenamtstag wie auch schon die Vorgänger-Ehrenamtstage wiederum ein voller Erfolg gewesen ist. Die Bilanz ist also eindeutig positiv. An diese Erfolgsgeschichte der ehrenamtlichen Arbeit im Freistaat Thüringen sollte auch in Zukunft angeknüpft werden. Es wird daher auch im Jahr 2009 den fünften Thüringer Ehrenamtstag geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Förderung des Ehrenamts in Thüringen erfolgt aber selbstverständlich nicht nur auf den Ehrenamtstagen. Das bürgerschaftliche Engagement in Thüringen ist von einer großen Vielfalt gekennzeichnet. Der Staat ist auf die Leistungen ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer angewiesen. Die Thüringer Landesregierung versucht durch vielfältige Maßnahmen, noch mehr Menschen zu entsprechendem Engagement zu motivieren. Bereits seit 1993 verleiht die Landesregierung die „Thüringer Rose“ für ehrenamtliche Sozialarbeit. Sie erinnert an das Rosenwunder der Heiligen Elisabeth und wird auch in diesem Jahr wieder am 19. November auf der Wartburg verliehen.

Seit 2004 verleiht die Thüringer Ehrenamtsstiftung die Auszeichnung Thüringer Ehrenamtszertifikat. Das Thüringer Ehrenamtszertifikat ist für den Inhaber ein Beleg für sein freiwilliges unentgeltliches bürgerschaftliches Engagement. Es kann insbesondere für junge Menschen ein landesweit anerkanntes Zertifikat für Studien- und Berufsbewerbungen sein.

Die durch die Thüringer Ehrenamtsstiftung eingeführte Thüringer Ehrenamtscard ist ebenfalls ein wichtiges Instrument der Würdigung und Anerkennung des Ehrenamtes. Mit dieser Card würdigen die Land-

kreise, die kreisfreien Städte und die Thüringer Ehrenamtsstiftung öffentlich die ehrenamtlichen Tätigkeiten der Bürgerinnen und Bürger, die sich in besonderer Weise für ihre Mitmenschen einsetzen. Sie sprechen ihnen persönlich Dank aus und stärken ihre Motivation für das Engagement. Die damit verbundene Gewährung von bestimmten Vergünstigungen durch Landkreise, Städte und Gemeinden im Freistaat Thüringen ebenso auch privater Unternehmen ist ein öffentliches Signal der Wertschätzung freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements. Die Ehrenamtscard wurde erstmals auf dem zweiten Thüringer Ehrenamtstag am 23. September 2006 in Altenburg verliehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich freue mich auch ganz besonders über die Einführung der Thüringer Ehrenamtsversicherung zum 1. April 2008. Mit dieser Versicherung haben die Thüringer Landesregierung, die Thüringer Ehrenamtsstiftung und der Sparkassenverband Sparkassenversicherung nach jahrelangen Diskussionen die Voraussetzungen für das Ehrenamt nochmals wesentlich verbessert. Dies ist insbesondere auch dem ehemaligen Staatssekretär Hermann Ströbel zu verdanken, der leider viel zu früh verstorben ist und eine schmerzliche Lücke an der Spitze der Ehrenamtsstiftung hinterlassen hat, die wir natürlich neu besetzen werden. Aber trotzdem - gerade an dieser Stelle möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, Herrn Staatssekretär Ströbel noch einmal herzlich für seine Arbeit zu danken.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wer sich in öffentlichen Ehrenämtern, in der Kirche oder in der Wohlfahrtspflege, im Sport oder bei der freiwilligen Feuerwehr engagiert, ist in der Regel durch den Träger versichert. Aber auch wer sich in kleinen Gruppen, Initiativen oder Projekten ehrenamtlich engagiert, braucht einen entsprechenden Versicherungsschutz. Hierzu dient eben diese Thüringer Ehrenamtsversicherung, die den Versicherungsschutz für bürgerschaftliches Engagement im Freistaat Thüringen - wie ich bereits sagte - deutlich verbessert.

Folgende aktuelle Maßnahmen und Projekte werden gerade angepackt. So fand am 3. Juli 2008 erstmals landesweit ein Projekttag unter dem Thema „Thüringer Schülerinnen und Schüler engagieren sich“ statt. Die Thüringer Ehrenamtsstiftung, Thüringer Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen sowie zahlreiche Thüringer Kommunen haben in besonderer Weise das freiwillige bürgerschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Im Rahmen dieses Projektes haben Kinder und Jugend-

liche die Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements kennengelernt, ihre sozialen Fähigkeiten unter Beweis stellen können und gelernt, Verantwortung zu übernehmen. Ideen gewinnen und wesentliche Fähigkeiten auch für ihr späteres Berufsleben erkennen und für Engagement öffentliche Anerkennung zu erhalten, das alles konnte man dabei erfahren. Wer sich in seiner Jugend erstmals engagiert, der wird auch mit einer viel größeren Wahrscheinlichkeit - das lehren im Übrigen auch alle Jugendorganisationen von Vereinen und Verbänden - zu den später ebenfalls Engagierten gehören.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Marktplatzmethode „Gute Geschäfte“ - so der Titel -, die bereits erfolgreich in Jena, im Unstrut-Hainich-Kreis, in Erfurt, in Nordhausen sowie in Weimar eingeführt wurde. Nunmehr soll die Marktplatzmethode im Rahmen eines dreijährigen Modellprojektes flächendeckend in allen 23 Gebietskörperschaften des Freistaats etabliert werden. Ein solcher „Marktplatz“ bringt gemeinnützige Organisationen und Wirtschaftsunternehmen für einige Stunden an einem Ort zusammen, um, wie auf einem Markt, für die Nachfrage der gemeinnützigen Seite nach Unterstützung die entsprechenden Angebote gesellschaftlichen Unternehmensengagements und umgekehrt zu finden. Also wie passen entsprechende Angebote zusammen und wie wird daraus eine möglichst gute Synergie? Ziel ist es, die Zusammenarbeit von gemeinnützigen Organisationen und Wirtschaftsunternehmen weiter auszubauen, die Lebensqualität durch soziale Partnerschaften im Sozialraum zu verbessern und zur Weiterentwicklung eines funktionierenden Gemeinwesens auch dadurch nachhaltig beizutragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich noch einmal kurz auf die Engagementförderpolitik in anderen Ländern - damit man einfach einmal die Einordnung im Vergleich hat - eingehen. Festzuhalten ist, dass die Thüringer Ehrenamtsstiftung bundesweit jedenfalls in dieser Funktionsweise und Funktionsbreite einmalig ist. In keinem anderen Land existiert eine solche Stiftung dieser umfassenden Ehrenamtsförderung, wie es diese Thüringer Ehrenamtsstiftung leistet. Die Engagementförderpolitik in den meisten anderen Ländern erfolgt über eine bzw. auch teilweise über mehrere oberste Landesbehörden. Hessen beispielsweise hat neben der für das Ehrenamt zuständigen Staatskanzlei die Landesehrenamtsagentur etabliert. Dabei handelt es sich um eine Servicestelle für Kommunen, Vereine und Verbände, aber auch für engagierte Einzelpersonen in allen Fragen rund um das Ehrenamt. Als Dach eines Netzwerks verknüpft die Landesehrenamtsagentur die vielfältigen Aktivitäten der hessischen Städte und Gemeinden, organisiert Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen und er-

möglicht damit einen hessenweiten Erfahrungsaustausch.

Ein anderes Land, Baden-Württemberg zum Beispiel: Dort gibt es das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“, welches das Ehrenamt im Land durch systematische und kontinuierliche Arbeit an Rahmenbedingungen und Strukturen begleitet und unterstützt. Es fördert die bürgerschaftliche Beteiligung und ermöglicht das Zusammenwirken der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure und Bereiche im Sinne gemeinsam wahrgenommener Verantwortung.

In Rheinland-Pfalz wurde vor einiger Zeit in der Staatskanzlei eine Leitstelle „Bürgergesellschaft und Ehrenamt“ eingerichtet. Diese Leitstelle kümmert sich um die Koordinierung und Abstimmung engagementfördernder Aktivitäten über die Grenzen der Ressorts hinweg und setzt sich für die Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger ein. Insbesondere in den Stadtstaaten haben sich wiederum sogenannte runde Tische des Ehrenamtes gebildet.

Schon allein, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, an diesen wenigen Beispielen kann man erkennen, wie unterschiedlich die Strukturen der Ehrenamtsförderung in den einzelnen Ländern sind. Gemeinsam aber ist allen Ländern das Bestreben, die Rahmenbedingungen des Ehrenamtes stetig zu verbessern, die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements, die Vielfalt der Tätigkeitsform und die Zusammenarbeit der Engagierten zu stärken und zugunsten der kommunalen Gemeinschaft und einer starken Demokratie zu entfalten. Dies erfolgt in den meisten Ländern durch die Einführung von Landesversicherung, Ehrenamtszertifikaten, Ehrenamtskarten, Freiwilligenbörsen, Ehrenamtstagen und sonstigen Veranstaltungen - Ehrenamtspreisen, -wettbewerben, -fachtagungen sowie sonstigen Projekten. Auf dieser Palette bauen wir auch in Thüringen weiter auf. Ich denke, wir haben eine gute solide Grundlage, auch mit Engagement aus diesem Hohen Hause. Darauf sollten wir immer wieder aufmerksam machen und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich frage: Wer wünscht die Beratung zum Sofortbericht? Die Fraktion DIE LINKE, die CDU-Fraktion und auch die SPD-Fraktion. Damit eröffne ich die Beratung zum Sofortbericht und erteile das Wort der Abgeordneten Pelke, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal herzlichen Dank an die Ministerin für den Bericht, für die Zusammenfassung dessen, was hier in Thüringen an ehrenamtlicher Tätigkeit geleistet wird. Ich glaube, ich darf auch im Namen aller anwesenden Abgeordneten ein herzliches Dankeschön an all diejenigen sagen, die in diesem Lande ehrenamtlich Verantwortung und Engagement übernehmen.

(Beifall im Hause)

Es ist keine Selbstverständlichkeit, sich zu engagieren, weil ehrenamtliche Tätigkeit bedeutet, Zeit zu investieren, bedeutet Arbeit zu investieren und Arbeit zu leisten und bedeutet natürlich auch, eine gesellschaftliche Aufgabe wahrzunehmen. Etwa die Hälfte aller Thüringer ist in mindestens einem Verein Mitglied und fast ein Viertel engagiert sich in zwei oder mehr Vereinen, in Sportvereinen, der Feuerwehr, in Jugendklubs, in Schulen, in Pflegeheimen, in Hospizen und natürlich auch Nachbarschaftshilfe, all das, was dazugehört. Wir können stolz darauf sein, weil die ehrenamtliche Tätigkeit ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft ist, das Engagement von Menschen für Menschen.

Nun ist natürlich, wie der Name schon sagt, ehrenamtliche Tätigkeit zunächst unentgeltlich, aber so ganz selbstverständlich sollten wir diese Arbeit nicht zur Kenntnis nehmen. Wir hatten mal auf Initiative der SPD-Fraktion hier in diesem Hause eine Diskussion um ein Ehrenamtsgesetz, wo es keine Vergleichbarkeit gab zu diesem Zeitpunkt, aber wo es darum ging, die Menschen zu entschädigen für das, was sie auch geldmäßig geben. Ob das die Telefonate sind, ob das möglicherweise der Blumenstrauß ist, ob es viele Wege sind, die mit dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln zu absolvieren sind, weil hier nicht allein das Dankeschön notwendig ist, sondern wir können es einfach auch nicht zulassen, dass der Ehrenamtliche neben Arbeit, Nerven und Zeit auch noch finanziell drauflegt. Deshalb haben wir um eine Entschädigung gerungen und haben dieses gewollt. Resultat daraus war dann die Ehrenamtsstiftung, die, denke ich, eine sehr gute Tätigkeit leistet und ich bin Ihnen dankbar, dass Sie auch hier heute noch mal den Kollegen Ströbel angesprochen haben, der eine sehr wichtige und verantwortungsvolle Tätigkeit in diesem Amt ausgeführt hat. Aber letztendlich müssen wir darüber nachdenken - und Sie wissen das alle, wenn es um die Verteilung von Ehrenamtsgeldern als Anerkennung für Vereine und Verbände geht, über die Ehrenamtsstiftung verteilt -, dass es letztendlich nicht ausreichend ist und dass wir darüber nachdenken müssen, ob es nicht an dieser Stelle wichtig ist, Ehrenamt besser und an-

ders auszustatten. Das bedeutet - und ich sage das ausdrücklich, weil auch speziell immer im Sport darauf hingewiesen wird -, Ehrenamt ist Ehrenamt und soll natürlich nicht eine bezahlte Tätigkeit werden, aber drauflegen muss natürlich auch nicht sein. Das Dankeschön, welches Sie als Ministerin eben angesprochen haben an vielen Stellen, was Auszeichnungen und Anerkennung angeht, ist natürlich wichtig, aber wir stehen als SPD-Fraktion dazu, dass es eine bessere finanzielle Förderung der Ehrenamtsstiftung geben muss. Es sollten - und da werden wir als SPD-Fraktion auch eine Initiative starten - neue Anstrengungen unternommen werden, ein Ehrenamtsgesetz zu erarbeiten, weil das auch eine sehr untergesetzte Anerkennung der Leistungen des Ehrenamts wäre.

(Beifall SPD)

Wir brauchen natürlich auch eine stärkere Förderung hauptamtlicher Strukturen im Bereich der Koordination und der Organisation von Ehrenamt, das wissen wir alle. Ehrenamt ist ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Tätigkeit, aber Ehrenamt kann und darf hauptamtliche Tätigkeit nicht ersetzen, ich will das an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen.

(Beifall SPD)

Wir wollen, dass die freiwilligen Agenturen in Thüringen flächendeckend vorhanden sein sollten, das ist bisher nicht der Fall. Dieses Netz hat noch sehr große Lücken. Auch hier müssen wir weiter arbeiten. Was die Entschädigung angeht, dazu habe ich mich schon geäußert. Auch die Frage der Weiterbildung, sehr geehrte Ministerin, sollte und könnte noch ausgebaut werden, denn da sind auch Ehrenamtler immer auf Unterstützung angewiesen. Wir wissen, dass in vielen Bereichen, insbesondere wenn es um abrechnungstechnische Dinge geht, wo es um die ordnungsgemäße Verwendung von Fördermitteln geht, all das kann dann, wenn es denn schief läuft, nicht dem Ehrenamt angelastet werden. Hier muss es eine andere Begleitung und eine bessere Schulung geben, wobei ich nicht negieren will, was bislang alles schon gemacht wird. Das heißt, wir müssen stärker auf die Zukunft ausgerichtete Strukturen im Ehrenamtsektor schaffen, denn nur so können wir dieses bereits geknüpft Netz auch erhalten und können die Selbsthilfepotenziale, die einfach notwendig sind, nutzen und weiter unterstützen. Das heißt, den Erhalt der bestehenden Strukturen wie bei den Wohlfahrtsverbänden und den anderen Bereichen weiter zu fördern. Natürlich gehört auch dazu, dass - und auch da sollte Politik mit unterstützen - die Förderung des Ehrenamts auch beinhaltet, dass ein regelmäßiger Austausch mit den Trägern des Ehrenamts stattfindet. Ich glaube,

das ist ein ganz wichtiger Aspekt, den wir auch heute und hier weiter unterstützen müssen. Insofern war der Berichtsantrag gut, wenn es auch schon eine Weile her ist, dass der Ehrenamtstag in Hildburghausen durchgeführt worden ist, ich glaube, da können wir überparteilich sagen, das ist eine gute Einrichtung. Ich selber konnte nicht da sein an diesem Tag, aber der Kollege Höhn hat natürlich aus regionaler Sicht sich dem Ehrenamtstag gewidmet und auch in der Fraktion darüber berichtet, dass es eine gelungene Veranstaltung war. Ich möchte an dieser Stelle auch noch mal sagen, weil man nicht immer weiß, warum bestimmte Berichte eingefordert werden, wir sollten auch versuchen, das Ehrenamt oder die Diskussion um das Ehrenamt nicht parteipolitisch auszunutzen, sondern an der Stelle auch übergreifend die Unterstützung zukommen lassen, die wir als Politik ableisten können sowohl ideell als auch finanziell und insbesondere auch deshalb, weil ich ja weiß, dass viele hier aus allen Fraktionen auch neben ihrer politischen Tätigkeit ehrenamtlich Funktionen ausüben und im Ehrenamt ist es immer so, dass man diese Funktion überparteilich ausübt und dass man da das Parteibuch sozusagen vor dem Verein liegen lässt und dann ordentlich gemeinsam miteinander arbeitet. Wir kommen ohne Ehrenamt nicht aus. Wir haben aber auch die Verantwortung, das Ehrenamt zu stützen und zu stärken und nicht zu nutzen zulasten der Hauptamtlichkeit in allen Bereichen.

Insofern noch mal herzlichen Dank für den Bericht. Ich denke, dass wir dann vielleicht auch hier in diesem Hohen Hause in der Lage sein werden, doch irgendwann noch mal ein Ehrenamtsgesetz zustande zu bekommen. Ich weiß, Frau Ministerin, dass Sie immer bereit sind, auch über solche Dinge zumindest sachlich zu diskutieren und wir werden an diesem Punkt einen neuen Anlauf nehmen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Meißner, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Meißner, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnetenkollegen, ohne das Ehrenamt wäre unsere Gesellschaft menschlich kälter und sicherlich auch nicht überlebensfähig. Das Ehrenamt in Thüringen ist derart vielfältig und bedeutend, dass ein einzelner Tagesordnungspunkt hier im Plenum und sicher auch nicht mein Redebeitrag diesem gerecht werden kann. In Thüringen sind mindestens ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich tätig und

tragen so wesentlich zum gesellschaftlichen Leben und Miteinander bei. Ich denke, ich spreche im Sinne aller Abgeordneten hier im Hause, dass allen Ehrenamtlichen ausdrücklich für ihre Tätigkeit zu danken ist.

(Beifall im Hause)

Ja, auch wenn wir das schon hatten, kann man das sicherlich an der Stelle auch noch mal erwähnen. Kaum ein Thüringer ist ohne Ehrenamt und wir als Abgeordnete spüren das nicht zuletzt bei den vielen Einladungen, die wir zu Vereinen und Verbänden bekommen, die dort Großartiges leisten. Die CDU-Fraktion und auch ich persönlich nutzen daher jede Möglichkeit, die Wertschätzung gegenüber denjenigen auszusprechen, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen freiwillig für ihr Ehrenamt einsetzen. Dabei investieren die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats nicht nur Arbeit, finanzielle Mittel und Nerven, sondern ihr wichtigstes Gut, das Gut ihrer Zeit zugunsten anderer Menschen und den unterschiedlichsten Zwecken. Ehrenamt bringt Menschen unterschiedlichster Herkunft, Alters mit verschiedenen beruflichen und finanziellen Voraussetzungen und unterschiedlichem Bildungsstand zusammen. Ehrenamt verbindet in und zwischen den Generationen. Von ganz jungen mittlerweile 6-jährigen Feuerwehrkindern bis zu über 80-jährigen Seniorenbeiratsmitgliedern zieht sich das Ehrenamt in Thüringen durch alle Altersstufen und alle Lebensbereiche.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Freistaat Thüringen ist sich des Stellenwerts des Ehrenamts bewusst und unterstützt es durch vielerlei Maßnahmen. Viele dieser zahlreichen Förderungsangebote für ehrenamtlich Tätige sind aber leider oftmals nicht bekannt. Daher möchte meine Fraktion den Ihnen vorliegenden Antrag durch Auswertung des vierten Ehrenamtstages in Hildburghausen als Anlass nehmen, die Unterstützungsmaßnahmen und Hilfestellungen der Landesregierung darzustellen, aber auch einmal in andere Bundesländer zu schauen. Nachdem sich der Landkreis Hildburghausen schriftlich um die Ausrichtung des Ehrenamtstages 2008 beworben hatte, fand dieser am 18. Mai dieses Jahres statt und bot eine bunte Veranstaltung mit dem breiten ehrenamtlichen Repertoire des Landkreises. So waren 52 Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen neben dem Handwerk präsent mit über 600 aktiven Ehrenamtlichen. Dies führte zu einer großen Resonanz bei zahlreichen Gästen und Bürgern. Viele Spitzensportler und Familien kamen und besuchten den Markt der Möglichkeiten sowie das Kinderfest und machten damit dem Ehrenamt alle Ehre. Die Bedeutung und der Stellenwert des Ehrenamts wurden an diesem Tage durch die große und breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit der Bevölkerung und auch der

Politik seitens aller Parteien bewusst dargestellt. Nicht umsonst titelte das „Freie Wort“ am folgenden Tage: „Ziehe den Hut vor den Engagierten - Veranstaltung lockte den ganzen Tag über Hunderte Menschen zum Landratsamt“. Die Darstellung des Ehrenamts in seiner Breite und Vielfalt und die Anerkennung der Leistungen standen am 18. Mai im Mittelpunkt; denn das Ehrenamt wird dort gewürdigt, wo es stattfindet - in der Gemeinschaft, der Kommune, dem Landkreis. Frau Ministerin sagte es schon, nicht zuletzt belegt die ehrenamtliche Tätigkeit die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Heimat. Ich bin mir daher sicher, dass auch im nächsten Jahr der fünfte Ehrenamtstag ein Erfolg sein wird.

Sehr geehrte Abgeordnetenkollegen, mit der bundesweit einmaligen Thüringer Ehrenamtsstiftung gibt es auf Landesebene ein weiteres Instrumentarium, um Ehrenamtlichen Unterstützung zukommen zu lassen. Am 9. Januar 2002 wurde diese als rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts errichtet, welche in der Ehrenamtsförderung führend und beispielgebend für andere Bundesländer geworden ist. Sie bietet ein breites Angebot für Ehrenamtliche an, für welche guten Gewissens Werbung gemacht werden kann und auch muss. Ich freue mich, dass das Kollegin Pelke ebenso sieht, denn eine gute Arbeit sollte man auch an dieser Stelle einmal loben. So ist die Thüringer Ehrenamtsstiftung zu der zentralen Anlaufstelle für Personen, Vereine, Verbände und Institutionen geworden, die ehrenamtliche Arbeit im Freistaat Thüringen leisten, wie es der Landtag in seinem Beschluss vom 17. Mai 2001 auch gefordert hat. Da der erfolgreiche Weg der Stiftung nicht ohne den persönlichen Einsatz ihrer Mitarbeiter möglich gewesen wäre, möchte ich neben dem genannten, leider kürzlich verstorbenen Vorsitzenden Herrmann Ströbel auch der derzeitigen Geschäftsführerin Frau Brigitte Mahnke ausdrücklich danken.

(Beifall CDU)

Viele Bürgerinnen und Bürger werden in ihrem ehrenamtlichen Engagement schon mit der Stiftung in Berührung gekommen sein und so ihre eigenen Erfahrungen gesammelt haben. Die Arbeit der Stiftung wird sehr positiv wahrgenommen. Das kann ich auch aus eigenem Erleben nur unterstreichen.

Mit der Förderung des Ehrenamts über die Stiftung verbindet sich auch die Hoffnung, neue innovative Formen ehrenamtlicher Tätigkeit zielgerichtet zu begleiten. Durch die Stiftung kann es aber auch gelingen, vorhandene Synergieeffekte stärker als bisher zu bündeln und zu nutzen. Letztlich sei auch noch hervorgehoben, dass die Ehrenamtsstiftung anregende Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement schafft. So verleiht die Stiftung des Thü-

ringer Ehrenamts ein Zertifikat für geleistete Arbeit und Engagement. Dieses kann perspektivisch auch für junge Menschen als Zeugnis bei Bewerbungen genutzt werden. Daneben attestiert auch die bundesweit anerkannte Jugendleitercard dem Inhaber eine Ausbildung und eröffnet ihm die Möglichkeit der Freistellung in der Jugendarbeit.

Die Thüringer Ehrenamtsstiftung ist auch Initiator der Thüringer Ehrenamtskarte. Wie die Entwicklung in den vergangenen Jahren zeigt, gibt es zunehmend mehr Landkreise, die diese Ehrenamtskarte in ihren einzelnen Regionen umsetzen und damit für ehrenamtliches Engagement werben.

Eine ganz neue Entwicklung und Idee der Thüringer Ehrenamtsstiftung ist auch eine Initiative, die seit diesem Jahr läuft. Die Thüringer Ehrenamtsstiftung sucht gemeinsam mit dem MDR jeden Monat den Thüringer des Monats. Ich denke, auch das ist eine durchaus öffentlichkeitswirksame Möglichkeit, für ehrenamtliches Engagement zu werben und auch zu würdigen.

Neben der Ehrenamtsstiftung gibt es zahlreiche weitere Unterstützungsangebote für Ehrenamtliche. Frau Ministerin hat schon viele in ihrem Bericht aufgezählt, aber ich denke, auch das Thüringenjahr hilft dem Ehrenamt in Thüringen durch das freiwillige bürgerschaftliche Engagement junger Menschen in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Familie, Sport, Naturschutz, Umwelt, Denkmalpflege und Kultur. Nicht unerwähnt möchte ich auch die zahlreichen Auszeichnungen und Ehrungen der Thüringer Landesregierung lassen. Dabei denke ich unter anderem an die „Thüringer Rose“ für ehrenamtliche Sozialarbeit oder die Thüringer Sportplakette als höchste staatliche Auszeichnung im Sport in Thüringen. Auch diese Idee der Auszeichnung haben viele Landkreise übernommen und drücken so ihre Wertschätzung gegenüber den Thüringer Bürgerinnen und Bürgern aus.

Sehr geehrte Damen und Herren, Engagement muss kontinuierlich sein, wenn es Wirkung zeigen soll. Das gilt auch für die ehrenamtliche Arbeit an sich. Aber es gilt auch für die Ehrenamtsförderung. Die Ehrenamtsförderung in Thüringen ist kontinuierlich. Allerdings bedarf es auch einer beständigen Weiterentwicklung der allgemeinen Ehrenamtsförderung und neuer Impulse zur Verstärkung der freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit. Thüringen ist ein Land, in dem eine ausgeprägte Kultur des Helfens existiert. Ehrenamtliches Engagement hat in Thüringen eine lange Tradition und das werden Sie sicher in Ihren Wahlkreisen auch zu spüren bekommen. Die Menschen arbeiten schon immer in Kirchen, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien aktiv mit. Wir brauchen Menschen, die sich Mitmenschen zu-

wenden. Wir brauchen Bürger, die sich engagieren, die ihre Talente und Begabungen, ihre Lebens- und Berufserfahrung freiwillig und unentgeltlich in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Die Ehrenamtsförderung erfolgt neben den Maßnahmen auf Landesebene daher zu Recht auch durch vielerlei Förderer auf allen Ebenen und aus allen Bereichen. Alle Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden versuchen, ihre Ehrenamtlichen zu unterstützen. Aber auch viele Stiftungen und auch Unternehmen kommen ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung beispielsweise durch Spenden nach. Ohne dieses Gesamtsystem wäre eine umfassende Ehrenamtsförderung in Thüringen nicht möglich. Deswegen denke ich, auch an dieser Stelle einmal diesen Förderern danken zu müssen und möchte dies im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich tun.

(Beifall CDU)

Die Motivation, Ehrenamtlichen unter die Arme zu greifen, darf nicht aufhören, denn eine Investition ins Ehrenamt ist eine Investition in Thüringen und in die Zukunft der Thüringer Bürgerinnen und Bürger. Für die CDU-Fraktion ist das Berichtersuchen durch die Ausführungen der Ministerin erfüllt und ich danke, wie meine Kollegin Pelke, ihr dafür ausdrücklich. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen, es ist reichlich gesprochen worden und im Interesse der Abarbeitung der Tagesordnung könnte ich jetzt hier aufhören. Aber dennoch sind einige Aspekte noch zu beschreiben und sicherlich auch nötig zu beschreiben. Bilanz und Ausblick nach dem vierten Ehrenamtstag in Thüringen, so lautete der Antrag der Kollegen der CDU-Fraktion. Lassen Sie mich auch mit Blick auf das schon Gesagte noch drei weitere Begriffe in die Debatte einwerfen: Wandlung, Ursache, Anforderung. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist bei diesem Thema wichtig festzustellen, dass sich die Inhalte und damit verbunden die Anforderungen, aber auch die Ziele und Methoden in den letzten Jahren spürbar verändert haben. Wer Bilanz zieht, wer Aktivitäten, Berichte und Veröffentlichungen zur Kenntnis genommen hat, muss verstärkt auch solche Sätze lesen: „Ehrenamt muss die Lücke bei den nicht mehr zu bezahlenden Sozial- und Dienstleistungen schließen.“ „Die Krise der öffentlichen Hand führt zu einem Rückzug im staat-

lichen und kommunalen Handeln.“ „Geht uns die bezahlte Arbeit aus und kommt das unbezahlte bürgerliche Engagement?“ „Was ist mit dem Spannungsbogen zwischen Haupt- und Ehrenamt?“ „Wer trifft wen?“ „Professionalität oder Menschlichkeit?“ „Solidarität, Nächstenliebe, Würde und Achtung.“ „Mehr Quantität oder mehr Qualität oder gar beides?“ All diese Probleme, Fragen und Gedanken, meine Damen und Herren, sind Bestandteil einer Bilanz und eines Ausblicks. Wir dürfen feststellen, das bürgerliche Engagement, das Ehrenamt hat einen festen, unverrückbaren, notwendigen und unverzichtbaren Platz in der Gesellschaft. Man kann mit Fug und Recht sagen, es ist ein Wesensbestandteil, es ist ein zivilisatorischer Bestandteil. Man muss sich nur einmal vorstellen, der Übungsleiter der E-Jugend oder der Chorleiter des Frauenchors, der Schöffe oder die Kameraden der freiwilligen Feuerwehr, die Menschen, die Jahr für Jahr die Froschzäune an unseren Straßen ziehen, die vielen Helfer im sozialen Bereich bei Diakonie und Caritas und der hilfreiche Nachbar, der völlig unauffällig und lautlos von jeder öffentlichen Wahrnehmung sein Ehrenamt betreibt, wäre nicht mehr da oder würden ihr ehrenamtliches Engagement einstellen - unvorstellbar, meine Damen und Herren, und verheerend für die Gesellschaft. Weil ich sicher viele Menschen in dieser kurzen Aufzählung vergessen habe und ich damit natürlich sehr vielen Unrecht tue, schließe ich mich - so wie meine Vorredner - einem riesengroßen Dank allen großen und kleinen Ehrenamtlichen von diesem Podium ausdrücklich an.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, hier darf ich, nein, ich glaube sogar kann und muss man die beeindruckenden Zahlen noch einmal nennen. Ein Drittel der Thüringerinnen und Thüringer, Frau Ministerin hat es gesagt, etwa 750.000, sind ehrenamtlich tätig mit durchschnittlich ca. 15 Stunden monatlich. Wenn man jetzt an dieser Stelle einmal den gesellschaftlich geforderten Mindestlohn von 7,50 € ansetzt, wird durch die in Thüringen ehrenamtlich Tätigen eine Wertschöpfung von ca. rund 1 Mrd. € geschaffen. Auf diesen materiellen und damit verbundenen auch ideellen Wert können und wollen wir nicht verzichten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle auf die Fragen der Motivation, der Schwerpunkte und in diesem Zusammenhang stehende Probleme eingehen. 90 Prozent der ehrenamtlich Tätigen begründen ihr Handeln mit dem Satz, anderen Menschen helfen zu wollen; 88 Prozent sind für eine Unterstützung des Gemeinwohls durch ihr Handeln oder nehmen die Position ein, durch ihr ehrenamtliches Engagement auch Spaß an diesem Engagement zu finden. Darüber hinaus sehen 83 Prozent die Erarbeitung oder Erweiterung eigener Kennt-

nisse sowie 79 Prozent den Kontakt zu anderen Menschen im Mittelpunkt als Motivationsgrund ihres ehrenamtlichen Engagements. Dies zeigt noch einmal deutlich die hohe gesellschaftspolitische Wichtigkeit ehrenamtlichen Engagements. Neben den hohen Prozentsätzen, meine Damen und Herren, die in Thüringen auch über dem Bundesdurchschnitt liegen, zeigen die Zahlen auch noch eine weitere Seite. Nicht nur, dass sich die Menschen für andere und/oder das Gemeinwohl einsetzen, also sich altruistisch orientieren, sondern sie rücken gleichzeitig persönliche Ziele, eigene Vorstellungen, die Wissenserweiterung, Spaß haben oder Menschen kennenlernen, in den Mittelpunkt ihres Ehrenamts.

Zwei weitere Aspekte spielen aus meiner Sicht für die politische Gestaltung der Rahmenbedingungen des Ehrenamts für die Zukunft eine entscheidende Rolle. Da ist erstens das Älterwerden der Gesellschaft, was auch längeres ehrenamtliches Engagement bedeuten wird, und zweitens die demographische Entwicklung, was wiederum bedeutet, dass zumindest die absolute Zahl - und das ist ja jetzt zum Teil auch schon spürbar -, nicht die relative Zahl von Ehrenämtern sinken wird. Hier müssen Antworten gefunden werden, die die zeitliche und zunehmende, meine Kollegin Pelke hat es angesprochen, materielle und finanzielle Belastung vom Ehrenamt fernhalten bzw. die Ursachen nicht zur Aufgabe des ehrenamtlichen Engagements werden lassen.

Meine Damen und Herren, noch ein paar Worte zum Stichwort „Ehrenamtsstiftung“, wobei die Kollegin Meißner hier schon relativ ausführlich berichtet und Bewertungen vorgenommen hat. Wir haben aus dem Sofortbericht der Ministerin erfahren können, dass wir im Vergleich auch zu anderen Bundesländern mit unserer Thüringer Ehrenamtsstiftung gut aufgestellt sind. Ich möchte daran erinnern, dass wir bei der Diskussion um die gesetzlichen Rahmenbedingungen, um eine Struktur zur Förderung des Ehrenamts in Thüringen ein anderes Modell - ein Thüringer Ehrenamtsgesetz - unter Einbeziehung aller das Ehrenamt betreffenden Regelungen favorisiert haben. Dennoch nehmen wir auch die positive Entwicklung im Zusammenhang mit der Thüringer Ehrenamtsstiftung und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Thüringen zur Kenntnis. Unsere Hauptkritik, die finanzielle Ausstattung der Stiftung, bleibt davon aber unberührt. Natürlich sind wir bereit, über Formen von Stiftungen als Strukturangebote zur Klärung gesellschaftlicher Fragen im Ehrenamt nachzudenken. Dabei spielen, wie gesagt, die Kritikpunkte aber immer noch eine entscheidende Rolle. Der Sofortbericht, meine Damen und Herren, hat deutlich die Entwicklung der Ehrenamtsstiftung und deren konkrete Ergebnisse aufgezeigt, ob das die Ehrenamtscard ist, die Ehrenamtskonferenzen, die Ehrenamtstage einschließlich der

damit verbundenen Auszeichnungskulturen, die Ehrenamtsagenturen oder die jüngst, Frau Ministerin hat es angesprochen, unterschriebene Ehrenamtsversicherung mit der Sparkasse. Das sind Beispiele, wie Ehrenamt, wie bürgerschaftliches Engagement in Thüringen unterstützt werden kann und soll. Dennoch kann das bürgerschaftliche Engagement, kann das Ehrenamt nicht alle auftretenden Lücken, Mängel oder gegebene Fehlentscheidung abdecken oder ersetzen. Hier, an dieser Stelle müssen Entscheidungen, muss politische Einflussnahme immer wieder darauf achten, dies nicht zum Werdegang werden zu lassen.

Meine Damen und Herren, abschließend, Ehrenamt gehört unverzichtbar zur gesellschaftlichen Mitwirkung. Ehrenamt braucht Anerkennung und Würdigung auf den verschiedenen Ebenen, vor Ort, in den Vereinen, auf kommunaler, landkreislicher, Landes- oder Bundesebene. Ehrenamt braucht Rahmenbedingungen, besonders um die gestiegenen materiellen und finanziellen Belastungen abzuwenden. Ehrenamt muss auch immer im Zusammenhang mit hauptamtlichen Strukturen gesehen werden und durch das Hauptamt gestärkt und unterstützt werden. All dies, meine Damen und Herren, ist notwendig, um dem Ehrenamt eine - lassen Sie mich das so formulieren - unbeschwerter und ergebnisorientierte Zukunft zu geben. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Bitte, Herr Abgeordneter Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, das kommt davon, wenn man kurzfristig noch einen Beitrag zugearbeitet bekommt. Ich wollte das sozusagen als Anregung an dieser Stelle noch einmal nachreichen mit Blick auf andere Bundesländer. Das müsste allen Abgeordneten auf den Tisch gekommen sein heute - in der aktuellen Politik- und Kommunikationszeitschrift wird unter anderem davon gesprochen, dass im Zusammenhang mit Ehrenamt in Baden-Württemberg die SPD-Fraktion eine Initiative gestartet hat. Vielleicht könnten wir sie hier im Hause aufgreifen. Rent-a-MdL, also hier können Mitglieder des Landtags durch Ehrenamtler engagiert und gemietet werden. Vielleicht wäre das auch eine sinnvolle Arbeit, Ehrenamt zu unterstützen. Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Kann ich davon ausgehen, dass das Berichtersuchen erfüllt ist oder erhebt sich Widerspruch? Es erhebt

sich kein Widerspruch. Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Wir hatten vereinbart, dass um 16.30 Uhr der letzte Tagesordnungspunkt aufgerufen wird. Deshalb möchte ich jetzt den **Tagesordnungspunkt 36** aufrufen

**„Für Thüringen in Europa“ -
Weiterentwicklung der euro-
politischen Strategie der
Landesregierung**

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/4206 -

Hier sind die Fraktionen übereingekommen, diesen Punkt ohne Aussprache zu behandeln und diesen Antrag an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten zu überweisen. Deshalb würde ich gern vor Abschluss dieser heutigen Plenarsitzung über diese Ausschussüberweisung abstimmen lassen. Wer dafür ist, den Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4/4206 an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Stimmenthaltungen? Keine Gegenstimme, keine Stimmenthaltung, damit ist der Überweisung einstimmig zugestimmt worden. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich beende damit die heutige Plenarsitzung. Ich wünsche uns allen frohe, erholsame Ferien und ein gesundes Wiedersehen dann im September hier im Plenarsaal.

Ich möchte Sie noch darauf aufmerksam machen, dass die nächsten Plenarsitzungen nach der Sommerpause am 11. und 12. September stattfinden.

Ende der Sitzung: 16.28 Uhr

Anlage**Namentliche Abstimmung in der 89. Sitzung am 09.07.2008 zum Tagesordnungspunkt 31****Bündelung von vier Wahlen in Thüringen an zwei Terminen im Jahr 2009**

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 4/4148 -

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	49. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	ja
2. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	ja	50. Künast, Dagmar (SPD)	
3. Baumann, Rolf (SPD)	ja	51. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	ja
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	52. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	53. Lehmann, Annette (CDU)	nein
6. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	ja	54. Lemke, Benno (DIE LINKE)	
7. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	ja	55. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	ja
8. Bornkessel, Ralf (CDU)	nein	56. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
9. Buse, Werner (DIE LINKE)	ja	57. Matschie, Christoph (SPD)	ja
10. Carius, Christian (CDU)	nein	58. Meißner, Beate (CDU)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	nein	59. Mohring, Mike (CDU)	nein
12. Doht, Sabine (SPD)	ja	60. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	ja
13. Döllstedt, Monika (DIE LINKE)	ja	61. Panse, Michael (CDU)	nein
14. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	62. Pelke, Birgit (SPD)	ja
15. Eckardt, David-Christian (SPD)	ja	63. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
16. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja	64. Pilger, Walter (SPD)	ja
17. Emde, Volker (CDU)	nein	65. Primas, Egon (CDU)	nein
18. Enders, Petra (DIE LINKE)	ja	66. Reimann, Michael (DIE LINKE)	ja
19. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	67. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
20. Fuchs, Dr. Ruth (DIE LINKE)	ja	68. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	ja
21. Gentzel, Heiko (SPD)		69. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
22. Gerstenberger, Michael (DIE LINKE)		70. Schröter, Fritz (CDU)	nein
23. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	71. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
24. Grob, Manfred (CDU)	nein	72. Schugens, Gottfried (CDU)	nein
25. Groß, Evelin (CDU)		73. Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
26. Grüner, Günter (CDU)	nein	74. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	ja
27. Gumprecht, Christian (CDU)		75. Seela, Reyk (CDU)	nein
28. Günther, Gerhard (CDU)	nein	76. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	
29. Hahnemann, Dr. Roland (DIE LINKE)	Enthaltung	77. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
30. Hauboldt, Ralf (DIE LINKE)		78. Sonntag, Andreas (CDU)	nein
31. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	ja	79. Stauche, Carola (CDU)	nein
32. Hennig, Susanne (DIE LINKE)	ja	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
33. Heym, Michael (CDU)	nein	81. Taubert, Heike (SPD)	ja
34. Höhn, Uwe (SPD)	ja	82. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
35. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	83. Walsmann, Marion (CDU)	nein
36. Huster, Mike (DIE LINKE)	ja	84. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	85. Wetzels, Siegfried (CDU)	nein
38. Jung, Margit (DIE LINKE)	ja	86. Wolf, Katja (DIE LINKE)	ja
39. Kalich, Ralf (DIE LINKE)	ja	87. Worm, Henry (CDU)	nein
40. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)		88. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
41. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	ja		
42. Köckert, Christian (CDU)	nein		
43. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein		
44. Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein		
45. Krause, Dr. Peter (CDU)	nein		
46. Krauß, Horst (CDU)	nein		
47. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein		
48. Krone, Klaus, von der (CDU)	nein		